

NG

Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Johannee Rau
Helnz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner

Die Neue Gesellschaft

4

1984
31. Jahrgang

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Vorwärts-Druck, 5300 Bonn 3

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Redaktionsbeirat:
Bruno Friedrich
Iring Fetzer
Martin Greiffenhagen
Reinut Jochimsen
Richard Löwenthal
Susanne Müller
Peter von Oertzen

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.

Einzelheft 7,- DM, Jahresabonnemert 57,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 13
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Zum Inhalt

Dieses Heft der „Neuen Gesellschaft“ gelangt noch später in die Hände der Leser als üblich – wofür die Redaktion sich entschuldigt. Grund für diese Verspätung waren nicht die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche in der Druckindustrie, sondern die Unmöglichkeit, bestimmte Teile rechtzeitig zu „organisieren“. Dies wird sich hoffentlich nicht wiederholen, und das nächste Heft wird aller Voraussicht nach rechtzeitig vor dem SPD-Parteitag erscheinen.

Aber das Warten hat sich nach Meinung der Redaktion gelohnt: Das Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin über die finanziellen, politischen und kulturellen Beziehungen zwischen Selbsthilfe und den „etablierten“ sozialen Netzen war nicht nur eines der interessantesten der letzten Jahre, sondern dürfte auch dazu beitragen,

daß sich die deutsche Arbeiterbewegung auf eine ihrer wichtigsten Traditionen besinnt, auf die Genossenschaftsidee, die einmal (neben Partei und Gewerkschaft) als „dritte Säule“ der Arbeiterbewegung galt. Hier ergäbe sich für die SPD ein politisches Feld, das aus vielen verschiedenen Gründen wieder zu beackern sich lohnte.

Die NG dokumentiert Teile des Seminars mit dem provokanten Titel „Selbsthilfe – ein Weg zurück oder Modell für die Zukunft. Die merkwürdige Koalition zwischen Sparkommissaren und Sozialromantikern“. Da es sich bei den der Redaktion vorliegenden Texten meist um Tonbandmitschnitte von frei gehaltenen Redebeiträgen handelte, mußten diese gekürzt und redigiert werden. Es war das Bemühen der Redaktion, dies „sanft“ und vor allem fair und korrekt zu tun.



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
		Thema: Europa
298	H. Wleczorek-Zeul	Die Wirtschaftsbeziehungen zur Nr. 1
300	Magdalene Hoff	Frauen in der Europäischen Gemeinschaft
304	Karl Kühne	Hinkender Aufschwung in der EG
311	Bernd-Georg Spies	Ansatzpunkte lokaler Beschäftigungspolitik
316	Dieter Rogalla/ Rudolf Heim	Orwell an den Grenzen
319	Horst Seefeld	Gemeinsamer Markt und gemeinschaftliche Verkehrspolitik
323	Karsten D. Voigt	Mehr Rechte für die Bundesrepublik?
326	Christian Krause	Gedanken zur Bedrohungsanalyse der NATO
334	Dieter Senghaas	Überlegungen zur gegenwärtigen sicherheitspolitischen Debatte
340	Eckhard Lübckemeier	Airland Battle und Rogers-Plan
346		Thema: Genossenschaften/Selbsthilfe
		Selbsthilfe – ein Weg zurück oder Modell für die Zukunft
348	Frank D. Karl	Merkwürdige Koalition?
351	Hans-Jochen Vogel	Rückbesinnung auf genossenschaftliche Ideen
358	Klaus Novy	Verhältnis Genossenschaften und informeller Sektor
359	Peter Sötje	Genossenschaften im Bereich Bau-Wohnen
362	Anke Brunn	Strukturen für Selbsthilfe
363	Walfried Dettling	Neues Verständnis von staatlicher Politik
366	Peter Grotlian	Es gibt keine Koalition zwischen Sparkommissaren und Alternativprojekten
368	Adalbert Evers	Einkommen, Erwerbsarbeit, soziale Dienste
370	Erich Standfest	Gegen sozialen Dualismus
372	Olaf Sund	Neues Feld entwickeln
374	Frelmut Duve	Selbsthilfe und Sozialstaat
376	Gisela Vollradt	Teil der Gegenwehr
377	Jonny Eisenberg	Über die Wirtschaftsordnung diskutieren
377	Ellis Huber	Selbsteuggestion
378	Georg Vobruba	Problemlagen analysieren
378	Peter Conrad	Endlich umorientieren
380	Michael Opletka	Grundsätzlicher Unterschied
380	Manfred Keuter	Strukturveränderung des Sozialsystems
381	Christian Wend	Bankrott der Politik
381	Dietmar Freier	Angst vor Machtverlust
382		Thesen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes
384	Rainer Dähl	Eine Rose für die Rationalisierung
387		Kritik



Heidemarie Wieczorek-Zeul: Die Wirtschafts- beziehungen zur Nr. 1

Die Lehrerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, Jahrgang 1942, Mitglied des SPD-Parteirats, ist seit 1979 Mitglied des Europäischen Parlaments und dort stellvertr. Vorsitzende des Außenwirtschaftsausschusses, stellvertr. Mitglied im Haushaltsausschuß, Vorsitzende der Delegation EG-Golfstaaten und Mitglied des Untersuchungsausschusses für die Situation der Frau in Europa.

Aus meiner Sicht und meiner Erfahrung als Europaabgeordnete betreiben die USA, insbesondere ihre derzeitige Regierung, eine Politik mit dem Ziel, weltweit wieder zur Nummer 1 aufzusteigen. Dem Ziel dient ihre Strategie sowohl im militärischen wie auch im ökonomischen und politischen Bereich, wobei diese einzelnen Elemente aufeinander zurückwirken. Die Ziele und Konsequenzen für die Europäische Gemeinschaft liegen auf der Hand. Die in den sechziger und siebziger Jahren gewonnene stärkere „Unabhängigkeitsbegabung“ der Europäischen Gemeinschaft soll zurückgedrängt, verlorene Weltmarktanteile sollen zurückerobert werden.

„Die Asymmetrie der gegenseitigen Abhängigkeiten im Handel hat sich zugunsten der Gemeinschaft ausgeglichen. Heute sind beide in etwa gleichermaßen voneinander abhängig (mit steigender Tendenz bei den USA). Dies spricht für die Annahme, daß die USA an Gewicht und Einfluß im Handel mit der EG verloren haben“, beschreibt der Berichterstatter des Außenwirtschaftsausschusses im Europäischen Parlament, Helmut Rieger, diesen Prozeß. Gleichzeitig haben die USA auf dem Weltmarkt insgesamt Positionen verloren. Dies gilt etwa gegenüber Japan, aber auch gegenüber manchen „Newly Industrialized Countries“.

Die Elemente der US-amerikanischen Strategie werden in den aktuellen wirtschaftlichen Konflikten zwischen USA und EG deutlich: Die US-amerikanische Währungs- und Hochzinspolitik führt zum Abfluß von Kapital aus den EG-Ländern und belastet extrem die wirtschaftliche Entwicklung und Handlungsfähigkeit nicht nur bei uns, sondern vor allem in den Ländern der „Dritten Welt“. Die US-Hochzinspolitik ist Ergebnis und Teil der US-amerikanischen Hochrüstungspolitik. Sie verschlechtert deutlich die Exportchancen der Europäer. Sie trägt damit den immanenten Zwang zu nationalen Schutz- und Abschottungsmaßnahmen in bestimmten Sektoren der USA in sich.

Als Konsequenz des überbewerteten Dollars betreibt die US-Regierung eine zunehmende Konfrontation in der Außenhandelspolitik gegenüber der EG. Als Beispiel sei daran erinnert, daß trotz der erzwungenen „Selbstbeschränkung“ der EG im Bereich des Massenstahls die US-Regierung einseitige Maßnahmen (Zölle und Quoten) im Spezialstahlbereich ergriff und außerdem erneut „Anti-Dumpingklagen“ amerikanischer Stahlproduzenten vorliegen. Und neue protektionistische Tendenzen verstärken sich: Neuestes, geradezu lächerliches Streitobjekt ist die im US-Kongreß eingebrachte Gesetzesinitiative für einen „Wine Equity Act“, deren Ziel es ist, im Handel mit Tafelwein zwischen EG und USA „Reziprozität“ herzustellen, also den freien Handel eindeutig einzuschränken.

Insgesamt ist die US-amerikanische Regierung dazu übergegangen, nicht mehr von „free trade“, sondern nur noch von „fair trade“ zu sprechen und das Prinzip der „reciprocity“ zu forcieren, d.h. die reine „Gegenseitigkeit“ im Handel zu wollen: das ist das Ende von Freihandel.

Liberalisierung des Welthandels verlangen die USA nur noch dort, wo sie selbst stark sind, nämlich bei Dienstleistungen, Banken, Versicherungen etc. Mit Mitteln, vergleichbar den EG-Subventionen für Agrarprodukte, haben die USA eine „Schlacht“ mit der EG auf dem Weltmarkt um Anteile begonnen, obwohl sie die – in der Tat kritisch zu bewertenden Praktiken der EG – bei der Tokio-Runde noch akzeptiert haben.

Die Zumutung der US-Regierung an die Europäer, das Erdgas-Röhren-Geschäft aufzugeben, und der nach wie vor bestehende extraterritoriale Anspruch des „Export Administrations Act“ hatten zum Ziel das Einwirken in europäische

Unternehmensentscheidungen, die Einschränkung der EG-Wirtschaftskontakte zu Osteuropa und damit die Stärkung bilateraler Abhängigkeit zu den USA.

Von den USA geht ein neues Muster internationaler Militarisierung und Restrukturierung aus. Verbunden mit der wachsenden US-Orientierung zum „pazifischen Raum“ und dessen „Modell“, der „dritten industriellen Revolution“, stellt sich damit den Europäern eine gesellschaftliche Alternative entgegen, die im wahrsten Sinne des Wortes eine Umwertung aller Werte unserer Gesellschaft bedeuten würde: Diese Modelle der gesellschaftlichen Restrukturierung bedeuten, wenn sie von uns widerstandslos hingenommen werden, eine Unterwerfung unter eine Politik, einen „Weltmarkt“ und ein Modell der „Wettbewerbsfähigkeit“, die die Preisgabe der bisherigen Sozialstaatsvorstellung, die Preisgabe des Modells der europäischen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmenseite, die Preisgabe eines „europäischen Gesellschaftsmodells“ zur Konsequenz haben. Widerstand ist also Pflicht all' derer, die nur das bewahren wollen, was ist, und erst recht all' derer, die unsere Gesellschaft demokratischer gestalten und positiv verändern wollen.

Nutzen könnte diesem politischen Widerstand die Tatsache, daß sich in der EG eine eigenständige ökonomische Basis für eine europäische Akkumulationsstrategie herausgebildet hat. Mit anderen Worten: Es gibt ein Interesse größerer Teile der europäischen Kapitalgruppen, sich der US-amerikanischen Konfrontationsstrategie im Wirtschaftsbereich zu widersetzen. Das Wort vom „US-amerikanischen Imperialismus“ kommt im Europaparlament meist von den englischen Konservativen, die wirtschaftliche Tatbestände und Interessen deutlicher ausdrücken als andere. Eine politische „Abkoppelungsstrategie“ der Europäer von den USA hat also eine reale ökonomische Basis in der realen wirtschaftlichen Abkoppelung von Kapitalgruppen. Welche politische Orientierung diesen Prozeß inhaltlich prägt, hängt u. a. auch von politischen Mehrheiten im Europäischen Parlament ab, das als Plattform einer genaueren Formulierung genutzt werden muß.

Was die Europäischen Regierungen in ihrer Mehrheit nicht können oder nicht wollen, könnte also auf der Basis der Europäischen Gemeinschaft versucht werden: Ein eigenständiges euro-

päisches Gesellschaftsmodell in deutlicher „Abkoppelung“ von der US-amerikanischen Wirtschaftsstrategie zu verwirklichen. Die Europäische Gemeinschaft müßte dazu einmal ihr vorhandenes Europäisches Währungssystem so weiterentwickeln, wie sie es in ihrem neuen Europawahlprogramm dargestellt hat: „Das bestehende EWS muß daher in Richtung auf ein echtes Währungssystem mit eigener Reservehaltung weiterentwickelt werden. Verbunden damit ist das Ziel, eine gemeinsame europäische Währungseinheit zu schaffen, die als allgemeines Zahlungsmittel dienen kann.“ Gleichzeitig müßten die Pläne zu einer eigenständigen Industriepolitik der EG vor allem für Zukunftssektoren verwirklicht werden. Nicht die Unterwerfung unter das Modell der „Spitzentechnologien“ kann das Ziel sein, dessen Konsequenz „Verlust von Arbeitsplätzen durch Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit“ ist, sondern Orientierung auf den Europäern gemäße, arbeitsintensive, energiesparende, umweltschonende Technologien sollte das Ziel sein.

Ergänzt werden müßte diese neue alternative Industriepolitik um eine geplantere Außenhandelspolitik mit entsprechenden Instrumenten. Das dem Rat vorliegende neue „EG-Außenhandelsinstrumentarium“, das auf Vorschlag der französischen Regierung von der Kommission entwickelt und vom EP gutgeheißen wurde, und bessere Reaktionsmöglichkeiten gegenüber den USA enthält, sollte vom Rat umgehend beschlossen werden.

Konsequenzen müßten die Europäer aber auch in der Sicherheitspolitik ziehen: Wenn die NATO zunehmend zum Vehikel der US-ökonomischen Weltmachtinteressen wird, muß entweder die NATO-Struktur und ihre Strategie geändert werden oder die Westeuropäer müssen sich selbständig machen: Eine eigene defensive, auf strukturelle Nicht-Angriffsfähigkeit gerichtete Sicherheitspolitik müßte das Ziel ihrer Sicherheits- und militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen politischen Zusammenarbeit (EPZ) sein. Ergänzt um die aktivere Verwirklichung der Erkenntnis der Entspannungspolitik, daß wirtschaftliche Kooperation mit den osteuropäischen Ländern den Frieden besser sichert als alle Waffensysteme.

Bestärkt wird eine solche „Abkoppelungsstrategie“ durch andere objektiv unterschiedliche Interessen von Westeuropäern und den USA:

– Die EG bezieht ihre Stärke aus dem internatio-

nalen Handel. Sie erwirtschaftet einen großen Teil ihres Bruttosozialproduktes über den Export. Sie müßte deshalb ein völlig anderes Interesse an der Sicherung der Kaufkraft der Menschen in der „Dritten Welt“ haben, als dies für die USA gilt. Daraus resultiert auch ein anderes Interesse an demokratischer und sozialer Stabilität in diesen Ländern, wo die USA nur nach dem Interesse „der Stabilität“ des „big stick“ vorgehen. Daraus entsteht ein anderes Interesse der EG gegenüber der Region Mittelamerika wie gegenüber dem Nahen Osten, das die EG bisher in einzelnen Initiativen auch zum Ausdruck gebracht hat, die sie aber weiterentwickeln und konsequenter gegenüber den USA vertreten muß. Auch hier hängt die Weiterentwicklung und Formulierung von politischen Kräfteverhältnissen – auch im Europäischen Parlament – ab.

- Die EG ist rohstoffabhängiger als die USA. Zum Glück sind wir – als regionale Macht, die ihre Stärke nicht aus dem Militär herleitet – gezwungen, zu zivilisierteren Formen der Rohstoffsicherung zu greifen. Dies macht z. B. den Unterschied zwischen Lomé auf der Seite der Europäer und der Politik des „big stick“ der USA zur Rohstoffextraktion in Mittelamerika aus. Auch hier muß die EG noch energischer als bisher der Verelendungsstrategie der USA

gegenüber den Entwicklungsländern entgegenwirken.

- Das wichtigste Lebensprinzip der Europäischen Gemeinschaft ist die Erkenntnis – gewonnen aus dem Leid zweier Weltkriege –, daß Friedenssicherung besser durch Zusammenarbeit als durch Bomben und Armeen gewährleistet wird. Dieses EG-Prinzip steht auch in den internationalen Beziehungen einer US-Konfrontationsstrategie der militärischen Mittel entgegen. Daraus resultiert ein anderes Kooperationsinteresse der Europäer gegenüber den osteuropäischen Staaten. Der Erfolg der Europäer gegenüber der US-Regierung in der Frage des Erdgas-Röhren-Geschäftes sollte sie zu noch mehr Mut motivieren.

Entgegen dem offiziellen „Krisenstand“ der EG ist mir – das wird aus dem Gesagten deutlich – um die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft prinzipiell nicht bange. Wie diese Zukunft politisch geprägt wird, hängt von den politischen Kräfteverhältnissen ab. Was die SPD noch lernen muß ist dies: Entgegen der Gründerphase der EG und dem Interesse ihrer Gründer nutzt die EG heute als Basis objektiv sozialdemokratischen Zielen mehr als den konservativen. Was die CDU/CSU noch lernen wird – entgegen ihrer verbalen Europa-Euphorie – ist eben dies.

Magdalene Hoff: Der kleine Unterschied beträgt 26,8 Prozent

Magdalene Hoff, Jahrgang 1940, grad. Bauingenieurin, Dozentin für Unfallschutz bei einer Berufsgenossenschaft, seit 1979 Mitglied der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament.

Frauen in der Europäischen Gemeinschaft

Eine junge Frau studiert Betriebswirtschaft. Sie will im internationalen Handelsgeschäft Karriere machen. Nach dem Studium bewirbt sie sich als

Diplom-Kauffrau bei der Firma Tradax in Hamburg, die per Inserat Management-Nachwuchs sucht. Doch die Firma läßt verlauten: „In unserer Branche ist Damen der Einbruch in Management-Positionen noch weniger als in anderen Bereichen gelungen.“

Die junge Frau, Dorit Harz, beruft sich auf unsere Verfassung und geht vors Arbeitsgericht. Im Bewußtsein, den Verfassungsgrundsatz der Gleichberechtigung verletzt zu haben, verteidigt sich die Firma Tradax so: Es darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß die persönliche Kontaktpflege von in- und ausländischen Kunden, die ausschließlich männlichen Geschlechts sind, teilweise die Teilnahme an „Unterhaltungen und Vergnügungen beinhaltet, die einer Frau nicht zugemutet werden können, will man sie nicht in ihrer Würde verletzen“ – auf Hamburgerisch:

Die Reeperbahn ist nichts für Frauen, jedenfalls nicht für Frauen in Management-Positionen.

Die Hamburger Richter bestätigen: Dorit hat recht. Nur ist ihr Recht nicht mehr wert als das Papier, auf dem es steht. Als Schadenersatz können ihr die deutschen Richter nicht mehr als den Ersatz ihrer Auslagen, Kosten für Porto und Fotokopien zugestehen. Die Richter sind der Meinung, ihr eigener Urteilsspruch, basierend auf deutschem Recht, könne keine Gerechtigkeit bringen. Deswegen riefen sie die nächsthöhere Instanz an, den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, der inzwischen zu ihrem Gunsten entschieden hat. Auf den Ausgang warteten nicht nur viele Dorits, sondern die gesamte Öffentlichkeit.

„Warten auf Europa“ heißt es jetzt. Denn in der EG wurden Weichen gestellt für die Chancengleichheit von Mann und Frau. Die Weichenstellung erfolgte in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, in einer für Gerechtigkeit und Veränderungen günstigen Zeit. In einer langen Periode wachsenden wirtschaftlichen Reichtums ging es – wenn auch langsam – mit den Frauen-Rechten voran. Jetzt werden die Uhren wieder zurückgedreht: Frauen in allen EG-Ländern

▷ arbeiten vorwiegend in Berufen ohne Zukunftschancen,

▷ arbeiten, auch bei besserer Qualifikation, in schlechter bezahlten und gesellschaftlich weniger anerkannten Positionen,

▷ sind öfter und länger arbeitslos als Männer,▷ haben gegenüber Männern in der Regel eine unqualifiziertere Ausbildung,

▷ leisten in Millionenzahl noch immer unbezahlte Arbeit ohne eigene soziale Absicherung (als mithelfende Familienangehörige in Klein- und Mittelbetrieben und in der Landwirtschaft sowie als Hausfrauen), haben weder Aufstiegs- noch Weiterbildungsmöglichkeiten.

Arbeit in typischen „Frauen-Berufen“ bedeutet:

● untergeordnete, körperlich anstrengende, schlecht bezahlte Tätigkeit als Verkäuferin, Friseurin usw. oder

● schlecht bezahlte, unselbständige Zuarbeit für Männer als Apothekenhelferin, Arzthelferin, Anwaltsgehilfin etc.

Praktisch reine Frauenberufe sind Apothekenhelferinnen, Arzthelferinnen, Zahnarzthelferinnen; der Frauenanteil liegt in den Hauswirtschaftsberufen, im Friseurhandwerk, in Anwaltsbüros gleichfalls bei fast 100 Prozent, bei Flori-

sten liegt er bei 90,5%, bei Drogisten beträgt er 93%. Die bundesdeutschen Zahlen gleichen denen in der EG: 88,5% weibliches Krankenpflegepersonal, 80% Reinigungspersonal, 79% in der Bekleidungsbranche, 68,3% beim Verkaufspersonal.

Ein völlig entgegengesetztes Bild bietet sich in anderen Branchen: Im Maschinenbau z.B. wurden 1980 in Frankreich fast 50 000 junge Männer ausgebildet, aber nur 425 junge Frauen, in der Bundesrepublik 1978 134 246 Männer, jedoch nur 691 Frauen. Je mehr Frauen in einem Beruf oder in einer Branche vertreten sind, um so niedriger ist der Durchschnittsverdienst. Ein Beruf wird dann zum „Frauenberuf“, wenn sich Aufstiegschancen und soziales Ansehen verringern. Das Lohngefälle ist entsprechend:

▶ In der Bundesrepublik betrug 1982 in der *Investitionsgüterindustrie* der Durchschnittsverdienst für kaufmännische und technische Angestellte monatlich für Männer 4105 DM, für Frauen 2703 DM.

▶ Im *Einzelhandel* erhielten kaufmännische und technische Angestellte männlichen Geschlechts durchschnittlich 3049 DM, Frauen dagegen 1981 DM.

▶ Der durchschnittliche Verdienst pro Stunde in der *Industrie für männliche Arbeitnehmer in Leistungsgruppe 1* betrug DM 16,49, für Frauen DM 12,42.

▶ In der *Chemischen Industrie* verdienen Männer in Lohngruppe 1 DM 20,61, Frauen DM 14,31.

Dieser Vergleich läßt sich beliebig fortsetzen: Der Unterschied zwischen Männer- und Frauenlöhnen in der BRD beträgt im Durchschnitt 26,8%. Auch in den anderen neun Mitgliedsländern der EG gibt es große Unterschiede: den kleinsten meldet Italien = 13,3%, besonders groß ist er in Luxemburg (39,7%), gefolgt von Irland (31,5%), Großbritannien (31,2%), Belgien (27,4%), Griechenland (26,1%), Niederlande (24,8%), Frankreich (22,3%) und Dänemark (14,9%).

Teilzeitarbeit, in der Regel ohne Aufstiegs- und Weiterbildungschancen, wird in der EG zu 90% von Frauen geleistet. Obgleich nur 36% aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Frauen sind, stellen sie 40,5% (Januar 84) der Arbeitslosen. Arbeitslosigkeit von Frauen steigt schneller und steiler als die der Männer, u. a. weil durch den Einsatz von Mikroelektronik – insbesondere in Verwaltungsberufen und im Bürobereich – Mil-

tionen Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Die Zahl der Langzeit-Arbeitslosen ist bei jungen Frauen dreimal höher als bei jungen Männern. In den neun anderen Mitgliedsländern der EG sind die Zahlen vergleichbar und die Tendenzen ähnlich.

Die Wirtschaftsrezession verschärft die Lage der Frauen im Erwerbsleben. In der Bundesrepublik erhielten im Jahre 1982 162 506 Mädchen keinen Ausbildungsplatz. Ende April 1983 waren 84 395 junge Frauen unter 20 Jahren arbeitslos. Die Frauenarbeitslosigkeit übertraf die der Männer um 20 %.

Frauen in Politik und öffentlichen Ämtern

In keinem Bereich des öffentlichen Lebens sind Frauen angemessen repräsentiert, in Spitzenfunktionen sind sie nach wie vor eine Rarität. Im Deutschen Bundestag stellten sie in zehn Wahlperioden durchschnittlich 8,6% der Abgeordneten. Ministerinnen und Staatssekretärinnen kann man an den Fingern abzählen. Parteivorsitzende der großen Parteien: Fehlanzeige. Für das Amt des Bundestagspräsidenten wurden zwei Frauen zugelassen: Annemarie Renger (SPD) und Liselotte Funcke (FDP) als Stellvertreterin.

Alle wichtigen Ausschüsse wurden von Männern geleitet. Nur beim Auswärtigen Ausschuss war immerhin Annemarie Renger stellvertretende Vorsitzende. Liselotte Funcke und Ingrid Matthäus-Maier standen sogar dem Finanzausschuss vor. Weitere Ausschüsse oder Unter-Ausschüsse, in denen Frauen Vorsitzende sein durften, waren z. B. „Rheumabekämpfung“, „Fluglärmbereich“, „Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses“, „Witwenversorgung“, „Vertrieb jungendgefährdender Schriften“. Liest sich diese Aufstellung nicht wie Hohn- und Spottgesang auf die Bemühungen von Frauen, in der Politik mitzuarbeiten und mitzuentscheiden?

Im jetzigen Bundestag sind von 520 Abgeordneten 51 Frauen. Den größten Anteil stellt die SPD mit 21 Mandatsträgerinnen, gefolgt von der CDU mit 17, der FDP mit 3 und 10 bei den Grünen. In den Landesparlamenten der BRD schwankt die Frauenbeteiligung zwischen 20,7% und – einsam am unteren Ende – 5,7% in Nordrhein-Westfalen. Im ersten direkt gewählten Europäischen Parlament sind von 434 Abgeordneten 66 Frauen; in der Sozialistischen Fraktion sind 96 Männer und 29 Frauen.

Die mächtigen Spitzenvertreter von Militär und Kirche sind sowieso Männer, in den Vorständen der Gewerkschaften und den Spitzenverbänden der Arbeitgeber sind Frauen mit der Lupe zu suchen.

Die Politik der Gewerkschaften hat Arbeitnehmerinnen nicht immer unbedingt ermutigt, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Das allein kann aber nicht der Grund dafür sein, weshalb von fast 8 Millionen Gewerkschaftern (Ende 1982) nur gut 1,5 Millionen Frauen sind. Frauen müssen, das steht außer Zweifel, ihr Geschick in die eigene Hand nehmen – auch und gerade auf gewerkschaftlichem Gebiet. Immerhin stieg der Anteil der weiblichen Mitglieder von 20,7% im Jahre 1981 auf 21,01% im Jahre 1982 (= 0,4%). Beim DGB-Bundeskongress 1982 in Berlin betrug der Anteil der weiblichen Delegierten 11,4% – er entsprach damit nicht einmal dem Mitgliederanteil der Kolleginnen.

Bei den Betriebsratswahlen 1982 sind von insgesamt 199 125 Betriebsräten 38 356 Frauen gewählt worden, d. h. 19,3%. In der Industriegewerkschaft Textil-Bekleidung sind sogar 54% der Betriebsratsvorsitzenden Frauen. In so manchem Betrieb tut sich also etwas. Die Öffentlichkeit jedoch erfährt kaum etwas davon.

Frauen in den Medien

Frauen sind kein Thema: In einer empirischen Untersuchung über die Behandlung von Frauenfragen in ARD und ZDF wird eine gravierende Unterrepräsentation von Frauen und Frauenthemata festgestellt. In den Nachrichten beläuft sich der Anteil auf sage und schreibe 5 bis 7%. (Nach Veröffentlichung dieser Untersuchung grassierte in den Fernsehanstalten ein Witz: „Wie erhöhen wir den Frauenanteil in der Bildberichterstattung? Dadurch, daß Polygamie endlich offiziell wird und bei Staatsakten und Staatsempfängen Gattinnen plus Nebenfrauen ins Bild kommen!“)

„Das Muster: ‚Männer handeln – Frauen kommen vor‘ wird durch das Fernsehen entscheidend zementiert“, heißt es in der Studie.

Familie und Ausbildung

Erst muß der Junge eine Ausbildung haben, dann das Mädchen. Das ist auch heute noch gängige Praxis. 51,7% der Frauen im erwerbsfähigen Alter haben keine abgeschlossene Ausbildung. Von der sozialdemokratisch geprägten Schul- und Bildungspolitik der langen SPD/FDP-Koalition

profitierten in ganz erheblichem Umfang Frauen, denn der Anteil der Mädchen in den gymnasialen Oberstufen ist in der BRD inzwischen genauso hoch wie der der Jungen. Im Jahr 1960 waren erst 35,9% aller Schulabgänger mit Hochschulreife Mädchen, 1981 war erstmals der Anteil von Jungen und Mädchen gleich.

Trotz dieser Erfolge verdrängt die hohe Arbeitslosigkeit zur Zeit Frauen zunehmend wieder in die Hausfrauenrolle. Die Statistiken zeigen nur die Spitze des Eisberges, denn Hunderttausende arbeitsuchender Frauen erscheinen darin nicht. Sie haben es aufgegeben, nach einem Arbeitsplatz zu suchen. Wegen des Einkommens des Mannes bekommen sie keine Sozialhilfe und werden somit auch in keiner Statistik erfaßt.

Von der Wende rückwärts in der bundesdeutschen CDU/CSU/FDP-Politik sind am stärksten Frauen betroffen:

- ▷ Im Mutterschutz sind 1984 29,2% der Leistungen gekürzt worden,
- ▷ das Kindergeld wurde um 8,4% reduziert,
- ▷ bei der Kriegsoferversorgung wurden 4,7% eingespart.

Das sind nur einige Beispiele aus der Palette des Sozialabbaus, die zeigen, was unter der Rechtsruck-Regierung weiterhin zu erwarten ist. Die Art und Weise, wie die derzeitige Bundesregierung Frauenprobleme behandelt, ist zynisch.

In dem eingangs erwähnten Verfahren Dorit Harz gegen die Firma Tradax wurde das besonders deutlich. In der Stellungnahme der Bundesregierung vor dem Europäischen Gerichtshof machten die Bevollmächtigten der Regierung, Martin Seidel und Prof. Manfred Zuleeg, klar, wessen Interessen sie vertreten. Sie erklärten: „Ein Einstellungsanspruch muß ausgeschlossen bleiben“, da nach Ansicht der Bundesregierung „derartige Belastungen des Arbeitgebers durch § 611a Abs. 2 BGB verhindert werden sollten.“

Das Gegenteil war beabsichtigt: Durch die EG-Gleichstellungs-Richtlinie 76/207/EWG und die dadurch zwingende Anpassung des § 611 BGB sollten Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts ausgeschlossen sein. Durch die Stellungnahme im Prozeß wird offenkundig, daß die derzeitige Regierung die Gleichstellung mit allen Mitteln verhindern will und wie sehr sie die Entwicklung einer europäisch beeinflussten und bestimmten Gesetzgebung fürchtet.

Besonders der liberale Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff hat das offen ausgesprochen und

vor „Europa“ gewarnt: In seinem Thesenpapier vom 9. 9. 1982, das die Wende in Bonn vorbereitete, fordert er einen „Verzicht auf eine Verschärfung der Regelungen des arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes“ und die Ablehnung gemeinschaftlicher Richtlinien der EG, die „das Investitionsklima belasten“. Recht hat er, der Ober-Wirtschafts-Makler, mit seiner Furcht und den Warnungen vor „Europa“! Die Bundesrepublik muß, wie jedes andere Mitgliedsland auch, bei Verstößen gegen Richtlinien ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof und gewaltige negative Publizität befürchten. Denn europäische Richtlinien haben gesetzesähnlichen Charakter und müssen von den Ländern der Gemeinschaft nach einer Übergangsfrist in nationales Recht umgesetzt werden, oder bestehende Gesetze müssen angepaßt werden.

Bei aller berechtigten Kritik gegen andere Bereiche der Gemeinschaftspolitik: Als Vorreiter für die Verwirklichung der Chancengleichheit für Männer und Frauen hat sich die EG bestens bewährt. Hier wurde die Gleichstellung von Anfang an Ernstgenommen. Schon im EWG-Vertrag Art. 119 ist der Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit vereinbart. Zur konkreten Anwendung dieses Grundsatzes verabschiedete der Ministerrat im Februar 1975 die Richtlinie für gleiches Entgelt. Diese verpflichtete die Mitgliedsländer, ihre Rechtsvorschriften bis 1979 so zu ändern, daß jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ausgeschlossen wird. Im Jahr 1979 hat die EG-Kommission in einem Bericht festgestellt, daß dieser Grundsatz bis dahin in keinem Land der EG voll verwirklicht war.

Die EG bemühte sich auch noch weitergehend darum, die ungleiche Behandlung von Männern und Frauen im Arbeitsleben abzuschaffen und verabschiedete im Februar 1976 eine Richtlinie, die die Mitgliedsstaaten verpflichtet, die Gleichbehandlung von Männern und Frauen in bezug auf die Arbeitsbedingungen sowie beim Zugang zur Beschäftigung, zur beruflichen Bildung und zum beruflichen Aufstieg zu verwirklichen. Zur Anpassung der beiden EG-Richtlinien an die bundesdeutsche Gesetzgebung hat die Bundesregierung den § 611a im Bürgerlichen Gesetzbuch ergänzt. Es ist unzweifelhaft, daß diese Ergänzung nicht ausreicht, um die Ziele der Richtlinien zu erreichen. Im Prozeß Dorit Harz gegen die Firma Tradax, Hamburg, und den anderen Prozes-

sen ist darüber eine höchstrichterliche Entscheidung zu erwarten.

Europa hat für Frauen noch weitere Gesetzeswege geebnet, die in der Praxis noch „auszutreten“ sind. Das muß Sache der Frauen selbst sein. Für den Bereich der gleichen sozialen Sicherheit von Männern und Frauen hat der EG-Ministerrat ebenfalls eine Richtlinie verabschiedet. Die Mitgliedsländer müssen die noch vorhandene Diskriminierung in nationalen Gesetzen bis Dezember 1984 tilgen, soweit es sich um ungleiche Sicherung bei Krankheit, Invalidität, Alter, Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und Arbeitslosigkeit und um Familienleistungen handelt.

Nicht nur Gesetzes-Vorleistungen, sondern auch direkte, praktische Hilfen kamen für viele Frauen von der EG: So wurden beispielsweise aus dem Europäischen Sozialfonds 1982 rund 14 000 Frauen über 25 Jahren Beihilfen gewährt, die nach einer Unterbrechung wieder eine Beschäftigung suchten oder ihren Arbeitsplatz verloren hatten. 1982 haben zudem 35 000 junge Frauen unter 25 Jahren Beihilfen erhalten, die in neuen oder Frauen bisher wenig zugänglichen Berufen tätig werden wollten (Mädchen in Männerberufen).

Frauenpolitik zieht sich wie ein roter Faden durch alle Bereiche der Europapolitik. Das ist mehr als ein Hoffnungsschimmer. Über Länder- und Parteigrenzen hinweg finden Entwicklungen zugunsten der benachteiligten Mehrheit statt. Die Parlamentarierinnen im Europäischen Parlament, 1979 erstmals direkt gewählt, haben schnell zueinander gefunden. Es ist dieser Zusammenar-

beit zu verdanken, daß von dort kräftige und ausdauernde Impulse kommen. Diese sind gerade jetzt notwendig, wo der Abstand zwischen der auf dem Papier verbürgten Gleichberechtigung und der tatsächlichen Gleichstellung wieder größer wird.

Auf Initiative der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament wurde gleich nach der ersten Europawahl ein ad-hoc-Ausschuß eingerichtet, der die Lage der Frauen in den Ländern der EG untersuchte. Die Ergebnisse waren Grundlage eines Aktionsprogrammes zur Stärkung der individuellen Rechte der Frauen, zum Abbau diskriminierender Bestimmungen, zur Verwirklichung von Frauen-Förderungsprogrammen aus verschiedenen EG-Fonds sowie zur Förderung von Gleichstellungsstellen in jedem EG-Land, die die Einhaltung der EG-Richtlinien zugunsten von Frauen kontrollieren sollen.

Am 17. Juni dieses Jahres wird das Europäische Parlament zum zweiten Mal gewählt. Die bundesdeutsche SPD hat als einzige Partei dafür eine Spitzenkandidatin aufgestellt: Katharina Focke. Das ist mehr als eine Geste.

Auch in der zweiten Legislaturperiode werden sich Sozialdemokraten besonders für Frauenrechte einsetzen. Dabei wird Arbeitszeitverkürzung ein zentrales Thema sein, Arbeitsumverteilung ist dringend geboten! In einem EG-Land bereits errungene Rechte, das hat sich gezeigt, haben Signalwirkung auch in anderen Mitgliedsländern. Der Abbau der Arbeitslosigkeit muß von der Wurzel her angegangen werden durch Neuorientierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Karl Kühne: Hinkender Aufschwung in der EG

Der Wirtschaftswissenschaftler Dr. Karl Kühne, geb. 1917, war Abteilungsreferent beim Hauptverwaltungsrat der EWG in Brüssel (1960-82). Während der NS-Diktatur war er wegen illegaler sozialistischer Arbeit sechs Jahre im Zuchthaus inhaftiert; nach dem Krieg Redakteur der Zeitschrift „Sozialist“, stellvertretender Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung des ZdK/GEG in Hamburg und Leiter der Wirtschaftsabteilung der ÖTV.

Konjunkturanalyse birgt heute ihre Interpretationsgefahren in sich: Allzu leicht kann man dem Eindruck erliegen, daß die konjunkturelle Erholung sich ausgerechnet in den Industrieländern besonders früh durchsetzt, die eine neoklassisch inspirierte - wenn nicht geradezu reaktionäre - Wirtschaftspolitik betreiben: Das wären die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik, allenfalls auch die Beneluxländer, also diejenigen, in denen sich Monetarismus, Haushaltskonsolidierung mit drastischer Restriktion vor allem der Sozialausgaben und Ablehnung jeder keynesianisch angehauchter Beschäftigungspolitik mehr oder weniger durchgesetzt haben.

Das britische Unmodell

Der Schein trägt, auch wenn Großbritannien 1982 mit einer Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts um 2,3% in der Gemeinschaft an zweiter Stelle stand (hinter Dänemark mit 3,1%) und 1983 sogar mit 3% an die Spitze rückte; ein Scheinerfolg war das insofern, als damit noch nicht einmal das Bruttosozialprodukt von 1979 wieder erreicht wurde. Beide Länder, Großbritannien und Dänemark, waren schon 1980 in die Rezession mit negativen Wachstumsraten vorgeprescht, als der Rückschlag in allen anderen EG-Ländern erst mit verminderten Wachstumsraten seine Schatten voraus warf. Wenn man zudem die Wirtschaft derart herunterdrosselt wie Margaret Thatcher, muß schließlich einmal ein Tiefpunkt erreicht sein: Bruttoinvestitionen und Industrieproduktionen sanken auf Jahresbasis 1980/81 in Großbritannien um je 11%, was wegen der darin enthaltenen Erdölförderung verschönend überzeichnet ist, denn in der verarbeitenden Industrie ergab sich ein Rückgang von 15%, bei Textilien, Bekleidung, Leder und Metallverarbeitung von 25 bis 30%, und die Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie schrumpfte um 21% von 1977 bis 1982. Mit all dem wurde erreicht, daß 1982 die Inflationsrate ungefähr auf das Niveau sank, das die Labour-Regierung im Jahr vor der Regierungsübernahme der Konservativen auch schon erzielt hatte, mit dreieinhalb Millionen Arbeitslosen - 12,5% der Erwerbstätigen - statt 4,9% bei Amtsübernahme der Lady Thatcher.

Das britische Beispiel ist somit kein Ruhmesblatt dessen, was man „hybriden Monetarismus“ nennen könnte. Die Konservativen blieben nur dank Falkland-Chauvinismuseffekt an der Macht.

Die Bundesrepublik ist ideologisch auf dem besten Wege, dem Thatcherismus zu folgen; jedenfalls gab sich ihr Finanzminister viel Mühe, den Aufschwung, der von Nordamerika ausstrahlt, durch Drosselung des Staatsverbrauchs 1982/83 um 1,2% stärker abzufangen, als es selbst Franz-Josef Strauß lieb ist, während die vorige Koalition ihn 1976 wenigstens konstant hielt. Was auch schon dem gesamteuropäischen Aufschwung damals einen gehörigen Dämpfer aufsetzte und in den kleinen Ländern wie Italien eine Quasi-Rezession 1977/78 verschuldete.

Reagans reaktionärer Keynesianismus

Der Schein trägt weiter, weil sich die Reaganomics der USA nicht in das monetaristische Schema einordnen lassen. Reagan praktiziert entgegen allen

Propagandaerklärungen eigentlich das, was der US-Sozialist Michael Harrington einmal „reaktionären Keynesianismus“ genannt hat: Kappung der Sozialleistungen, dafür überdimensionale Steuergeschenke an die Reichen und ihre Unternehmen, Aufrüstung und ein dieser ungefähr entsprechendes Haushaltsdefizit von rund 200 Mrd. Dollar und darüber für die nächsten fünf Jahre... Dabei wird dieses Defizit wie auch das der Handels- und Leistungsbilanz nicht zuletzt mit Kapital finanziert, das auf den Sog der hohen (Real-)Zinssätze der USA hin aus Europa nach dort strömt.

Europa finanziert die USA-Aufrüstung, vor der es ihm graut. Dessen ungeachtet bleibt es dabei: Auch dieses verkappte keynesianische „Deficit Spending“ hat, wie Anfang der sechziger Jahre das Kennedys und Johnsons, durchaus funktioniert, entgegen allen neoklassischen Unkenrufen; in 12 Monaten wurden 3 Millionen neue Arbeitsplätze neu besetzt (unter Carter brachte man's auf 15!). Im Januar lag die Industrieproduktion auf Jahresbasis um 16% höher als ein Jahr zuvor. Angesichts dieses Auftriebs kann Europa gar nicht vermeiden, auch wieder hochzukommen, trotz aller europäischen Stoltenbergs... Und es ist ein Hohn auf den Monetarismus, daß trotz Haushaltsdefizit und Geldmengenausweitung um 12-14% 1983 das US-Preisniveau nur um 3,5% stieg und auch 1984 nur um 5% steigen soll.

Kleine Länder gingen zwei Wege

In der vorigen Rezession hatten die Benelux-Länder einen kurzen, scharfen Rückgang bei Sozialprodukt und Industrieproduktion 1975 erlebt, auf den schon 1976 ein hoffnungsvoller Aufschwung folgte. Allerdings kamen dann zwei Jahre schwachen Wachstums, die der neue Aufschwung 1979 ablöste. Diesmal war der Absturz 1981 milder (in Dänemark erfolgte er schon 1980), aber dafür zog sich negatives und Nahezu-Nullwachstum über vier Jahre hin, denn selbst für 1984 sind nur 1% (Niederlande) bzw. 1,5% (Belgien) Sozialproduktwachstum programmiert.

In der Langgezogenheit ihrer Rezession spiegelt sich die Tatsache, daß diesmal die führenden Länder schon mitten in der Rezession restriktiv reagiert hatten. Haben diese Länder schon ohnehin gegenüber den großen wenig eigenen Handlungsspielraum, so wurde dieser im europäischen Währungssystem noch weiter eingeengt. Allerdings kann man auch nicht behaupten, daß die außerhalb des Systems flexiblen Wechselkurse Europa wirksam als

Ganzes abgeschirmt hätten gegen die erratischen Schwankungen der US-Konjunktur: Auf die Carter-Rezession 1980 folgte ein noch von diesem Präsidenten eingeleiteter Mini-Boom, den Reagan dann 1982 umkippen ließ, um anschließend seinen verkappten Keynesianismus zu praktizieren. Zudem kam es wegen des Übergangs des US-Zentralbanksystems von der Zins- zur monetaristischen Geldmengensteuerung zu erratischen Schwankungen der US-Zinssätze auf hohem Niveau, die den kleinen Ländern besonders schlecht bekamen.

Einheitlich ergaben sich für alle kleinen Länder der EG (wenn man vom Sonderfall Luxemburgs abieht) 1983 doppelstellige Arbeitslosenzahlen. Belgien und Irland waren schon seit 1981 daran gewöhnt, aber für die Niederlande war der Anstieg besonders scharf: Von 4,1 % 1977-79 kam es bis Januar 1984 zu einem Anstieg auf das Viereinhalbfache - 17,8 %! Darin spiegelt sich die rigorose Austeritätspolitik der rechten Regierung, die die Inflationsrate mit 2,8 % 1983 noch unter die deutsche drückte. Die erdgasbedingte Hochhaltung der Währung spielte dabei mit, wenngleich man mit dieser die „holländische Krankheit“ erklärt, die lange exportbehindernd für andere Sektoren wirkte, ähnlich wie beim britischen und norwegischen Erdöl, zur Gefahr der „Entindustrialisierung“ hin.

Aber nicht alle Länder beschränkten diesen Weg. Irland steuerte seit 1978 mit doppelstelligen Haushaltsdefizit-Anteilen am Sozialprodukt (1982 Maximum mit 16,2%!) durch die Rezession und behielt bis zuletzt positive Wachstumsraten des Sozialprodukts, allerdings 1981/82 mit den höchsten Inflationsraten der EG und einer Schrumpfung der Anlageinvestitionen um rund ein Fünftel, die auch von Belgien erreicht und von Dänemark mit rund 30% noch übertroffen wurde. Irland wie Belgien konnten Arbeitslosenquoten von 15% (1983) nicht vermeiden, obwohl das letztere Land die wohl stärkste Arbeitszeitverkürzung in der EG erlebte und nach langjähriger Indexierung die Lohnsteigerung unter die Preissteigerungsrate drosselte. Dänemark suspendierte alle Indexbindungen bis 1985. Aber Belgien wie Dänemark behielten trotz Drosselungsversuch höchste Anteile des Haushaltsdefizits am Sozialprodukt (genau wie Irland) - Belgien 12%, Dänemark 9%!

Man kann also beide Länder nach dieser Höhe ihres Haushaltsdefizits durchaus dem „zweiten Weg“ zurechnen, dem der Aufrechterhaltung keynesianischer Prinzipien, vielleicht wider Willen. Immerhin beträgt dieses Defizit im Verhältnis zum Brutto-

sozialprodukt der beiden Länder das Drei- bzw. Vierfache des deutschen und das Vier- bzw. fast Sechsfache des britischen.

Den gleichen Weg eines hohen Haushaltsdefizits haben auch Österreich - das klassische Land des unreinen Keynesianismus in Europa - und Schweden beschritten. In Schweden blieb es bei 13%, mit einer Inflationsrate von allerdings 9%, dafür aber einer Arbeitslosenquote von nur 3,5% - im Zeichen einer bewußten Beschäftigungspolitik, die im übrigen durch eine Abwertung um mehr als ein Viertel seit 1981 und einen damit ausgelösten Exportboom gefördert wurde. Österreich schaffte im übrigen 1983 eine Arbeitslosenquote von nur 4,5% bei einer Inflationsquote von ganzen 3,3%.

Es ist im Grunde ein Trauerspiel, daß so die Mehrzahl der kleinen Länder, die es sich eigentlich gar nicht leisten können, zur europäischen Erholung positive Beiträge erbringt. Nur die Niederlande folgen ähnlich wie die meisten großen Länder der EG weiter einem drastischen Sparkurs, zwar mit einem immer noch doppelt so hohen Anteil des Haushaltsdefizits am Sozialprodukt wie in der BRD (6,7%), haben aber als Auftriebseffekt einen hohen Überschuß der Leistungsbilanz (2,7% des BSP, dreimal so hoch wie in der BRD 1983). Luxemburg kennt ein niedriges Haushaltsdefizit, in der Größenordnung der BRD. In den Niederlanden jedenfalls hatte die drastische Sparpolitik zur Folge, daß das Land selbst den Nachbarn Belgien in der Arbeitslosenquote überholte, trotz der Exporterfolge.

Für Haushaltspuristen sei bemerkt, daß das ultraliberale Belgien seit dem 19. Jahrhundert die Tradition befolgte, fehlende Besteuerung seiner Oberschicht durch ebensolche Defizite zu ersetzen, an deren Zinsen natürlich diese gleiche Oberschicht verdiente. Aber - bei aller verteilungspolitischen Bedenklichkeit speziell in unserer Hochzinsenepeche - auf jeden Fall kann man säkular mit solchen „strukturellen“ Defiziten (deren Berechnung problematisch ist!) durchaus leben . . .

Griechenland hat in dieser Hinsicht 1980/81 einen Sprung getan vom Haushaltsüberschuß zu 10% Defizit (vom BSP), das dann 1982/83 auf zwei Drittel gekappt wurde; auf die Rezession 1981 folgte Nullwachstum mit zwar nur 8% Arbeitslosen, doch hohem Leistungsbilanzdefizit. Letzteres erreichte mit 5% vom Bruttosozialprodukt einen Rekord unter den EG-Ländern 1983. Zusammen mit einem Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen um rund ein Fünftel seit 1980 wirkt dies arbeitsplatzvernichtend. Die Arbeitslosenquote dürfte daher steigen.

6 gute Adressen für zeitgemäßen Versicherungsschutz und günstiges Bausparen

An der Alster 57-63

Volkspfürsorge
Lebensversicherung AG,
2000 Hamburg I, Telefon: 0 40/24 82 30

Beim Strohause 20

Volkspfürsorge
Rechtsschutzversicherung AG,
2000 Hamburg I, Telefon: 0 40/2 86 60

Besenbinderhof 43

Volkspfürsorge
Deutsche Sachversicherung AG,
2000 Hamburg I, Telefon 0 40/2 86 51

Besenbinderhof 43

Volkspfürsorge
Krankenversicherung AG,
2000 Hamburg I, Telefon: 0 40/2 86 51

Friedrich-Ebert- Damm 160

Volkspfürsorge
Bausparkasse AG,
2000 Hamburg 70, Telefon: 0 40/24 82 30

Steckelhörn 5

HIR Hamburger Internationale
Rückversicherung AG,
2000 Hamburg II, Telefon: 0 40/37 00 81

Es gibt immer ein paar Gründe mehr, mit uns zu sprechen.

Wir haben für alles eine Lösung:

Lebens-, Sach- und Rechtsschutzversicherungen, Reise-Krankenversicherung,
Bausparen, Rückversicherungen. Fragen Sie einen unserer 35.000 Mitarbeiter.



Das Nationalisierungsexperiment ist insofern in Krisenzeiten ein Luxus.

Italien – kranker Mann oder Lebenskünstler Europas?

Auf den ersten Blick hin läßt sich das Verdammungsurteil über die italienische Wirtschaft leicht fällen: 20% Inflation 1980/81, 1983 noch 15, Ende des Jahres 13%, mitten in der Rezession ungebrochen steigender öffentlicher Verbrauch und ein Haushaltsdefizit, das in den letzten drei Jahren konstant 12% des Bruttosozialprodukts ausmachte und 1984 100.000 Mrd. Lire erreichen dürfte!

Indessen entdeckt man auf den zweiten Blick doch allerhand positive Züge. Das Leistungsbilanzdefizit ist infolge sinkender Einfuhren fast geschwunden. Es war einzige Land, das die Rezession 1975 durchstand mit steigender Beschäftigung, und diesmal ergab sich nur 1982 ein geringfügiger Beschäftigungsrückgang um 0,4%, während alle anderen EG-Länder im Schnitt Rückgänge um etwa 4%, die BRD fast fünf, Großbritannien fast zehn Prozent aufzuweisen hatten. Das ist weitgehend dem Quasi-Entlassungstopp in den Großbetrieben sowie der hohen Beschäftigung in der „Schattenwirtschaft“ zuzuschreiben, deren Anteil am Sozialprodukt von manchen auf ein Fünftel geschätzt wird. Allerdings ist die Kehrseite die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Immerhin blieb die Arbeitslosenquote bis 1983 mit 10,8% ungefähr auf dem europäischen Mittel, lag im Dezember allerdings bei 12,6%. Jedenfalls erreichte das Land 1979/80 die höchsten Wachstumsraten der EG, auch in der Industrieproduktion, und glitt später als andere in die Rezession, blieb dafür allerdings noch 1983 darin stecken. Die italienischen Bruttoanlageinvestitionen sind bis 1983 nur ungefähr wie in der Bundesrepublik geschrumpft; lediglich Frankreich stand besser da.

Man kann das italienische Haushaltsdefizit in zweierlei Weise interpretieren: Einmal entspricht sein Anteil am Sozialprodukt ungefähr der Sparquote des Landes – der Staat verteilt diese sozusagen als Aufträge an die Wirtschaft –, ähnlich wie in den USA. Zum anderen wird die Staatsschuld mit der hohen Inflationsrate real vermindert – auch die britische Staatsschuld schrumpfte so, noch unter Margaret Thatcher. Die Inflation ist eben ein gigantischer Schuldenliquidator; getroffen werden die Gläubiger, in der großen Inflation in den zwanziger Jahren der Mittelstand – heute teilweise bis in die Arbeiterschaft (als Kleinsparer) hinein . . .

Betrachtet man aber das italienische Haushalts-

defizit real, so ergeben sich überraschende Perspektiven. In einer Studie für die EG-Kommission vom Dezember 1983 (Economic Papers, Nr. 24, S. 30) haben die Ökonomen Olivier Blanchard und Rüdiger Dornbusch vom amerikanischen Massachusetts Institute of Technology, gestützt auf Arbeiten von Francesco Giavazzi, errechnet, daß vom italienischen „public sector deficit“ von 17% des Bruttosozialprodukts (dies umfaßt einen Großteil der öffentlichen Unternehmen mit) – nach Berichtigung um die Inflation, die Rezession („konjunkturelles Defizit“) und die öffentlichen Investitionen – nur ein echtes Defizit von 2% des BSP übrigbleibt; „Italiens Vollbeschäftigungsdefizit“ (nach der US-Definition) „beträgt also nur 2% statt der vielgepriesenen 17%. Die Situation ist aber nicht so günstig für andere Länder: Belgien und Dänemark haben tatsächlich hohe echte Defizite auch nach zyklischer Korrektur und wenig Raum für Fiskalexpansion“.

Das erklärt, warum der angeblich „kranke Mann Europas“ seit Jahrzehnten fröhlich weiter gedeiht. Es ist dies ein von einer führenden Rechtspartei, den „Democristiani“, lange Jahre praktiziertes und geduldetes Verfahren, die Wirtschaft – vielleicht teilweise à fonds perdu – in Gang zu halten. Immerhin wird für 1984 mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5% gerechnet, wenig unter dem europäischen Durchschnitt. Abwertung steht sicher ins Haus; aber bisher hat das italienische Produktionspotential darauf stets resilient reagiert. Besonders der Maschinenbau ist optimistisch. Darnieder liegt nur die Bauwirtschaft. Dafür dürften Masseneinkommen und privater Konsum zunehmen.

Frankreich – das hämische Paradebeispiel der Konservativen

Konservative Ökonomen und Politiker triumphieren zur Zeit angesichts der Restriktionsmaßnahmen, die nach der Abwertung des Francs vom 21. März 1983 eingeleitet wurden. Sie reden von einem Scheitern des sozialistischen Experimentes. Dabei wird zunächst vergessen, daß Frankreich das einzige EG-Land war, das – wie schon 1975, damals unter der rechten Regierung Giscard-Chirac – praktisch ohne einen Rückgang des Sozialprodukts durch die Rezession kam und bewußt eine Expansionspolitik zur Stützung des Aufschwungs einleitete. Was damals im Alleingang teilweise gelang, ist diesmal angesichts der veränderten außenwirtschaftlichen Konstellation und der zweiten Ölkrise nicht so gelungen. Immerhin lag die Schrumpfung der französischen Industrieproduktionen 1980–83

mit 4%, dank des Einsatzes der öffentlichen Unternehmen auch die der Bruttoanlageinvestitionen 1981 und 1983 mit 6% weit unter dem europäischen Durchschnitt und unter der Schrumpfung in der Bundesrepublik, die bei den Anlageinvestitionen an 10% heranreichte. Zudem waren Frankreich und Griechenland die einzigen Länder, in denen der private Verbrauch bis 1983 nicht zurückging, dank der Maßnahmen zur Stützung der Massenkaukraft.

Gewiß: Das eben war die Schwäche der französischen Situation, denn der durch Staats- bzw. Sozialausgaben induzierte beginnende Aufschwung von 1982, der den privaten Konsum um 3,5% ausweitete - nur etwa Dänemark vergleichbar -, brachte zwar 1,6% (OECD-Angaben) bzw. 1,8% (EG) Wachstum des Sozialprodukts, wurde aber durch eine Verdoppelung des Leistungsbilanzdefizits auf 2,9% des BSP erstickt, bei gleichzeitig hoher Inflationsrate, die von 1980 13,3% nur auf 9% bis Ende 1983 gesenkt werden konnte. 1984 soll letztere zwar auf 7,5% sinken, aber die hohen Binnenpreise veranlaßten die französische Kaufkraft, die Importe real 1982 um 5% hochzutreiben, dieweil die Exporte real um 4% sanken. Mitterrand blieb nichts anderes übrig, als abzuwerten und den Aufschwung zu drosseln.

Nun hat er aber die Methode der salamiartigen, scheinbarweisen Abwertungen gewählt. Hätte er gleich nach seiner Wahl mit einem Schlage massiv abgewertet und die Schuld dafür seinen Vorgängern angekreidet, hätte er vielleicht eine Chance gehabt, mit einem Peitschenschlag die französische Exportresilienz wachzurufen und sogar Fluchtkapital zurückzulocken, in der Hoffnung auf Wiederaufwertung des Franc.

Die Expansion im Alleingang mißlang, weil vor allem die Deutschen nicht mitmachten. Immerhin gelang es, die Arbeitslosenzahl mit beschäftigungspolitischen Maßnahmen bei etwa zwei Millionen zu stabilisieren; im Dezember lag die Arbeitslosenquote mit 9,3% wenig über der bundesdeutschen und hatte sich seit 1980 nicht einmal verandert halbfacht, während sie sich in der BRD fast verdreifachte.

Wenig verständlich ist, daß sich die französische Regierung mit der Begrenzung des Haushaltsdefizits auf höchstens drei Prozent des Bruttosozialprodukts, also auf das deutsche Niveau von 1979, wie wir eine Art Mühlstein um den Hals hängte, obwohl alle anderen EG-Länder außer Großbritannien und die BRD doppelt bis viermal so hohe Defizite aufzuweisen haben. Wenn man die Nettozinszahlungen für die öffentliche Schuld abzieht, dann liegt das

französische Defizit mit 0,9% des Bruttosozialprodukts wenig über dem deutschen (0,7%) und genau auf der Höhe des britischen - und das kann man wohl als den eigentlichen Konjunkturimpuls ansetzen.

Nun bekommt die französische Wirtschaft zwei Jahre lang praktisch ungefähr Nullwachstum verordnet. Die großen Investitionspläne der öffentlichen Unternehmen, die mit der Nationalisierung anlaufen und der französischen Wirtschaft neue Impulse einhauchen sollten, werden teilweise auf Eis gelegt. Man kann sich fragen, ob ihre Verzögerung nicht auf Desorganisation zurückzuführen ist, die jeder großen Umgestaltung - Nationalisierung wie Privatisierung - anhaften muß, zumal in Krisenzeiten, die schlecht dafür geeignet sind. Man kann allerdings hoffen, daß die Gewaltkur der Restriktion den Inflationsvorsprung etwas abbauen wird. Die anlaufenden öffentlichen Investitionen, die neue Kapazitäten erstellen, mögen Überhitzung vermeiden helfen.

Indessen droht die Gefahr, daß unzufriedene Sozialisten angesichts der Auslandskonkurrenz jetzt mehr und mehr den von Chévènement vertretenen Protektionismusideen zuneigen, um französische Arbeitsplätze in kurzer Sicht zu retten - und auf längere Sicht um so mehr zu gefährden. Das ist die Gefahr, die der ganzen europäischen Linken droht und die in Großbritannien der in das Unterhaus zurückkehrende Tony Benn verkörpert: Allzu leicht wird Sozialismus nach innen mit protektionistischer Abkapselung nach außen identifiziert, damit aber auf das Gleis einer verkrusteten, ineffizienter werdenen Wirtschaft abgeschoben. Die Debatte darüber bleibt zu führen.

Entgegen allen Unkenrufen der Konservativen hat Mitterrand noch eine Chance: Schließlich war Frankreich in seinem Wirtschaftswachstum bis Mitte der siebziger Jahre den anderen europäischen Ländern davongelaufen, was das amerikanische Hudson Institute einmal mit dem „Höhenflug Frankreichs“ („L'envol de la France“) bezeichnete. Giscard d'Estaing hatte nach Ölkrise und Rezession 1975 - die Frankreich dank Investitionsimpuls der öffentlichen Unternehmen ohne Sozialproduktschrumpfung durchstand - das Gegenteil von dem getan, was Regierungen im „politischen Zyklus“ unserer Zeit zu tun pflegen: Er hatte zu Beginn seiner Amtszeit die Wirtschaft durch seinen Ministerpräsidenten Chirac anheizen und sie dann in der zweiten Hälfte durch dessen Nachfolger Barre abkühlen lassen, was ihn die Wiederwahl kostete. Wenn es Mit-

terrand gelingt, nach der 1983 eingeleiteten Abkühlungsperiode, der er sich wegen seiner selbstauferlegten Haushaltsdefizitbegrenzung und unter dem Druck des Leistungsbilanzdefizits unterwerfen mußte, umgekehrt noch die letzten zwei oder drei Jahre seiner Amtszeit einen neuen Aufschwung einzuleiten, mag er letztlich die Partie doch noch gewinnen.

Ein Plädoyer für die Reflation

Das setzt voraus, daß auch die anderen Länder Europas in ihrer Mehrheit aus der Restriktionsmentalität herausfinden, die ihnen mit der Bekehrung zum Monetarismus übergestülpt wurde. Das gilt vornehmlich für die Länder mit Leistungsbilanzüberschuß, so die Niederlande, Großbritannien und vor allem die Bundesrepublik. Zur Zeit sträuben sich alle drei, unter konservativen Regierungen, gegen jeden Gedanken an Konjunkturheilung; eine solche „Reflation“ ist für sie ein Schimpfwort.

Der Haupteinwand gegen jede bewußte Förderung der Wiederbelebung besteht in dem Hinweis, daß diese ja ohnehin schon anlaufe. Gewiß sind Anzeichen dafür in der Mehrzahl der EG-Länder gegeben; allein es besteht eben die Gefahr, daß dieser neue Aufschwung ohne Abstützung durch bewußte Politik wieder - wie schon der von 1976 - durch Schuld der führenden Länder der EG in eine müde Quasi-Erhöhung oder Nahezu-Stagnation ausmündet, während Nordamerika und Japan wieder den Europäern mit einem echten Aufschwung davolaufen und damit neue Vorsprünge, vor allem auch in technologischen Neuerungen und damit Wettbewerbskraft gewinnen.

Der Keynesianismus wurde diskreditiert, nachdem er ein Vierteljahrhundert zwar unvollkommen und nur teilweise angewendet, aber immerhin zur Basis der bisher spektakulärsten Wachstumsperiode der westlichen Welt geworden war. Ausgerechnet mitten in der ersten großen Rezession 1975 ließ man seine Prinzipien fallen. Ihre Wiederbelebung mit Korrekturen ist Voraussetzung für die Vermeidung einer langdauernden Stagnationsperiode, die uns droht.

Zu dieser Wiederbelebung bedarf es einer Auseinandersetzung mit den antikeynesianischen Grundthesen, die von Großbritannien auf die Bun-

desrepublik ausstrahlen: Die Hauptargumente lauten, daß Reflation neue Inflation bedeute, daß Haushaltsdefizite nur private Investitionen „verdrängen“ („crowding out“), vor allem auf dem Wege über Hochtreibung der Zinsen, daß der Aufschwung durch Lohnsteigerungen abgewürgt werden würde und daß man überhaupt nicht von der Nachfrageseite her ankurbeln dürfe, sondern nur die Angebotsseite stärken, daher Gewinne, Investitionen und Produktivität heben und Reallöhne senken müsse.

Es ist kein Zufall, wenn diese Fragen am eingehendsten im Großbritannien Margaret Thatchers diskutiert werden: Hier hat die CLARE-Gruppe von Cambridge-Ökonomen in einer Serie von Veröffentlichungen (zusammengefaßt in „Contemporary Problems of Economic Policy“, London 1983) die beste Widerlegung solcher Modethesen geliefert. Zinssteigerung durch Haushaltsdefizite ist gerade für die USA unbewiesen, und öffentlich induzierte Investitionen produzieren Einkommen („crowding in“) und damit die Ersparnisse, die sie finanzieren; Inflation ergibt sich gerade bei fehlendem Sozialkonsens und in der Rezession, wenn die Firmen mit unausgenutzten Kapazitäten in Hochkostenproduktion gedrängt werden und Marktmacht ausnutzen können, die Konservative mit Regulierungsabbau fördern. Die CLARE-Gruppe empfiehlt Einkommenspolitik. Schwache Nachfrage führt zur Verlangsamung von Modernisierung und Produktivitätshebung. Auch strukturelle Anpassung z. B. an den Wettbewerb Japans und der neuen Industrieländer wird schwieriger, wenn gedrückte Nachfrage keine Neuinvestitionen erlaubt.

Das negative Erwartungsklima in solcher Atmosphäre ist ein Haupthindernis für jede Beschäftigungspolitik, aber auch für technischen Fortschritt und Kostensenkung, weil selbst Ersatzinvestitionen unterbleiben. Das Reallohnargument mag 1975 in einigen Ländern gegolten haben, gilt aber in der Rezession der achtziger Jahre fast nirgends mehr; das beste Rezept gegen in der Rezession stets ansteigende Lohnanteile am Sozialprodukt ist eben die Auslösung des Aufschwungs. Eine Lektüre des Buches der „Clare Group“ sei allen vom Monetarismus infizierten Politikern angeraten. Hier finden sich die positiven Anregungen für Europas Erholung!

Bernd-Georg Spies: Ansatzpunkte lokaler Beschäftigungspolitik – Das Beispiel des Greater London Council

Bernd-Georg Spies, Jahrgang 1955, Diplom-Ökonom mit dem Schwerpunkt Arbeitsmarktpolitik, Regionalwirtschaft und gewerkschaftliche Beschäftigungspolitik, arbeitet im Tavistock Institute of Human Relations in London.

London, im Februar 1984

Die Tatsache, daß die County Hall, der Sitz der Londoner Stadtverwaltung und das Parlamentsgebäude nur einen Steinwurf voneinander entfernt liegen, berührt normalerweise allenfalls das touristische Interesse der London-Besucher. Abgesehen von einer Periode in den 30er Jahren, als nach dem Vorbild der Kommunalpolitik im „roten Wien“ zukunftsweisende Konzepte gegen Arbeitslosigkeit und für einen Ausbau der kommunalen Dienstleistungen entwickelt und praktiziert wurden, hat die Arbeit des Stadtrats, des Greater London Council (GLC), der in einem Stadtgebiet von 1600 km² mit ca. 7 Millionen Einwohnern im 4-Jahres-Rhythmus direkt gewählt wird, selten im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gestanden. Ein reger Wechsel der politischen Mehrheiten und fehlende längerfristige Überlegungen waren für die Entwicklung eines Konzepts zur „strategischen Planung für Wirtschaft, Beschäftigung und Wohnungswesen; Unterhaltung der Hauptstraßen, Müllabfuhr und Feuerwehr sowie den Betrieb des Nahverkehrs (London Transport)“, den festgeschriebenen Aufgaben des GLC, wenig zuträglich.

Dies änderte sich schlagartig, als im Mai 1981 die Labour Party aus den Kommunalwahlen als Siegerin hervorging, in die sie mit einem betont offensiven beschäftigungs- und verkehrspolitischen Programm gegangen war. Nach Beratungen mit Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Nachbarschaftsgruppen lagen dessen Schwerpunkte in gezielten beschäftigungspolitischen Initiativen und einer merklichen Senkung der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr sowie einer Verbesserung von dessen Service.

Und plötzlich wurde die geographische Nähe zu den Schalthebeln der britischen Politik selbst zu einem Politikum. Um einer konservativen, marktradi-

G G G

**31. 5.–2. 6. 1984 Bundeskongreß
der Gemeinnützigen Gesellschaft
Gesamtschule e. V. (GGG)
in der Staudinger-Gesamtschule
in Freiburg-Haslach**

Thema: „Gesamtschule – Schule mit Profil“

**Auskunft: Bundesgeschäftsstelle der GGG
Postfach 1307, 2960 Aurich 1
(Tel.: 0 49 41 / 1 87 77)**

kalen Regierung, die die rasant anwachsende Arbeitslosigkeit z. T. achselzuckend hinnahm, z. T. aber als willkommenes Mittel zu beabsichtigten Lohnsenkungen auf breiter Front begrüßte, die Folgen ihrer Politik stets vor Augen zu halten, wurde auf dem Dach der County Hall ein unübersehbares Transparent mit den monatlichen Arbeitslosenzahlen Londons befestigt. Die Zahlen, die auf diesem Transparent zu notieren waren, stiegen von ca. 260.000 (1981) auf 370.000 im Februar 1984.¹ Sie markieren den Ausgangspunkt der kommunalen Beschäftigungspolitik und führten Margret Thatcher, wie kolportiert wird, mehr als einmal zu Wutausbrüchen über die in ihren Augen permanente politische Provokation.

Arbeitsplatzabbau und Massenarbeitslosigkeit

Die Labour Party übernahm die Kommunalverwaltung zum Zeitpunkt der schwersten Wirtschaftskrise seit 50 Jahren. Die Arbeitslosenzahl Londons schnellte innerhalb von lediglich 24 Monaten nach dem Amtsantritt der Thatcher-Regierung 1979 von 126.000 auf 263.000 hoch; im Zeitraum von 1979–1983 war ein Anstieg um 200% zu verzeichnen. Schätzungen, die die nicht registrierten Arbeitslosen berücksichtigen, veranschlagen die Gesamtzahl der Erwerbslosen in London auf über 400.000. Die

1) Die Aufschrift des Transparents wurde zwischenzeitlich verändert. Nachdem die parlamentarischen Beratungen über die Abschaffung der – ausschließlich Labour-kontrollierten – Stadtverwaltungen in den 6 Ballungszentren Großbritanniens (Metropolitan Councils) in die letzte Phase getrieben wurden, erinnert die Aufschrift die Regierung nunmehr an die in Meinungsumfragen ermittelte überwältigende Zustimmung der Londoner Bevölkerung zum Weiterbestand einer unabhängigen, demokratisch gewählten Kommunalverwaltung.

Zahl der Dauerarbeitslosen wächst stetig, z. Zt. sind etwa 130.000 Menschen länger als 1 Jahr ohne Beschäftigung, etwa 100.000 zwischen 6 Monaten und einem Jahr. Rund 55.000 Beschäftigte wurden allein

1981 Opfer von anzeigepflichtigen Entlassungen. Da diese nur bei mehr als 10 zur Entlassung Anstehenden erfaßt werden, dürfte die Zahl der Betroffenen auch hier weit höher liegen.

Daten zur Arbeitslosigkeit in London

	Arbeitslose						Anzeigepflichtige Entlassungen ¹ - Jahresdurchschnitt
	Insgesamt		Männer		Frauen		
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
1979	126.000	3,4	96.000	4,3	30.000	1,9	15.179
1980	157.000	4,2	117.000	5,4	40.000	2,6	33.951
1981	263.000	7,0	195.000	8,8	67.000	4,4	54.998
1982	323.000	8,6	238.000	10,8	85.000	5,5	49.393
1983	359.000	9,6	258.000	11,7	101.000	6,6	34.078 ²
Dez. 1983	366.000	9,8	258.000	11,7	107.000	7,0	2.751 ²

¹) Gemäß Artikel 100 des Employment Protection Act von 1975 haben Arbeitgeber bevorstehende Massenentlassungen kurz vor dem Wirksamwerden anzudeuten. Die Zahlen sind nicht vollständig, da nur Entlassungen von 10 und mehr Beschäftigten erfaßt werden.

²) Vorläufige Zahlen am 2. Jan. 1984. Endgültige Zahlen dürften höher liegen.

Quelle: Employment Gazette, Jan. 1984

Die Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung verschärfte den in London schon seit geraumer Zeit ohnehin stattfindenden Arbeitsplatzabbau dramatisch. Eine ausschließlich auf die Angebotsbedingungen - in Großbritannien besonders auf den Finanz- und Bankensektor - gerichtete Politik eliminierte wesentliche sozialstaatliche Errungenschaften der Arbeiterbewegung, schwächte die Massenkaukraft und beschleunigte durch extrem hohe Zinssätze den Beschäftigungsabbau vor allem in der Verarbeitenden Industrie. Von den dort rund 1,5 Mio. 1951 in London Beschäftigten waren 1981 noch etwa 650.000 verblieben. Allein zwischen 1971 und 1981 sank die Zahl der in der Verarbeitenden Industrie Tätigen um 400.000 oder 37%. Diese Situation wird auch durch eine andere Zahl illustriert: Ca. 3 Mio. qm² Fabrik- oder Lagerfläche sind derzeit ungenutzt.

Die Unwirksamkeit der herkömmlichen Regionalpolitik oder der Zwang zum Handeln

London mußte schmerzlich erfahren, daß Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise kaum mit den Mitteln der traditionellen Regionalpolitik bezukommen ist. Zwar wurden unter der bis 1981 regierenden konservativen Stadtratsmehrheit z. B. jährlich 80.000 £ (£ 1 = DM 4,-) für die Selbstdarstel-

lung Londons in den USA ausgegeben, dies änderte jedoch nichts am Arbeitsplatzschwund durch die Rationalisierung von Produktions- und Verwaltungsprozessen sowie der serienweisen Schließung ganzer Betriebe.

London litt besonders unter dem „Nullsummencharakter“ der üblichen Förderpolitik: Die Anreize der Regionalförderung führten per saldo nicht zu zusätzlicher Beschäftigung, sondern nur noch zur Umverteilung. Aufgrund hoher Grundstückspreise und Lebenshaltungskosten, langen Wegezeiten - um nur einige der Standortnachteile zu nennen - wanderten immer mehr Betriebe, oft mit Mitteln der Regionalförderung bezuschußt, in andere Regionen ab. Die „Dezentralisierungsdebatte“ führte Ende der 70er Jahre darüber hinaus zur verstärkten Abwanderung von Regierungsbehörden, wie z. B. dem englischen „Gegenstück“ zur Bundesanstalt für Arbeit, der Manpower Services Commission, nach Sheffield. Die Resultate der für private Investoren „maßgeschneiderten“ Regionalpolitik der Thatcher-Regierung belegen nachdrücklich die Probleme dieses Ansatzes, die GLC dazu veranlaßten, einen völlig anderen Weg zu wählen. Das „Flaggschiff“ der konservativen Regionalförderung bilden 11 Gewerbeparks („enterprise zones“), in denen „investitionshemmende“ Vorschriften des Arbeits-

und Umweltschutzes, des Steuer- und Bodenrechts weitgehend beseitigt wurden. Für jeden der in diesen Zonen entstandenen oder gesicherten 8065 Arbeitsplätze wurden zwischen 35.000 £ und 60.000 £ an öffentlichen Mitteln aufgewendet. Daß die Schallgrenze nach oben offen zu sein scheint, belegt das jüngste Beispiel der ab 1985 geplanten Ansiedlung eines Nissan-Automobilwerkes in Großbritannien. Für die dort in Aussicht gestellten 500 Arbeitsplätze offeriert die britische Regierung 35 Mio. £ – die direkten Mittel der Regionalförderung nicht eingerechnet –, was einer Quote von 70.000 £, oder 280.000 DM pro Arbeitsplatz entspricht. (The Guardian, 31. 1. 1984)

Das Londoner Beschäftigungsprogramm

Die von den Kommunen in Großbritannien betriebene Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung unterscheidet sich von der in der Bundesrepublik praktizierten Politik nur unwesentlich. Dem kontinuierlichen, an manchen Orten derzeit dramatisch zugespitzten Arbeitsplatzkahlschlag wird mit einer Palette von Ansiedlungs- und Investitionsanreizen begegnet. Eine aktive, eingreifende Strategie ist kaum zu verzeichnen, als Erfolgsindikator gilt lediglich die Ansiedlung von Betrieben mit nicht selten zweifelhaften Arbeitsplatzeffekten, qualitative Momente bleiben weitgehend ausgeblendet.

Gegen dieses Politikmuster setzte GLC eine auf Intervention in die Entscheidungs- und Verflügungsmacht der Unternehmen gezielte Beschäftigungsoffensive. Als Grundlage des Konzepts wurden drei zentrale Ziele formuliert:

1. Brachliegende Werte – menschliche Arbeitskraft, Gelände, Finanzen, technisches Wissen und Ressourcen – sollen zugunsten einer sozial nützlichen Produktion mobilisiert,
2. die soziale Kontrolle von Investitionen und Produktion soll durch die Förderung nicht-privatwirtschaftlicher Eigentumsformen und verbesserter gewerkschaftlicher Beteiligung erweitert und
3. der Einsatz neuer Techniken soll sozial verantwortlich betrieben werden.

Im Mai 1981 richtete GLC auf der Grundlage dieser Ziele eine wirtschaftspolitische Arbeitsgruppe (Economic Policy Group/EPG) ein. Diese sollte durch eine gründliche Analyse vor allem die lokal beeinflussbaren Ursachen der Beschäftigungskrise sektoral und örtlich genauer bestimmen, Prognosen über mögliche Entwicklungstrends formulieren und Gegenstrategien entwerfen.

Der daraufhin erarbeitete Londoner Wirtschafts- und Beschäftigungsplan (London Industrial Strategy and Manpower Plan) wurde nicht nur im Stadtrat selbst, sondern mit allen gesellschaftlichen Gruppen, vor allem jedoch mit Arbeitnehmern und ihren Interessenvertretern diskutiert. Damit ist auch gleichzeitig ein Prinzip markiert, das bei der Umsetzung dieses Plans eine entscheidende Rolle spielt. Die Betroffenen – also bei einer beschäftigungspolitischen Strategie die Arbeitnehmer – sollen in Planungen, Entscheidungen und Realisierung nicht nur formal einbezogen sein, sie sollen aktiv gestalten. Betriebsbelegschaften, Gewerkschaften, aber auch Bürgerinitiativen und Projektgruppen werden dabei unterstützt, ihre traditionell defensive Rolle zu überwinden und z. B. den Kampf um die Erhaltung von Arbeitsplätzen mit offensiven, perspektivischen Überlegungen zur Produktion sozial nützlicher Güter zu verbinden. Dieses Konzept knüpft unmittelbar an die Vorschläge der Arbeiter bei Lucas-Aerospace in Wolverhampton an, die, um die bevorstehende Schließung des Werkes zu verhindern, eine Fülle von Produkten mit hohem Gebrauchswert bis zur Produktionsreife entwickelten.²

Darüber hinaus versucht GLC mit diesem Konzept ein neues Fundament für eine „alternative“ Wirtschaftspolitik zu legen, die, wie die Erfahrungen zweier Unterhauswahlen in Großbritannien zeigen, nicht ausschließlich auf den Zentralstaat orientieren darf, sondern auch „vor Ort“ verankert und praktikabel sein muß.

In Großbritannien reicht die starke Orientierung auf die „zentralen“ Schalthebel der Macht – neben der Militanz auf unterster Arbeitsplatz- und Betriebsebene – innerhalb der Arbeiterbewegung bis in ihre Anfänge zurück. Labour-Regierungen waren daher immer bestrebt, durch zentral kontrollierte, nationalisierte Schlüsselindustrien und zentrale Planungsinstrumente zu einer gleichmäßigeren Wirtschaftsentwicklung zu gelangen. Bei anwachsender Arbeitslosigkeit zum Ende der letzten Labour-Regierung unter James Callaghan 1979 verbreitete sich deshalb große Enttäuschung, als die materiellen Resultate einer Labour-Regierung für die abhängig Beschäftigten derart schlecht ausfielen. Den konservativen Kräften gelang es 1979 und 1983 relativ leicht, ein „Zuviel“ an nationalisierter

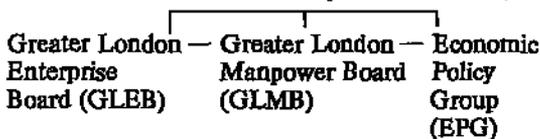
2) vgl. dazu: Mike Cooley, Neue Technologien: Wer bestimmt?, in: Auer, Pentz, Tergeist (Hrsg.), Humanisierung der Arbeit zwischen Staat und Gewerkschaft, Berlin 1981, S. 64–78

Industrie und wirtschaftlicher Planung als den dafür ausschlaggebenden Grund darzustellen. Eine „linke“ Erklärung, daß dafür vielmehr ein „Zuwendig“ an Arbeitnehmereinfluß in nationalisierten Industrien und den vorhandenen Planungsgremien und eine fehlende lokale Fundierung arbeitnehmerorientierter Politik verantwortlich waren, hatte demgegenüber wenig Überzeugungskraft. Das Londoner Beispiel, und mit ihm ähnliche Ansätze in Sheffield, Liverpool und Birmingham, versucht interventionistische, die Beschäftigten einbeziehende Alternativen gegen die gemeinsame Front von konservativer Regierung und Unternehmerlager und damit „Keimformen“ einer beschäftigungsorientierten Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu entwickeln.

Organisation und Finanzierung

Die existierende Struktur der lokalen Verwaltung erwies sich als wenig geeignet, derart ambitionierte Programme umzusetzen. Die starre Ressortstruktur erschwerte die beabsichtigte Zusammenführung der vorhandenen Instrumente, Beamte waren nicht bereit, statt wie bisher bei Maßnahmen der Wirtschaftsförderung üblich, ausschließlich mit dem Management, nun auch mit den Beschäftigten, Shop-Stewards und den Gewerkschaften zu verhandeln. Deshalb mußte eine neue Organisationsform gefunden werden.

GLC Industry and Employment Committee



Die drei operativen Abteilungen EPG, GLMB (hauptsächlich für das Zusammenführen aller in London praktizierten Weiterbildungsprogramme zuständig) und GLMB (die Aktivitäten der Beschäftigungsagentur sollen im folgenden eingehender dargestellt werden) sind dem Industrie- und Beschäftigungskomitee verantwortlich, das aus Vertretern verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen zusammengesetzt ist. Die Gewerkschaften verfügen über eine Stimmenmehrheit.

Durch ein spezielles Instrument der Gemeindeverfassung (Section 137 des Local Government Act von 1972) können die Kommunen über zweckgebundene Mittel hinaus etwa 2% der Grundsteuer,

der „rates“ - einzige Steuerquelle der Gemeinden - für spezielle lokale Programme mobilisieren. Zusammen mit Rückgriffen auf Pensionsrückstellungen stattet GLC die Beschäftigungsinitiative mit etwa 40 Mio. £ pro Jahr aus.

Ein neuartiges Konzept der Wirtschaftsförderung (GLEB)

GLEB mit ca. 70 Beschäftigten und einem Jahresetat von 33 Mio. £ soll

- zur Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung beitragen,
- die Bedingungen zur Produktion sozial nützlicher Güter verbessern,
- die Schaffung qualitativ hochwertiger, dauerhafter und materiell akzeptabler Arbeitsplätze stimulieren,
- den Einfluß von Belegschaften und Gewerkschaften in der Unternehmensplanung ausweiten und
- neue Formen sozialen Eigentums fördern.

Versuche, bedrohte Unternehmen und Arbeitsplätze zu retten, zeigen immer wieder die entscheidende Rolle der Banken, die ohne die sozialen Kosten von Betriebserschließungen und Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen, ihre Kreditvergabe nur nach betriebswirtschaftlichen Rentabilitätsüberlegungen ausrichten. Dies gilt um so mehr, wenn Belegschaften zur Sanierung eine Veränderung der Produktpalette vorschlagen und um dies zu untermauern, selbst Güter mit hohem sozialem Nutzen entwickelt haben. Das Problem des „capital gap“ wird durch die starke Orientierung des englischen Bankensystems auf gewinnträchtige Anlageformen im internationalen Finanzsektor bei gleichzeitiger Vernachlässigung der industriellen Anlagen noch verschärft. GLEB soll gezielt dieses Risikokapital bereitstellen.

Das GLEB Budget, das als öffentliche Beteiligung, Kredit oder „verlorener“ Zuschuß eingesetzt werden kann, bildet einen Hebel, um Unternehmensentscheidungen stärker nach sozialen Kriterien auszurichten, ohne dabei den Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit des geförderten Projekts aus dem Blick zu verlieren. Die Förderkriterien umfassen z. B. Fragen nach dem zu erwartenden Zuwachs an Einkommen und Nachfrage, der innerbetrieblichen Förderung von Qualifikationen, dem Netto-Beschäftigungseffekt (Brutto / . möglicherweise bei Mitbewerbern oder in anderen Unternehmensbereichen eintretenden Arbeitsplatzverlusten), dem Wettbewerbszuwachs in monopolisierten Sektoren,

der Berücksichtigung von arbeitsmarktpolitischen „Problemgruppen“, dem sozial verantwortlichen Einsatz neuer Techniken.

Finden diese Fragen zumindest teilweise positive Antworten, wird zwischen GLEB, Belegschaft, Gewerkschaften und Management ein Unternehmensplan („enterprise plan“) ausgehandelt. Der Plan, i. d. R. mit einem Zeithorizont von 5 Jahren, legt Markt- und Produktstrategien, Investitionspläne und Technikeinsatz fest. Gleichzeitig sollen in ihm Lohnniveau, Arbeitsbedingungen und -platzstruktur, Weiterbildungsmaßnahmen und Schritte zur erweiterten Chancengleichheit beschrieben werden. Der Plan muß konkrete Schritte zur Ausweitung des Einflusses von Arbeitnehmern skizzieren. Ohne deren Zustimmung wird der Plan und damit das gesamte Förderpaket nicht wirksam. Da die Gewerkschaften in die Beratungen einbezogen sein müssen, setzt dies in bislang nicht organisierten Betrieben voraus, daß Gewerkschaftsvertretern Betriebszugang eröffnet und das Recht, Beschäftigte

zu organisieren, eingeräumt wird. Alle Beteiligten kommen in regelmäßigen Abständen zusammen, um die Einhaltung der gemeinsam abgestimmten Ziele zu überprüfen. Die Zahlung der öffentlichen Mittel ist an die Zielerreichung geknüpft.

Die Erfolge GLEB's in den knapp 14 Monaten seiner Existenz sind durchaus bemerkenswert: 18,4 Mio £ sind in 136 Einzelvorhaben gebunden. Dadurch wurden etwa 1650 Arbeitsplätze neu geschaffen oder erhalten. Dieser Wert wird wegen des Stufencharakters der meisten Unternehmenspläne auf ca. 2000 nach Ablauf von 2 Jahren steigen. Pro Arbeitsplatz wurden ca. 10.000 £ aufgewendet.

Trotz eines anders gelagerten Anspruchs war GLEB in seiner Anfangsphase meist als „Krisenbewältiger“, also reaktiv tätig. Beim Übergang in eine neue, gestaltende Phase spielt vor allem die „Technologie-Abteilung“ eine wichtige Rolle. Sie versucht, das Konzept der „sozial nützlichen“ Technologie für die GLEB-Arbeit fruchtbar zu machen. Zu diesem Zweck wurden Technologie-Netzwerke ins

Wer seine Kinder aufklärt, der sollte das Thema Attraktiv-Tarif* nicht auslassen.

* Diese Wüstenrot-Initiative ist allen jungen Leuten ans Herz zu legen, die eine attraktive Geldanlage mit Zukunft suchen, ohne sich für später festlegen zu wollen. Bei unserem dafür idealen Attraktiv-Tarif nutzen Sie nicht nur die volle staatliche Bausparprämie, sondern auch sog. und

schreibe 4 Prozent Guthaber-Zinsen. Der Wüstenrot-Berater erklärt Ihnen und Ihren Spößlingen diesen Bausparvertrag gern bis ins kleinste Detail. Auch wie man später das stimmungstunigste Bausparerdreien ohne Anstrengung zurückzahlt.



Das Glück braucht ein Zuhause -
bauen wir's auf.

wüstenrot

Leben gerufen, die teils örtlich, teils produktorientiert sind. Sie sind formal an Hochschulen angesiedelt und sollen eine Verbindung zwischen dem dort vorhandenen technischen Wissen und den Erfahrungen und Bedürfnissen von Belegschaften und Bürgern herstellen. Erste Früchte trug dieses Konzept in der Kampagne „Wärmeisolation gegen Arbeitslosigkeit“: Arbeitslose Bauarbeiter führten, z. T. in GLEB unterstützen Kooperativen, z. T. in öffentlichen Betrieben, in einzelnen Stadtbezirken Hausisolationen durch und griffen dabei auf die Ergebnisse des Technologie-Netzwerks „Energiesparsysteme“ zurück.

Perspektiven

Eine umfassende Bewertung des GLC-Ansatzes wäre sicherlich zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht. Es hat sich gezeigt, welche gewaltige Aufgabe der Übergang von passiver Krisenbewältigung zur aktiven Strukturpolitik darstellt. Was bei kleineren und mittleren Unternehmen möglich scheint, nämlich durch finanzielle Anreize qualitativ anspruchsvolle Arbeitsplätze zu sichern und gleichfalls die Beteili-

gungsrechte der Beschäftigten auszubauen, wirkt bei Großunternehmen oder multinationalen Konzernen kaum. Der scheinbar aussichtslose Kampf gegen die Schließung von Kamerawerken des amerikanischen Fotogiganten Kodak in London, Paris und Belgien ist dafür ein Beleg. Zugleich zeigt sich auch, daß sich mit der Kommunalpolitik eine Ebene der gesellschaftlichen Auseinandersetzung völlig neu akzentuiert darstellt, auf der wirksame Beschäftigungspolitik, wie auch Impulse zur Erweiterung der industriellen Demokratie möglich sind. Es gilt, zentrale wirtschaftspolitische Ansätze mit den auf lokaler Ebene gewonnenen Erfahrungen und Erfolgen zu verbinden, um so eine überzeugende Alternative zur konservativen Politik zu entwickeln.

Die beabsichtigte Abschaffung kommunaler Selbstverwaltung in den Großstädten Großbritanniens – ein Staatskommissar soll für unbestimmte Zeit die Geschäfte übernehmen, Kommunalwahlen ausgesetzt werden – zeigt, daß die konservativen Gegenkräfte die Dynamik kommunalpolitischer Beschäftigungsansätze sehr wohl erkennen.

Dieter Rogalla/Rudolf Heim: Orwell an den Grenzen? Die Europäische Gemeinschaft und die Personenkontrollen

Der Rechtsanwalt Dr. jur. Dieter Rogalla, geb. 1927, ist Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Sprecher für Fragen des Binnenmarktes in der sozialistischen Fraktion. Bevor er die Dienstrechtsabteilung der EG-Kommission leitete, war er bei der Bundeszollverwaltung tätig.

Rudolf Heim ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des SPD-Europa-Büros Bochum

„Der Rat ist davon überzeugt, daß denjenigen, die sich den Grenzkontrollen stellen, durchaus bewußt ist, weshalb diese Kontrollen durchgeführt werden.“ (Stellungnahme des EG-Ministerrates wenige Tage vor der Blockade der Grenzen durch die Lastwagenfahrer)

Die Gründerväter der EWG wollten, so die Präambel der EWG-Vertrags, „die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker schaffen“. Das Ergebnis heute: die Europäische Gemeinschaft – eine Vereinigung der Mächtigen zu Lasten der wirtschaftlich und sozial Schwachen? Vieles spricht dafür, läßt sich in der Praxis belegen. Der Agrarhaushalt hält durch Milchseen und Butterberge einige Kühllhäuser und Agrarfabriken am Leben, ist aber nicht in der Lage, Kleinbauern eine gesicherte Existenz zu bieten. Gleichzeitig verschlingen diese Subventionen so viel Geld, daß sie eine wirksame Sozial- und Regionalpolitik in größerem Rahmen auf europäischer Ebene zwangsläufig verhindern.

Ähnlich wie an sozialem Bewußtsein mangelt es der Europäischen Gemeinschaft in ihrem Einflußbereich noch an Gespür für mögliche „Freiheiten“, die über die praktizierte wirtschaftliche „Freizügigkeit“ hinausgehen. Die Ursache für dieses Verhalten liegt zum einen in der derzeit überwiegend konservativ ausgerichteten Mehrheit der EG-Mitgliedsstaaten, zum anderen im theoretischen Grundverständnis der Römischen Verträge von 1957. Die Positionen des ökonomisch orientierten Liberalismus der 50er Jahre mit seinem Eintreten für die Markt-

wirtschaft lenkten den Schwerpunkt des Europäischen Politikverständnisses im Alltag eher auf wirtschaftliche, denn auf soziale Aspekte. Zwar bestand damals noch ein stärkerer Wille zur Integration und damit zur Zusammenarbeit, doch „liberales Handeln“ bezog sich auf wirtschaftliche Freizügigkeit und nicht auf persönliche Freiheiten.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß in den Römischen Verträgen die Zollunion als Grundlage der Gemeinschaft festgeschrieben wurde. Das bedeutet, daß der freie Warenverkehr und damit der Europäische Binnenmarkt den Kern der EG bilden. Ein Wegfall der Zölle besitzt im Endeffekt sicherlich auch einen indirekten Nutzen für die Verbraucher, soweit die dadurch erlangten Preisvorteile weitergegeben werden. Im Vordergrund stand bei der Einführung eines gemeinsamen Marktes eher gesamtwirtschaftliches Interesse, im Falle der Bundesrepublik also Ausbau und Absicherung eines überschaubaren Exportmarktes. Die wirtschaftlichen Erfolge der Vergangenheit lassen sich nicht wegleugnen: während sich die Ausfuhr in die Staaten außerhalb der EG von 1960 bis 1981 von 100 auf 654 Prozent steigern ließ, schnellte der Export in die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft im selben Zeitraum auf 1297 Prozent empor. Arbeitsmarktpolitisch betrachtet, sichert der Binnenmarkt damit 12,5 Prozent aller bundesdeutschen Arbeitsplätze.

Und dennoch, wie die Blockaden der Lastwagenfahrer und Spediteure an den EG-Grenzen vom Februar 1984 zeigen, bestehen in manchen Bereichen noch vortragswidrige Hindernisse, die diesen EG-Binnenhandel einschränken. Diese Handelshemmnisse, seien es Formularismus oder technische Normen, kosten volkswirtschaftlich gesehen 30 Milliarden DM jährlich. Die Forderungen nach Abschaffung dieser Behinderungen für Waren und technische Produkte finden allgemeine Zustimmung, gelten als selbstverständlich. Doch scheitert die Abschaffung dieses versteckten wirtschaftlichen Protektionismus in der Praxis oftmals an nationalistischen Egoismen und bürokratischer Unbeweglichkeit. An der Rechtmäßigkeit zur Durchsetzung eines freien Marktes zweifelt allerdings niemand.

Hält man der Europäischen Gemeinschaft und vor allem dem Ministerrat vor, sich eher an wirtschaftlichen Zwängen, denn an praktischer Politik für die einzelnen Bürger zu orientieren, so ist die Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen der EG ein beredtes Beispiel des Vorranges „Waren vor Menschen“. Während also in der

Theorie Zollunion und Binnenmarkt unumstritten sind, so werden die Methoden der Personenkontrollen immer ausgeklügelter, einfallsreicher.

Den Vorreiter spielte die Bundesrepublik mit der Einführung der Grenzcomputer, einem – schlechten – Beispiel, dem sich die Niederlande vor geraumer Zeit angeschlossen haben.

Die Absurdität der innereuropäischen Grenzkontrollen, sowohl für Waren wie auch für Personen, machte der Skandal um die verschollenen Seveso-Giftfässer nur allzu deutlich: während hunderttausende Bürger penibel kontrolliert wurden, überquerten die Fässer, ohne Spuren zu hinterlassen, mehrfach die Grenzen.

Damit nicht genug: wurde doch die geplante Einführung eines computerlesbaren Personalausweises damit begründet, die Personenkontrollen an den Grenzen würden dann schneller ablaufen. Daß dann aber auch mehr Bürger mit dem Computer überprüft werden sollten, fand nur am Rande Beachtung. Im Kern bildet also die Einführung computerlesbarer Personalausweise und eines computerlesbaren Europapasses ein Problem innerstaatlicher Liberalität. Bei einem steigenden Bewußtsein für Datenschutz und aufgrund der Erfahrungen mit der vom Bundesverfassungsgericht gestoppten Volkszählung ist unverständlich, daß es immer noch Politiker und Ministerien gibt, die diese Personenkontrollen nicht nur in Kauf nehmen, sondern rechtfertigen und verfeinern, und das, obwohl überdeutlich ist, daß die Bürger den „gläsernen Menschen“ nicht wollen.

Dabei entsteht bei der Bonner Regierung ein deutlicher Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Lassen sich doch aus den beiden ersten Regierungserklärungen und den Programmen der Regierungsparteien die Forderung nach Abschaffung der Personenkontrollen zitieren. Hier scheint es sich aber eher um europapolitische Lippenbekenntnisse und wahlkampfbedingte Versprechen zu handeln, die sich dann aber in der praktischen Politik nicht wiederfinden lassen.

Bei den Gegnern eines Abbaus der Personenkontrollen wird auf vier Punkte verwiesen, die auf den ersten Blick einleuchtend scheinen, einer kritischen Untersuchung aber nicht standhalten können. Dabei handelt es sich um

- ▷ Zweifel an einer Rechtsgrundlage,
- ▷ Sicherheitsbedenken (Verfolgung von Straftätern und Terroristen),
- ▷ der internationale Drogenhandel und
- ▷ Fragen des Ausländerrechts.

Doch bereits in den „Grundsätzen“ der EWG-Verträge wird die „Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen-Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten“ als eine der wichtigsten Tätigkeiten der Gemeinschaft festgeschrieben. Eine deutliche Aussage, die sich direkt auf die Personenkontrollen innerhalb der EG beziehen läßt. Diese Auffassung wird auch von der Brüsseler EG-Kommission wie folgt untermauert: „Erfast werden also Hindernisse aller Art innerhalb der Gemeinschaft, d. h. nicht nur wirtschaftliche Hindernisse, sondern zum Beispiel auch Paßkontrollen.“ Und weiter: „Die Errichtung des gemeinsamen Marktes beinhaltet also nicht nur die wirtschaftliche Freizügigkeit, sondern auch die Freizügigkeit in jeder Beziehung.“

Doch 26 Jahre nach dem Inkrafttreten des EWG-Vertrages ist es dem entscheidenden Organ, nämlich dem EG-Ministerrat, sowie einigen nationalen Regierungen noch immer gelungen, entscheidende Fortschritte in dieser Frage zu verhindern. Zwar wurde auf dem Pariser Treffen der Regierungschefs im Dezember 1974 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Möglichkeit einer Paßunion untersuchen sollte, doch praktische, im Alltag umsetzbare Ergebnisse wurden bislang nicht erzielt.

Die Zweifel an der Durchführbarkeit eines „grenzenlosen“ Europas werden hauptsächlich mit sicherheitstechnischen Problemen gerechtfertigt, die bei der Abschaffung der Personenkontrollen entstehen könnten. Die Aufgriffe an den Grenzen dienen dabei als Begründung. Wenn man aber den Personaleinsatz und Gesamtaufwand mit den Resultaten vergleicht, so ist die Erfolgsquote im Vergleich zur allgemeinen polizeilichen Tätigkeit und derjenigen spezieller Fahnder bescheiden.

Die USA können hier als positives Beispiel dienen: eine Nation mit vergleichbarer Bevölkerungszahl und mit 50 Einzelstaaten, aber ohne zwischenstaatliche Grenzkontrollen kann auf eine mit den EG-Ländern vergleichbare Kriminalstatistik verweisen. Personenkontrollen garantieren also keineswegs entscheidend mehr innere Sicherheit für die Bürger. Eine erfolgreiche Bekämpfung schwerer Kriminalität über Landesgrenzen hinweg läßt sich heute nur noch durch eine verbesserte Zusammenarbeit der nationalen Polizeiorganisationen erzielen. Schneller Informationsaustausch mit den Mitteln moderner Technik, kürzere Dienstwege sind effektvoller bei der Verbrechensbekämpfung als stichprobenartige Computerkontrollen an der Grenze. Zudem haben die Erfahrungen bei der Ter-

roristenfahndung gezeigt, daß sich Terroristen der Überwachung und Festnahme durch illegale Grenzübertritte über die „grüne Grenze“ entziehen. Eine Aufrechterhaltung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen konnte also die Flucht von Terroristen nicht generell verhindern.

Die großen Erfolge bei der Rauschgiftfahndung ergeben sich keineswegs als Zufallsprodukte der Stichprobenkontrollen. Entscheidende Erfolge erzielt man hauptsächlich nicht an den Binnengrenzen, sondern im Hinterland oder den Außengrenzen der EG aufgrund systematischer Fahndung. Und an die Außengrenzen muß auch die eigentliche Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität verlagert werden: Heroin, Kokain, Marihuana, Haschisch usw. sind Drogen, die erst einmal illegal in die europäische Gemeinschaft hineingeschmuggelt werden müssen, bevor sie hier auf den schwarzen Markt kommen. Das heißt also, die Kontrolle zu den Drittländern (speziell in internationalen Hafenstädten und Flughäfen) muß verbessert werden.

Die unterschiedliche Ausländergesetzgebung und die Eigenheiten nationaler Visa-Politik müssen auch für die Begründung der Personenkontrollen herhalten. Auch hier handelt es sich um ein politisch-lösbares Problem: Die EG muß hier die Initiative ergreifen, um zu einer einheitlichen Visa-Politik gegenüber Drittländern zu kommen. Damit würde auch der letzte der angeführten Hinderungsgründe entfallen.

Daß es sich bei der Forderung nach der Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen keineswegs um eine politische Utopie handelt, läßt sich an drei konkreten Beispielen beweisen: auf den 6000 Kilometern zwischen New York und Los Angeles gibt es nicht einen Schlagbaum oder eine Paßkontrolle, innerhalb der Nordischen Union besteht seit 1958 für Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden eine Paßunion, die nach der Einreise nach Skandinavien weitere Personenkontrollen überflüssig macht. Das wohl bewährteste Beispiel, und zudem noch im Gebiet der EG: die Benelux-Länder Belgien, Niederlande und Luxemburg. Einmal in eines der drei Länder gereist, werden Kontrollen auf der Weiterfahrt in ein anderes Benelux-Land überflüssig.

Innerhalb der Regierungen der EG-Mitgliedsstaaten gibt es im Europawahljahr 1984 die Überlegung, die Personenkontrollen zu vereinfachen oder nur noch generell stichprobenweise durchzuführen. Nachgedacht wird ebenfalls über die Einführung einer freien Spur an den EG-Grenzüber-

gängen für Bürger der Gemeinschaft, damit es wie bislang üblich keinen Rückstau bei Kontrollen gibt und die Nicht-Kontrollierten unbehindert weiterfahren können.

Diese Gedanken, so löblich sie bei dem heutigen Zustand sind, können nur eine befristete Zwischenlösung darstellen. Das gleiche gilt für die angestrebte Einführung des „Europapasses“. Doch der Paß an sich wird nicht viel mehr als nur symbolischen Wert besitzen, wenn nicht gleichzeitig mit ihm eine Paßunion und damit der kontrollfreie innergemeinschaftliche Grenzverkehr durchgesetzt wird.

Der politische Anspruch muß über diese Zwi-

schlenlösungen hinausgehen, berührt er doch ein „europäisches Bürgerrecht“, das Recht auf Freizügigkeit nicht nur für Waren, sondern – und das ist wichtiger – für Menschen. Europa kann damit im Alltag erfahrbarer gemacht werden. Computerkontrollen entsprechen zwar Orwells Jahrzehnt, nicht aber dem Anspruch auf persönliche Freiheit, nach mehr Liberalität in unserer Gesellschaft, die nicht zu Lasten anderer geht. Das politische Ziel muß deshalb lauten: vollständige Abschaffung der Personenkontrollen innerhalb der europäischen Gemeinschaft!

Horst Seefeld: Gemeinsamer Markt und gemeinschaftliche Verkehrspolitik

Horst Seefeld, Jahrgang 1930, ist seit 1970 Mitglied des Europäischen Parlaments und dort zur Zeit Vorsitzender des Verkehrsausschusses, Vorstandsmitglied der Sozialistischen Fraktion und Obmann der SPD-MdEPs.

Ein Gemeinsamer Markt besteht darin, daß eine Gruppe von bisher durch alle Arten von Wirtschaftsgrenzen voneinander getrennten Ländern diese Grenzen beseitigt oder ihre Wirtschaftsbedeutung stark verringert und für den Handel im ganzen Marktgebiet binnenmarktähnliche Bedingungen herstellt. Es gilt die Zölle zu beseitigen, die Devisenbewirtschaftung abzubauen, die mengenmäßigen Beschränkungen des Handels aufzuheben, um auf diese Art die Freizügigkeit der Güter im ganzen Marktgebiet zu erreichen. Diese formellen Erleichterungen des Austausches reichen aber noch nicht aus, um binnenmarktähnliche Verhältnisse herzustellen. Es müssen auch diejenigen Teile der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten harmonisiert werden, deren Verschiedenheit handelshemmende Wirkung hat. Dies gilt für technische Vorschriften ebenso wie für verschiedene Eigenheiten des Rechtsrahmens, etwa in der Wettbewerbsgesetzgebung, im Handelsrecht usw. Ferner ist, über den freien Wa-

renverkehr hinaus, der freie Verkehr der Produktionsfaktoren, der Arbeit, des Kapitals, sowie die Freiheit der Niederlassung von Unternehmen und Selbständigen herzustellen. Allgemein muß ein Grundsatz der Nichtdiskriminierung gelten, der Bürgern und Unternehmen aus allen Mitgliedstaaten im ganzen Marktgebiet einigermassen gleiche Wettbewerbsbedingungen bietet.

Der Zusammenhang von Wirtschaft und Verkehr ist manchen immer noch nicht klar

Der Sinn der Errichtung eines Gemeinsamen Marktes ist es, zur Erhöhung des Lebensstandards und der Lebensqualität der Bevölkerung beizutragen durch eine größere Rationalität der Produktion, hauptsächlich in zwei Richtungen: Rationellere Raumverteilung der Wirtschaft und bessere Ausnutzung der Verbilligung der Produktion durch größere Produktionseinheiten im größeren Markt. Grundlage ist die Tatsache, daß die einzige Quelle der Steigerung unseres Wohlstandes die immer weitergehende Arbeitsteilung ist und daß der technische Fortschritt insoweit zur Steigerung des Wohlstandes beiträgt, als er eine immer weitergehende Arbeitsteilung ermöglicht.

Für Europa ist der Gemeinsame Markt eine unabweisbare Notwendigkeit, da diese westliche Hälfte unseres Halbkontinents im weltwirtschaftlichen Wettbewerb nicht konkurrenzfähig bleiben kann, wenn wir nicht durch Zusammenarbeit und Vergrößerung unseres Binnenmarktes mit der Rationalisierung der Wirtschaft in anderen Weltteilen mithalten und versuchen, auf so vielen Gebieten wie möglich an der Spitze der Entwick-

lung zu bleiben. Diesen Gedanken kann man auch weniger eigennützig formulieren: Nur wenn wir unsere Wirtschaft auf dem höchsten Stand der Entwicklung halten, werden wir in Zukunft weiter in der Lage sein, den weniger begünstigten Ländern der Erde Entwicklungshilfe zu leisten und unserer Mitverantwortung für Wohlstand und Frieden in der Welt gerecht zu werden.

Welche Rolle spielt nun die Verkehrspolitik in diesem grundlegenden Gedankengang? Eigentlich sollte die Antwort so selbstverständlich sein, daß man sie überhaupt nicht zu erwähnen brauchte, sie ist bereits miterwähnt.

Der gegenwärtige Zustand der europäischen Verkehrspolitik läßt jedoch vermuten, daß der große Gesamtzusammenhang zwischen Wirtschaft und Verkehr manchen Leuten nicht klar ist, auch solchen, die für die Europäische Gemeinschaft Verantwortung tragen. Deshalb ist es wohl erforderlich, derartige Grundwahrheiten immer wieder deutlich auszusprechen: Handel ist nicht nur Kauf und Verkauf von Gütern, sondern auch Transport von Gütern. Transport ist der physische Vollzug des Handels und des Marktes und damit des Gemeinsamen Marktes. Beseitigungen der Handelshemmnisse zwischen Ländern, die in einem Gemeinsamen Markt zusammenarbeiten, sind eine halbe Sache, wenn nicht auch die Hemmnisse und Diskriminierungen beseitigt werden, die dem physischen Vollzug, nämlich dem Transport der Güter, im Wege stehen.

Verkehrshindernisse können den Handel stärker behindern als alles andere! Bei billigen Gütern machen die Transportkosten einen hohen Anteil des Preises aus. Wenn diese Transportkosten in künstlicher Weise manipuliert werden, kann dadurch der Handel verhindert oder umgeleitet werden, gerade so wie durch Zölle. Zölle sind ja nur das mildere Hemmnis für den Handel. Das schlimmere sind mengenmäßige Beschränkungen und Importverbote. Gerade so ist es in der Verkehrspolitik. Tarifmanipulierungen sind schlimm und dem Gemeinsamen Markt widersprechend, aber noch schlimmer sind Transportverbote, fehlende Kontingente und Zulassungen, Grenzschikanen, die prohibitive Wartezeiten an den Grenzübergangsstellen verursachen, und schließlich ist es am schlimmsten, wenn zwischen zwei Handelsplätzen überhaupt keine Verkehrsverbindungen bestehen, weil die Infrastrukturpolitik der bisher einzeln planenden Mitgliedstaaten Lücken im Transportnetz gelassen hat.

Das notwendige Instrumentarium schaffen

Ein Gemeinsamer Markt ohne gemeinsame Verkehrspolitik, die diese Art von Behinderungen der physischen Durchführung des Handels beseitigt, ist nicht denkbar, er ist eine auf halbem Wege stehengebliebene Gemeinschaft.

Wenn den Mitgliedstaaten erlaubt würde, Transporttarife durch Manipulierung der Transportkosten zu manipulieren, wenn ihnen erlaubt würde, durch Verringerung von Transportzulassungen, Kontingenten und Lizenzen aller Art den Verkehr einzuschränken, kann dadurch der gesamte Gemeinsame Markt zerstört werden, denn die Zollunion kann durch Transportpolitik unterlaufen werden.

Beim gegenwärtigen Stand der Dinge, insbesondere auch angesichts der Bewährungsprobe, vor die der Gemeinsame Markt durch die Rezession gestellt ist, ist das gesamte europäische Einigungswerk in Gefahr, wenn die Verkehrspolitik nicht nachzieht, oder wenn man auf dem verkehrspolitischen Gebiet nicht wachsam ist. Eine Tendenz zum Protektionismus ist in Zeiten der Rezession eine zwar verständliche, aber gefährliche Sache. Glücklicherweise werden wir nicht zum Zustand der dreißiger Jahre zurückkehren, wo durch protektionistische Maßnahmen der Handelspolitik die Arbeitslosigkeit von einem Land in das andere exportiert wurde. Dafür haben wir uns heute das Instrumentarium der EG geschaffen, durch das wir auch auf Weltwirtschaftsgipfeltreffen dazu beitragen können, den Protektionismus zu bekämpfen.

Aber wir haben uns noch nicht das notwendige verkehrspolitische Instrumentarium geschaffen. Und werden nicht die nationalen Bürokratien unter dem Druck der Krise, und weil sie keine Zölle, Devisenbeschränkungen und Handelsverbote einführen können, um so mehr daran denken, an der Verkehrspolitik herumzudrehen und mit verkehrspolitischen Mitteln Grenzen dicht zu machen? Wenn das geschieht, wird der ganze Gemeinsame Markt von der Seite der Verkehrspolitik her einer gefährlichen Bedrohung ausgesetzt werden.

Was ich bisher zur Verkehrspolitik ausgedrückt habe, zielte hauptsächlich auf den internationalen grenzüberschreitenden Verkehr zwischen den Mitgliedstaaten ab. Aber ebenso wie der Gemeinsame Markt auf der Seite der Güterproduktion nicht funktionieren kann, wenn man nur die Grenzhindernisse beseitigt und nicht ein ausrei-

chendes Maß an Angleichung der Wirtschafts- und Rechtsordnungen im Innern der Mitgliedstaaten schafft und ein ausreichendes Maß an Freizügigkeit der Faktoren, ebenso kann auch eine gemeinsame Verkehrspolitik nicht funktionieren, wenn man nur einige Hindernisse des grenzüberschreitenden Verkehrs beseitigt, nicht aber auch für den Verkehr im übrigen binnenmarktähnliche Verhältnisse im ganzen Gebiet der Gemeinschaft herstellt.

Die Notwendigkeit hierzu ergibt sich aus dem Gesamtzusammenhang zwischen allen Einheiten des Verkehrssystems. Straßenverkehr, Eisenbahn und Binnenschifffahrt können nicht getrennt behandelt werden. Preispolitik, Kapazitätspolitik und Infrastrukturpolitik können in einer modernen Verkehrspolitik nur gemeinsam Lösungen zugeführt werden. Auch Luftverkehr und Seeschifffahrt sind in diesem Gesamtzusammenhang verwoben.

Den Luxus der technischen Zerstückelung Europas können wir uns nicht weiter erlauben

Wenn wir von einem gemeinsamen Verkehrsmarkt sprechen, dürfen wir aber nicht vergessen, daß wir nicht – wie etwa bei der Landwirtschaftspolitik – einen Wirtschaftssektor aus dem übrigen Gemeinsamen Markt herausnehmen und einer besonderen Politik unterwerfen, sondern daß wir einen Wirtschaftssektor behandeln, der in alle anderen Sektoren der Wirtschaft eingreift, ebenso wie der Handel. Die gemeinsame Verkehrspolitik ist eine Voraussetzung für das Funktionieren aller anderen Märkte, übrigens einschließlich der Agrarmärkte.

In keinem der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ist es bis heute gelungen, ein perfekt funktionierendes System der Verkehrspolitik zu entwickeln. Das große gemeinsame Problem der Eisenbahndefizite zeigt in seiner europäischen Einheitlichkeit, daß wir alle vor der Notwendigkeit einer großen Reform stehen. Das sollte eigentlich als Chance der europäischen Verkehrspolitik erkannt werden. Es hätte schon 1958 als Chance erkannt werden müssen, als die Gemeinschaft gegründet wurde.

Heute ist die Verflechtung der Wirtschaftsräume unserer Mitgliedstaaten bereits so weit vorangeschritten, daß man davon ausgehen kann, daß keiner der Mitgliedstaaten mehr in der Lage wäre, eine durchgreifende Verkehrsreform für sich allein durchzuführen. Und genau deshalb brau-

chen wir einen gemeinsamen Verkehrsmarkt, eben weil wir eine gemeinsame Verkehrsreform durchführen müssen.

Wir brauchen die gemeinsame Verkehrspolitik auch, um die bevorstehenden großen Änderungen der Verkehrstechnologie zu bewältigen. Noch wird der Eisenbahnverkehr für die nächsten Jahrzehnte mit dem System von Rad und Schiene auskommen. Aber schon sind die Forschungen und Entwicklungen unserer Technologien weit vorangeschritten. Wenn eines Tages in Europa die Entscheidung getroffen werden muß, ob wir mit Rad und Schiene weiterfahren oder eine Magnetbahn bekommen, dann wäre es verhängnisvoll, wenn wir zu diesem Zeitpunkt nicht bereits eine eingespilte gemeinsame Verkehrspolitik hätten. Man sagt immer, daß unsere Großväter das Spurweitenproblem gelöst haben, während unsere Väter am Problem der Vereinheitlichung der Stromsysteme gescheitert sind. Werden wir und unsere Kinder am Problem des gemeinsamen Übergangs zu neuen Verkehrstechnologien scheitern? Schon ist auf europäischer Ebene der Weiterbau des französischen TGV nach Deutschland und

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

DAS
ARGUMENT-
144

Arbeitsteilung und Frauenpolitik

C. Cockburn: Weibliche Aneignung der Technik; K. Hauser: Frauen-Macht-Politik; R. Meyer: Gewerkschaftliche Frauenpolitik; H. Rose: Weltweite Feminisierung der Lohnarbeit
12,80f.Stud. 9,80 DM (Abo: 10,60/8,30)

DAS
ARGUMENT-
145

Krise und Keynesianismus

Lyrik von Erich Fried.
F. Fröbel, J. Heinrichs, O. Kreye: Die Krise des kapitalistischen Weltsystems; Diskussion: Keynesianismus, Monetarismus und Wirtschaftsprogramm der SPD; M. Ernst-Poerksen, L. Kühne, H. Mattfeld, B. Sweezy.
12,80f.Stud. 9,80 DM (Abo: 10,60/8,30)

ARGUMENT-Verlag · Tegeler Str. 8 · D-1000 Berlin 85

England vorgeschlagen worden. Werden wir auf solche Vorschläge eine gemeinsame europäische Antwort finden?

Wir müssen gemeinsame Antworten finden, denn wenn wir uns den Luxus erlauben, Europa technisch weiter zu zerstückeln, werden wir gegenüber anderen Weltgegenden weit zurückfallen, die in großen Gebieten einheitliche Technologien und einheitliche Verkehrspolitiken haben. Auch auf dem Gebiet der Infrastruktur-Entwicklung hat die Europäische Gemeinschaft große Aufgaben. Die Beseitigung der Lücken im europäischen Verkehrsnetz ist eine absolute Notwendigkeit für das gute Funktionieren des Gemeinsamen Marktes und für unsere Konkurrenzfähigkeit in der Welt.

Für das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes ist es unabdingbar, daß wir alle die kleineren und größeren Lücken schließen und Engpässe beseitigen, die im europäischen Verkehrsnetz bestehen. Dies gilt auch für die regionalen Verbindungen in den Grenzgebieten beiderseits der Binnengrenzen, und dies gilt auch für die Einheitlichkeit der technischen Eigenschaften der Verkehrswege.

Die Verantwortlichkeiten klarstellen

Die große Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments ist davon überzeugt, daß der Gemeinsame Markt eine gemeinschaftliche Verkehrspolitik braucht und daß die bisher erlassenen Gemeinschaftsvorschriften auf diesem Gebiet nicht einmal den Anfang einer solchen gemeinsamen Politik darstellen. Die demokratisch und direkt gewählten Vertreter der 270 Millionen Einwohner der Europäischen Gemeinschaft sind zu der Auffassung gekommen, daß eine Gemeinschaft ohne eine wirkliche gemeinsame Verkehrspolitik nicht denkbar ist. Sie befinden sich damit in kontinuierlicher Tradition in Übereinstimmung mit der Auffassung der jeweils überwältigenden Mehrheit der Abgeordneten der Vorläufer des jetzigen Europäischen Parlaments, nämlich schon der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion und des aus den nationalen Parlamenten delegierten Europäischen Parlaments, wie es von 1958 bis 1979 bestand. Alle diese Gremien haben immer europäische Lösungen für die laufenden Verkehrsprobleme gefordert und darüber hinaus eine gemeinsame Verkehrsreform für die Europäische Gemeinschaft verlangt. In den Ministerräten ist dies jedoch bislang gescheitert.

Warum? Wie ist es möglich, daß Parlament und Ministerrat, die doch von den gleichen Bevölkerungen auf demokratische Weise gewählt sind, zu so verschiedenen Ergebnissen in der Beurteilung wichtiger Zukunftsfragen Europas kommen?

Der tiefere Grund ist offensichtlich, daß eine Art Arbeitsteilung im Denkprozeß eingetreten ist. Kommission und Parlament sind mit dem Auftrag eingesetzt, über die Zukunft Europas nachzudenken und zukunftsweisende Vorschläge zu machen. Der Ministerrat spezialisiert sich leider mehr und mehr darauf, die Eigeninteressen der Mitgliedstaaten und den Status quo zu verteidigen.

In einem föderalistischen System wäre dies auch nicht weiter schlimm. Es ist sogar das Prinzip des Föderalismus, daß Einzelstaaten und Föderation sich um Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und um Finanzmittel streiten. Auch in der Bundesrepublik gibt es harte Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern um viele Fragen. Aber in der Gemeinschaft ist das Gleichgewicht der Kräfte, das sich die Väter des Vertrages gar nicht schlecht ausgedacht hatten, dadurch gestört worden, daß der Ministerrat sich seit 1966 weigert, über Vorschläge der Kommission abzustimmen, sondern jeweils so lange verhandelt, bis Einstimmigkeit erzielt wird. Das ist natürlich ein sehr schwieriger Prozeß, der selten zum Erfolg führt.

Hierdurch hat der Ministerrat die ganze Macht an sich gezogen. Die Kommission wagt nur noch vorzuschlagen, was allen Mitgliedstaaten hundertprozentig gefällt: Opfer zu Gunsten des Allgemeinwohls können nicht mehr verlangt werden.

Für die Ministerien der Mitgliedstaaten ist es allzu leicht, „Nein“ zu sagen. Sie brauchen keine Anstrengungen zu unternehmen, um dem Gemeinwohl voranzuhelfen. Der Ministerrat ist auch gar nicht für die Aufgabe der Förderung des Gemeinwohls eingerichtet. Nur wenige Beamte stehen im Sekretariat des Rates für die Verkehrspolitik zu Verfügung, und die Verkehrsgruppe der Ständigen Vertreter spielt eigentlich nur die Rolle des Aufpassers im Interesse der nationalen Belange.

Der Rat ist die stärkste Figur im europäischen Schachspiel, aber er ist stark nur im Neinsagen. Leider hat ihm der Vertrag die Rolle des Gesetzgebers zugewiesen, und leider hat der Vertrag nicht eine bis ins einzelne ausgearbeitete Ver-

kehrspolitik entworfen, so daß sich die negative Stärke des Rates als völlige Handlungsunfähigkeit der Gemeinschaft auswirkt.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben jetzt eine bedeutsame Initiative gestartet. Der Ministerrat wurde vor dem Europäischen Gerichtshof wegen Untätigkeit auf dem Gebiet der Verkehrspolitik verklagt. Wir wollten damit nicht politische Verantwortung den Richtern zuschieben, sondern wir testen damit die letzte vertragsmäßige Möglichkeit, die das Parlament hat, um seinen Willen gegenüber dem Rat durchzusetzen. Man kann sagen, daß wir mit der Klage gegen den Rat auf der Talsohle angekommen sind. Tiefer geht es nicht mehr. Zwei Institutionen einer und derselben Gemeinschaft, die zusammenarbeiten sollen, treten sich vor Gericht gegenüber. Das ist traurig, aber unvermeidlich, um die Verantwortung deutlich zu machen.



SICHERHEITSPOLITIK

Karsten D. Voigt: Mehr Rechte für die Bundesrepublik?

Für und Wider einer Änderung der Verfahren für Einsatz und Stationierung von Nuklear- waffen

Karsten D. Voigt, Jahrgang 1941, gehört der SPD seit 1962 an. Von 1969-72 war er Bundesvorsitzender der Jungsozialisten. Er ist Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages und Mitglied des SPD-Parteirates; s. a. seine zahlreichen Beiträge in der NG.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Nicht-Nuklearwaffenstaat. Sie hat völkerrechtlich verbindlich auf die Verfügung über Nuklearwaffen verzichtet. Auf ihrem Territorium sind Nuklearwaffen der USA stationiert. Die Bundesrepublik gehört der NATO an. Die geltende Verteidigungskonzeption der NATO enthält die Fähigkeit zur nuklearen Abschreckung.

Die Bundesrepublik Deutschland ist daran interessiert, spezifische deutsche Interessen in der Verteidigungskonzeption der NATO zur Geltung zu bringen. Diese spezifischen Interessen betreffen – auch – die unter Verfügung der Vereinigten Staaten auf dem Territorium der Bundesrepublik stationierten Nuklearwaffen. Die Forderung nach zahlenmäßiger Verringerung oder völliger Entfernung dieser Atomwaffen im Zuge von Vereinbarungen zwischen Ost und West steht nicht im Widerspruch dazu, im Bündnis die spezifischen Interessen eines Nicht-Nuklearwaffenstaates geltend zu machen, solange Atomwaffen auf dessen Territorium stationiert sind.

Im Laufe der Jahrzehnte wurden innerhalb der NATO neue Verfahren und Institutionen entwickelt, die die Mitwirkungsmöglichkeiten der Nicht-Nuklearwaffenstaaten verbesserten. Insbe-

Beiträge zur Standortbestimmung

SOZIALISMUS IN DER VERÄN- DERTEN WELT

Mit Beiträgen von:

Karl G. Ballestrena, München
Irving Fetscher, Frankfurt
Arno Klönne, Paderborn
Arnold Künzli, Basel
Paul Lorenzen, Erlangen
Klaus M. Meyer-Abich, Essen
Günter Neuning, Wien
Klaus Tenfelde, München
Gerhard Weisser, Göttingen
Rudolf Wohlgenannt, Linz

Herausgegeben von

Hans F. Hollfelder und Jörg Jantzen

Münchener Post, Neue Bayernzeitung Verlags GmbH

sondere sozialdemokratische Bundeskanzler und Verteidigungsminister haben hierzu beigetragen.

Die Mitwirkung bezieht sich auf

1. die Nuklearplanung, z. B. im Rahmen des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC), der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) und der High Level Group;
2. die nukleare Rüstungskontrolle, z. B. im Rahmen der Besonderen Konsultationsgruppe (SCG);
3. das Freigabeverfahren beim Einsatz von Nuklearwaffen;
4. das Verfahren bei der Stationierung von Nuklearwaffen.

Im Zusammenhang mit der Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen wird diskutiert, ob die bisherigen Verfahren bei der Einsatzfreigabe und bei der Stationierung von Nuklearwaffen geändert werden sollen. Ein Veto-Recht der Bundesregierung gegen den Einsatz von Nuklearwaffen, die auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland stationiert sind, ist eine – aber nicht die einzig denkbare – Möglichkeit zur Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten beim Einsatz von Nuklearwaffen.

Bei Befürwortern und Gegnern werden die Konsequenzen eines Veto-Rechts für

– den Status der Bundesrepublik als Nicht-Nuklearwaffenstaat,

– ihre Erpreßbarkeit durch die Sowjetunion während einer Krise,

– Entscheidungsabläufe während einer Krise,

– die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung

unterschiedlich beurteilt. Es wird bezweifelt, ob die Forderung nach einem Veto-Recht der Bundesregierung bei den USA politisch durchsetzbar sei. Einige empfehlen die bisherigen Verfahren unverändert beizubehalten. Andere (so Christian Krause in NG 10/83) empfehlen – ohne das Veto-Recht zu befürworten – neue vertragliche Vereinbarungen über die Mitsprache der Bündnispartner.

Die Argumente und Gegenargumente im einzelnen:

1. These:

Ein Veto-Recht ist mit dem Status der Bundesrepublik als Nicht-Nuklearwaffenstaat nicht vereinbar. Die Bundesrepublik hat sich völkerrechtlich verbindlich verpflichtet, diesen Status zu achten. Versuche, diesen Status anzutasten, wer-

den auf das Mißtrauen und den Widerspruch unserer Nachbarn in Ost und West stoßen.

Gegenthese:

Auch mit einem Veto-Recht kann die Bundesrepublik den Einsatz von Nuklearwaffen nur verhindern, nicht aber erzwingen. Dies ist im Status keine Veränderung gegenüber den Regelungen bei bereits in der Bundesrepublik stationierten Nuklearwaffen, bei denen die USA über die Sprengköpfe und die Bundesrepublik über die Trägersysteme verfügt. Auch die bisherigen Konsultationsverfahren gehen davon aus, daß der Präsident der Vereinigten Staaten nicht gegen den politischen Willen seiner Bündnispartner den nuklearen Ersteinsatz anordnet und möglichst auch bei der Vergeltung eines Nuklearangriffes der Sowjetunion seine Partner vorher konsultiert.

2. These:

Wenn die Bundesrepublik ein Veto-Recht besitzt, so würde die Sowjetunion im Krisenfall versuchen, die Bundesrepublik zu erpressen, damit sie es ausübt. Die geographisch exponierte Lage der Bundesrepublik und die geschichtliche Vergangenheit der Deutschen machen sie besonders anfällig für derartige Erpressungsversuche.

Gegenthese:

Wenn die Bundesrepublik kein Veto-Recht besitzt, dann kann die Sowjetunion das Mißtrauen schüren, in Krisensituationen würden die in der Bundesrepublik stationierten Waffen im Widerspruch zu den Interessen der Bundesrepublik und möglicherweise sogar für außerhalb des NATO-Gebietes liegende Interessen der USA mißbraucht. Dies unterminiert das Vertrauen im Bündnis und würde im Krisenfall – weil es um die Existenz der Bevölkerung der Bundesrepublik geht – die Loyalität zum Bündnis infrage stellen. Insofern verringert ein Veto-Recht die mögliche Wirkung von Erpressungsversuchen.

3. These:

Die geltenden Konsultationsmechanismen reichen aus, weil sie politisch sicherstellen, daß ein Einsatz von Nuklearwaffen vom Territorium der Bundesrepublik nicht gegen den Rat der Bundesregierung erfolgt.

Gegenthese:

Die Stationierung neuer weitreichender Mittelstreckenwaffen und das Risiko der horizontalen Eskalation einer außereuropäischen Krise nach Europa erfordern neue Verfahrensregeln. Die bisherigen Konsultationsmechanismen erzwingen rechtlich und technisch keine Konsultation. Poli-

tisch ist die Konsultation nur beim Ersteinsatz, nicht aber unter Zeitdruck bei der Vergeitung eines sowjetischen Nukleareinsatzes wahrscheinlich.

4. These:

Bei Zeitdruck und insbesondere nach einem nuklearen Ersteinsatz durch die Sowjetunion würde jede Veto-Rechtsregelung faktisch hinfällig und damit irrelevant.

Gegenthese:

Ein technisch abgesichertes Veto-Recht würde auch nach einem nuklearen Ersteinsatz der Sowjetunion wirken. Auch bisherige Szenarien setzen voraus, daß die NATO nach einem begrenzten Einsatz nuklearer Gefechtsfeldwaffen noch die Kommunikation zur Bundesregierung und zum Gemeinsamen Ausschuß aufrechterhalten kann. Die NATO und die USA müßten, wenn sie nach einem nuklearen Ersteinsatz der UdSSR nicht mehr zur Kommunikation mit der Bundesregierung bereit oder in der Lage sind, mit Nuklearwaffen eskalieren, die nicht auf dem Territorium der Bundesrepublik stationiert sind.

5. These:

Ein Veto-Recht würde nicht nur das Freigabeverfahren, sondern auch die Einsatzplanungen von Nuklearwaffen verändern. Dies ist nicht wünschenswert.

Gegenthese:

Dies kann zutreffen. Es sollte aber in Kauf genommen werden oder ist sogar wünschenswert.

6. These:

Ein Veto-Recht verringert die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung.

Gegenthese:

Dieser Einwand wäre dann richtig, wenn man davon ausginge oder es für wünschenswert hielte, daß die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung dadurch gesteigert werden sollte, daß in der Bundesrepublik stationierte Nuklearwaffen auch gegen den Willen der Bundesregierung eingesetzt werden können. Es ist aber politisch nicht wünschenswert, auf diese Weise militärisch die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung zu stärken.

7. These:

Die Forderung nach einem Veto-Recht würde auf den entschiedenen Widerstand der USA stoßen.

Gegenthese:

Dies ist keineswegs sicher. Die Forderung nach einem Veto-Recht wird auch in anderen Mit-

gliedsstaaten der NATO erhoben. Sogar in einer Studie der Trilateralen Kommission wird empfohlen, die Frage des Veto-Rechts zu prüfen.

Die Bundesregierung geht heute bereits davon aus, daß geltende Konsultationsverfahren politisch ähnlich wie ein Veto-Recht wirken. Bei den Nuklearwaffen, bei denen die Bundeswehr über die Trägersysteme verfügt, besteht heute bereits technisch die Möglichkeit zum Veto. Die USA könnten auch beim Veto-Recht nicht zum Einsatz von Nuklearwaffen gezwungen werden. Sie könnten auch gegen den Willen der Bundesregierung mit den Nuklearwaffen eskalieren, die zu Land, zu Luft und zu See außerhalb der Bundesrepublik stationiert sind.

Meiner Meinung nach überwiegen die Argumente für ein Veto-Recht. Aber was sind die Alternativen zum Veto-Recht:

- a) es bleibt alles wie es ist;
- b) die USA und die Bundesregierung schließen ein Abkommen über neue in der Bundesrepublik stationierte Mittelstreckenwaffen (insbesondere über die Pershing II), das klarstellt, daß die Waffen nur im Rahmen der NATO-Organisation und der NATO-Strategie verwendet werden sollen und können. Die Einhaltung des Abkommens wird durch Information an Ort und Stelle verifiziert (Vorschlag General a. D. Christian Krause);
- c) Zweischlüssel-System wie bei der Pershing 1a (Vorschlag Franz-Josef Strauß);
- d) Einrichtung eines Beratungsgremiums von Sonderbotschaftern der NATO-Länder beim US-Präsidenten (General a. D. Schmückle).

Bereits heute können politisch keine Zweifel daran bestehen, daß die USA keine Nuklearwaffen gegen den Willen der Bundesrepublik stationieren würden. Rechtlich gesehen aber sind die in den 50er Jahren abgeschlossenen Verträge in dieser Hinsicht unklar. Aufgrund der rechtlichen Lage wurde während der Stationierungsdebatte in Versammlungen häufig gefragt, ob die USA ein Votum des Bundestages gegen die Stationierung respektieren würden. Um dies für die Zukunft auch rechtlich klarzustellen, sollte zwischen der Bundesrepublik und den USA ein Vertrag geschlossen werden, der entsprechend dem bereits praktizierten Verfahren klarstellt, daß in der Bundesrepublik Nuklearwaffen nur nach einer vorhergehenden gemeinsamen Entscheidung im NATO-Rat und nur mit Zustimmung der Bundesrepublik stationiert werden dürfen.

Christian Krause: Gedanken zur Bedrohungsanalyse der NATO Widersprüche in der Lagebeurteilung

Brigadegeneral a. D. Christian Krause, Jahrgang 1918, war seit 1936 Berufssoldat. Nach Krieg und Gefangenschaft war er als Landarbeiter, Verlagsangestellter und Redakteur tätig, bevor er in die Bundeswehr eintrat. Der Sozialdemokrat Christian Krause ist seit seiner Pensionierung freier Journalist und Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er ist Mitglied des Institutes für Internationale Strategische Studien in London (IISS). Veröffentlichungen: Studien bei der FES und Zeitschriftenartikel (s. a. NG 10/80; 2, 7, 8 und 12/81, 4 und 11/82, 2 und 10/83).

Es ist selbstverständlich, daß Staaten oder Bündnisse im Interesse ihrer Sicherheit prüfen, welche Kriegsfälle möglich sind und welche Folgerungen daraus für Streitkräfteplanung und Strategie zu ziehen sind. Auch die NATO stellt derartige Bedrohungsanalysen an. Daran fällt auf, daß diese Bedrohungsanalysen seit vielen Jahren zu alarmierenden Ergebnissen führen. Die NATO sieht sich selbst ständig am Rande eines Krieges. Sie glaubt, große militärische Anstrengungen unternehmen zu müssen, um den Frieden und die Freiheit Westeuropas zu sichern.

Dieser Auffassung entsprechen auch die Streitkräftestrukturen und die Strategie der westlichen Allianz. Sie hält in Mitteleuropa seit Jahrzehnten eine international zusammengesetzte Armee von mehr als einer Million Mann unter Waffen, die von einem integrierten Oberkommando unter amerikanischer Führung befehligt wird. Das ist eine Maßnahme, die es bisher nur im Kriege gegeben hat, und die niemals zuvor mit einer derartigen Perfektion ausgeführt wurde. Die klassischen Beistandspakte kannten zwar Absprachen der Generalstäbe für bestimmte Kriegsfälle, aber supranationale Planungen und gemeinsame Führungsstäbe, deren Befugnisse die nationale Souveränität schmälern, sind ein Novum.

Auch die Strategie der Abschreckung fand bisher ihresgleichen nicht. Wir haben uns zwar dar-

an gewöhnt, daß dem Warschauer Pakt mit einem Vielfachen des Schreckens von Hiroshima und Nagasaki gedroht wird, um ihn von einem Angriff abzuhalten, aber derart schreckliche Drohungen sind unter dem Gesichtspunkt der Angemessenheit der Mittel Zeichen für den Extremfall. Das Alarmierende an der Abschreckung ist, daß sie bewußt das Risiko des atomaren Gegenschlages einschließt und damit Auftakt zu einer Menschheitskatastrophe werden kann. Die atomare Abschreckung ist genau betrachtet eine Strategie der Verzweiflung und der Resignation, dazu moralisch bedenklich.

In einem deutlichen Gegensatz dazu steht, daß die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West relativ normal, wenn auch nicht spannungsfrei sind. Auf keinen Fall aber geben sie Anhaltspunkte dafür, daß in Europa überraschend ein Krieg ausbrechen könnte. Auch ein politischer Kriegsgrund ist nicht erkennbar, da die grundlegenden politischen Fragen Europas, die sich aus den Kriegsfolgen ergaben, vorläufig geregelt wurden, soweit das im Rahmen des Ost-Westkonfliktes möglich war. Neue haben sich nicht gezeigt.

Dieser Widerspruch wurde bisher kaum ernst genommen. Er wurde sogar dazu genutzt, die Kriegsangst zu schüren. Die relativ friedlichen Beziehungen zwischen Ost und West, wird gelegentlich behauptet, sollten den Westen über die intensiven Kriegsvorbereitungen des Warschauer Paktes hinwegtäuschen. Das führt zu dem merkwürdigen Schluß, daß die Kriegsgefahr wächst, je mehr sich der Frieden festigt. Es scheint an der Zeit, diesen Widerspruch zur Kenntnis zu nehmen und zu prüfen, ob die Bedrohungsanalysen der NATO zutreffen.

Das Kriegsbild der NATO

Die Bedrohungsanalysen der NATO leiden unter zwei Mängeln. Erstens gehen sie von einem politischen Lagebild aus, das schon vor mehr als dreißig Jahren entworfen wurde, und heute nicht mehr zutrifft. Der zweite Mangel besteht darin, daß die NATO nicht mit einer fundierten militärischen Lagebeurteilung an die Öffentlichkeit tritt, um ihre Bedrohungsanalyse zu rechtfertigen, sondern mit Kräftevergleichen. Dabei bleibt es (scheinbar) dem Leser überlassen, aus den dargestellten Zahlendifferenzen militärische Schlüsse zu ziehen. Doch die Schlüsse ergeben sich für den militärischen Laien zwingend aus den Zahlen



Der politische Hintergrund

Die Hintergrundinformation

Bücher für NG-Abos

Folgende Bücher gibt es zur Auswahl:

- Horst Becker/Bodo Hombach u. a. (Hg.):**
Die SPD von innen. Bestandsaufnahme an der Basis der Partei. 1983. 160 S.
- Paul Getersbach:**
Wie Mutlu Öztürk schwimmen lernen muß. Ein Lebenslauf. Mit einem Vorwort von Günter Wallraff. 1983. 272 S.
- Friedrich G. Kürblsch (Hg.):**
Entlassen ins Nichts. Reportagen über Arbeitslosigkeit 1918 bis heute. Ein Lesebuch. 1983. 256 S.
- Susanne Miller/Heinrich Potthoff:**
Kleine Geschichte der SPD. 5. Aufl. 1983. 464 S.
- Jahano Strasser/Klaus Traube:**
Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 2. Aufl. 1982. 416 S.

Ich habe eine neuen NG-Abonnementen geworben.
Meine Anschrift:

Anschrift des neuen Abonnenten:

Hiermit bestelle ich für mindestens ein Jahr „Die Neue Gesellschaft“ ab Heft _____ „Die Neue Gesellschaft“ erscheint monatlich und kostet im Jahr 57,- DM zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland und 13,20 DM im Ausland. Kündigung jeweils bis 30 Tage vor Jahresende.

(Bitte gewünschtes Buch ankreuzen)

Datum

Unterschrift des neuen Abonnenten

Neuerscheinungen
der Verlage Neue Gesellschaft
und J.H.W. Dietz Nachf.

Ex. Autor/Titel	DM je Ex.
_____ Horst Becker/Bodo Hombach u. a. (Hg.): Die SPD von innen. Bestandsaufnahme an der Basis der Partei. 160 S.	19,80
_____ Peter Brandt u. a.: Leo Bauer zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie 1912-72. 359 S.	39,80
_____ Gilberto Granados/Erk Gurgadles: Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie. Eine Einführung in die Probleme der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung. 444 S.	19,80
_____ Friedrich G. Kürblsch (Hg.): Entlassen ins Nichts. Reportagen über Arbeitslosigkeit 1918 bis heute. Ein Lesebuch. 256 S.	19,80
_____ Susanne Miller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. 5. Aufl. 1983. 464 S.	19,80
_____ Lothar Steinbach: Ein Volk, ein Reich, ein Glaube? Ehemalige Nationalsozialisten und Zeitzeugen berichten über ihr Leben im Dritten Reich. 256 S.	24,-

Ich wünsche Lieferung über die Buchhandlung:

Die Wahl der Lieferbuchhandlung überlasse ich dem Verlag.

Datum

Unterschrift



Der politische Hintergrund

Die Hintergrund- information

Senden Sie an folgende Anschriften ein
Probexemplar:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Name:

Straße:

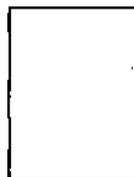
PLZ, Ort:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Werbeantwort



**Die
Neue
Gesellschaft**

— Redaktion —

Postfach 200 189

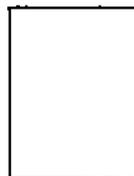
5300 Bonn 2

Absender:

.....
.....
.....
.....

(Bitte in Druckbuchstaben oder mit
Schreibmaschine ausfüllen)

Postkarte



**Verlag
Neue Gesellschaft**

Postfach 200 189

5300 Bonn 2

selbst. Eine militärische Lagebeurteilung dagegen müßte eingestehen, daß jeder Angriff des Warschauer Paktes gegen die NATO ein hohes Risiko in sich birgt, ganz gleich, wie groß die Differenzen in der Statistik sind.

Dem politischen Lagebild der NATO liegt die Annahme zugrunde, daß die Entscheidung, Westeuropa zu erobern, im Warschauer Pakt längst gefallen ist. Er warte nur auf eine günstige Gelegenheit, um diese Entscheidung auszuführen. Dieser Zeitpunkt sei gekommen, wenn der Warschauer Pakt die militärische Überlegenheit errungen hat. Für diesen Zweck rüste er unter Verzicht auf die Befriedigung von Konsumbedürfnissen. In der Zwischenzeit versuche er, die NATO-Staaten einzuschläfern oder zu verängstigen, damit sie keine Gegenmaßnahmen träfen. Ein wichtiges Ziel sei, Westeuropa von den USA zu trennen, weil dadurch das Risiko eines Angriffs stark vermindert werde.

Diese Annahmen entsprechen der Analyse, die sich amerikanische Experten vom Überfall nordkoreanischer Truppen auf Südkorea im Jahre 1950 gemacht haben. Sie wurden nur analog auf europäische Verhältnisse übertragen. Der Korea-Krieg war eine Wasserscheide in der Entwicklung der NATO. Er hatte zur Folge, daß sie aus der ursprünglich vereinbarten Form eines klassischen Beistandspaktes in ein Militärbündnis unter amerikanischer Führung umgewandelt wurde, dessen Hauptzweck es war, eine starke Armee zu unterhalten, die die Kommunisten in Schach halten konnte.

Obwohl sich längst herausgestellt hat, daß der nordkoreanische Überfall in keinem Zusammenhang mit Europa stand, wurde die Militärorganisation der NATO bis heute beibehalten und große und militärisch hochqualifizierte Planungsstäbe beschäftigen sich damit, sich alle möglichen Kriegsfälle auszudenken, auf die die NATO vorbereitet sein sollte. Als wahrscheinlichster Fall gilt ein konventioneller Großangriff der Truppen des Warschauer Paktes zwischen Ostsee und Donau, mit dem Ziel, das gesamte Territorium der Bundesrepublik in Besitz zu nehmen oder gar bis zum Atlantik vorzustoßen. Dabei handelt es sich um reine Spekulationen, denn es gibt keine Nachrichten darüber, daß der Osten Angriffspläne hat, geschweige denn, was sie vorsehen.

Alles hängt also davon ab, welche politischen Vorgaben den militärischen Planern der NATO gemacht werden. Diese Vorgaben sind seit mehr

als dreißig Jahren nicht mehr revidiert worden. Wenn die Außenminister der NATO heute gezwungen wären, eine neue Planungsgrundlage zu entwerfen, könnten sie kaum noch auf den Korea-Schock zurückgreifen, denn zu viel hat sich seitdem in Europa geändert. So hat zum Beispiel der Kommunismus sowjetischer Prägung in Westeuropa jede Anziehungskraft verloren. Westeuropa ist politisch und wirtschaftlich gefestigt. Seit der Aufstellung der Bundeswehr ist ein Angriff des Warschauer Paktes mit einem hohen militärischen Risiko behaftet. Der Wille zur Selbstbehauptung ist in den europäischen Nationen erstarkt und über jeden Zweifel erhaben.

Das Kriegsziel der Nordkoreaner im Jahre 1950 war eindeutig die Wiedervereinigung Koreas unter kommunistischem Vorzeichen. Welches Kriegsziel könnten die Sowjets in Europa haben? Der Wunsch nach Landerwerb kann es nicht sein, denn sie besitzen mehr Land, als sie bewirtschaften können. Auch die Hoffnung auf eine Steigerung der Produktionskraft scheidet aus. Denn unter einem kommunistischen System würden in Westeuropa Zustände wie im Ostblock eintreten. Außerdem würde das COMECON einen unentbehrlichen Handelspartner und Kapitalgeber verlieren. Der Versuch, Westeuropa kommunistisch zu machen, könnte nur mit Methoden des Polizeistaates in Angriff genommen werden. Wenn die Sowjets das wollten, müßten sie ihre ganze Kraft dafür investieren und die Entwicklung des eigenen Landes bis zur Selbstaufgabe vernachlässigen. Ist das noch realistisch?

Die entscheidende Frage für uns ist, warum die NATO diese Veränderungen nicht zur Kenntnis nimmt, sondern unbeirrt an der Korea-Mentalität festhält. Es gibt nur eine Antwort darauf: Weil bei einer neuen politischen Planungsgrundlage Streitkräftestruktur und Strategie der NATO grundlegend geändert werden müßten. Jeder Politiker zögert jedoch, an den Grundpfeilern der westlichen Allianz zu rütteln. Die NATO befindet sich politisch in einem Schwebezustand, der nicht ewig durchgehalten werden kann.

Weil die Politiker sich nicht entscheiden, sind die Militärs in die Bresche gesprungen. Wo politische Argumente nicht mehr tragfähig sind, werden sie durch militärische ersetzt. Auf diese Weise wird die NATO zunehmend militarisiert. Dafür einige Beispiele. Die NATO behauptet:

— Der Warschauer Pakt besitzt mehr Streitkräfte, als er zur Verteidigung braucht. Durch diese

Behauptung soll die politisch nicht nachweisbare Angriffsabsicht durch ein militärisches Indiz erhärtet werden. Tatsächlich hat sich niemals ein NATO-Planer Gedanken über die Verteidigung des Warschauer-Pakt-Gebietes gemacht.

- Der Warschauer Pakt ist militärisch überlegen. Diese Behauptung soll ein Indiz dafür sein, daß der Pakt angreifen kann. Die Angriffsabsicht wird dadurch erhärtet. Was heißt aber, er kann angreifen? Welches Risiko geht er ein, welche Erfolgsaussichten kann er sich ausrechnen? Das bleibt ungeklärt.
- Die militärische Überlegenheit des Warschauer Paktes wächst ständig. Diese Behauptung soll suggerieren, daß keine Zeit für neue Rüstungsanstrengungen verloren werden darf. Politiker, die das akzeptieren, begeben sich freiwillig in die Abhängigkeit von militärischen Kräftevergleichen. Sie liefern sich den Egoismen bürokratischer Experten aus und verzichten auf den Primat der Politik in Sicherheitsfragen.

Daß militärische Argumente heute die politische Analyse ersetzen müssen, zeugt davon, wie kritisch die Situation der NATO ist.

Beweiskraft militärischer Kräftevergleiche

Der Zweck von Kräftevergleichen ist es, die militärischen Fähigkeiten des Warschauer Paktes festzustellen. Verglichen wird alles, was zählbar und meßbar ist. Kräftevergleiche sind jedoch nicht mehr als Statistiken, in denen die Zahlen, losgelöst aus ihren militärischen und sonstigen Zusammenhängen, beliebig zusammen- und gegenübergestellt werden können. Ihre Aussagekraft ist daher dürftig. Die Frage: Wer hat mehr Soldaten, Divisionen oder Waffensysteme, ist nicht dafür entscheidend, welche Seite militärisch überlegen oder unterlegen ist. Worauf es ankommt, ist, ob der Warschauer Pakt zur rechten Zeit, am rechten Ort genug Kräfte versammeln kann, um eine militärische Entscheidung zu erzwingen. Die NATO muß sich fragen, ob sie ihre Verteidigung so organisieren kann, daß dem Warschauer Pakt im Angriffsfall ein hohes Risiko entstehen würde.

Der entscheidende Mangel von Kräftevergleichen liegt darin, daß die Kräfte einander gegenübergestellt werden, anstatt zu fragen, ob sie ausreichen, um die eigene Absicht zu verwirklichen. Das sind zwei völlig verschiedene Gesichtspunk-

te. Aber nur der letztere ist bedeutungsvoll. Um diese Frage zu beantworten, bedarf es jedoch militärischen Sachverstands. Statistiken lesen kann jeder. Aus diesem Mißverständnis ergibt sich die Forderung nach einem zahlenmäßigen militärischen Gleichgewicht der Rüstung. Sicherheit gewährleistet dagegen nur die Ausgewogenheit der militärischen Optionen: Wer sich verteidigen kann, braucht den Angriff nicht zu fürchten.

Das Mißverständnis auf die Spitze getrieben haben einige amerikanische Autoren, darunter Ph. A. Karber. Er behauptet, der Warschauer Pakt könne einen Krieg bereits im Frieden gewinnen, wenn es ihm gelinge, die Rüstung der NATO bei gleicher Qualität zahlenmäßig zu überflügeln. Es ist sicher kein Anti-Amerikanismus, wenn man Karbers politische Urteilsfähigkeit anzweifelt. Wer gezwungen wird, seine Freiheit zu verteidigen, läßt sich nicht durch statistische Vergleiche davon abhalten, er kämpft mit den Waffen, die er hat. Vielleicht muß man, wie wir Europäer, ständig das Beispiel kommunistischer Diktaturen vor Augen haben, um das zu verstehen.

Die Angriffsoption des Warschauer Paktes

Eine bohrende Frage bleibt, trotz aller Zweifel an der Bedrohungsanalyse der NATO, was geschehen könnte, wenn die Abschreckung versagt, wenn also gegen jede Vernunft der Warschauer Pakt die NATO angreifen sollte.

Es ist kein Zufall, daß die NATO prinzipiell von einem Angriff des „Warschauer Paktes“ spricht und nicht der Sowjetunion, obwohl doch klar ist, daß keine der sogenannten Volksdemokratien an einem Krieg interessiert ist. Der Grund liegt darin, daß die Sowjetunion in Mitteleuropa nicht genügend Landstreitkräfte unterhält, um einen Angriff gegen die NATO wagen zu können. Die 26 sowjetischen Divisionen in Mitteleuropa reichen nur aus, um Besetzungsaufgaben zu erfüllen und eine Vorverteidigung des Warschauer Paktes sicherzustellen, falls er angegriffen werden sollte.

Erst wenn man die sowjetischen Divisionen mit denen der Nationalen Volksarmeen zusammenfaßt, entsteht ein ungefähres Gleichgewicht an Kampfkraft. Von Überlegenheit kann jedoch keine Rede sein. Die stärkere Ausstattung mit Panzern ist militärisch gesehen kein Vorteil gegen einen reichlich mit Panzerabwehr ausgestatteten Verteidiger wie die NATO.

Die NATO bezeichnet die 26 sowjetischen Di-

Frische ist unser Geschäft



Alle Tage wieder Frisch-Qualität
zum vernünftigen Preis.

Das ist co op.
Der tägliche
Wochenmarkt
gleich in Ihrer
Nachbarschaft.



co
op

co
op

visionen und die 31 Divisionen der Nationalen Volksarmeen, die in Mitteleuropa stationiert sind, als die „Erste Strategische Staffel“ des Warschauer Paktes, die im Kriegsfall den ersten Angriff gegen die NATO führen soll. Es ist notwendig zu wissen, daß fast die Hälfte der nicht-sowjetischen Divisionen im Frieden nicht präsent ist, sondern erst im Zuge einer Mobilmachung einsatzbereit gemacht werden muß. Das Material dieser Divisionen ist zum Teil veraltet, sie sind z. B. größtenteils noch mit Kampfpanzern aus den fünfziger Jahren ausgestattet. Die Zuverlässigkeit der Wehrpflichtigen dieser Armeen muß bezweifelt werden. Es kommt aber hinzu, daß die Regierungen der Ostblockstaaten im Laufe der Jahre mehr Einfluß auf die Verwendung der eigenen Streitkräfte gewonnen haben. Sollte die Sowjetunion beabsichtigen, die „Erste Strategische Staffel“ gegen die NATO zum Angriff anzusetzen, müßte sie die politische Zustimmung der Verbündeten einholen. Der Erfolg ist ungewiß.

Auch die 26 sowjetischen Divisionen sind nicht unbeschränkt einsatzbereit. Sie bestehen etwa zu 80% aus kurzdienenden Wehrpflichtigen. Jahr für Jahr werden etwa 200 000 ausgebildete Soldaten gegen Rekruten ausgetauscht. Praktisch sind diese Divisionen nur zweimal im Jahr für kurze Zeit auf einem befriedigenden Ausbildungsstand. Nicht berücksichtigt wird in den Kräftevergleichen, daß mindestens drei der sowjetischen Divisionen im Angriffsfall zur Sicherung der Transportwege und der logistischen Basis in Polen bzw. in der CSSR zurückbleiben müßten.

Zieht man Bilanz, so kommt heraus, daß von den 57 Divisionen der Ersten Strategischen Staffel maximal 40 voll einsatzbereit sind. Das ist für einen Angriff zu wenig. Jedenfalls stellt sich wohl niemand die Avantgarde der Weltrevolution, die Europa bis zum Atlantik erobern will, als eine mit vielen Problemen belastete, national heterogene und zahlenmäßig der NATO bestenfalls gleichwertige Armee vor. Wenn Generale der Bundeswehr und der NATO öffentlich feststellen, daß die erste Staffel mit den vorhandenen konventionellen Kräften abgewehrt werden kann, dann ist das kein gewagter Optimismus, sondern das Ergebnis einer sachgerechten militärischen Lagebeurteilung.

Nach der Bedrohungsanalyse der NATO folgt der Ersten Strategischen Staffel im Angriff – zeitlich vielleicht nach einer Woche – eine zweite. Dabei soll es sich um rund 30 sowjetische Divisio-

nen handeln, die in den drei westlichen Militärbezirken der Sowjetunion stationiert sind. In dieser Region ist die Nachrichtengewinnung bereits schwierig, das heißt Existenz und Zustand dieser Divisionen sind ungewiß. Während im Weißbuch 1983 die Zahl dieser Divisionen von 33 auf 38 heraufgesetzt wurde, gibt die „Military Balance“ an, daß es im ganzen europäischen Rußland, also in einem weit größeren Gebiet, nur 22 Divisionen gibt, die halbwegs (mehr als 50%) präsent sind. Wie dem auch sei, auf alle Fälle umfaßt die Zweite Strategische Staffel weniger Divisionen als die erste.

Wenn der Warschauer Pakt mit zwei strategischen Staffeln nacheinander angreift, dann dürfte sich folgendes ergeben: Die erste Staffel wird durch die NATO abgewehrt werden. Die zweite Staffel, die schwächer ist und bereits auf dem Anmarsch bekämpft werden kann, hätte noch geringere Aussichten, gegen die inzwischen eingespielte und vervollständigte NATO-Verteidigung einen Erfolg zu erringen. Der von der NATO erwartete Angriff in zwei Staffeln verletzt einen fundamentalen militärischen Führungsgrundsatz, nämlich alle Kräfte für die Entscheidung zusammenzufassen. Der gestaffelte Angriff teilt die Kräfte in zwei Pakete auf und erlaubt es der NATO, diese in Raten zu schlagen. Es steht also stets die ganze NATO-Streitkraft gegen einen Teil derjenigen des Warschauer Paktes.

Der sowjetische Generalstab dürfte soviel militärisches Urteil besitzen, daß er die Schwäche eines solchen Vorgehens erkennt. In einem Angriffskrieg kommt es darauf an, die erste Schlacht zu gewinnen. Der Anfangserfolg gibt in der Regel den Ausschlag für den weiteren Verlauf eines Feldzuges. Wenn also die Sowjetunion zum großen strategischen Angriff gegen die NATO ansetzen sollte, dann würde sie ihre besten und zuverlässigsten Divisionen in die erste Schlacht werfen und nicht die unsicheren Kantonisten der Nationalen Volksarmeen.

Die Erwartung der NATO, es würde in zwei Staffeln angegriffen werden, beruht wahrscheinlich auf der Friedensdislozierung der Divisionen des Warschauer Paktes. Diese zeigt wohl eher, daß die Truppen im Frieden nicht für einen Angriff strategischen Ausmaßes gegliedert sind, als daß der Pakt tatsächlich in zwei strategischen Staffeln angreifen würde. Hätte er wirklich Angriffsabsichten, dann müßte er erheblich mehr sowjetische Truppen in Mitteleuropa stationie-

ren, als er jetzt dort hat. Eine solche Stationierung würde Zeit brauchen, könnte nicht von heute auf morgen durchgeführt werden – und würde von der NATO bemerkt werden.

Wie groß sind die Personalreserven der Sowjetunion?

Manche Experten behaupten, die Sowjetunion sei in der Lage, bei einem Angriff auf Europa der Zweiten Strategischen Staffel noch eine dritte oder vierte aus den Tiefen des russischen Raumes folgen zu lassen. Die NATO hätte also keine Chance, auf Dauer dem Ansturm standzuhalten. Diese Behauptung bedarf einer Differenzierung. Die Sowjetunion hat 268 Millionen Einwohner, also etwa 14,5% mehr als die USA. Beide Weltmächte liegen, was die Einwohnerzahl betrifft, nicht allzuweit auseinander. Die Sowjetunion ist zwar im Vorteil, aber dieser ist nicht überwältigend. Das Bild verschiebt sich, wenn man die beiden Militärpakte vergleicht. Der Warschauer Pakt hat 383 Millionen Menschen, die NATO 625 Millionen. Die NATO liegt also mit rund 250 Millionen Menschen voraus. Um die Proportionen noch deutlicher zu machen, sei erlaubt, darauf hinzuweisen, daß die Sowjetunion mit 268 Millionen Einwohnern zwischen einer Milliarde Chinesen und 625 Millionen NATO-Bürgern leben muß. Zwischen diesen beiden Giganten ist sie personell gesehen eine Mittelmacht.

Welche Schlüsse muß man aus diesem Zahlenpiegel ziehen? Die konventionelle Stärke ist eine Variable der personellen Ressourcen. Da die Bevölkerungszahl der NATO die der Staaten des Warschauer Paktes um rund 62% übertrifft, ist es der NATO ein leichtes, das konventionelle Gleichgewicht mit dem Pakt herzustellen. Bei gleicher Ausschöpfung des personellen Potentials könnte die NATO sogar eine erhebliche Überlegenheit über den Warschauer Pakt erreichen. Anders gesehen muß der Warschauer Pakt seine Wehrkraft stärker ausschöpfen als die NATO, wenn er ebensoviel Soldaten unter Waffen haben will. Die neuesten Zahlen der „Military Balance“ zeigen, daß die Mannschaftsstärken etwa ausgeglichen sind. Bei den Landstreitkräften in Europa, wobei auf der Seite des Warschauer Paktes auch die Kola-Halbinsel und Transkaukasien zu Europa gezählt werden, ist die NATO sogar leicht im Vorteil (1.03:1).

Daraus kann man die Folgerung ziehen, daß der Warschauer Pakt eine Dritte und Vierte Stra-

tegische Staffel nur aufstellen kann, wenn er eine totale Mobilmachung durchführt. Was das für einen Staat bedeutet, soll hier nicht näher ausgeführt werden. Hier genügt es festzustellen, daß in der Sowjetunion nicht die massenhaften Reserven bereitstehen, die notwendig wären, um eine überwältigende konventionelle Überlegenheit über die NATO herzustellen. Insofern täuschen die hohen Zahlen, die für sowjetische Divisionen genannt werden. Der größere Teil von ihnen könnte nur im Notfall aufgeboten werden und würde eher den Charakter eines Landsturms tragen als den moderner Angriffstruppen.

Ist die Sowjetunion heute stärker als im Zweiten Weltkrieg?

Im Zweiten Weltkrieg hatte die Sowjetunion nur einen Gegner, das Deutsche Reich. Die mit Hitler verbündeten Staaten trugen wenig zur Kriegführung gegen die UdSSR bei. Japan versuchte den Konflikt mit der Sowjetunion zu vermeiden und ermöglichte so, daß diese ihre militärische Macht in Europa konzentrieren konnte. Vor allem aber kam der Sowjetunion die Unterstützung durch die westlichen Seemächte zugute. Über den Iran und über Murmansk lieferten sie der Sowjetunion kriegswichtige Güter in wachsender Zahl und entlasteten die Rote Armee schließlich durch die Eröffnung einer zweiten Front. Zugleich schwächten sie das Potential der „Achse“, indem sie deren Häfen blockierten und Verkehrswege und Industrie mit Luftangriffen belegten.

Wenn man die strategische Lage der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg mit der heutigen vergleicht, so steht sie schlechter da. Ganz generell ist festzustellen, daß sie bei einem Angriff gegen Europa die Seemächte von vornherein gegen sich hätte. Das bedeutet, sie wäre in ihrem eigenen Bereich isoliert, könnte keine Unterstützung von Übersee erwarten und keine militärische Entlastung durch Verbündete. Aber auch eine Konzentration der Streitkräfte auf Mitteleuropa wäre ihr nicht möglich. Sie müßte Streitkräfte gegen China zurückhalten und könnte auch die Südfrent gegenüber Pakistan, Iran und Türkei nicht entblößen. Außerdem müßten zentrale Reserven gebildet werden für den Fall, daß die Seemächte eine zweite Front bilden sollten. Alle diese Probleme werden dadurch verschärft, daß die Sowjetunion nicht, wie von vielen angenommen, über unerschöpfliche personelle Reserven verfügt.

In manchen Analysen wird die Ansicht vertreten, die Sowjetunion besitze als kompakter Flächenstaat den Vorteil der „Inneren Linie“. Das heißt, sie könne ihre Kräfte beliebig verschieben und immer dort militärisch stark sein, wo es notwendig sei. Dieser Vorteil kann jedoch nur wahrgenommen werden, wenn die Entfernungen nicht zu groß sind und wenn ein gut ausgebautes Verkehrsnetz vorhanden ist. Beides trifft für die Sowjetunion nicht zu: Die Entfernungen sind riesig und das Verkehrsnetz ist zwar in einigen Regionen gut entwickelt, aber der überregionale Verkehr muß auf Eisenbahnen und Flugzeugen abgewickelt werden, Fernstraßen und Wasserstraßen fehlen. Besonders prekär wäre im Kriege die Verbindung zwischen dem europäischen Teil der Sowjetunion und den fernöstlichen Gebieten. Das schränkt die Handlungsfreiheit gegenüber Europa ein.

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ist in den strategischen Überlegungen der sowjetischen Planer noch wach. Es ist sicher, daß sie sich der Risiken bewußt sind, die sich bei einem Angriff gegen die NATO aus der veränderten strategischen Lage ergeben würden. Auch das ist ein Faktum, das in einer Bedrohungsanalyse berücksichtigt werden muß, meist aber vernachlässigt wird.

Zusammenfassung

Was von den Bedrohungsanalysen der NATO

Dieter Senghaas: Überlegungen zur gegenwärtigen sicherheits- politischen Debatte

Dr. Dieter Senghaas, Jahrgang 1940, ist Professor für Sozialwissenschaft an der Universität Bremen. Veröffentlichungen u. a. „Abschreckung und Frieden“, 1981; „Rüstung und Militarismus“, 1982; „Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik“, 1983; „Von Europa lernen“, 1982.

Fragwürdige Annahmen in sicherheitspolitischer Doktrin und militärischen Szenarien

Die westliche Sicherheitspolitik gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt beruhte

an die Öffentlichkeit dringt, ist zum größten Teil einseitig überzeichnet. Während die militärischen Fähigkeiten des Warschauer Paktes zu hoch eingeschätzt werden, kommen die der NATO zu kurz. Insgesamt deckt sich das militärische Lagebild nicht mit der sicherheitspolitischen Situation. Eine der ungelösten Fragen ist es, ob die militärische Lage eine Funktion der sicherheitspolitischen Lage ist oder umgekehrt. In der jüngsten sicherheitspolitischen Diskussion hat die NATO den militärischen Kriterien eindeutig den Vorzug vor den sicherheitspolitischen eingeräumt. Dies wurde dadurch erleichtert, daß die Politik zögert, der politischen Entwicklung in ihrem Lagebild Rechnung zu tragen. Praktisch verharret sie auf dem Standpunkt, den sie in den fünfziger Jahren bezogen hat. Dieser Zustand führt dazu, daß die Glaubwürdigkeit der NATO-Konzeption abnimmt.

Die Güterabwägung, vor die wir gestellt sind, liegt in der Beantwortung folgender Frage: Welches Übel ist für uns kleiner, die Gefährdung der NATO durch die Forderung nach Reformen von Strategie und Streitkräftestruktur oder die Gefährdung der NATO durch sinkende Glaubwürdigkeit? Es ist schwer vorherzusagen, welche Folgen es hätte, die Eigendynamik der NATO-Bürokratie zu bremsen und einen neuen politischen Konsens über die Bedrohung zu erzielen. Aber es ist sicher, daß sinkende Glaubwürdigkeit auf die Dauer Reformen erzwingen wird.

seit den fünfziger Jahren auf der *Abschreckungs-*
doktrin. Für den Fall einer Aggression gegen die USA bzw. Westeuropa wurden als Vergeltung unterschiedlich dosierte nukleare Gegenschläge angedroht. Die damit verbundenen beispiellosen Risiken für den potentiellen Aggressor galten als eine solide Grundlage für die Abschreckung potentieller Aggressionsabsichten. Diese Doktrin, die in vielfältigen Varianten formuliert wurde, war immer schon von drei Problemen gekennzeichnet:

1. Eine auf viele Eventualfälle hin orientierte Abschreckungspolitik droht zu einem *Selbstläufer* zu werden: Ob der sogenannte potentielle Gegner nicht angreift, weil Abschreckung wirkt oder weil er an und für sich keine Aggressionsabsichten hegt, läßt sich im Rahmen von Abschreckungspolitik nicht feststellen. Im Gegenteil besteht die

Gefahr der Vertiefung antagonistischer Wahrnehmungen und der ihnen entsprechenden Rüstungsvorhaben. Abschreckung kann dabei zu einer politisch sterilen Konzeption werden, insofern sie zur vorherrschenden Leitlinie in den Beziehungen mit dem potentiellen Gegner erklärt wird. Wird sie demgegenüber nur als ein sicherheitspolitisches Instrument begriffen, droht ihre Eigendynamik vorstellbare Handlungsspielräume einzuengen und gegebenenfalls ganz aufzuheben: Ungeachtet aller existierenden Interessenunvereinbarkeiten zwischen den Antagonisten engt eine in Abschreckungspolitik begründete Sicherheitspolitik die Spielräume eines vorstellbaren Interessenausgleichs ein. Solche Wirkungen werden natürlich dann verstärkt, wenn Abschreckungspolitik wechselseitig betrieben wird. Langfristig ist eine Entmilitarisierung des politischen Konflikts zwischen Ost und West nur vorstellbar, wenn es gelingt, die im Rahmen von Abschreckungspolitik ausufernden militärischen Szenarien über mögliche und denkbare Eventualfälle durch eine *politische* Lagebeurteilung zu ersetzen, in deren Kern wirkliche und nicht fiktive Gefahren und Konfliktlösungsmöglichkeiten stehen.

2. Von Beginn der Abschreckungspolitik an bestand ein enger Bezug zwischen einer Politik des angedrohten Einsatzes von Massenvernichtungsmitteln im Falle einer Aggression und dem von einem solchen Einsatz ausgehenden *Selbstabschreckungseffekt*. Wenn Abschreckung zu Selbstabschreckung führt, wird ihre Glaubwürdigkeit untergraben. In der Geschichte der Abschreckungspolitik sollte dieser Wirkung durch die Formulierung „realistischer“ Vergeltungsoptionen entgegengearbeitet werden. Das führte seit Mitte der fünfziger Jahre zur Formulierung von Doktrinen des führungbaren und gewinnbaren Nuklearkrieges. Nach einer dreißigjährigen Diskussion und entsprechenden waffentechnologischen Entwicklung muß jedoch festgestellt werden, daß auch verfeinerte nukleare Vergeltungsoptionen den von nuklearen Massenvernichtungsmitteln ausgehenden Selbstabschreckungseffekt nicht aufheben konnten. Die gerade in den letzten fünfzehn Jahren beobachtbare verstärkte Verfeinerung von Einsatzdoktrinen und Militärpotentialen konnte an diesem grundlegenden Sachverhalt nichts ändern.

3. Ungeachtet dieses seit Anfang bestehenden Selbstabschreckungseffektes gab es eine gewisse

Plausibilität von Abschreckungspolitik, solange Abschreckung mehr oder minder eine Einbahnstraße war. *Asymmetrische Abschreckung* bestand, solange der Westen mit Vergeltungsmaßnahmen drohen konnte, ohne sich selbst in einem dritten Gegenzug vernichtenden Gegenschlägen aussetzen zu müssen. Eine solche Situation ermöglicht die Beendigung eines Konfliktes unter günstigen Bedingungen; in ihr ist die Chance einer *Eskalationsdominanz* begründet. Zu Recht wurde darin eine *stabile* Abschreckung zu eigenen Gunsten gesehen. Der Verlust dieser Situation seit Mitte der sechziger Jahre angesichts einer wachsenden Parität zwischen dem sowjetischen Militärpotential und dem amerikanischen hat Planer immer wieder in die Versuchung gebracht, eine „high quality deterrence“ (P. Nitze) zu suchen – eine Abschreckung also, welche die in Worst-case-Szenarien antizipierte Eskalationsdominanz des Gegners durch bessere und überlegene militärische Optionen zu durchkreuzen versucht. Ein solches Bemühen führt unausweichlich zu einem Wettlauf um Erstschlagsoptionen.

Daß Abschreckungspolitik, für sich genommen, *politisch perspektivenlos* ist, haben die unterschiedlichen positiven und negativen Erfahrungen während des Kalten Krieges, der Phase der Entspannungspolitik und in den wenigen Jahren eines drohenden neuen Kalten Krieges deutlich gemacht. Will man zu einem einigermaßen tragbaren Modus vivendi in Europa kommen, so ist eine Revision der in wechselseitiger Abschreckung begründeten „Sicherheit“ unausweichlich.

Die von Abschreckungspolitik ausgehenden Selbstabschreckungseffekte haben auch hier zu einer anhaltenden Suche nach „realistischen“ Kriegsführungsoptionen geführt, ohne daß hierdurch die sogenannte Glaubwürdigkeitslücke in der Abschreckungspolitik bewältigt werden konnte. Sie läßt sich hier sowenig wie auf der nuklearstrategischen Ebene durch weitere Verfeinerungen der Einsatzplanungen und Waffentpotentiale lösen. Das hat prinzipielle Gründe, weil die Miniaturisierung von Abschreckungsdoktrin und Abschreckungspotentialen die Gefahr der Eskalation nicht aus der Welt schaffen kann. Es gibt jedoch auch Gründe, die mit der obengenannten dritten Schwäche von Abschreckungspolitik zusammenhängen.

Die Plausibilität von Abschreckungspolitik war ursprünglich in potentieller Eskalationsdominanz begründet. Seit die Nachrüstung der Sowjet-

union auf nuklearstrategischer Ebene zu einer Situation militärischer Parität zwischen beiden Großmächten geführt hat, gibt es asymmetrische Abschreckung und damit Eskalationsdominanz nicht mehr. Und seit die Sowjetunion im Warschauer Pakt konventionelle und taktisch-nukleare Optionen aufgebaut hat, ist auch der westlichen Militärstrategie in Zentraleuropa der Boden für eine ursprünglich vorstellbare potentielle Eskalationsdominanz entzogen worden. Damit werden Grundannahmen der Doktrin flexibler Antwort hinfällig, so insbesondere die Drohung mit dem Ersteinsatz von Nuklearwaffen. Dieses Kernstück der westlichen Doktrin konnte solange für plausibel gehalten werden, als dem Ersteinsatz gefahrlos weitere Folgeeinsätze folgen konnten, ohne daß vergleichbare Gegenschläge des Gegners erwartet werden mußten. Von einer solchen Situation aber kann heute nicht mehr ausgegangen werden.

Dasselbe trifft auf das Konzept des selektiven nuklearen Warnschusses zu. In der offiziellen Doktrin soll er der Gegenseite den eigenen Willen demonstrieren, weitere Einsätze folgen zu lassen, falls das konventionelle Gefecht nicht abgebrochen würde. Aber wenn der Gegner ebenfalls über ein breites Spektrum von taktischen Nuklearwaffen verfügt, bricht das Konzept des Warnschusses in sich zusammen. Vom Selbstabschreckungseffekt abgesehen, konnte es solange als plausibel gelten, als weitere Eskalationsstufen nach eigenem Belieben zur Verfügung standen. Technisch gesehen stehen auch heute weitere Eskalationsstufen bereit, aber da auch der Gegner über sie verfügt, sind sie nicht mehr implementierbar. Das Patt der nuklearstrategischen Ebene wiederholt sich in Europa zwischen Warschauer Vertragsorganisation und NATO.

Damit können alle militärischen Konzepte, die noch von einer erfolgreichen Durchführbarkeit militärischer „Schachzüge“ ausgehen, ad acta gelegt werden: Das gilt insbesondere für die Doktrin flexibler Antwort und das Konzept des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen, sei es, um militärische Vorteile im Gefechtsfeld zu erringen, sei es, mit einem Warnschuß ein deutliches politisches Signal zu geben. Bis heute hat die sicherheitspolitische Diskussion diesen grundlegenden Sachverhalt noch nicht verarbeitet. Weiterhin wird davon ausgegangen, als ob ursprünglich unter den Bedingungen von Eskalationsdominanz mögliche militärische Optionen implemen-

tierbar seien. Der Rhetorik über die Flexibilität der Doktrin flexibler Antwort sind keine Grenzen gesetzt; nach Belieben wird die Nuklearschwelle herauf- und herabgesetzt. Aber im einen wie im anderen Falle sind, anders als früher, selbst hypothetisch vorstellbare, potentielle Überlegenheit vermittelnde militärische Optionen nicht mehr denkbar.

Daraus ergibt sich die folgende Konsequenz:

1. Sollte es in Europa zu einem *konventionellen* Angriff gegen das westliche Bündnis kommen, ist die Androhung des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen unglaubwürdig. *Ein konventioneller Angriff ist nur konventionell abwehrbar.*
2. Nuklearwaffen haben eine Vergeltungs- und Repressalienfunktion für den Fall ihres Einsatzes durch die gegnerische Seite. Die hierfür erforderlichen Potentiale könnten typen- und zahlenmäßig äußerst begrenzt sein.
3. Ob verfügbare konventionelle Abwehrpotentiale und begrenzte nukleare Vergeltungspotentiale abschreckend wirken, hängt mehr von *politischen* Tatbeständen ab als von rein *militärischen* Kräftevergleichen.

Tatsächliche Entwicklungstrends von Militärdoktrin und Rüstung

Trotz der dargelegten Beobachtungen ist es zweifelhaft, ob die westliche Sicherheitspolitik zu einer entsprechenden Reform fähig ist. Schon in der Vergangenheit ist eine erhebliche Diskrepanz zwischen offizieller Doktrin (und ihren unterschiedlichen Interpretationen) und den bestehenden Rüstungen zu beobachten. So entsprach z. B. zu keinem Zeitpunkt auf amerikanischer Seite der konventionalistischen Interpretation der Doktrin flexibler Antwort die tatsächliche Ausrüstung der amerikanischen Streitkräfte in Europa. Hätte man die eigene Doktrin in die Praxis umgesetzt, so hätten sowohl die Heeresvorschriften geändert als auch ein erheblicher Teil des taktischen Nuklearpotentials abgezogen werden müssen. Beides ist nicht geschehen. In Wirklichkeit gibt es einen langanhaltenden Trend zur Modernisierung des taktischen Nuklearpotentials auf allen Ebenen, d. h. von der Gefechtsfeldwaffe bis zu eurostrategischen Systemen; und es gibt neuerdings unübersehbare Versuche, auf allen Ebenen miniaturisierte und modernisierte Nuklearwaffen in reformulierte Einsatzdoktrinen konzeptuell zu integrieren.

Zu keinem Zeitpunkt wurde der Widerspruch

zwischen der ehemals nuklearistischen Bonner Interpretation der Doktrin flexibler Antwort und dem späteren Konzept des nuklearen Warnschusses aus der Welt geräumt. Wäre die Bonner Position in sich folgerichtig, hätte man seit langem auf den Abzug der meisten Nuklearwaffen aus Westeuropa drängen müssen. Allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz wäre man dabei bei der amerikanischen Administration nicht auf Widerstand gestoßen. Widerstand, wenngleich überwindbaren, hätte es von seiten der betroffenen amerikanischen Teilstreitkräfte (Army und Air Force) gegeben. Aber da man im Abzug von Nuklearwaffen eine Schwächung der Abschreckung und eine Lockerung der Ankopplung Amerikas an Westeuropa gesehen hat, bremste die Bonner Administration entsprechende Versuche amerikanischer Administrationen bis in die späten siebziger Jahre, um sich nunmehr einer Administration gegenüberzusetzen, die sich die Modernisierung aller Typen von Nuklearwaffen und ihre verfeinerte Einfügung in operative Pläne zum Ziel gesetzt hat. Damit entstehen ganz neue Fronten. Zumindest auf Zeit gesehen wird in den USA eine nuklearistische Position vertreten, während in Bonn sich allmählich eine große Koalition zur Anhebung der nuklearen Schwelle abzeichnet.

Angesichts der Erfahrungen mit der Doktrin flexibler Antwort und den tatsächlichen Rüstungstrends in der Vergangenheit zeichnet sich folgende Entwicklung ab:

Um Kompromisse zu ermöglichen, wird die Doktrin flexibler Antwort weiterhin in die eine und/oder die andere Richtung flexibel interpretiert. D. h., es wird eine anhaltende Diskussion über die Erfordernisse nuklearer Abschreckung und die Unausweichlichkeit einer Konventionalisierung der Militärdoktrin geben. Der gemeinsame rhetorische Nenner wird in der These von der erforderlichen „Anhebung der nuklearen Schwelle“ gefunden werden. Hinsichtlich der Rüstungen wird dies zu folgendem führen:

1. Ein Teil der *alten* taktischen Nuklearwaffen wird (wie schon beschlossen) abgezogen; ein Großteil von ihnen bleibt bestehen; ein Teil der abgezogenen Waffen wird durch modernisierte ersetzt. Das führt möglicherweise zu weniger Waffenköpfen, aber keineswegs zu einer Entnuklearisierung bis zu einem Punkt, an dem man von der Existenz eines minimalen Abschreckungspotentials sprechen könnte.

2. Um den Forderungen nach einer Anhebung der Nuklearschwelle zu genügen, wird es zur Dislozierung von *neuem* konventionellen Rüstungsgerät kommen. Auch dieses wird in der Regel nicht an die Stelle von altem treten; vielmehr wird es das alte ergänzen.

3. Darüber hinaus zeichnet sich eine neue Entwicklung ab, nämlich die Einfügung betont *offensiver* Vergeltungs- und Verteidigungskonzepte in die sicherheitspolitische Doktrin des Westens, sei es im Sinne von militärischen Aktionen, die ohne die Grenze zu überschreiten in die Tiefe des gegnerischen Raumes hineinwirken, sei es im Sinne von (heute noch nicht möglichen) raumgreifenden Operationen auf dem Territorium der Warschauer Paktstaaten. Diese Doktrin würde einer Übernahme der operativen Militärkonzepte des Warschauer Paktes, die auf schnelle Bewegungs- und Luftoffensive angelegt sind, gleichkommen. Daraus wird sich ein Wettlauf um den jeweils frühesten und bestmöglichen Einsatz des einen Militärpotentials gegen das jeweils andere ergeben – eine Lage, die sicherlich nicht zur Stabilität beiträgt.

Es zeichnet sich also eine Entwicklung ab, in der keineswegs die Probleme der überkommenen Sicherheitspolitik verringert werden; vielmehr werden ihnen neue hinzugefügt. Von einer Reform der Sicherheitspolitik kann keine Rede sein, eher von einer „Verschlimmbesserung“.

Eine wirkliche Reform müßte zu folgenden Veränderungen führen:

1. Zu beseitigen wären die nach neuesten Angaben immer noch existierenden 6000 taktischen Nuklearwaffen, die weder politisch sinnvoll noch ggf. militärisch verwendbar sind; festzulegen wäre das Ausmaß an minimalem Abschreckungspotential, so daß nur angedrohte Vergeltung im Falle eines Nuklearangriffes zur Verfügung stünde.

2. Das vorhandene konventionelle Rüstungspotential wäre auf seine Tauglichkeit als Defensivpotential durchzumustern. Das konventionelle Gerät ist an den Kriterien einer verlässlichen defensiven Verteidigung zu orientieren, wobei aus politischen Gründen auf raumgreifende gegen-offensive Maßnahmen und auf konventionelle Vergeltungsmaßnahmen zu verzichten ist. Inwieweit nicht-raumgreifende gegen-offensive Maßnahmen für erforderlich gehalten werden, wird wesentlich von der Frage abhängen, inwieweit die Gegenseite selbst zu einer Veränderung

der Militärstruktur in Richtung auf „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ bereit ist und diese Bereitschaft durch konkrete Maßnahmen dokumentiert.

Der Vorzug einer solchen Reorientierung von Sicherheitspolitik besteht darin, daß sie sich ohne weiteres mit politischer Verständigungs- und Kompromißbereitschaft und einem darauf aufbauenden Kooperationswillen kombinieren läßt. Damit würde die in der überkommenen Entspannungspolitik angelegte Schizophrenie beseitigt; sie bestand darin, auf der einen Seite Entspannungsprozesse zu betreiben, während gleichzeitig die Modernisierungsprozesse und zum Teil Ausbauvorhaben in den Rüstungsapparaten weiterlaufen.

Es gibt sicherlich vielerlei Gründe für das relative Scheitern von Entspannungspolitik. Einer von ihnen besteht in der Nicht-Deckungsgleichheit von Entspannungspolitik und ihr zugeordneter Sicherheits-, Militär- und Rüstungspolitik.

Der zentrale Stellenwert einer politischen Lagebeurteilung

Seit 35 Jahren besteht in Europa eine politische und militärische Patt-Situation. Politisch entstand die Patt-Situation durch die, Berlin ausgenommen, direkte und unzweideutige Konfrontation von Ost und West in Europa. Militärisch ist sie in der beiderseitigen Unmöglichkeit begründet, mit Hilfe von Militäraktionen Geländegewinne zu machen. Dabei handelt es sich *nicht* um das Ergebnis symmetrischer Kräftepotentiale, die bis heute niemals zwischen NATO und Warschauer Paktstaaten bestanden; im Gegenteil kam auf militärischer Ebene die Patt-Situation eher durch asymmetrisch strukturierte Militärpotentiale und deren jeweils spezifische Einsatzdoktrinen zustande.

Seit langem neigt man in der sicherheitspolitischen Diskussion dazu, den militärischen Sachverhalten eine größere Rolle beizumessen, als ihnen wahrscheinlich zukommt. Das gilt insbesondere hinsichtlich spezifischer militärstrategischer Doktrinen. Ob von den ihnen zugrundeliegenden spezifischen Annahmen spezifische Wirkungen ausgehen, ist fraglich – und kaum beantwortbar, da es keine Möglichkeiten gibt, solche Wirkungen (im Sinne von Verifikation oder Falsifikation) rational zu überprüfen. Deshalb besteht ja immer die Gefahr einer Verselbständigung der auf militärische Optionen und Kräfte-

vergleich ausgerichteten sicherheitspolitischen Diskussion. Die ihr zugrundeliegenden Annahmen lassen sich – das beweisen die vergangenen dreißig Jahre – in geradezu erstaunlichem Maße umdefinieren und reinterpretieren. Angesichts einer bevorstehenden neuen Welle von militärstrategischer und sicherheitspolitischer Diskussion (Anhebung der Nuklearschwelle, gegenoffensive Verteidigungsmaßnahmen, konventionelle Vergeltung usw.) wäre es nützlich, sich daran zu erinnern, daß höchstwahrscheinlich nicht spezifische Ausprägungen der eigenen Militärdoktrin und des eigenen Sicherheitsapparates auf der jeweiligen Gegenseite unmittelbar verhaltenssteuernd wirken, sondern allgemeine politische Lagebeurteilungen. So kann man wahrscheinlich mit hoher Plausibilität unterstellen, daß die politische Verkopplung von Westeuropa und den USA, unterstrichen durch amerikanische Streitkräfte auf westeuropäischem Boden, ein bedeutenderes Datum als die der Doktrin flexibler Antwort zugrundeliegenden Annahmen ist. Im gleichen Sinne dürften die sich abzeichnenden Interessenkonflikte zwischen den USA und Westeuropa ein gravierenderes politisches Datum sein als die technokratischen Versuche einer Ankopplung Westeuropas an die USA vermittels einer Dislozierung von neuen eurostrategischen Nuklearwaffen.

Ungeachtet der Tatsache, daß die Sowjetunion inzwischen militärische Parität mit den USA erreicht hat und daß es ihr gelungen ist, auch in Zentraleuropa potentiell günstige einseitige Optionen der NATO durch entsprechende Gegenmaßnahmen zu durchkreuzen, also gerade auch hier eine Patt-Situation entstanden ist, dürfte für sie von viel größerer Bedeutung sein, daß ihr Einfluß in politischen Kernzonen der Weltpolitik nicht gewachsen, sondern eher geschwunden ist. Das gilt sicher für Nord-, West- und Südeuropa, wo es – anders als noch vor dreißig Jahren – kaum noch nennenswerte pro-sowjetische Kräfte gibt. Die Lage ist im wahrscheinlich zukünftigen Wachstumszentrum der Weltwirtschaft, Ostasien, nicht anders. Weder in Japan noch in China, schon gar nicht in den ostasiatischen Schwellenländern, hat die Sowjetunion politisch verlässliche Stützpunkte. In anderen Teilen der Welt ist ihr Einfluß wechselfällig: „Erfolge“ stehen „Mißerfolge“ gegenüber. In der Dritten Welt wird sich die Sowjetunion, nicht anders als der Westen, einem wachsenden Natio-

nalismus, von außen nicht steuerbaren Entwicklungen, insbesondere unkontrollierbaren Konflikten, gegenübersehen – einem Trend also, der höchstwahrscheinlich langfristig neo-interventionistischer Politik den Boden entzieht.

Überdies ist der Sowjetunion im eigenen Vorfeld, Osteuropa, eine längst überfällige Stabilisierung, die gleichzeitig zur Grundlage einer Normalisierung der Beziehungen zwischen ihr und den osteuropäischen Gesellschaften werden könnte, mißlungen. Neben der Unfähigkeit Westeuropas, sich sicherheitspolitisch auf eigene Beine zu stellen, handelt es sich hierbei um eines der schwierigsten Probleme für eine europäische Sicherheitspolitik. Die Sowjetunion scheint unfähig zu sein, den osteuropäischen Gesellschaften einen für überfällige Reformen erforderlichen Handlungsspielraum einzuräumen. Dadurch bleiben ihre Beziehungen zu Osteuropa und umgekehrt belastet – und potentiell explosiv. Aber auch Versuchen einer engeren Beziehung zwischen West- und Osteuropa werden hierdurch frühzeitig Grenzen gesetzt. Damit wirkt, gewollt oder nicht, die Sowjetunion ansatzweise beobachtbaren Verselbständigungstendenzen westeuropäischer Gesellschaften gegenüber den USA entgegen – ein Effekt, der offensichtlich eher in Kauf genommen wird als Veränderungen im gesellschaftspolitischen Status quo der osteuropäischen Gesellschaften.

Die jüngste Vergangenheit enthält einige Lehren für die Sicherheitspolitik; sie läßt aber auch einige Grenzen für Alternativen deutlich werden.

Die These, Abschreckung sei vierzig Jahre lang in Europa wirksam gewesen und habe zumindest einen Zustand des Nicht-Krieges garantiert, läßt sich weder beweisen noch läßt sie sich widerlegen. Wahrscheinlich kommt der Konfrontation zweier Militärpotentiale, insbesondere spezifischen Annahmen in den Militärdoktrinen und der jeweils spezifischen Ausrüstung, eine weit geringere Bedeutung für die relative Stabilität Europas zu, als sie in der Abschreckungsdiskussion normal unterstellt wird. Worüber jedoch kein Zweifel bestehen kann, ist die Tatsache, daß Abschreckung eine *politisch* unfruchtbare Leitperspektive ist. Über die Konfrontation hinausgehende Bemühungen um einen politischen Modus vivendi lassen sich nur gegenläufig zu den immanenten Entwicklungstrends der Abschreckungspolitik denken und praktisch verfolgen. Dieser Sachverhalt ist schon in der Phase der

Entspannungspolitik deutlich geworden, als auf politischer Ebene zwischen den Blöcken Beziehungen inszeniert und vertieft wurden, die anderen politischen Perspektiven folgten als der Abschreckungslogik. Läßt man letzterer freien Lauf, wird eine Militarisierung des außenpolitischen Denkens und Planens unausweichlich. Man kann, wie im Falle der amerikanischen Administration nach 1980, eine solche Orientierung für politisch sinnvoll halten, wird dann aber über kurz oder lang feststellen, daß unter heutigen Bedingungen ein politischer Konfrontationskurs mit dem Ziel der eigenen Machtsteigerung aussichtslos und in Teilbereichen sogar kontraproduktiv ist. Verfolgt man eine klügere Politik, dann versucht man – wie die Bonner Regierung nach der „Wende“ (der Politik ihrer Vorgängerin folgend) –, Schritt für Schritt Kooperationsbereiche auszuloten und durch konkrete Absprachen das Verhalten wieder kalkulierbar zu machen.

Diesem Bemühen sind durch die bleibenden Gegensätze zwischen Ost und West in Europa Grenzen gesetzt. Insbesondere ist schon in der Phase der Entspannungspolitik deutlich geworden, daß die Beziehungen zwischen Ost und West nicht beliebig ausdehnbar sind, ohne daß am überkommenen gesellschaftspolitischen Status quo Osteuropas gerüttelt würde. Allein schon auf der rein ökonomischen Ebene hat sich gezeigt, daß einer Vertiefung der Beziehungen enge Grenzen gesetzt sind, weil sie von einem bestimmten Ausmaß an nicht mehr produktiv verdaubar sind. Wo diese Grenzen liegen, läßt sich kaum theoretisch festlegen, sondern nur praktisch ausloten. In den siebziger Jahren wurden sie in einigen der osteuropäischen Länder ganz offensichtlich überschritten. Dadurch wurden ohnehin schon innergesellschaftlich bedingte Problemsituationen verschärft. Eine Wiederholung dieser Erfahrung ist unwahrscheinlich, aber auch nicht sinnvoll. Dadurch wird erneut deutlich, wie sehr die Chance einer *europäischen* Sicherheitspolitik von der Reformfähigkeit der osteuropäischen Gesellschaften abhängt. Die westeuropäischen Gesellschaften haben ihnen gegenüber, trotz aller innergesellschaftlichen und weltpolitischen Restriktionen, weit mehr Flexibilität, worin ihre Stärke liegt, während in den politischen und sozio-ökonomischen Strukturschwächen Osteuropas Inflexibilität begründet ist. An ihr kann jedoch kein Interesse bestehen, wenn Europa über den Status quo der Nachkriegszeit hinauswachsen soll.

Eckhard Lübke-meier: AirLand Battle und Rogers- Plan

Der wissenschaftliche Angestellte Eckhard Lübke-meier, Jahrgang 1951, ist Mitglied der Studien-gruppe Sicherheit und Abrüstung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

In der sicherheitspolitischen Diskussion sind in letzter Zeit zwei Begriffe in den Vordergrund gerückt, die die Debatte über Politik und Strategie der NATO weiter angeheizt haben. Zum einen geht es um den mit dem Namen des amerikanischen NATO-Oberbefehlshabers verbundenen „Rogers-Plan“, zum anderen um die neue Dienstvorschrift FM 100-5 des amerikanischen Heeres, die unter dem Stichwort „AirLand Battle“ (Luft-Land-Schlacht) bekanntgeworden ist. Je nach politischem Standort wird vor allem die Beziehung zwischen diesen beiden Konzepten und ihren Auswirkungen auf die geltende NATO-Strategie unterschiedlich beurteilt. Für Kritiker haben die USA mit der Verabschiedung von FM 100-5 „den Schwenk zu einer offensiven Kriegsführungsdoktrin vollzogen“, den sie nun mit Hilfe des Rogers-Plans auch innerhalb der NATO durchsetzen wollten (R. Nikutta, in: Militärpolitik Dokumentation, Heft 34/35). Das Bundesverteidigungsministerium versichert demgegenüber, FM 100-5 sei eine nationale amerikanische Vorschrift, die sich „nicht ausdrücklich auf den Einsatz des US-Heeres im Rahmen der NATO bezieht. Hingegen hat die NATO klargestellt, daß bestimmte Elemente dieser Doktrin für Mitteleuropa nicht gelten.“ (Material für die Presse, Nr. XI/23 v. 23./24. 8. 1983). Ist der Rogers-Plan wirklich die Hintertür, durch die die USA versuchen, ihre AirLand Battle-Doktrin in die NATO einzuführen? Und falls es solche amerikanischen Bestrebungen gibt: Wie sollten wir auf beide Konzepte politisch reagieren?

Der Rogers-Plan

Rogers' Konzept, das nach seinen Angaben bereits jetzt „einen Teil der Doktrin für die Alliierten Streitkräfte in Europa bildet“ (Rogers, in: Europa-Archiv, 12/1982, S. 376), geht davon aus, daß die NATO-Strategie durch die nukleare und konventionelle Rüstung der Sowjetunion zunehmend an

Glaubwürdigkeit eingebüßt habe. Angesichts der heutigen militärischen Kräfteverhältnisse in Europa sei die NATO im Falle eines konventionellen Angriffs des Warschauer Pakts schon nach relativ kurzer Zeit gezwungen, entweder Nuklearwaffen einzusetzen oder zu kapitulieren. Eine solche Situation sei auf die Dauer für die NATO unerträglich, da sie die UdSSR zu politischen Erpressungsversuchen oder gar zu einer militärischen Aggression gegenüber Westeuropa verleiten könne. „Zu dieser Situation gibt es eine Alternative, die annehmbar ist, nämlich die Aufstellung eines konventionellen Potentials, das gute Aussichten auf Erfolg bei der Vorverteidigung Europas eröffnen würde. Operativ gesehen brauchen wir die Fähigkeit, die Divisionen der ersten Staffel eines großen konventionellen Angriffs des Warschauer Paktes zum Stehen zu bringen und zugleich eine wirksame Störungs- und Vernichtungsoperation mit konventionellen Mitteln gegen seine nachfolgenden Kräfte zu führen, um sie außer Gefecht zu setzen, bevor ihr Gewicht an der Front zum Tragen gebracht werden kann.“ (Rogers, ebd.).

Diese Konventionalisierung von Interdiktions-einsätzen, durch die das Heranführen von gegnerischen Verstärkungen verlangsamt bzw. verhindert werden soll, ist der Kern des Rogers-Plans. Während nämlich Rogers wie andere NATO-Militärs davon ausgeht, das westliche Bündnis sei mit seinen vorhandenen konventionellen Kräften in der Lage, die erste Welle eines konventionellen östlichen Angriffs abzufangen, befürchtet er einen Zusammenbruch der NATO-Verteidigung, wenn es der Sowjetunion gelänge, die in ihren westlichen Militärbezirken stationierten Divisionen nach Mitteleuropa zu bringen. Die neuen Technologien im Bereich der Zielerfassung, Datenübermittlung und Treffgenauigkeit eröffneten nunmehr jedoch die Aussicht, das Aufschließen dieser Verbände durch die konventionelle Bekämpfung von Truppen, ihrer Infrastruktur und von ihnen zu passierender Engpässe wie Flußübergänge, Verladebahnhöfe und Straßenkreuzungen zu stören und zu unterbinden. Verschaffe sich die NATO auf diese Weise eine stabile konventionelle Abwehrfähigkeit, müsse die UdSSR von vornherein damit rechnen, eine Aggression gegen Westeuropa nur erfolgreich führen zu können, wenn sie als erste Nuklearwaffen einsetzte. „Ich glaube nicht, daß die sowjetische Führung, mit dieser Aussicht konfrontiert, eine Aggression unternehme. Ich glaube, daß sie ebensowenig begierig ist wie die NATO, die Nuklearschwelle zu überschreiten.“ (Rogers, ebd., S. 377)

AirLand Battle

Das im August 1982 in FM 100-5 kodifizierte AirLand Battle-Konzept geht auf eine Studie des militärstrategischen Planungen befaßten „Training and Doctrine Command“ (TRADOC) des US-Heeres vom März 1981 zurück. Wenngleich sich FM 100-5 in Form und Inhalt weniger aggressiv gibt und im Unterschied zum TRADOC-Papier keine unverbindliche Studie, sondern die gültige Dienstvorschrift des US-Heeres darstellt, kann das AirLand Battle-Konzept ohne Berücksichtigung dieser Studie nicht voll verstanden werden. Denn für die Anwendung von FM 100-5 spielt neben seinem Wortlaut auch seine Interpretation durch amerikanischen Offiziere eine ebenso wichtige Rolle. Sie sind es schließlich, die im Frieden nach den notwendigerweise flexiblen Richtlinien von FM 100-5 ausbilden und im Krieg Einsätze leiten sollen. Deshalb ist es unerlässlich, parallel zu FM 100-5 auch die TRADOC-Studie und Aufsätze von amerikanischen Heeresoffizieren in der Fachzeitschrift „Military Review“ einzubeziehen. Auf dieser Grundlage ergeben sich folgende Kernelemente der AirLand Battle-Doktrin:

1. Offensivorientierung

Nach FM 100-5 sollen „alle Defensivoperationen von einem offensiven Geist geprägt sein – die Verteidigung muß aktiv, nicht passiv geführt werden“ (S. B-2), um „Feldzüge und Schlachten zu gewinnen“ (S. 1-1). Dazu sei es notwendig, so früh wie möglich die Initiative an sich zu reißen und sie aggressiv zu nutzen. Militärische Operationen dürften sich nicht darauf beschränken, den Angriff des Gegners zum Stehen zu bringen und ihn zum Rückzug zu bewegen; der Feind müsse vielmehr wissen, „daß er im Falle einer Aggression nicht mit einer Rückkehr zum Status quo ante bellum rechnen kann.“ (TRADOC, S. 5)

Dieser „Geist der Offensive“ wird von amerikanischen Heeresoffizieren als ein entscheidender Fortschritt gegenüber dem alten Handbuch aus dem Jahre 1976 begrüßt. Der Tenor dieser alten Vorschrift sei fatalistisch und von der Frage geprägt gewesen, „wie langsam soll ich verlieren“ (Oberst Hanne, in: Military Review [MR], 6/1982, S. 38), während das jetzt gültige FM 100-5 „sobald wie möglich den Übergang zur Offensive“ vorsehe (Wass de Czege/Holder, in: MR, 7/1982, S. 64; vgl. auch Doerfel, in: MR, 5/1982, S. 6 und 10).

2. Konventionalisierung von Nuklearwaffen

In FM 100-5 werden nukleare ebenso wie kon-

ventionelle Waffen beinahe ausschließlich unter dem Aspekt ihrer militärischen Brauchbarkeit betrachtet. Die Notwendigkeit eines solchen „integrierten Gefechtsfeld-Ansatzes“ (zu dem auch noch chemische Waffen gehören) wird im TRADOC-Papier noch unverblümt unterstrichen (vgl. S. 12 ff). Besonders deutlich wird in dieser Hinsicht Oberst Hanne. Für ihn gibt es in FM 100-5 „auf der nuklearen Ebene keine Unterscheidung zwischen Erstschatz und Vergeltung“ (S. 40), und während früher nukleare und chemische Waffen getrennt behandelt wurden, seien sie in die gegenwärtige Doktrin als Waffen mit einzigartigen Eigenschaften übernommen worden (S. 41). Dabei bedauert er, daß die europäischen Verbündeten gegenwärtig noch nicht wie die amerikanischen Landstreitkräfte nukleare und chemische Waffen „durch die Bank“ akzeptierten (S. 43). Tatsächlich könne es als „kriminell“ angesehen werden, wenn der größten Landstreitmacht der NATO der Gebrauch dieser Waffen durch derartige politische Umstände verwehrt würde (S. 44).

3. Ausweitung des Gefechtsfelds

Die Bekämpfung eines Angreifers dürfe sich nicht auf seine Fronttruppen beschränken. Durch Angriffe gegen Ziele in der Tiefe des gegnerischen Hinterlandes soll die Zufuhr von Verstärkungskräften erschwert und gleichzeitig Gelegenheiten für Offensivaktionen geschaffen werden (FM 100-5, S. 2-2 und 7-13). Auf diesen zweiten Aspekt von Abriegelungs- oder Interdiktioneinsätzen wird in der TRADOC-Studie sogar der Schwerpunkt gelegt: „Der Angriff in die Tiefe ist kein Luxus, sondern eine unabdingbare Voraussetzung des Sieges“ (S. 3; vgl. auch General Starry, in: MR, 3/1981, S. 38).

Diese Analyse des AirLand Battle-Konzepts läßt unschwer erkennen, daß es mit der NATO-Strategie zumindest in drei zentralen Punkten unvereinbar ist:

▷ Die Offensivorientierung widerspricht dem defensiven Vorverteidigungsprinzip der NATO. Die NATO versteht sich als ein Verteidigungsbündnis, dem es nicht um die Fähigkeit zur raumgreifenden Offensive, sondern zur Bewahrung und Wiederherstellung der Integrität des Territoriums ihrer Mitgliedsstaaten geht.

▷ Die NATO will Nuklearwaffen als erste nur in politisch kontrollierter, selektiver Form einsetzen (Weißbuch 1983, S. 148). AirLand Battle untergräbt diese politische Funktionsbestimmung, weil es

Nuklearwaffen in erster Linie unter dem Gesichtspunkt ihres militärischen Gebrauchswerts behandelt.

▷ Um den Defensivcharakter der NATO zu unterstreichen, betonen Politiker und Militärs, daß die Planungen der NATO nicht über die Grenze zur DDR hinausreichen (so z. B. Generalinspekteur Altenburg, Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12. 3. 1983). Die Betonung, die in AirLand Battle auf Beweglichkeit und Gegenangriffe gelegt wird, ist mit dieser Beschränkung zumal dann nicht auf einen Nenner zu bringen, wenn laut TRADOC-Studie auf dem Boden der amerikanischen Verbündeten kein Raum für eine „traditionelle Verteidigung in der Tiefe“ zur Verfügung steht (S. 6). Das bedeutet: Der Raum, der für Bewegung und Offensivoperationen erforderlich ist, muß auf dem Territorium des Gegners gewonnen werden.

Gegen diese Kritik könnte man einwenden, AirLand Battle sei kein politisches Kriegsverhinderungs-, sondern ein militärisch-operatives Kriegsführungskonzept, das Richtlinien für den Fall enthalte, wie nach einem Versagen der Abschreckung das militärische Potential optimal eingesetzt werden könnte. So sei es legitim und notwendig, daß Militärs sich Gedanken darüber machten, wie man von Nuklearwaffen nicht nur politisch, sondern auch militärisch am wirkungsvollsten Gebrauch machen könne. Und ebensowenig könne man von Militärs einer Supermacht erwarten, daß sie einen Feind nicht besiegen und auf Offensive verzichten wollten.

Derartige Argumente können nur als anachronistisch bezeichnet werden. Sie gehören nicht ins Zeitalter der nuklearen Ost-West-Konfrontation, weil sie den politischen Vorrang der Kriegsverhütung außer acht lassen. Jeder europäische Krieg, d. h. auch einer, der konventionell beginnt, würde in Mitteleuropa menschliche und materielle Opfer fordern, die ihn zu einer existentiellen Bedrohung für unser Land werden lassen. Die Verhinderung eines Umschlagens des politisch-ideologischen in einen gewaltsamen Ost-West-Konflikt muß daher oberstes Ziel westlicher Politik sein. Die Eingrenzung und der Abbau von Spannungen sind aber zunächst und vor allem eine politische Aufgabe, die die beharrliche Suche nach Verständigung mit dem potentiellen Gegner erfordern. Denn Waffen sind weniger Ursache als Ausdruck von Konflikten, aber – und hier kommt ihre politische Rolle ins Spiel – sie können politische Gegensätze aufheizen und zu Katastrophen führen. Deshalb ist es von entscheiden-

der Bedeutung, daß militärische Potentiale heute nicht mehr nach ihrem Gebrauchswert im Krieg, sondern nach ihrem Abschreckungswert im Frieden konzipiert, stationiert und beurteilt werden.

In dieser Perspektive ist die AirLand Battle-Doktrin, die Nuklearwaffen entpolitisiert und sie in eine militärische Siegstrategie integriert, ein politisch bedenklicher Rückfall ins vornukleare Zeitalter. Sie tut so, als sei Krieg immer noch (oder wieder) die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und nicht – wie wir befürchten müssen – ihr voraussichtliches Ende. Sie signalisiert der Sowjetunion, die USA glaubten, den politischen Konflikt im Falle eines Versagens der Abschreckung militärisch entscheiden zu können, genauso wie das amerikanische Verteidigungsministerium im letzten Jahr in seinem „Richtlinien-Papier 1984–1988“ davon gesprochen hat, die Vereinigten Staaten müßten auch in einem längeren Nuklearkrieg mit der UdSSR „die Oberhand behalten“ können. Solche Auffassungen verunsichern die andere Seite, rufen Mißtrauen hervor und behindern damit politische Entspannung.

Ironischerweise sind dies übrigens genau die Argumente, mit denen der Westen der Sowjetunion – zu Recht – ihr Festhalten an einer offensiven Militärdoktrin ankreidet. Wenn sich die USA jetzt durch die Einführung des AirLand Battle-Konzepts der sowjetischen Strategie anschließen, kann darin aber keineswegs eine passende Antwort auf die östliche Bedrohung gesehen werden. Denn der Fehler einer Seite läßt sich nicht dadurch wettmachen, daß ihn die andere wiederholt. Im Gegenteil: AirLand Battle verstärkt die politische und damit auch militärische Destabilisierung der Situation in Europa, die bisher bereits von der sowjetischen Doktrin und den ihr entsprechenden Waffensystemen ausging.

AirLand Battle gewinnt jedoch zusätzliche politische Brisanz, wenn man es mit einem anderen Aspekt der amerikanischen Globalstrategie verknüpft. Verteidigungsminister Weinberger hat der UdSSR mit der Ausweitung eines außereuropäischen Konflikts (z. B. im Persischen Golf) durch die Eröffnung einer zweiten Front in Europa gedroht (Jahresbericht 1983, S. I-16). Mit dieser horizontalen Eskalation kann nur glaubhaft gedroht werden, wenn die NATO ihre defensive Strategie aufgibt und zu einer offensiven Vorwärtsstrategie übergeht. Genau dies jedoch sieht das AirLand Battle-Konzept vor.

Die Europäer haben also Anlaß, über die neue Doktrin des US-Heeres beunruhigt zu sein. Die erstaunlich unbefangene Mißachtung europäischer

S + F

NEU

Herausgeber: Dieter S. Lutz und
Detlef Bald, Joachim Betz, Michael Brzoška,
Helmut Fröchling, Wolfgang Gessenharter,
Karl-Heinz Harenberg, Bernd C. Hesselein,
Martin Kutz, Ekkehard Lippert,
Erwin Müller, Wolfgang R. Vogt

Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden

Was will S + F?

S + F versteht sich als Diskussionsforum neuer Forschungsergebnisse und politischer Entwicklungen auf dem Gebiet der Friedens- und Sicherheitspolitik.

S + F wendet sich an die engagierte Öffentlichkeit, militärische und wissenschaftliche Experten, politische Akteure und Entscheidungsträger.

S + F bietet Analysen, Stellungnahmen, Dokumente und Informationen.

S + F führt kontroverse Auffassungen einer sachlichen Diskussion zu.

S + F baut vielfältige Barrieren, Vorurteile und Berührungspunkte zwischen Vertretern verschiedener Richtungen ab.

S + F Jahresabonnement DM 38,-
Einzelheft DM 10,-
Format DIN A 4, 69 S.

Aus dem Inhalt von Heft 1/1984. 2. Jahrg.

Themenschwerpunkt:

»Kollektive Sicherheit«

Ekkehard Lippert/Günther Wachtler: Was ist Sicherheit?

Otto Kimmich: Was heißt Kollektive Sicherheit?

Dieter S. Lutz: Auf dem Weg zu einem System Kollektiver Sicherheit in und für Europa

Franz H. U. Borkenhagen: Militärische Defensivkonzepte in einem System der Kollektiven Sicherheit (SKS)

Wilhelm Nolte: Soziale Verteidigung im System Kollektiver Sicherheit?

Dieter Senghaas: Die Ostproblematik eines europäischen Systems Kollektiver Sicherheit

Egon Bahr: Gemeinsame Sicherheit – Voraussetzung für Kollektive Sicherheit

Katrin Fuchs/Horst Jungmann: Von der gemeinsamen zur Kollektiven Sicherheit

Manfred Wörner: Kritik an den Entwürfen zur alternativen Verteidigung

Franz-Joseph Schulze: Die NATO »ist« ein System Kollektiver Sicherheit



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden, Postfach 610
Telefon 0 72 21/34 41

F + S - Vierteljahresschrift für Sicherheit + Frieden
Themenseite »Kollektive Sicherheit«, mit diesem Coupon zum
Einführungspreis von DM 8,-, zuzügl. Versandkosten

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Bündnisinteressen durch die USA, wie sie sich in AirLand Battle und der Androhung horizontaler Eskalation offenbart, läßt sich aber nicht schon dadurch korrigieren, daß das Bundesverteidigungsministerium erklärt, „bestimmte Elemente dieser (AirLand Battle) Doktrin gelten nicht für Mitteleuropa.“ Das amerikanische Heer sieht dies nämlich anders. Im Vorwort zu FM 100-5 wird seine Vereinbarkeit mit der NATO-Strategie ausdrücklich festgestellt. Deshalb muß davon ausgegangen werden, daß sich die Armee des stärksten NATO-Mitglieds auch in einem Krieg zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt an Führungsgrundsätze und Einsatzdoktrinen halten wird, die die geltende NATO-Strategie in Frage stellen.

Die USA werden ihr AirLand Battle-Konzept aber ohne Hilfe der europäischen NATO-Staaten nicht umsetzen können. Der eigentliche Test auf die Bereitschaft der Europäer, eine Änderung der geltenden NATO-Strategie in Richtung auf AirLand Battle-Vorstellungen nicht mitzuvollziehen, wird deshalb darin bestehen, ob sie sich amerikanischen Bestrebungen widersetzen, das militärische Arsenal der NATO so auszubauen, daß es offensiv einsetzbar wird. Denn eines ist klar: Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen militärischen Kräfteverhältnisse in Europa sind das AirLand Battle-Ziel eines strategischen Sieges über den Gegner und die horizontale Eskalation von kriegerischen Auseinandersetzungen eher – politisch zwar schädliche – verbale Kraftmeiereien als realistische militärische Handlungsmöglichkeiten.

AirLand Battle in Europa?

An diesem Punkt glauben nun manche Kritiker, die Nahtstelle zwischen Rogers-Plan und AirLand Battle entdecken zu können. Der Rogers-Plan wird aus dieser Sicht zum Einfallstor für das AirLand Battle-Gedankengut in die NATO-Strategie. In der Tat springt vor allem eine Parallele zwischen AirLand Battle und Rogers ins Auge: Auch er möchte Gegenangriffe führen und Ziele im feindlichen Hinterland zerstören, um die „Schlacht auf das Territorium des Gegners zu tragen“. Zugleich hat Rogers jedoch wiederholt deutlich gemacht, daß er die beiden anderen Kernelemente der AirLand Battle-Doktrin im Rahmen der NATO für nicht anwendbar hält. Es gehe ihm um die Stärkung der *konventionellen* Defensivkraft der NATO, nicht um den Ausbau der Vorverteidigungs- zur Vorwärtsstrategie. „Unsere Operationspläne sehen nur Schläge gegen das feindliche Hinterland mit Waffen vor,

nicht mit massiven Truppenverbänden, die etwa durch Ostdeutschland in Richtung Warschau eingesetzt würden. Mein Auftrag ist es nicht, auch nur einen Fußbreit ostdeutschen Gebiets zu erobern“ (Süddeutsche Zeitung v. 11. 4. 1983). Und was die Konventionalisierung von Nuklearwaffen im Rahmen des AirLand Battle-Konzepts angeht, will Rogers nach seinen Aussagen genau das Gegenteil: Er will die atomare Schwelle durch die Einführung neuer weitreichender *konventioneller* Interdiktionswaffen heben, um jenen Zeitpunkt hinauszuschieben, in dem die NATO vor der Alternative Kapitulation oder nukleare Eskalation stünde.

Skeptiker könnten geltend machen, Rogers wolle mit derartigen Versicherungen nur das über AirLand Battle aufgebrachte europäische Publikum beruhigen. In Wirklichkeit jedoch sei AirLand Battle auch für ihn verbindlich, da er nicht nur Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa sei, sondern in Personalunion auch der Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa und als solcher dem nationalen amerikanischen Kommando verantwortlich. Dazu hat Rogers klargestellt, das NATO-Konzept habe für ihn gegenüber nationalen Vorschriften Vorrang, und die amerikanischen Truppen in Europa, die unter NATO-Kommando stünden, seien an dieses NATO-Konzept gebunden (Süddeutsche Zeitung v. 20. 10. 1983).

Wie immer man den Wert solcher Erklärungen beurteilt – entscheidend wird sein, wie der Rogers-Plan in den Streitkräfteplanungen und Beschaffungsmaßnahmen der NATO praktisch umgesetzt wird. Grundsätzlich jedenfalls ist es begrüßenswert, daß der NATO-Oberbefehlshaber sich für eine Konventionalisierung der Interdiktionskraft stark macht. Denn die NATO sieht in ihren Einsatzplänen heute offenbar immer noch vor, Abriegelungsangriffe mit Nuklearwaffen wie der Pershing Ia, der jetzt stationierten Pershing II oder nuklear ausgerüsteten Flugzeugen auszuführen. Ein solcher militärisch bestimmter Einsatz von Nuklearwaffen widerspricht jedoch der politischen Funktion, die diese Systeme nach der NATO-Strategie eigentlich haben sollten.

Allerdings weist Rogers' Ansatz auch einige kritische zu bewertende Aspekte auf. Seine zentrale Schwäche ist in dem Widerspruch zu sehen, eine Denuklearisierung der NATO-Strategie durch eine Verstärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit zu fordern, ohne dabei jedoch diese Strategie in Frage stellen zu wollen. Denn Rogers möchte auf die nukleare Ersteinsatzandrohung der gültigen militärstrategischen Konzeption der NATO nicht

verzichten, obwohl er ein konventionelles Kräfteverhältnis anstrebt, das der UdSSR die Aussichtslosigkeit eines rein konventionellen Angriffs deutlich machen soll. In diesem Fall würden die sowjetischen Führer von jeglicher militärischer oder politischer Aggression gegenüber Westeuropa abgeschreckt, „da sie ebenso ängstlich sind wie wir, die nukleare Schwelle zu überschreiten.“ (Rogers-Interview) Ganz abgesehen davon, daß Rogers damit die Glaubwürdigkeit der von ihm vertretenen nuklearen Ersteinsatzdrohung der NATO-Strategie selbst entwertet, bleibt unerfindlich, warum die NATO bei einem stabilen konventionellen Gleichgewicht noch an einer solchen Drohung festhalten müßte. Konsequenter und im Interesse einer breiten innenpolitischen Akzeptanz wäre es deshalb, wenn Rogers den Verzicht auf nukleare Ersteinsatzpläne als ein Ziel seines Vorhabens übernähme.

Bedenklich ist ferner die unterschiedslose Behandlung von Abriegelungszielen. Nach Rogers sollten Interdiktionsangriffe „ganz bestimmt“ gegen Ziele „in Polen, der CSSR und Ostdeutschland“, aber auch gegen solche „in so rückwärtigen Gebieten wie den drei westlichen Militärbezirken der Sowjetunion“ (Wehrtechnik, 5/1983, S. 18) geführt werden. Frühzeitige Angriffe gegen militärische Einrichtungen auf sowjetischem Territorium könnten aber eher als ihre Beschränkung auf die nicht-sowjetischen Staaten Osteuropas einen in diesem Stadium des Konflikts unerwünschten Eskalationsprozeß in Gang setzen. Die NATO sollte sich deshalb im Interesse einer raschen Wiederherstellung der Abschreckung nach Kriegsausbruch die Option einer räumlichen Ausweitung der Kampfhandlungen auf sowjetisches Gebiet solange wie möglich offenhalten.

Auch rüstungskontrollpolitisch könnte eine Differenzierung in nicht-sowjetische und sowjetische Interdiktionsziele von Nutzen sein. Raketen wie die Pershing II und die landgestützten Marschflugkörper, deren Stationierung in Westeuropa im Zuge der

Nachrüstung begonnen hat, könnten grundsätzlich auch für eine Konventionalisierung der Interdiktions geeignet sein. Da jedoch die konventionellen und nuklearen Versionen desselben Waffensystems wahrscheinlich äußerlich nicht zu unterscheiden wären, könnte diese Austauschbarkeit die Überprüfung von Rüstungskontrollvereinbarungen außerordentlich erschweren. Die überzeugendste Lösung dieses Problems bestünde darin, analog der in SALT II entwickelten Regel alle diejenigen Waffensysteme als nuklear zu zählen, die mit nuklearen Sprengköpfen getestet worden sind, unabhängig davon, ob alle tatsächlich aufgestellten Systeme nuklear sind oder nicht. Dieses Prinzip wird sich in der Praxis wohl schon deshalb kaum durchgängig anwenden lassen, weil es mit der Beschaffung von konventionellen Varianten bereits entwickelter Systeme kollidieren würde. Um so mehr sollte darauf geachtet werden, daß zukünftig das Trägersystem als Ganzes oder bestimmte verifizierbare Varianten entweder nur mit konventionellen oder nur mit nuklearen Sprengsätzen entwickelt werden. Dabei könnte z. B. die NATO einen Anfang machen, indem die USA das Nachfolgesystem der Pershing Ia nur konventionell auslegten. Die NATO verfügte dann über eine konventionelle Interdiktionswaffe, die im Unterschied zur Pershing II aufgrund ihrer Reichweitenbeschränkung auf maximal 800 km keine Ziele in der Sowjetunion angreifen könnte und rüstungskontrollpolitisch eindeutig als ausschließlich konventionelles System zu überprüfen wäre.

Mit diesen Änderungen versehen könnte der Rogers-Plan ein sinnvoller Beitrag zur Stärkung der defensiven Vorverteidigungsfähigkeit des Westens sein. Gekoppelt mit einer Zurückhaltung der NATO bei der Aufstellung offensiv einsetzbarer gepanzerter, mechanisierter Großverbände setzte er sich dann auch nicht dem Verdacht aus, eine europäisierte Variante des AirLand Battle-Konzepts zu sein.



GENOSSEN- SCHAFTEN/ SELBSTHILFE

Koalition zwischen Sparkommissaren und Sozialromantikern? Selbsthilfe – ein Weg zurück oder Modell für die Zukunft

Um „Verständnisschwierigkeiten auf schwierigem Gebiet“ – so der Wiener Sozialwissenschaftler Adalbert Evers – auszuräumen, traf sich Ende Februar dieses Jahres ein buntgemischtes Publikum in der hochherrschäftlichen Villa Borsig zu Berlin-Tegel. Eingeladen hatte das Berliner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung, um das Thema „Selbsthilfe – ein Weg zurück oder Modell für die Zukunft“ zu diskutieren. Mit dieser Tagung sollte zweierlei erreicht werden:

- das didaktische Ziel, einen neuen, diskursiven Politikstil zu erproben,
- das inhaltliche Ziel, der sozialpolitischen Diskussion neue Impulse zu geben.

Der gängige positionelle Politikstil ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Er weiß, was er will und beansprucht eine konsistente Position; er grenzt Einwände zur herrschenden Meinung als gegnerische Position aus, sucht und beansprucht Wissenschaftlichkeit für seine Position, ignoriert Kontroversen in der themenrelevanten Wissenschaft und disqualifiziert wissenschaftlich begründete Einwände. Positionelle Politik schreibt Anhänger und Gegner in ihrer jeweiligen Position fest, ist dialogbereit im Sinne positiver Überzeugungsstrategien, weiß, worauf es ihr normativ ankommt. Und: Sie definiert hiermit ihre politische Identität, verteidigt die Position in Mitgliederorganisationen unter dem Aspekt der Identitätserhaltung nach innen und außen. Diesem technokratischen Steuerungsprozeß steht der kollektive Lernprozeß der diskursiven Politik gegenüber. Die diskursive Kommunikation hat den Anspruch, die kontroversen Gestaltungsmöglichkeiten herkömmlicher Ressortpolitik in einem übergreifenden Zusammenhang zu erörtern, sucht gemeinsame Bewertungs-

und Lösungsmöglichkeiten, ist sensibel, lernfähig und offen. Und: Die Diskursbereitschaft wird als Teil der eigenen politischen Identität und der Identitätserhaltung pluralistischer Mitgliederorganisationen verstanden. Sie macht sich das Motto des großen Bildungsökonomens Georg Picht zu eigen: „Die Politik erscheint im Licht der Aufgabe, die sie nicht bewältigen kann, immer mehr wie ein Gespenstertanz. Wer realitätsgerecht denken will, muß utopisch denken.“

Die Friedrich-Ebert-Stiftung entschied sich, das Thema Selbsthilfe in einem diskursiven Rahmen zu erörtern, und lud ein buntgemischtes Publikum ein. Dem Ruf folgten viele: Hans-Jochen Vogel, Peter Glotz, Hans Koschnik, Henning Scherf, Peter Conradi, Jürgen Egert, Freimut Duve, Michael Müller, Gerd Wartenberg, Peter Sötje und viele andere Vertreter aus allen Lagern der Sozialdemokratie. Die ehemalige Berliner Jugendsenatorin Anke Brunn, der Präsident des Landesarbeitsamtes Olaf Sund, die Gewerkschafter Standfest und Bosch, Neue-Heimat-Pressesprecher Wilhelm Kattenborn folgte der Einladung ebenso wie hauptamtliche Funktionäre der IG Metall, der ÖTV, der Bau-Steine-Erden und der GEW. Zu diesem erlauchten Kreis gesellten sich zahlreiche Vertreter von Alternativ- und Selbsthilfeprojekten: Netzwerk Selbsthilfe, die Fabrik für Kultur und Sport, die Arbeiterselbsthilfe aus Oberursel, autonome Frauenprojekte, der Gesundheitsladen, die alternative „taz“, Ausnahme + Regel...

Auch Gäste konkurrierender Parteien nahmen teil: der Berliner CDU-Sozialsenator Fink, der CDU-Vordenker Dettling, Vertreter der Bundesgrünen, Stadträte und Abgeordnete der Berliner Alternativen Liste. Nicht zu vergessen die zahlreichen Vertreter der Administration von Bund, Ländern und Gemeinden – unter ihnen Jobst Fiedler von der Hamburger Sozialbehörde. Die freien Wohlfahrtsverbände waren u.a. mit dem DPWV-Geschäftsführer Doerrie anwesend. Zahlreich hatte auch die Wissenschaft ihre Angehörigen entsandt – u.a. den Genossenschaftsexperten Prof. Dr. Klaus Novy, die Sozialexperten Dr. Adalbert Evers, Dr. Friedhart Hegner und Dr. Georg Vobruba, die Verwaltungswissenschaftler Prof. Grottian und Prof. Wollmann. Last not least: die veröffentlichende Meinung.

Anfangs die bange Frage: Kann man in einem derartigen bunten Kreis voll scheinbarer und wirklicher pluralistischer Gegensätzlichkeit Diskurse organisieren? Können die „Nadelstreifen“

Herren, die steifen Bürokraten und die bunten, spontanistischen Alternativen der „Latzhosenkultur“ überhaupt in einen Dialog treten: Redet man aneinander vorbei, macht sich gegenseitig an? Nichts dergleichen, die Tagung war, gerade nach der geistig-moralischen Wende, ein Lehrbeispiel für eine offene, politische, kultivierte Diskussion in der Demokratie. Man lernte voneinander und revidierte schon mal (s)eine eingefahrene Meinung. In informellen Pausen unterhielt man sich angeregt in Kleingruppen - und da wurde dann so manches Feindbild revidiert. Personen, die sonst nie miteinander in Kommunikation treten würden, unterhielten sich stundenlang. Olaf Sund: „Mich hat fasziniert, dieses Thema in dieser Zusammensetzung zu diskutieren.“

Inhaltlich wurde der Bogen die drei Tage weit gespannt. Diskutiert wurde nicht nur die Frage Selbsthilfe - ja oder nein. Es ging um die Frage der Zukunft entwickelter Industriegesellschaften und um die Frage der Zukunft der Arbeit. Neben utopischen Entwürfen wurden auch konkrete Umsetzungsstrategien erörtert und vorgestellt. Dem „industriellen Paradigma“, das heute in der Programmatik beider großer Volksparteien immer noch Gültigkeit hat, wurde während der Tagung das „nachindustrielle Paradigma“ der Dienstleistungsgesellschaft gegenübergestellt. Das „industrielle Paradigma“ ist entstanden in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, setzt auf eine puritanische Ethik und auf Pflicht- und Akzeptanzwerte, wird von Fach- und Handarbeitern und den „klassischen“ Mittelschichten getragen: politische und ökonomische Rationalität, Vertrauen auf den technischen Fortschritt, Wirtschaftswachstum und materieller Fortschritt, Wohlfahrtsstaat, Sozialpartnerschaft, Sicherung von Arbeitsplätzen und Anerkennung des Leistungsprinzips. Das „nachin-

dustrielle Paradigma“ und die „neue Politik“ dagegen befürworten die „neuen“ Mittelschichten der Dienstleistungsbereiche und große Teile der Jugend. Zielvorstellungen der „neuen“ Politik: Lebensqualität, Selbstverwirklichung und Emanzipation, qualitatives Wachstum, Selbsthilfe und Selbstorganisation. Während im ersten Szenario das Selbstwertgefühl des Menschen durch fremdbestimmte Erwerbsarbeit bestimmt wird, ist es im zweiten die selbstbestimmte Tätigkeit. Eine Synthese beider Paradigmen, ein Ergebnis der Tagung, ist die historische Aufgabe von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die mehrheitlich noch dem ersten Paradigma anhängen. Nur so, und nicht anders, wird die Sozialdemokratie wieder eine moderne, mehrheitsfähige Partei!

Als inhaltlicher Konsens aller Tagungsteilnehmer lassen sich drei Punkte ausmachen:

- Selbsthilfe muß in das wohlfahrtsstaatliche System, das teilweise überbürokratisiert ist, integriert werden. Selbsthilfe- und Alternativprojekte müssen durch öffentliche Mittel unterstützt werden; dürfen dadurch aber nicht bürokratisch gegängelt werden.

- Es ist eine „Lebenslüge“ unserer Gesellschaft zu glauben, mit zusätzlichem Wirtschaftswachstum Arbeitsplätze zu schaffen und somit der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Und nur mit der 35-Stunden-Woche lassen sich die Probleme auch nicht lösen.

- Der Arbeitsbegriff muß neu definiert werden; Erwerbs- und Eigenarbeit müssen in eine neue Beziehung gesetzt werden.

Die SPD wäre gut beraten, die zahlreichen Impulse und Anregungen der Tagung in ihre programmatische Diskussion aufzunehmen.

Marie-Luise Weinberger
Manfred Haack

Wir helfen Behinderten leben!

Helfen Sie uns zu helfen. Wir sagen Ihnen wie - rufen Sie uns an.



Alsterdorfer Anstalten
Alsterdorfer Str. 440 · 2000 Hamburg 60
Tel. 59 100 491

Frank D. Karl: Merkwürdige Koalition?

Frank D. Karl, Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitische Information der Friedrich-Ebert-Stiftung.

„Selbsthilfe – ein Weg zurück oder Modell für die Zukunft?“ ist eine wichtige und – wenn ich den großen Andrang heute hier richtig deute – eine sehr aktuelle Frage. In der Einladung haben wir gesagt, daß in unserer Gesellschaft ein Gegensatz sichtbar wird zwischen denen, die in traditionellen Formen leben, arbeiten und Politik machen, und denen, die neue Lösungsansätze in Selbsthilfe- und Alternativprojekten erproben wollen. Dieser Gegensatz scheint tiefer zu gehen, als daß er mit pluralistischen Definitionen zuge deckt oder allein mit der demokratischen Maxime: „Alternativen zulassen!“ überbrückt werden könnte.

Was hier zu fundamentalen Gegensätzen führt, sind unterschiedliche Erfahrungen und Wahrnehmungen, moralische Kategorien und Denksätze, Sinndeutungen individueller wie gesellschaftlicher Existenz und Zukunftserwartungen, schließlich ein unterschiedliches Erlebnis der Wirklichkeit. Oskar Negt spricht in diesem Zusammenhang von den „zwei Realitäten“, die sich in zunehmender Konfrontation gegenüber stehen.

Wir haben in der Einladung auch auf die „merkwürdige Koalition zwischen rechts und links“, wenn es um Selbsthilfe geht, hingewiesen. Da gibt es offenbar keine Berührungängste, wenn Konservative und Neoliberale versuchen, die Selbsthilfe und Alternativbewegung für ihr Konzept, staatliche Aufgabenbereiche und Fürsorgepflichten rigoros zurückzuschneiden, ideologisch zu vereinnahmen. Sozialdemokraten und Gewerkschaften, deren mehr als hundertdreißigjährige Erfahrung mit sozialen und ökonomischen Konflikten deutlich gegen individualistische Lösungen steht, tun sich da etwas schwerer mit den Neuen sozialen Bewegungen und deren eher autonomen Organisationsformen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung will hier vermitteln und mit dieser Tagung gegenseitige Skepsis und Mißverständnisse abbauen helfen, die einer konstruktiven Auseinandersetzung zwischen Arbeiterbewegung und Neuen sozialen Bewegungen bislang im Wege stehen.

Was heute an theoretischen Einsichten und politischen Schlußfolgerungen in Sachen Selbsthilfe und Subsidiarität formuliert wird, ist so neu im übrigen nicht. Die Geschichte der Arbeiterbewegung und die katholische Soziallehre bieten reichhaltiges Material und manche Parallele zur aktuellen Diskussion. Das Verhältnis von Selbsthilfe zu Staatshilfe stand schon im Mittelpunkt der Kontroverse zwischen Ferdinand Lassalle und Hermann Schulze-Delitzsch.

Lassalle erklärte in seinem Arbeiterprogramm, es sei der „Zweck des Staates, das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, ... die Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig ist, zum wirklichen Dasein zu gestalten; es ist die Erziehung des Menschengeschlechts zur Freiheit“. Auf diese Einsicht gründete Lassalle seine zentrale Forderung nach „Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands“, die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht.

In der Auseinandersetzung mit Schulze-Delitzsch, dessen örtliche Spar- und Kreditvereine bei den Arbeitern recht populär waren, wies Lassalle dem Staat als „heiligste Pflicht“ die Aufgabe zu, den Arbeitern „die Mittel und Möglichkeit zu dieser Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten“. Und noch eins forderte er: „Der Staat muß den arbeitenden Klassen das Kapital schaffen, um sie als ihre eigenen Unternehmer zu organisieren, damit sie sich außer dem Lohn auch den Unternehmergewinn aneignen.“ Arbeiterproduktivgenossenschaften sollten mit staatlicher Hilfe ein Gegengewicht zum Kapitalismus bilden und diesen letztendlich überwinden helfen. Für Lassalle hatte Selbsthilfe also keineswegs den begrenzten Zweck, soziale Lücken zu füllen. Für ihn war Selbsthilfe kein Instrument von Subsidiarität, sondern ein Element politischer Strategie.

Schulze-Delitzschs Verständnis von Selbsthilfe hatte solche Perspektiven oder gar systemüberwindende Hintergedanken nicht, eher wohl systemstabilisierende. Unter dem Stichwort „Die Abschaffung des geschäftlichen Risikos durch Herrn Lassalle“ wandte er sich entschieden gegen ein staatliches Genossenschaftssystem, weil dieses unvereinbar mit der freien Wirtschaftsordnung sei und durch die staatliche Verantwortung das Leistungsprinzip der Selbsthilfe, die Eigenverantwortung und die Selbstverwaltung zerstört würden. Die Lassalleschen Produktivgenossen-

schaften bezeichnete er gar als „Kriegserklärung an das Privatkapital“.

Wenn die Hoffnungen, die Lassalle auf die politische Entfaltungskraft des Selbsthilfe- und Genossenschaftsgedankens in der Arbeiterbewegung gesetzt hatte, sich schließlich nicht erfüllten, lag das natürlich nicht an Schulze-Delitzsch und den ihm nachfolgenden Hirsch-Dunckerischen Gewerkvereinen. Nach der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins stand die politische Organisation der deutschen Arbeiterbewegung im Mittelpunkt aller, durch staatliche Repression nahezu erschöpfter Anstrengungen. In dem politischen Emanzipationskampf der Sozialisten und Gewerkschafter vor gut einhundertzwanzig Jahren war Selbsthilfe sicher eine Maxime des Überlebens, als Konzept politischer Veränderung spielte es für die, denen das Sozialistengesetz erst noch bevorstand, freilich keine bedeutende Rolle.

Aus konservativer Sicht und im Verständnis der katholischen Soziallehre muß Selbsthilfe geradezu als Erfüllung des Subsidiaritätsprinzips erscheinen. In der Enzyklika „Quadragesimo anno“ heißt es dazu zunächst: „Es verstößt gegen die Gerechtigkeit, das, was untergeordnete Einheiten leisten ... und können, für die weitere und übergeordnete Gesellschaft in Anspruch zu nehmen“, um dann mit der Forderung, sich „gegen die zunehmende Vergesellschaftung sozialer Probleme durch staatlich-bürokratische Verwaltungen zu wehren“, auf den Punkt zu kommen. Mit anderen Worten, soziale Probleme sind Privatangelegenheit und haben das auch zu bleiben. Soziale Dienste sollen von Familie und Nachbarschaft und, wenn dies nicht ausreicht, von freien caritativen Einrichtungen erbracht werden. Wenn das funktioniert, brauchen wir natürlich keine Sozialpolitik; alle Probleme regeln sich von selbst! Ich habe den Verdacht, daß der Bundeskanzler so denkt, wenn er in seiner Regierungserklärung einen „Wettbewerb sozialer Initiativen“ propagiert.

So verstanden ist das Subsidiaritätsprinzip freilich nur der Ausgangspunkt sehr weitreichender gesellschaftspolitischer Wende-Vorstellungen. Da heißt es zunächst, daß die kleinen sozialen Einheiten, also die Familien, selbständig bleiben, nicht entmündigt, nicht aufgesogen werden sollen durch staatliche Fürsorge, daß sie das Recht der einzelnen gegen den Zugriff gesellschaftlicher Großorganisationen behaupten sollen. Wer

möchte da nicht auf den ersten Blick zustimmen, zumal heute, im Jahr des „Großen Bruders“?

Nur sind mit gesellschaftlichen Großorganisationen natürlich keine anonymen Mächte gemeint, sondern Arbeitervereine und -genossenschaften, Gewerkschaften und Arbeiterparteien, zu denen sich vor über einem Jahrhundert Teile der Arbeiterschaft zusammengeschlossen hatten, um überhaupt minimale Rechte für sich durchzusetzen. In Wirklichkeit wurde das Subsidiaritätsprinzip von konservativer Seite immer als Kampfbegriff zur Abwehr aller Bewegungen des sozialen Wandels und Fortschritts benutzt. Ob es in den Zwanziger Jahren um die Einheits- oder in den Siebzigern um die Gesamtschule ging, ob Reformen zur Durchsetzung von Chancengleichheit und sozialer Gleichstellung auf den Weg gebracht werden sollten, alle Ansätze staatlichen Handelns wurden prompt als unzulässige Eingriffe in die Rechte des einzelnen und vor allem der Familie diffamiert.

Die Generation unserer Großväter hat noch um die Garantie elementarer Grundrechte für den einzelnen und seine Familie gegen staatliche Repression und Willkür gekämpft. Die hätten es sich nicht träumen lassen, daß aus diesen Grundrechten einmal formaljuristische Bastionen der Konservativen gegen gesellschaftliche Reformen werden könnten. In jüngerer Zeit scheint konservative Politik immer häufiger Ansätze für eine Geistes- und Seelenverwandtschaft bei den Grün-Alternativen zu entdecken. Der Berliner Senat unter dem früheren Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker kam beispielsweise zu folgender Einschätzung: „Ausgehend von den Grundwerten der Freiheit, Chancengerechtigkeit und Solidarität werden von Anhängern der sogenannten alternativen Kultur Vorstellungen vom Leben im Staat und in der Gesellschaft entwickelt, in denen die CDU viele ihrer eigenen Prinzipien wiedererkennen kann: so die Prinzipien der Eigenverwaltung und Eigenverantwortung, der Dezentralisierung, der Ablehnung einer


*Mauern
abtragen*
die alsterdorfer.
Wir helfen zusammen
leben.

Verstaatlichung aller Daseinsbereiche und des totalen Wohlfahrtsstaates, der Ablehnung eines bloßen Konsumverhaltens. Die alternative Kultur setzt auf Kreativität, Eigeninitiative, Gemeinschaftlichkeit und eine dem Sozialismus fremde Einheit zwischen kollektivem Handeln und Individualismus durch Solidarität. Sie sucht nach Wegen zu größerer Mitmenschlichkeit und zu mehr Geborgenheit. Ihre Ziele sind überschaubare Lebensverhältnisse, in denen der Staat dem einzelnen Menschen die Möglichkeit zu selbstverantwortlichem Handeln läßt.“

Die Reaktion auf diesen freundlichen Umrarmungsversuch kann nicht sehr ermutigend gewesen sein. Ich darf hier stellvertretend „Netzwerk-Selbsthilfe“ zitieren: „Die angebliche Übereinstimmung mit der CDU hinsichtlich des Subsidiaritätsprinzips besteht bei Alternativgruppen nur hinsichtlich des Vorrangs für kleine überschaubare Organisationseinheiten, nicht aber im Hinblick auf die Werte und Inhalte, die den Lebens- und Arbeitsprozeß bestimmen sollen.“ Während konservative Politik sich in einem bürgerlich-abendländischen Normensystem orientiert, setzten die Alternativen vorwiegend auf selbstverwaltungs-sozialistische Vorstellungen.

Im Unterschied zur Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre bemühen sich Alternativgruppen heute jedoch, ihre Vorstellungen innerhalb der bestehenden Gesellschaft und alternativ zu kapitalistischen Wirtschaftsformen modellhaft zu verwirklichen. Der mittelfristigen Gesellschaftsveränderung haben sie damit freilich keineswegs abgeschworen.

Wie gesagt, Sozialdemokraten und Gewerkschafter tun sich – gerade auch im Hinblick auf ihre leidvollen historischen Erfahrungen mit dem gegen sie gerichteten Subsidiaritätsprinzip – etwas schwer mit den autonomen Formen der Selbsthilfe. Es ist natürlich auch nicht ganz zufällig, daß der Selbsthilfegedanke gerade heute soviel Beifall von konservativer Seite erfährt, während zugleich rigoros ins soziale Netz geschnitten wird. Inzwischen gibt es bei aller noch verbreiteten Skepsis differenzierte Positionen der Sozialdemokratie zur Selbsthilfe. Im Programm der SPD zur Bundestagswahl 1983 ist zu lesen: „Der mit unserer Geschichte eng verbundene Genossenschaftsgedanke muß neu belebt werden. Überschaubare Einheiten können wirksam das Verantwortungsgefühl des einzelnen ansprechen und seine Einsatzbereitschaft fördern.“

Hans-Jochen Vogel trat bei der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen Ende Januar dafür ein, der „Entpersönlichung des Sozialstaates zu begegnen“. Zum Stichwort „Sozialstaat am Scheideweg“ führte er weiter aus: „Hier kann der sinnvoll angewandte Gedanke der Subsidiarität helfen. Subsidiarität – das heißt nicht, zum Zwecke finanzieller Ersparnis den einzelnen wieder mit seinen Risiken allein zu lassen. Das heißt auch nicht, der nichtstaatlichen Aktivität in jedem Falle den Vorrang vor der staatlichen Aktivität einzuräumen. Subsidiarität heißt vielmehr, in kleineren, besser überschaubaren Einheiten all das zu leisten, was dort geleistet werden kann, und es nicht ohne Not der größeren, weniger oder nicht mehr überschaubaren Einheit zuzuschlagen. Es heißt, den Hilfsbedürftigen zur Selbsthilfe zu befähigen, ihm Mitwirkung zu ermöglichen, der Spontaneität und der – auch der unorganisierten – Mitmenschlichkeit Raum zu lassen.“

Einiges aus der Diskussion über Selbsthilfe wird sicher auf eine wichtige Auseinandersetzung innerhalb der SPD, nämlich um die an Godesberg anknüpfende Neuformulierung eines Grundsatzprogramms, einwirken. Denn dort wird es auch darum gehen, das Verhältnis zwischen „Ettismus und Subsidiarität im sozialdemokratischen Sozialstaatsverständnis“ vor dem Hintergrund heutiger Erfahrung neu zu bestimmen.

Unter dem Titel „Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens“ ist dafür eine Wegmarkierung gesetzt worden: „Bei der Fortentwicklung des Sozialstaates brauchen wir ein neues Verhältnis von staatlicher Daseinsvorsorge und Eigeninitiative, von notwendig flächendeckenden Hilfsangeboten und örtlich unterschiedlichen dezentralen Hilfen. In der Vergangenheit stand der Ausbau der sozialen Sicherung im Vordergrund der Bemühungen. Die Sicherung der materiellen Existenz mußte Vorrang haben. Fragen der sozialen Integration, der Sicherung von Unabhängigkeit zum Beispiel älterer Menschen sind demgegenüber unbeachtet geblieben. Erst in neuerer Zeit wächst das Bewußtsein dafür, daß es nach der materiellen Absicherung jetzt um die verlorengegangenen gesellschaftlichen und familiären Bezüge und Bindungen geht. Hier ist soziale Phantasie und soziales Engagement gefragt. Dies gilt auch für den Ausbau sozialer Dienste: einmal zur Durchsetzung einer stärker vorbeugenden Sozial-

politik und zum anderen bei der Verwirklichung von mehr Selbsthilfe und Mitwirkung der Betroffenen.“

Zu Selbsthilfe und Subsidiarität läßt sich, wie man sieht, von unterschiedlichen politischen und ideologischen Positionen aus Stellung nehmen. Die Diskussion ist in Bewegung, und wir wollen helfen, sie für die praktische Politik fruchtbar zu machen.

Es entspricht dem Selbstverständnis der Friedrich-Ebert-Stiftung, heute Dienstleistungen für die demokratische Auseinandersetzung zu erbringen, zwischen kontroversen Standpunkten zu vermitteln – nicht um sie zu schlichten, sondern um die Gegensätze und Berührungspunkte für andere sichtbar zu machen. Übrigens: Vor 58 Jahren wurde die Friedrich-Ebert-Stiftung auch als eine Einrichtung der Selbsthilfe gegründet, um einigen Arbeiterkindern den Weg zur Hochschulbildung zu öffnen.

Hans-Jochen Vogel: Rückbesinnung auf genossenschaftliche Ideen Sozialdemokratische Positionen

I.

Meiner Überzeugung nach wird das Thema dieser Veranstaltung für uns zunehmend wichtig.

In zwei Lebensabschnitten bin ich ihm in einem gewissen zeitlichen Abstand begegnet:

– In meiner zwölfjährigen Amtszeit als Oberbürgermeister in München hat der Wohnungsbau eine erhebliche Rolle gespielt. Damals sind in 12 Jahren fast 200 000 Wohnungen gebaut worden, und schon damals hat mich die Frage beschäftigt, warum eigentlich der Anteil an diesen 200 000 Wohnungen, den die Wohnungsbaugenossenschaften im eigentlichen Sinn errichtet haben, so relativ gering war.

– Dann bin ich mit einem Abstand von fast 10 Jahren hier in Berlin neuen Formen der Selbsthilfe, insbesondere bei der Modernisierung und Instandhaltung von Altbauten begegnet. Als Vorsitzendem des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses ist mir in diesem Zusammenhang vor allem eine Situation im Wedding im Gedäch-

Der Kulturphilosoph Meyer-Abich ging in seiner Laudatio auf Carl-Friedrich von Weizsäcker, als diesem der Gustav-Heinemann-Preis verliehen wurde, auf den Unterschied zwischen positioneller und diskursiver Politik ein.

Unter positioneller Politik versteht er den heute üblichen Umgang mit politischen Inhalten als rituelle Rechthaberei, als argumentativer Verdrängungswettbewerb, als ständige Verfremdung in Klischees und Allgemeinplätzen. Im Gegensatz dazu versteht er als diskursive Politik, als deren hervorragenden Vertreter er Carl-Friedrich von Weizsäcker würdigte, eine kooperative Erörterung unterschiedlicher Standpunkte und Sichtweisen und einen erkenntnisleitenden Dialog gegensätzlicher Meinungen. Wir sind bei der Planung dieser Tagung von der Maxime einer diskursiven Politik ausgegangen.

nis haften geblieben. Dort lagen ein privates Wohnhaus und Häuser, die von einer städtischen Wohnbaugesellschaft betreut worden sind („betreuen“ als Wort der Neusprache mit allem, was dies bedeuten kann) unmittelbar nebeneinander. In dem privaten Wohnhaus hatten sich die Mieter unter Anleitung des Sohns der Eigentümerin zu einer Art informellen Genossenschaft zusammengefunden. Dies machte einen ausgezeichneten Eindruck, Wohnkultur in einem alten Gebäude, ohne jede Inanspruchnahme öffentlicher Mittel. Die anderen, unter Inanspruchnahme öffentlicher Mittel, waren in der Qualität weit hinter dem ersten zurück und das Wohnen in ihnen war im übrigen mit all den Begleitumständen verbunden, die hier über lange Zeit mit dieser Art von Modernisierung und Sanierung verknüpft waren.

Darüber hinaus bin ich auch mit anderen Selbsthilfeprojekten in Berührung gekommen im kulturellen und im sozialen Bereich, aber auch dort, wo es um die Eröffnung von Möglichkeiten der friedlichen Erprobung alternativer Lebens- und Gestaltungsmöglichkeiten ging.

Aus dem geht gewiß nicht hervor, daß ich mich für einen Experten halten darf, aber (wie gesagt) ich halte das Thema für sehr wichtig. Nach meiner Überzeugung kann die Rückbesinnung auf

genossenschaftliche Ideen Kräfte freisetzen, die uns helfen, heute im Übermaß sichtbare Tendenzen zur Bürokratisierung und Professionalisierung zurückzudrängen.

II.

Mein Thema fragt nach den Positionen der Sozialdemokratie zu Genossenschaft und Selbsthilfe. Die Antwort ist ehrlich, kurz und scheinbar ernüchternd: Eine sozialdemokratische Position im eigentlichen Sinne, also in Form von programmatischen Aussagen oder Beschlüssen gibt es gegenwärtig nur in Ansätzen. Das Godesberger Programm von 1959 erwähnt die Genossenschaften ausdrücklich nur im Kapitel über die Agrarwirtschaft. Die Förderung des Genossenschaftswesens wird als „der beste Weg, die Leistungsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe unter Wahrung ihrer Selbständigkeit zu steigern“ bezeichnet.

Der Orientierungsrahmen '85 schweigt interessanterweise zum Thema Genossenschaften und Selbsthilfe. Dagegen spiegelt das Wahlprogramm 1983 bereits ein erwachtes Problembewußtsein wider. Es heißt in unserem Wahlprogramm '83 von Dortmund: „Der mit unserer Geschichte eng verbundene Genossenschaftsgedanke muß neu belebt werden. Überschaubare Einheiten können wirksam das Verantwortungsgefühl des einzelnen ansprechen und seine Einsatzbereitschaft fördern.“

Diese Hervorhebung des Genossenschaftsgedankens im Wahlprogramm 1983 geht nicht zuletzt auf meine Bemühungen zurück. In meiner kurzen Amtszeit in Berlin sind erste Korrekturen in der Sanierungs- und Modernisierungspolitik in die Wege geleitet worden. Dazu gehörte die Eröffnung von Möglichkeiten zur Eigenhilfe und zur Eigengestaltung. Inzwischen haben diese Überlegungen Kreise gezogen. Sie haben einen Niederschlag in den Wahlprogrammen gefunden, aber interessanter noch: Die Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand griff in ihrem im Februar 1982 vorgelegten Diskussionspapier mit dem Titel „Die Arbeiterbewegung und der Wandel des gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens“ diese Gedankengänge auf. In diesem Text erinnert die Kommission an historische Ausprägungen der Genossenschaftsidee und des Selbsthilfegedankens und empfiehlt der SPD, die in vielen Bereichen in Ansätzen sichtbar gewordene Skepsis der Menschen gegenüber undurch-

schaubaren Institutionen ernst zu nehmen und den mannigfaltig sichtbar werdenden Willen zur Selbstorganisation und Selbsthilfe nicht als bedeutungslos, als störend und lästig abzutun. Die Kommission spricht sich auch dafür aus, die Lebensfähigkeit von selbst organisierten und selbst verwalteten genossenschaftlichen Unternehmensformen – u. a. durch Verbesserung des Genossenschaftsrechts – zu stärken. Für den Bereich der sozialen Sicherheit wird in diesem Papier die Möglichkeit erörtert, Probleme auch durch Hilfe zur Selbsthilfe zu lösen.

Ich halte diese Ansätze für wichtig. Ich begrüße es deswegen, daß die Grundwertekommission in dem von Erhard Eppler, Richard Löwenthal und Heinz Rapp im Namen der Kommission nach einstimmiger Beschlußfassung im Januar 1984 vorgelegten Bericht zum Godesberger Grundsatprogramm diese Überlegungen aufgegriffen und angeregt hat, sie in die Diskussion um die Fortschreibung des Godesberger Programms einzubeziehen.

III.

Dennoch ist das gegenwärtige Fazit eher mager. Der Selbsthilfe- und der Genossenschaftsgedanke stehen in der sozialdemokratischen Programmatik bisher nicht eben vornean, allenfalls zeichnet sich eine Renaissance ab. Dieser Befund ist bemerkenswert. Denn der offensichtlich in den Hintergrund getretene Gedanke, sich zusammenzuschließen und durch solidarisches Zusammenwirken mit anderen seine Lage aus eigener Kraft zu bessern, war ein Grundgedanke der Arbeiterassoziation und damit der Arbeiterbewegung überhaupt. Der Gedanke an Produktivgenossenschaften war, ich sagte das schon, in Anfängen der Arbeiterbewegung weit verbreitet. Schon die 1848 ins Leben tretende „Arbeiterverbrüderung“ erhoffte sich das Heil von genossenschaftlich organisierter Produktion. Ferdinand Lassalle favorisierte die Produktivgenossenschaften und gab dem Gedanken einen zusätzlichen Aspekt, indem er vom Staat großzügige Kredite für die Produktivassoziationen verlangte. Meines Wissens aber hat es nur einen einzigen Fall gegeben, in dem tatsächlich ein öffentlicher Kredit für eine solche Produktivgenossenschaft damals vom preußischen Staat gegeben wurde.

Der Lassalleanische Allgemeine Deutsche Arbeiterverein verlangte Produktivgenossenschaften in seinem Programm ebenso wie die So-

zialistische Arbeiterpartei, also die Bebel'sche Richtung. Nach der Vereinigung der Lassalleaner und der Eisenacher 1875 in Gotha blieb die Forderung nach Produktivgenossenschaften zunächst aktuell. Doch dann verlor der Gedanke sehr schnell an Attraktivität. Dies lag nicht nur am mangelnden wirtschaftlichen Erfolg der Produktivgenossenschaften. Hinzu kam, daß unter dem Einfluß von Marx'schen Ideen die Vorstellung, gleichsam im Schoße der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung alternative Produktionsweisen entwickeln zu können, als Irrweg erschien, weil ja die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum das eigentliche politische Ziel war.

Auf dem Parteitag in Berlin 1892 erteilten die Delegierten dem Genossenschaftsgedanken ganz allgemein eine Absage. Auf Antrag von Ignaz Auer wurde eine Resolution angenommen, in der es dann unter anderem heißt: „Die Parteimitglieder haben der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften imstande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern.“

Diese Positionen haben auch den Fortschritt und den Sieg anderer Genossenschaftsinitiativen und -gründungen in der Arbeiterbewegung für geraume Zeit behindert. Das gilt auch für die Anfänge der Wohnbaugenossenschaft. Die rasche Ausbreitung der Baugenossenschaften seit 1860, die sich um die Erstellung von Wohnraum für Arbeiter kümmerten, war zunächst nicht der Ausdruck von Selbsthilfebemühungen der Arbeiterschaft, sondern entsprang Gründungen aus der Oberschicht, die damit nicht zuletzt auch die Abwehr revolutionärer Kräfte in der Arbeiterbewegung bezweckten. Lange Zeit verharnte die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt, sei erst Grund und Boden in Gemeineigentum überführt, werde damit auch die Wohnungsfrage gelöst.

Erst in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts vollzog sich ein Wandel. Er war freilich nicht stürmisch. Der Parteitag von Lübeck 1901 sah aber immerhin in den Baugenossenschaften schon „eine zeitweilige nützliche Ergänzung der von den Gemeinden, den Staaten und dem Reich zu ergreifenden Maßnahmen zur Linderung der

Wohnungsnot“; aber der Parteitag warnte vor einer Überschätzung der Bedeutung dieser Baugenossenschaften. Dennoch kam es zu Genossenschaftsgründungen. Einen gewissen Vorbildcharakter errang die in Hamburg von dem Sozialdemokraten von Elm gegründete Genossenschaft mit dem Namen „Produktion“, die 1910 über mehr als 600 Arbeiterwohnungen verfügte.

Auch in der Frage der Konsumgenossenschaften verhielt sich die Partei zunächst skeptisch. Sie bewahrte diese Skepsis trotz des offenkundigen wirtschaftlichen Erfolgs der Konsumvereine in England und auch in Deutschland, insbesondere in Sachsen. Diese Skepsis wurzelte vor allem in der Überzeugung, die Genossenschaften könnten keine Träger des Klassenkampfes sein. Dementsprechend verhielt sich eine vom Parteitag in Hannover 1899 gefaßte Resolution gegenüber den Konsumvereinen eher kühl. In der Resolution heißt es: „Die Partei steht der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüber... Sie sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterschaft zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterschaft aus den Fesseln der Lohnsklaverei.“

Doch diese Haltung änderte sich jetzt bald. Der Durchbruch war der Internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen 1910. Er sprach der Genossenschaftsbewegung zwar immer noch die Eignung zur Befreiung der Arbeiter ab, erkannte aber doch, daß sie „eine wirksame Waffe in dem Befreiungskampf der Arbeiter“ sein könne. Dem schloß sich der Parteitag von Magdeburg 1910 an. Da hieß es nun erstmals in einer Resolution: „Die Sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumvereine in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften gegen die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht dem Klasseninteresse des Proletariats, denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse. Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen.“

Dies war der Durchbruch nach einem Zeitraum von etwa 40 Jahren. So fand also nach einem langen und schwierigen Prozeß die Genossenschaftsidee auch in der Arbeiterbewegung ihre Heimstatt, nachdem sich die ursprünglichen lassalleanischen Gedanken verloren hatten. Insbesondere die Konsumgenossenschaften galten in der Weimarer Republik neben der Partei und den Gewerkschaften als eine der „drei Säulen“ der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Genossenschaftsgedanke in der deutschen Arbeiterbewegung war aber nicht nur Ausprägung des Prinzips solidarischer Selbsthilfe im wirtschaftlichen Bereich. Er führte auch, jedenfalls in vielen Fällen, zu einer spezifischen Art der Lebensführung der Beteiligten. Dies betraf nicht nur die Selbstverwaltung der Genossenschaften, es betraf auch die Herausbildung des Selbstvertrauens der Beteiligten in die eigenen Kräfte, es betraf ihr Kommunikationsvermögen untereinander. Viele Genossenschaften kümmerten sich nicht nur um ihre eigentliche Aufgabe, sondern auch um die Bildung und Fortbildung ihrer Mitglieder und um die soziale Fürsorge.

Stark in Vergessenheit geraten und deswegen immer wieder zu betonen ist auch die Tatsache, daß die Baugenossenschaften viel zur Wohnkultur der Weimarer Zeit beigetragen haben. Manche ihrer Siedlungen waren bahnbrechende Beispiele guter Architektur und einer neuen Wohn- und Lebenskultur. Ich nenne nur die Leistungen der großen Architekten Bruno Taut, Mart Stam, Ernst May, Mies van der Rohe, Scharoun, Le Corbusier, Gropius und die von ihnen in der Weimarer Zeit und schon vorher geschaffenen Siedlungen in Berlin, in Frankfurt und in Stuttgart. Dies ist einer der Gründe, warum den Genossenschaften eine derartige Pionierleistung in der Zeit des Wiederaufbaus nach 1945 nicht im gleichen Maße gelungen ist.

Man kann in diesem Zusammenhang – ich komme wieder zurück auf die Weimarer Zeit – von einer politischen und gesellschaftlichen Alternativkultur sprechen, die sich bis 1933 entwickelte, die dann von den Nationalsozialisten zerbrochen wurde und die nach 1945 aus einer ganzen Reihe von Gründen keine Erneuerung erfahren hat.

Die gewaltsame Unterbrechung genossenschaftlicher Traditionen durch den Nationalsozialismus ist mitverantwortlich dafür, daß die Genossenschaftsidee heute bei uns weithin ver-

schüttet ist. Die Pervertierung der Gemeinschaftsidee zum staatlich verordneten Verhalten hat gewiß die Motivation der Menschen zu gemeinschaftlichem Handeln für geraume Zeit nach 1945 schwer beeinträchtigt.

Hinzu mag kommen, daß viele genossenschaftliche Betriebe im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung, im Zuge der betonten Wachstumseuphorie, ihre genossenschaftliche Rechtsform abgelegt haben. Ich beschränke mich auf das Stichwort COOP. Dort ist aus einer Vielzahl früher selbständiger Konsumgenossenschaften eine nach Art eines Konzerns organisierte Gruppierung entstanden, an deren Spitze seit 1974 eine Aktiengesellschaft steht, die COOP-Zentrale AG. Viele Genossenschaften haben sich gleichfalls inzwischen in Aktiengesellschaften umgewandelt. Ich habe Zweifel, ob wir es hier der Struktur und der Substanz nach überhaupt noch mit genossenschaftlichen Einrichtungen im eigentlichen Verständnis des Wortes zu tun haben.

Ähnliche Tendenzen waren im Wohnungsbau zu beobachten. Die verbleibenden Genossenschaften sind zunehmend zu Bestandsgenossenschaften geworden; der eigentlich gemeinnützige Wohnungsbau wurde und wird überwiegend von Kapitalgesellschaften – z. B. der Neuen Heimat – geleistet, die sich zwar generell noch zu gemeinwirtschaftlichen Zielen bekennen, die sich aber im Alltag, beispielsweise für ihre Mieter, kaum von den anderen Kapitalgesellschaften unterscheiden.

Man kann wohl ohne Übertreibung nach der einen oder anderen Seite feststellen: Hier sind Teile einer politischen Kultur verlorengegangen. Der Gedanke an Selbsthilfe, an die eigenverantwortliche Leitung eigener Einrichtungen durch die unmittelbar Betroffenen ist verschüttet worden. Die bauliche Substanz der eigenen Wohnung und die Wohnanlage wird von den Bewohnern in diesen Bereichen nicht mehr als selbstgestaltetes und selbstverwaltetes Lebensumfeld empfunden, sondern als Anlagevermögen, das die Baugesellschaften nicht selten aus anonymer Distanz administrieren.

IV.

Nicht von ungefähr besinnen wir uns gerade heute wieder auf die Idee genossenschaftlicher Selbsthilfe. Ich sehe dafür mehrere Gründe:

~ Auf vielen Gebieten unseres Lebens sind Ökonomisierung, Professionalisierung und Bürokrati-

sierung zu weit vorgedrungen. Unsere Institutionen und Organisationen sind häufig in nicht mehr überschaubare Größenordnungen hineingewachsen. Der einzelne glaubt, anonymen Apparaten gegenüberzustehen, die sich gesellschaftlicher Kontrolle, aber insbesondere auch seiner eigenen Kontrolle und seinem Verständnis entziehen.

Die großen Apparate, auch in den Bürokratien und im Bereich der sozialen Sicherung – wobei ich nicht eine scharfe Grenzlinie zwischen staatlichen und verbandlichen Bürokratien ziehen möchte, denn auch die verbandlichen Bürokratien unterliegen einer ähnlichen Entwicklung –, weisen menschliche Defizite auf, die dem einzelnen das begründete Gefühl vermitteln, im Grunde Objekt administrativer Tätigkeit zu sein.

In meiner Bürgersprechstunde, die für mich eine große Rolle spielt, ist es immer wieder bedrückend, alte Menschen zu erleben, die völlig verzweifelt und hilflos mit Computerausdrucken erscheinen, über die Entwicklung ihrer Renten beispielsweise, die sie weder zu verstehen noch zu deuten vermögen, die zwar nach einigen Bemühungen jetzt eine Anrede enthalten, meistens aber ohne Unterschrift und ohne klare Erkennbarkeit dessen, was da eigentlich mitgeteilt wird, diese Menschen erreichen.

Weitere Gründe sind:

– Fehlentwicklungen im gemeinnützigen Wohnungsbau – ich nenne nur das Stichwort „Neue Heimat“ – haben deutlich werden lassen, daß dem Mieter Gesellschaften dieser Größenordnung nicht mehr als „seine“ Gesellschaften, als „seine“ Einrichtungen, als „sein“ Zusammenschluß mit Gleichen erscheinen, sondern ihnen das gleiche Gefühl vermitteln, das sie bei beliebigen anderen Wohnbaugesellschaften auch haben.

– Ein weiterer Grund: Ich glaube, immer mehr Menschen verweigern sich der Anonymität der großen Apparate, wollen jedenfalls den Bereich, in dem sie ihr Schicksal in eigene Hände nehmen können, in dem sie ihre Probleme im überschaubaren Rahmen selbst lösen können, erweitern. Die Versuche von Arbeitnehmern, zusammengebrochene Betriebe weiterzuführen, sind dafür ebenfalls ein gewisses Indiz.

– Hinzu kommt die Entwicklung neuer alternativer Lebensformen, die im Wettstreit mit herkömmlichen Lebensformen nach gemeinschaftlichem Leben und Arbeiten, nach anderen Wegen der Lebensgestaltung suchen.

V.

Ich begrüße die Neubelebung des Gedankens genossenschaftlicher Selbsthilfe. Korrekterweise möchte ich sagen, daß ich dafür die Sozialdemokraten nicht in vollem Umfang in Anspruch nehmen kann, jedenfalls nicht über das hinaus, was ich eingangs über Aussagen und programmatische Ansätze erwähnt habe. Ich persönlich glaube, der genossenschaftliche Zusammenschluß von Menschen zum Zweck der eigenverantwortlichen Selbsthilfe könnte ein Weg sein, der Anonymisierung und der mit ihr verbundenen Entfremdung entgegenzutreten.

Darin liegt kein Rückgriff auf das Subsidiaritätsprinzip in seiner konservativen Ausdeutung. Es ist sehr erstaunlich, daß gerade dieses Prinzip zu einem politischen Kampf- und Schlagwort geworden ist und überwiegend von Leuten gebraucht wird, die sich nach meinem Eindruck mit dem Subsidiaritätsprinzip und der katholischen Soziallehre nur sehr selektiv vertraut gemacht haben. Jedenfalls erziele ich im Deutschen Bundestag durch Verlesung einschlägiger Texte oder auch päpstlicher Enzykliken immer wieder erhebliche Überraschungseffekte. Insbesondere dann, wenn man die Autoren erst nach Verlesung der Textstellen bekanntgibt, weil da interessante Verwechslungen insbesondere auf der konservativen Seite auftreten und Vermutungen über die Urheber angestellt werden, die das Ziel weit verfehlen.

Ich trete nicht ein für ein Zurückdrängen der staatlichen Tätigkeit oder des vom Staat gesetzten Ordnungsrahmens, damit das Individuum nur um so ungehemmter schalten und walten und dann überwiegend auf Kosten anderer seines Glückes Schmied sein kann. Subsidiarität – das heißt für mich auch nicht, zum Zwecke finanzieller Ersparnis den einzelnen wieder mit seinen Risiken allein zu lassen. Das heißt auch nicht, der nichtstaatlichen Aktivität in jedem Falle den Vorrang vor der staatlichen Aktivität einzuräumen. Subsidiarität heißt vielmehr, in kleineren, besser überschaubaren Einheiten all das zu leisten, was dort geleistet werden kann, und es nicht ohne Not der größeren, weniger oder nicht mehr überschaubaren Einheit zuzuschlagen. Das heißt, den Hilfsbedürftigen zur Selbsthilfe befähigen, ihm Mitwirkung zu ermöglichen, und – ein Gedanke, der eigentlich erst durch die Aktivitäten der letzten Jahre wieder ins Bewußtsein stärker gedrungen ist –, der Spontaneität und der Mitmensch-

lichkeit – auch der unorganisierten Mitmenschlichkeit – Raum zu lassen.

Selbstverständnis ist behutsames Vorgehen erforderlich. Niemand darf sich übertriebene Hoffnungen machen. Vieles hängt davon ab, das geeignete Feld für die Erprobung solcher Formen solidarischer Selbsthilfe zu finden. Nach den bisherigen Erfahrungen mit Produktivgenossenschaften bin ich eher skeptisch, ob hier der Genossenschaftsgedanke wieder in breiterer Front wirksam gemacht werden kann. Skeptisch stimmt mich dabei die Beobachtung, daß bei der Fortführung von zusammengebrochenen Betrieben durch Belegschaftsmitglieder die rechtliche Form der Genossenschaft in aller Regel nicht gewählt wurde oder sich nicht durchsetzen konnte. Man hat mit Auffanggesellschaften und anderen rechtlichen Konstruktionen aus dem Handelsrecht gearbeitet. Wenn ich es recht beobachtet habe, dann streben auch die von der alternativen Szene organisierten Formen alternativer Produktionen nicht in die Rechtsform der Genossenschaft. Aber die Dinge sind im Fluß, eine abschließende Beurteilung erscheint mir noch nicht möglich.

Dagegen meine ich, daß dem Prinzip genossenschaftlich organisierter Selbsthilfe im Wohnungsbau schon heute größere Chancen einzuräumen sind. Ich bin weit davon entfernt, in einem Anflug von Nostalgie beim Betrachten der Siedlungsbeziehung der Weimarer Republik und ihrer politischen Kultur hier so einer Art Blauer Blume der Wohnungsromantik nachzuspüren. Aber mir ist die Erinnerung daran ein Indiz dafür, daß hier Identifizierungsmöglichkeiten liegen, die zum Ausgangspunkt genossenschaftlicher Überlegungen werden könnten. Ich bin ganz sicher: Von der Idee, aus Wohnraum und Wohnumfeld selbstgestalteten Lebensraum zu machen, geht durchaus eine Faszination und eine Attraktivität aus.

Durch Weckung des Eigeninteresses an der Wohnung haben wir gute Möglichkeiten, den Selbsthilfedanken gegen die drohende, nein, weit fortgeschrittene Anonymisierung und Bürokratisierung der großen Apparate zu setzen. Warum ermutigen wir nicht stärker die Gründung neuer Genossenschaften? Zum Beispiel Bewohnergenossenschaften zur Modernisierung alter Mietshäuser? Oder Genossenschaften, in denen Facharbeiter gemeinsam mit anderen in Eigenarbeit Reihenhäuser bauen? Oder auch Genossenschaften für Jugendwohngemeinschaften, für Wohngruppen mehrerer Familien, vielleicht

auch für Rentnerwohngemeinschaften? Wir müssen versuchen, die alten bewährten Genossenschaften dafür zu gewinnen, mit Interessierten neue Genossenschaften ins Leben zu rufen und diese neuen Genossenschaften so lange zu fördern, bis sie auf eigenen Füßen stehen könnten.

Ich gehe einen Schritt weiter: Ich meine, wir sollten den großen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften die Möglichkeiten geben, Wohnungsbestände oder doch zumindest die Verwaltung einzelner Wohnungsbestände auf örtliche Genossenschaften zu übertragen, wo immer die Mieter selbst dies auch wollen. Das wäre vernünftiger als der freie Verkauf der mit hohem sozialen Finanzaufwand gebauten Sozialwohnungen. Denn in der Genossenschaft bleibt die Wohnung ihrem sozialen Zweck erhalten. Mehr noch: Aus verwalteten Mietern können selbstverwaltende Miteigentümer, aus Objekten eines Unternehmens können selbst Subjekte in einer Genossenschaft werden.

Dezentralisierung, Entbürokratisierung, nachbarschaftliche Hilfe, Eigenarbeit – das alles ist in der Genossenschaft viel eher möglich als in anderen Organisationsformen. Warum reden wir so oft von der Mitbestimmung des Arbeitnehmers am Arbeitsplatz und fast nie von der Mitbestimmung der Menschen dort, wo sie den größeren Teil ihres Lebens verbringen, nämlich im Wohnbereich und im Wohnumfeld?

Peter Sötje hat vor einiger Zeit ein auf die Berliner Verhältnisse zugeschnittenes Grundmodell für neue genossenschaftliche Trägerformen im Wohnungsbau vorgelegt. Ich darf darauf verweisen und möchte zwei Details noch mal besonders hervorheben. Peter Sötje schlägt vor:

- Aus den im Besitz des Landes oder der Gesellschaften befindlichen Beständen Gebäude in Erbpacht an die Bewohner eines kleinen überschaubaren Gebietes zu übertragen; die Bewohner schließen sich dafür zu einer gemeinwirtschaftlichen Trägervereinigung etwa in Form einer Mietergenossenschaft zusammen. In gleicher Weise sollten nach Sötjes Vorstellungen auch Grundstücke übertragen werden, wenn die Trägervereinigung darauf Neubauten errichten will.
- Der zweite Gedanke: Die Bewirtschaftung der Gebäude einschließlich der Instandhaltung und Modernisierung und der Finanzierung der Neubauten sollte dann den neuen Trägervereinigungen obliegen. Ihnen sollten dafür auch

Fördermittel zur Verfügung gestellt werden.

Ich könnte mir vorstellen, daß neben dem Gewinn auf dem Gebiet der stärkeren Selbstbestimmung, der stärkeren Selbstverwaltung und – da berufe ich mich wieder auf das Beispiel aus dem Wedding – daß auch die finanziellen Ergebnisse günstiger wären als bei vielen gegenwärtigen Lösungen.

Der entscheidende Grundgedanke ist: Staatliche Anerkennung von Nachbarschaftsgruppen als gemeinwirtschaftliche Träger ihrer eigenen Wohnraumversorgung und ihre Förderung in ähnlicher Weise wie bei den bisher geförderten Sanierungsträgern einschließlich der Bereitstellung von Beratungskapazitäten für diese neuen Trägervereinigungen.

Die Bundestagsfraktion der SPD hat nach dem März 1983 den Gedanken genossenschaftlicher Selbsthilfe aufgegriffen. Wir haben eine Gruppe gebildet, die unter Federführung von Peter Conradi sich speziell mit den Möglichkeiten einer Neubelebung genossenschaftlicher Formen im Bereich des Wohnungswesens befaßt. Peter Conradi hat mir angekündigt, daß die Vorschläge in absehbarer Zeit vorliegen.

Die Arbeitsgruppe strebt vor allem an, die Gründung neuer Genossenschaften zu erleichtern. Geprüft wird auch, wie die Instandsetzung und Modernisierung von Altbauwohnungen durch Mietergenossenschaften ermöglicht werden kann. Die Überführung von Wohnungsbeständen, zum Beispiel auch gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften, in Genossenschaftseigentum soll gleichfalls erleichtert werden.

Dabei prüft die Gruppe auch die Notwendigkeit gesetzlicher Schritte. Zum Beispiel eine rechtliche Gleichstellung des Genossenschaftseigentums mit dem Privateigentum einzelner. Warum soll eigentlich ein Mitglied einer Baugenossenschaft nicht seinen Bausparvertrag mit staatlicher Prämie in die Genossenschaft zum Neubau oder zur Modernisierung seiner Wohnung einbringen können? Wir glauben, daß der Unterschied, der hier zwischen dem Privateigentum und dem genossenschaftlichen Eigentum gemacht wird, nicht haltbar und nicht sinnvoll ist. Das Nachdenken über gesetzliche Änderungen wird sich aber immer der Eigenarten der Genossenschaften bewußt bleiben müssen. Dies gilt etwa für die Änderungsbestrebungen, die derzeit im Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht verfolgt werden.

VI.

Ich habe mich vornehmlich mit der Stärkung des Genossenschaftsgedankens im Wohnungswesen beschäftigt. Das bedeutet nicht, daß nicht auch andere Formen der Selbsthilfe innerhalb der deutschen Sozialdemokratie diskutiert werden. Das zuvor schon erwähnte Diskussionspapier der Grundwertekommission vom Februar 1982 hat mögliche Felder einer gesellschaftlichen Eigenhilfe im Wohn- und Schulbereich, im Bereich der Arbeitslosen- und Rentenversicherung und im Bereich Gesundheitswesen umrissen. Der größere Zusammenhang dieser Überlegungen ist die Frage nach der Weiterentwicklung des Sozialstaates. Die Vorstellungen dieser Kommission laufen darauf hinaus, verstärkt neue Formen der Selbsthilfe in das System sozialer Sicherung einzubeziehen. Was in kleinen Einheiten, häufig auch in Selbsthilfeorganisationen geleistet werden kann, das sollten – so sagt die Kommission in ihrem Papier – staatliche Behörden und verbandliche Behörden nicht an sich ziehen, sondern es vielmehr unterstützen. Gegen Tendenzen der Entmündigung im Zeichen der zunehmenden Professionalisierung und Verrechtlichung kommt es darauf an, durch Dezentralisierung und Selbstverwaltung die Selbstverantwortung zu bewahren.

Ich möchte aber keinen Zweifel lassen, daß nach meiner Auffassung noch so viele kleine soziale Netze nicht das große Netz staatlicher und durch Gesetz geordneter selbstverwalteter sozialer Sicherheit ersetzen können. Sie können es entlasten und ergänzen, aber sie können nicht an die Stelle der großen sozialen Netze treten.

VII.

Der Gedanke an genossenschaftliche Selbsthilfe ist entstanden nicht in Zeiten des Überflusses, sondern in Zeiten des Mangels. In Zeiten, in denen Menschen aus diesem Grunde ihre Probleme in die eigenen Hände nehmen. Solche Rückbesinnung auf den solidarischen Einsatz der eigenen Kraft könnte auch heute wieder Früchte bringen. Ich sage dies gerade als Sozialdemokrat. Denn die Idee des solidarischen Zusammenstehens hat die Sozialdemokratie in ihrer langen Geschichte immer beseelt. Ich zitiere noch einmal Ferdinand Lassalle, der schon 1862 – also vor 122 Jahren – in seinem Offenen Antwortbrief und dann in seinem Programm für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein schrieb: „Die sittliche Idee des Arbeiterstandes ist die, daß die ungehinderte und

freie Betätigung der individuellen Kräfte durch das Individuum noch nicht ausreiche, sondern daß zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen hinzutreten müsse: Die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und die Gegenseitigkeit in der Entwicklung.“ In diesen Zusammenhang gehört auch ein altes Wort der Arbeiterbewegung, das Herbert Wehner wieder und wieder zitiert hat und das lautet: „Die Erfolge der Arbeiter wären aber nicht möglich geworden, wenn die Widerstandsfähigsten unter ihnen nur für sich gesorgt und gekämpft, wenn sie sich nicht als die Vorkämpfer, die Leiter und Organisatoren der gesamten Arbeiterklasse betrachtet hätten. Wenn sie nicht bestrebt gewesen wären, ihre

schwächeren Mitarbeiter, die entweder gar nicht oder wenigstens nicht allein ohne fremde Hilfe imstande waren, ihre Interessen zu vertreten, an ihren Errungenschaften teilnehmen zu lassen.“

Was Lassaile 1862 die sittliche Idee des Arbeiterstandes nannte, und was in dem Wehnerschen Zitat als Solidarität beschrieben wird, das verstehen wir heute als sittliche Idee des ganzen Volkes. Es ist die Idee einer solidarischen Gesellschaft. Wenn es uns gelingt, die Menschen in kleinen und überschaubaren Einheiten zu solidarischer Selbsthilfe zu ermuntern, dann würde dies ein wichtiger Beitrag zur Festigung der solidarischen Gesellschaft sein.

Klaus Novy: Das Verhältnis Genossenschaften und informeller Sektor Thesen zur Geschichte und Aktualität genossenschaftlicher Selbsthilfe

Dr. Klaus Novy, Professor am Fachbereich Architektur der Technischen Universität Berlin.

1. Die Geschichte der genossenschaftlich-gemeinwirtschaftlichen Unternehmen gehört zur Geschichte der Selbsthilfe-Bewegungen, da die heutigen Nachfolgeorganisationen sich immer noch auf ihre Herkunft als Selbsthilfeform beziehen und da die heutige Debatte über Dualwirtschaft und informellen Sektor immer die Genossenschaften miteinbezieht.

2. Wirtschaftliche Selbsthilfe ist ein selbstaktiver Handlungstypus, gesellschaftliche Selbstversorgung, die von drei anderen Formen der Reproduktionssicherung abzugrenzen ist:

- markt- und gewinnwirtschaftliche Versorgung,
- betriebsfeudalistische Versorgung (z.B. Krupp, heute Japan),
- staatlich.

3. Die wirtschaftliche Selbsthilfe war – dort wo sie sozialreformerisch auftrat – nie bloße Ökonomie;

sie war immer auch Sozial- und Kulturform, moralische Ökonomie. Eine integrierende gemeinsame Kultur ist Voraussetzung und meist Folge erfolgreicher genossenschaftlicher Selbsthilfe.

4. Gleichwohl ist der Versuch, wirtschaftliche Zwänge und staatliche Bevormundung durch innerorganisatorische Solidarität zu substituieren, eine prekäre, ständig gefährdete, anstrengende Form. Genossenschaftliche Selbsthilfe ist immer an die konkreten Menschen und deren Entwicklung gebunden.

5. Wirtschaftliche Selbsthilfeformen haben sich immer nur dann erfolgreich durchsetzen können, wenn sie Unterstützung fanden:

- durch „befreundete Organisationen“ (Gewerkschaften, Parteien, Kirchen usw.) oder
- Staat/Kommune.

6. Die Praxis der Selbsthilfe-Ökonomien bedeutet die Politisierung des Alltags. Zwischen den Hoffnungen und großen politischen Visionen und der alltäglichen Praxis waren sie eine wichtige, ja zentrale loyalitäts- und identitätsstiftende symbolische Brücke: die Gegenwart der Zukunft!

7. Selbsthilfe-Ökonomien in der genossenschaftlich-gemeinwirtschaftlichen Folge sind *nicht* als Teil des „informellen Sektors“ zu interpretieren, wie das in der aktuellen Debatte immer geschieht. Ihr Regulierungsbedarf ist im Gegenteil (aus Solidaritätsgründen) extrem hoch (Revision, umständliches Gründungsverfahren, Gemeinnützigkeitsregeln usw.). Genossenschaftliche Formen sind aber eine hervorragende Basis für informelle, d. h. nicht-

geldvermittelte, nicht-staatlich-erfaßte und Erwerbsarbeit einbeziehende Tätigkeiten.

8. Der Wertwandel der letzten Jahre ist der Aktualisierung genossenschaftlicher Formen förderlich und hinderlich zugleich. Förderlich ist das wiedererwachte Interesse an Politik im Alltag, an freigeählten Bindungen; hinderlich der Spontaneismus, der dem hohen Regulierungsbedarf der „moralischen Ökonomie“ entgegensteht.

Peter Sötje: Genossenschaften im Bereich Bau-Wohnen – Utopie oder realisierbare Alternative?

Peter Sötje, ehem. Chef der Senatskanzlei und Senatsdirektor beim Senator für Bau- und Wohnungswesen, jetzt Landesgeschäftsführer beim Internationalen Bund für Sozialarbeit.

Die Hauptprobleme insbesondere großstädtischer Wohnungsversorgung sind ohne eine breite Weckung von Eigeninitiative und Selbsthilfe der Betroffenen nicht zu lösen. Die Wiederbelebung von großen Teilen der Innenstädte ist anders kaum vorstellbar. „Stadterneuerung“ darf nicht nur als Begriff für bestimmte festgelegte Sanierungsgebiete, sondern muß als sozialpolitischer Anspruch verstanden werden, die Lebensbedingungen der Bewohner größerer Nachbarschaften insgesamt zu verbessern. Die bauliche Erneuerung ist dabei zwar das wichtigste Instrument, aber nicht Selbstzweck. Auch finanziell stößt die staatliche Wohnungspolitik längst an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit.

Hauptinstrumente der staatlichen Wohnungspolitik in den Städten waren bisher die Unternehmen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, vor allem die gemeinnützigen Kapitalgesellschaften. Es ist zweifelhaft, ob und inwieweit diese Träger in der Lage sind, zukünftig Eigeninitiative, Selbstverantwortung und Selbsthilfe der Bewohner zu wecken. Zu sehr haben sie sich in der Praxis von ihren eigenen Ursprüngen und Ansprüchen entfernt. Die großen gemeinnützigen Kapi-

9. Genossenschaftliche Selbsthilfe heute ist auch deshalb schwerer denn je, weil diese „neue“ Bewegung es mit den verkrusteten, bürokratisierten Reststrukturen der alten Selbsthilfebewegungen zu tun hat. Diese präokkupieren nicht nur einige zentrale Begriffe und Ideologien, sondern behindern real (durch Rechtsformalitäten) Neugründungen.

talgesellschaften weisen Strukturprobleme auf, die eben gerade mit ihrer Größe zusammenhängen. Gesellschaften, die über Zehntausende von Wohnungen verfügen, entwickeln mehr oder weniger zwangsläufig eine bürokratische und zentralistische Organisation. Da ist es so kein Wunder, wenn die Mieter eine solche Organisation nicht als einen ihren Interessen dienenden Zusammenschluß, als eine entwickelte Form der Selbsthilfe zur Deckung eines elementaren Bedürfnisses, sondern eben auch als eine anonyme Kapitalwertungsgesellschaft ansehen, die ihnen eher wie eine Verwaltung begegnet.

Eine Rückbesinnung auf Grundgedanken des Genossenschaftswesens kann in dieser Situation in den Städten ein wesentlicher Beitrag zur notwendigen Reform der staatlichen Wohnungspolitik sein. Dezentrale, in kleinen überschaubaren Einheiten organisierte Formen eigenverantwortlicher Wohnungsversorgung können zu menschlicheren Ergebnissen führen. Die mit dem Ende des Wiederaufbaus spätestens Mitte der siebziger Jahre überall vollzogene Wende vom Massenbau zum Vorrang der Substanzerhaltung konfrontiert die Wohnungspolitik nicht nur mit qualitativ und quantitativ neuen Aufgaben; sie erleichtert auch die Reform. Die mit der Zentralisierung verbundenen Nachteile müssen nicht länger in Kauf genommen werden. Dezentrale, von den Bewohnern selbst getragene Formen der Wohnungsversorgung können eine immer größere Rolle spielen. Die bisherigen Trägerformen sind weder sinnvoll noch notwendig.

Genossenschaften im Bereich Bau-Wohnen bedeuten die Bildung von Gemeinschaftseigentum in einer Größenordnung, die der einzelne überschauen kann. Sie sollen die Eigenverantwortung und Identifikation mit der Wohnung und

dem Wohnumfeld stärken. Sie werden demokratisch verwaltet nach dem Prinzip kapitalunabhängiger Gleichberechtigung („one man – one vote“), unabhängig also von der Höhe der Kapitaleinlage. Selbsthilfe und Selbstbau tragen zur Kostenminderung bei. Genossenschaftliches Eigentum verringert das materielle Risiko des einzelnen. Wertsteigerungen der Grundstücke und Gebäude bleiben bei der Gemeinschaft. Da sie nicht realisiert werden können, ist die Spekulation wirksam ausgeschaltet.

Genossenschaften im Bereich Bau-Wohnen sind nicht alleinseligmachend. Die Zahl der Menschen, die bereit und fähig sind, Solidargemeinschaft, Selbstverantwortung und Selbsthilfe zu tragen und zu organisieren, wird immer begrenzt sein. Aber es muß auch und gerade heute Aufgabe staatlicher Wohnungspolitik sein, sie so groß wie möglich werden zu lassen. Eine breite Förderung genossenschaftlicher Wohnformen ist auch in Großstädten kein Allheilmittel für alle Probleme der Wohnungsversorgung unterer und mittlerer Einkommenschichten; sie kann jedoch einen grundlegenden Impuls für eine notwendige Neuorientierung der gesamten Wohnungspolitik geben.

Genossenschaftliche Organisation von Selbsthilfe trifft auf wachsende Bereitschaft, Fähigkeit und Notwendigkeit. Wertewandel, mehr Freizeit und wachsende Arbeitslosigkeit sind wesentliche Antriebskräfte einer Entwicklung, die in einer erstaunlich wachsenden Zahl neuer Genossenschaften, genossenschaftsähnlicher Vereinigungen und Bauherren-Selbsthilfegemeinschaften zum Ausdruck kommt. Es handelt sich dabei kaum um eine vorübergehende Modeerscheinung. Dagegen spricht auch, daß es vor allem handfeste wirtschaftliche Motive sind, die Menschen veranlassen, sich daran zu beteiligen. Vorrangig geht es ihnen sicher darum, kostengünstiger zu wohnen, zu bauen, zu modernisieren und instandzuhalten; es geht um Eigennutzen und Kostenersparnis. Sie sehen vor allem den Vorteil, den die Identität von Nutzer und Unternehmer bringt. Dies schließt ideelle Ziele und Motive aber keineswegs aus.

Der Wunsch nach Eigentum an der eigenen Wohnung ist ungebrochen. Weitaus die meisten Menschen in diesem Lande teilen ihn. Es ist ein

Fehler, ihn zu leugnen oder als ideologische Fehlleitung abzutun. Natürlich macht es einen Unterschied, ob ich mit meiner Miete fremden Wertzuwachs finanziere oder mit meinen Leistungen ein eigenes Vermögen bilde; und sei es nur in der Form von Anteilen oder dinglichen Rechten. Unter den Bedingungen der Städte ist der Wunsch nach Wohneigentum als Eigenheim nur für besonders kapitalkräftige Schichten realisierbar. Auch Stockwerkseigentum durch Neubau wird zunehmend unerschwinglich. Die Nachfrage richtet sich immer mehr auf den Bestand. Die Folge ist ein harter Verdrängungswettbewerb zu Lasten einkommenschwacher Gruppen, die auf preisgünstige Altbauwohnungen angewiesen sind. In dieser Lage müssen Formen genossenschaftlichen Gemeinschaftseigentums für einkommenschwache Gruppen schon aus Gründen der Abwehr solcher Verdrängungsprozesse besonders gefördert werden.

Genossenschaftliches Gemeinschaftseigentum ist als „dritter Weg“ neben Einzeleigentum und Mietwohnungsbau bisher nicht gleichberechtigt anerkannt. Im Gegenteil: Steuergesetzgebung und staatliche Förderungsrichtlinien diskriminieren das Gemeinschaftseigentum auf vielfältige Weise. Diese Diskriminierungen sind gegenwärtig die entscheidenden Hemmnisse, die einer breiteren Durchsetzung genossenschaftlicher Wohnformen entgegenstehen. Hinzukommen das komplizierte Verfahren bei Genossenschaftsgründungen nach dem geltenden Genossenschaftsgesetz und teilweise zusätzliche bürokratische Erschwernisse durch die Prüfverbände.

Eine Rückbesinnung auf genossenschaftliche Grundgedanken kann wesentliche Beiträge für eine bessere und menschlichere Wohnungsversorgung niedriger und mittlerer Einkommenschichten leisten. Dies gilt sowohl für den Bestand als auch für den Neubau. Auf breiter Front wirksam können diese Beiträge jedoch nur werden, wenn es gelingt, die gegenwärtige Diskriminierung des Gemeinschaftseigentums gegenüber dem Einzeleigentum und dem Mietwohnungsbau durch Gesetzgebung und staatliche Förderung zu beseitigen. Sonst werden die überall vorhandenen genossenschaftlichen Initiativen Spurenelemente im kargen Boden der Wohnungspolitik bleiben.



Anke Brunn: Strukturen für Selbsthilfe

Anke Brunn, 1981 Senatorin für Jugend, Familie und Sport in Berlin, jetzt Geschäftsführerin des Jugendsozialwerkes in Nordrhein-Westfalen.

Auch in den letzten beiden Jahrzehnten hat es Selbsthilfebewegungen gegeben, meist im Zusammenhang mit Bürgerinitiativen. Ich erinnere an die Bewegung der Elterninitiativen, an die Lehrlings- oder Jugendzentrumsbewegung und an Bürgerinitiativen der vielfältigsten Art, die in den 70er Jahren entstanden sind. Diese hatten alle etwas gemeinsam: sie wollten bestimmte Dinge leisten. Die Lehrlingsbewegung etwa empfand die Berufsausbildung der Jugendlichen als mangelhaft; die Lehrlinge sollten für eine bessere Berufsausbildung mobilisiert und organisiert werden. Sie wollte soziale Veränderung und gesellschaftliche Teilhabe. Es war also eine Demokratisierungs- und eine sozialreformerische Bewegung. Die Elterninitiativbewegung wollte Kindergartenplätze für ihre eigenen Kinder, aber sie wollte auch Kindergärten für andere Kinder. Das Ziel war, Strukturen zu verändern und unmittelbar bestimmte soziale Leistungen in Gang zu bringen.

Dies waren die Ausgangspunkte für mein jugend- und sozialpolitisches Engagement. Als ich 1981 nach Berlin kam, wurde hier gerade der große Konflikt um die Hausbesetzungen ausgetragen. Mir schienen und scheinen Fehler in der Wohnungs- und Sanierungspolitik und die Unfähigkeit des Staates und der offiziellen Stellen, in geeigneter Form darauf zu antworten, Ursachen dieses Konfliktes zu sein. Die Hausbesetzungen waren Ausdruck der Forderung nach bestimmten Formen des Wohnens, des Wiederherstellens, des Zusammenlebens und des Arbeitens. Unterstützt wurden die Hausbesetzer überwiegend von jungen Menschen, aber auch ältere engagierten sich. Wir haben damals versucht, bestimmten Handlungsmodellen zum Durchbruch zu verhelfen. So haben wir beispielsweise im März 1981 einen Senatsbeschluß gefaßt, nach dem Selbsthilfestrukturen ermöglicht wurden, wenn beispielsweise junge Menschen, die in diesen Häusern wohnten, die Wiederherstellung selbst in die Hand nehmen wollten. Wir konnten dabei an vorhandene Berliner Strukturen anknüpfen, wie Frauenhäuser und andere „alternative“ Projekte.

Schließlich haben wir uns überlegt, was wir da eigentlich gemacht haben. Wir haben versucht, uns gegenüber Rechenschaft abzulegen und haben festgestellt, wenn dergleichen so schwer durchzusetzen ist, daß dies für Sozialdemokraten Anlaß zum Nachdenken sein müßte. Und schwer durchzusetzen war es ja in unseren eigenen Reihen und Strukturen. Dabei haben wir uns auch die Frage gestellt, wo wir in unserer eigenen Geschichte Anknüpfungspunkte finden könnten.

Inzwischen hat sich viel verändert; wir müssen neu nachdenken. Was seinerzeit sozialreformerische Ansätze einer an sich reichen und saturierten Gesellschaft waren, und nichts anderes war die Bürgerinitiativbewegung, das ist heute oft (etwa in den Städten Nordrhein-Westfalens mit ihrer hohen Arbeitslosigkeit) der Versuch von Selbsthilfe gegen die akute Not: Arbeitslose kämpfen darum, mit ihrer Zeit etwas Sinnvolles anzufangen, sie wollen Arbeit finden. Jugendliche suchen nach Ausbildungsplätzen. Für Jugendliche ist heute häufig das Selbsthilfeprojekt oder die alternative Werkstatt der letzte Notnagel nach einer langen Reihe von Mißerfolgen.

Insofern ist die Selbsthilfediskussion heute in sehr starkem Maße eine „Mutdiskussion“, die aber – und das halte ich für außerordentlich gefährlich – zusammenfällt mit einer konservativen Entwicklung: Gleichzeitig mit der Notsituation vieler wird der ganze Mechanismus staatlicher Hilfen in Frage gestellt. Die Selbsthilfe wird von einigen politischen Kräften als Ausweg propagiert und genutzt, bei dem man nach dem Wegfall staatlicher Hilfen die Leute dazu bekommen kann, Dinge selbst zu regeln. Das aber führt in meinen Augen dazu, daß wir heute dem Begriff der Selbsthilfe an sich kritischer gegenüberstehen müssen als noch vor zwei Jahren, weil wir uns dagegen wehren müssen, daß Selbsthilfe der Vorwand für Reprivatisierung von Dingen wird, die früher von der Solidargemeinschaft gesetzlich abgesichert und übernommen wurden. Soziale Risiken dürfen nicht wieder auf die Familie zurückverlagert werden. Der Ausfall staatlicher Bürgschaften, z. B. das Recht auf Bildung und Ausbildung, darf nicht unter schlecht abgesicherten Umständen von Jugendlichen selbst übernommen werden. Selbsthilfe kann nicht die Antwort darauf sein, daß der Staat nicht das tut, was er eigentlich tun müßte. Die Gesellschaft darf sich nicht von der Regelung sozialer Probleme zurückziehen. Die Selbsthilfe darf nicht dazu führen, daß man Notstände akzeptiert.

Deshalb scheint mir eine vernünftige weitere Entwicklung des Selbsthilfegedankens nur dann möglich zu sein, wenn Strukturen geschaffen werden, die selbsthilfefreundlich sind. Das bedeutet konkret, Sozialreformen durchzuführen, die sicherstellen, daß Rechtsansprüche auf Leistung nicht eingeschränkt werden, beispielsweise bei jugendlichen Arbeitslosen, bei Familien oder für Mieter, um nur einige Punkte aufzuzählen. Vor einer Diskussion über Selbsthilfe sollte die Forderung stehen, die Solidargemeinschaft in die Lage zu versetzen, gesetzlich und staatlich abgesichert für die großen Lebensrisiken, denen der einzelne ausgesetzt ist, einzutreten. Die „Lebenslagen“ (Klaus Novy) müssen abgesichert sein. Man kann den einzelnen nicht auf Selbsthilfe zurückverweisen wollen, wie das heute teilweise geschieht.

Auf der anderen Seite müssen wir die Ausgestaltungsmöglichkeiten des einzelnen im Sozialen vergrößern, d. h. wir müssen den alten Strang der Diskussion wieder aufnehmen und fragen, warum gibt es nicht auch Strukturen in der Sozialpolitik oder im Wohnbereich, wo der einzelne stärker und besser mitgestalten kann? Warum muß der Behinderte in ein großes Heim, warum kann er nicht mit Hilfe von anderen, mit denen er zusammenlebt, in einer kleinen, überschaubaren Wohneinheit leben, wenn er das will und wenn es finanziell abgesichert ist? Das wäre etwas anderes, als ihm seine Unterstützung wegzunehmen und ihn damit zu zwingen, aus einem Heim in eine Privatwohnung umzuziehen. (Das aber ist ja die Tendenz, mit der das gegenwärtig betrieben wird.) Warum kann man eine Gruppe von Jugendlichen, die gemeinsam eine Drogentherapie macht und das mit Arbeitsprojekten verbindet, nicht ebenso fördern wie einen medizinischen Entzug? Jeder weiß doch, daß

das Letztere heutzutage kaum sichergestellt werden kann. Oder warum kann nicht eine Gruppe von Eltern, die behinderte und nichtbehinderte Kinder zusammen erziehen will, eine Förderung erhalten, analog zu der, die nach dem Bundessozialhilfegesetz für Behindertenkindergärten schon gesetzlich vorgeschrieben ist? Alles dies muß erleichtert werden.

Darüber hinaus sollten wir im Feld zwischen Beschäftigungslosigkeit und Arbeit im produktiven Bereich neue Formen entwickeln. Es gibt in Berlin interessante Modelle, die übertragbar wären: Werkstätten, in denen Arbeitslose mit Hilfe von ABM-Maßnahmen beschäftigt werden können, um an der Renovierung von Häusern mitzuarbeiten, vielleicht auch sogar für sich selbst, damit sie ihren eigenen Wohnraum garantieren können. Hier sehe ich ein weites Feld von Möglichkeiten, die wir positiv ausgestalten müssen, aber die nur wirksam werden können unter der Voraussetzung, daß man die allgemeinen Sicherungssysteme nicht mit einem Federstrich beiseite schafft.

Das Gefährliche an der gegenwärtigen Diskussion scheint mir jedenfalls zu sein, daß alles in einen Topf geworfen wird. Darum kann ich auch dem Motto dieser Tagung von der merkwürdigen Koalition zwischen Sparkommissaren und Sozialromantikern einiges abgewinnen. Die Erfahrung zeigt schließlich, daß diejenigen, die vielleicht wegen schlechter Erlebnisse mit dem Staat in eine massive Sozialstaatskritik eintreten, auf der anderen Seite sich gar nicht mehr wehren, wenn Stützen des Sozialstaates beiseite gestoßen werden und die Leute, die darauf angewiesen waren, durch den Sozialstaat abgesichert zu sein, auf einmal wieder in große Not geraten.

Wamfried Dettling: Neues Verständnis von staatlicher Politik

Dr. Wamfried Dettling, bis 1983 Leiter der Hauptabteilung Politik der Bundesgeschäftsstelle der CDU, jetzt Abteilungsleiter im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit.

Im Unterschied zu Frau Brunn kann ich mit dem Thema der Tagung nicht viel anfangen. Hier werden wahllos Etiketten geklebt, weil man – und das verstehe ich durchaus – einen attraktiven Titel brauchte. Nur ist nicht jeder, der sich über die Finanzierbarkeit des Sozialstaates Gedanken macht, ein Sparkommissar, und nicht jeder, der meint, daß es so nicht weitergehen kann, ist ein Sozialromantiker. Und mit den Konservativen, die ja immer wieder wie apokalyptische Reiter durch

den Saal geistern, was ist mit denen? Ich schlage eine präzise Definition für konservativ vor: „Konservativ ist jeder, der nicht Mitglied der SPD ist . . .“

In der Tat möchte ich das Thema zur Frage umformulieren: „Wo liegen die möglichen Gemeinsamkeiten zwischen Grün-Alternativen auf der einen Seite und auf der anderen Seite meinerseits der CDU-Bundesregierung?“ Solche Gemeinsamkeiten sehe ich in der Diagnose, in der Analyse und auch teilweise in der Perspektive der gesellschaftlichen Entwicklung. Diese Gemeinsamkeiten möchte ich aufschlüsseln durch den vertrauten Begriff der „Entfremdung des Menschen“, Entfremdung des Menschen in entwickelten Industriegesellschaften. Über die Entfremdung des Menschen im Kapitalismus ist von Marx und anderen sehr viel geschrieben worden, und die Antwort auf diese Entfremdung im Kapitalismus war historisch gesehen der Sozialstaat und der Wohlfahrtsstaat. Man kann sehr vereinfachend formulieren, daß der Kapitalismus den Wohlfahrtsstaat nötig, aber auch möglich gemacht hat. Bis heute sind Wohlfahrtsstaaten solche Staaten, die es sich leisten können.

Antwort also auf die Entfremdung des Menschen im Kapitalismus war der Wohlfahrtsstaat, er war die Antwort auf die Grenzen des Marktes, auf die Erkenntnis und Anerkenntnis, daß eine Gesellschaft, die sich nur nach Marktgesetzen organisiert, keine gute, sondern eine ungerechte Gesellschaft ist. Darüber will ich jetzt nicht lange diskutieren, nur kann man im Rückblick sagen, daß es nicht nur Grenzen des Marktes gibt, sondern daß es auch Grenzen des Staates gibt, sehr grundsätzliche und prinzipielle Grenzen. Die Kapitalismuskritik ist ergänzt worden und muß ergänzt werden durch eine Staatskritik.

Die Gemeinsamkeiten sehe ich also darin, daß die Probleme des Wohlfahrtsstaates nicht als Folge der Finanzkrise verstanden werden und daß sie, die alternative Bewegung, nicht verstanden wird als eine Randgruppenproblematik, eine Sache, die nur Minderheiten angeht. Die Gemeinsamkeiten sehe ich darin, daß von beiden die Widersprüche des modernen Wohlfahrtsstaates thematisiert werden ebenso wie die Strukturprobleme entwickelter Industriegesellschaften. Aber warum wird dieses Thema gerade jetzt zum Problem? Und warum nicht schon früher? Meine vereinfachende Antwort ist die, daß die Königslehren des sozialen Fortschritts der vergangenen hundert Jahre jetzt wiederum aus grundsätzlichen Gründen an ihre

Grenzen stoßen. Mit diesen „Königslehren“ meine ich einmal das Wachstum der Wirtschaft, zum zweiten das Wachstum des Staates und zum dritten auch das Wachstum und den Einfluß kollektiver Interessenvertretungen durch die Gewerkschaften. Man könnte sagen, daß der gesellschaftliche Fortschritt darin bestand und daß sich die Lebenslage der Menschen verbessert hat dadurch, daß die Menschen immer mehr bekamen auf dem Markt, daß das Markteinkommen ebenso wie das Sozial-einkommen immer größer wurden. Die Gewerkschaften haben dafür gesorgt, daß diese Einkommen einigermaßen gerecht und gleichmäßig verteilt wurden. Die Gesellschaft der vergangenen hundert Jahre kann man sehr vereinfacht als eine Gesellschaft des steigenden Grenznutzens betrachten, und mit Gerhard Schmidchen kann man sagen, daß wir selbst in eine Gesellschaft des fallenden und des abnehmenden Grenznutzens geraten.

Drei Gründe sind für die Entwicklung besonders wichtig. Der erste Punkt ist der, daß in der Vergangenheit die Kosten des Fortschritts leichter abgewälzt werden konnten, als das in der Gegenwart und in der Zukunft der Fall ist: die Kosten des wirtschaftlichen Wachstums auf die Umwelt, die Kosten des wachsenden Sozialstaates auf Steuerzahler oder auf kommende Generationen usw. Diese Kosten werden jetzt spürbarer, sie können subjektiv stärker erlebt werden, und sie können nicht mehr so ohne weiteres abgewälzt werden.

Der zweite ist die Dialektik des Fortschritts: Gerade weil der Staat erfolgreich war, gerade weil die Wirtschaft erfolgreich war, gerade weil die Gewerkschaften erfolgreich waren, änderten sich mit ihrem Erfolg auch die Bedingungen ihres künftigen Erfolges, entstanden neue Problemlagen, auf die man sich mit anderen Strategien einrichten muß.

Der dritte Grund sind die gewandelten Wertorientierungen der Menschen. Die Wertediskussion hat ein Zwischenergebnis, das man so formulieren kann (es sind typischerweise widersprüchliche Wertorientierungen): Die Menschen wollen wirtschaftlichen Wohlstand, sie wollen soziale Sicherheit, aber sie sehnen sich immer mehr auch nach Dingen, die sie auf dem Markt nicht kaufen können und die sie vom Staat nicht bekommen können. D. h. sie wollen Entfaltung einerseits, aber auch Geborgenheit; sie wollen soziale Sicherheit, aber auch überschaubare Lebensverhältnisse. Dies sind meiner Meinung nach Grundprobleme, die man auch dann nicht lösen oder beseitigen könnte,

wenn zufällig mehr Geld in der staatlichen Kasse wäre.

Wie müßte das politische Angebot eigentlich aussehen, die Philosophie, das Ideen- und Wertangebot, das diesen veränderten Problemlagen entspricht und das auch den gewandelten Wertorientierungen der Menschen entspricht? Wenn man sich das Ideenangebot der Gegenwart betrachtet, kann man unschwer erkennen, daß es immer noch die Lehren der Französischen Revolution sind und vor allem, daß die Strategien darauf hinauslaufen, einen dieser Werte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit eindimensional zu maximieren. Es gibt das Programm und die Politik des individualistischen Liberalismus, wo die Frage nach der guten Ordnung der Gesellschaft auf eine Marktordnung reduziert wird und der Mensch auf einen homo oeconomicus. Auf der anderen Seite gibt es den demokratischen Sozialismus, der die Frage nach der guten Ordnung mit einem Entwurf einer entsprechenden Ordnung des Staates beantwortet. Und es gibt als drittes den gemeinschaftsorientierten Solidarismus, der die gute Ordnung in einer brüderlichen oder schwesterlichen Gemeinschaft zwischen Menschen sieht, die bestimmt ist durch Anmut und Zuwendung, Nächstenliebe, Solidarität jenseits formalisierter Beziehungen im staatlichen oder im wirtschaftlichen Bereich. Ich will jetzt nicht darauf eingehen, welche Folgen es hat, wenn man eine dieser Wertorientierungen gewissermaßen in einem gesellschaftspolitischen Entwurf maximiert.

Was ist nun die politische Konklusion, wenn die Analyse stimmt und wenn die eindimensionalen Strategien mit massiven Kosten verbunden sind? Dies wäre dann die Definition einer Gesellschaft, in der die Menschen wählen können, nicht nur zwischen Parteien in der Politik oder zwischen den Gütern auf dem Markt, sondern auch zwischen unterschiedlichen Lebensweisen, mit allen massiven Veränderungen, die das für die Organisation des Sozialstaates und auch vor allem für die Organisation der Arbeitswelt bedeuten würde. Die Antwort wäre nicht die Demontage, wohl aber die Transformation des Sozialstaates, der in Zukunft mehr als bisher auf zwei Beinen stehen müßte: einmal im sozialen Netz des Staates, das der Staat für seine Bürger knüpft mit den Mitteln, die ihm dafür noch zur Verfügung stehen, mit Geld und Recht, also mit Stabilisierung des sozialen Netzes des Staates für den Bürger, mit der Konsolidierung einer traditionellen Sozialpolitik, wobei es durch-

aus sein kann, daß in dieser traditionellen Hinsicht Sozialpolitik sich in Zukunft möglicherweise auf neue Gruppen konzentrieren muß. Es kann also sehr wohl einen partiellen Ausbau auch des traditionellen Sozialstaates geben.

Daneben aber, und darauf kommt es mir besonders an, ist der Aufbau eines sozialen Netzes wichtig, das Menschen füreinander knüpfen, nicht der Staat für die Menschen. Diese beiden sozialen Netze, also jenes, das sich um Familie, Nachbarschaft, Selbsthilfe usw. kümmert und das der staatlichen Sozialpolitik, halte ich für eine vernünftige politische Orientierung.

Dies würde im Grunde ein neues Verständnis von staatlicher Politik erfordern. Neben der traditionellen Politik des Staates, des Sozialstaates, müßte verstärkt eine Politik der aktiven Subsidiarität hinzutreten. Aktiv nenne ich diese Subsidiarität, weil es nicht darum gehen kann, den Staat von Aufgaben zu entlasten und sie an die Privaten zurückzubehalten. Dies ist im Grunde, wie mir scheint, eine sehr einseitige und falsche Gegenüberstellung. Der Gedanke, was der Staat nicht mache, das werde den Privaten gegeben, ist im Dualismus Staat versus Markt befangen. Aber es kommt darauf an, daß man jenseits von Staat und Markt neue Räume eröffnet (Selbsthilfe, soziale Netze), die dann einspringen, wenn der Staat bestimmte Dinge nicht leistet, nicht leisten kann aus grundsätzlichen Gründen, aber einzelne natürlich auch nicht. Aktive Subsidiarität heißt nicht, daß der Staat Aufgaben weggibt und dann zusieht, wie die Leute damit zurechtkommen. Es heißt auch nicht, daß der Staat nur den Mittelstand oder die Landwirtschaft unterstützt, sondern sie bedeutet Unterstützung eben dieser sozialen Netze, von sozialen Gruppierungen. Das erfordert eine andere, eine flankierende Sozialpolitik des Staates, beispielsweise Hilfe für ganz bestimmte Selbsthilfegruppen in der Initialphase, um die Voraussetzungen für Stabilität und Dauer zu schaffen.

Die Politik muß, wie die jetzige Bundesregierung dies auch versucht hat, die Impulse der Alternativen aufnehmen und sie konstruktiv so verwandeln, daß diese Impulse nicht die Lebensbedingungen unserer Gesellschaft zerstören. Bei den Grün-Alternativen wird oft vergessen, daß das Maß an sozialer Sicherheit, an wirtschaftlichem Wohlstand, an politischer Freiheit, das wir haben, sehr voraussetzungsgebunden ist, daß es außerordentlich stör anfällig ist. Es geht um einen Fortschritt in einer - vielleicht - nachindustriellen Gesellschaft

und nicht um einen Rückschritt in eine vorindustrielle Gesellschaft. Hierbei kommt es ganz entscheidend darauf an, daß wir zu einer neuen Kooperation kommen zwischen den freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe, der Sozialar-

beit und den Alternativen. Für die soziale Zukunft unserer Gesellschaft hängt sehr viel davon ab, wie die freie Wohlfahrt und die alternativen Gruppen kooperativ miteinander umgehen, um wechselseitig voneinander zu lernen.

Peter Grottian: Es gibt keine Koalition zwischen Spar- kommissaren und Alternativprojekten

Dr. Peter Grottian, Professor für Verwaltungswissenschaft am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin.

Die These von der merkwürdigen Koalition zwischen Sparkommissaren und Selbsthilfegruppen, Frauenprojekten und Alternativprojekten ist sehr populär. Sie ist hartlebig und öffentlichkeitswirksam, aber sie ist schlicht falsch. Sie ist falsch und gleichwohl wirksam, weil (gewollt oder ungewollt) von vier Seiten mit völlig unterschiedlichen Interessen an dieser These oft mit Bedacht gestrickt wird.

Die Konservativen haben, mit nicht zu leugnendem Realismus aus den fiskalischen Zwängen des Sozialstaats und einer geschickten Bündelung der zum Teil sehr berechtigten Kritik an diesem Sozialstaat unter Aktivierung des selbstbestimmungsfreudigen und sozialexperimentierbereiten Potentials das Konzept ihrer Subsidiaritätspolitik entwickelt. Das Konzept der Hilfe zur Selbsthilfe ruht bisher m.E. auf einer programmatischen Suggestion: Der Sozialstaat soll qualitativ in der Weise umgebaut werden, daß auf der einen Seite Haushaltsmittel eingespart werden, aber daß man auf der anderen Seite durch die Aktivierung des Selbsthilfepotentials zu sozial-innovatorischen Dienstleistungen und einer qualitativ besseren Versorgung der Bürger kommt.

Die Konservativen haben ein paar ganz interessante Bereiche aufgegriffen. Es zeigt sich, daß Bereiche wie Selbsthilfe- und Alternativprojekte, ja sogar die Finanzierung von Frauenhäusern durchaus in dieses Feld gehören. Diese konservative

Subsidiaritätspolitik hat als Kern die beschriebene programmatische Suggestion, und in der Realität wird der Sozialstaat nicht qualitativ umgebaut, sondern er wird massiv abgebaut; die Haushaltsmittel werden nur symbolisch für Selbsthilfe und Alternativbereiche eingesetzt; der Zusammenhang von beschäftigungspolitischen und sozialpolitischen Dimensionen wird geleugnet und in Wahrheit auf eine Mobilisierung des familiären und nachbarschaftlichen Ehrenamtsprinzips verwiesen. Konservative, und darin besteht ihre schauspielerische Leistung, haben eine Rezeptur neuer Subsidiaritätspolitik angeboten, sie haben suggeriert, daß soziale Hoffnungen eingebunden werden können, aber faktisch, trotz mancher anerkennenswerten Bemühungen, zu denen ich bewußt die Dettlings und Finks zähle, diese Medizin aus guten Gründen nicht verabreicht. Selbst einer der Begründer des Begriffs von der Subsidiarität, von Nell-Breuning, würde angesichts der konkreten Subsidiaritätspolitik, wie er auch öffentlich kundgetan hat, erhebliche Bauchschmerzen haben. Denn was die beschäftigungspolitische Dimension der Selbsthilfepolitik betrifft, hat er längst das Lager gewechselt. Er meint, da es kein echtes Bedürfnis nach mehr Wachstum gäbe, gibt es auch deshalb keinen echten Mehrbedarf, um wirklich mehr zu arbeiten, deshalb muß weniger gearbeitet werden, damit alle Arbeit haben. Nell-Breunings Plädoyer: Eine radikale Arbeitszeitverkürzung, er spricht selbst von der 35- oder 37-Stunden-Woche, wäre eine Strategie beschäftigungspolitischer und sozialpolitischer Versöhnung.

Hilfe zur Selbsthilfe hätte ihre sozialpolitische und beschäftigungspolitische Dimension; und genau das zu verhindern, ist meiner Meinung nach das erklärte Ziel konservativer Subsidiaritätspolitik. Die These von der Koalition von Sparkommissaren und Selbsthilfegruppen, Frauenprojekten und Alternativprojekten ist bisher aber auch deshalb vordergründig so erfolgreich gewesen, weil SPD und Gewerkschaften - von wenigen Ausnahmen

wie Strasser, Glotz, Sund und Anke Brunn abgesehen - gleichermaßen hilflos und phantasielos der Krise des Sozialstaats und den sich entwickelnden Selbsthilfe-, Frauen- und Alternativprojekten gegenüberstanden. Hier sollte etwas vorankommen.

Hilflos und phantasielos waren die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie vor allem deshalb, weil die Unterschiede sozialdemokratischer und konservativer Sozialstaatsabbaupolitik nicht signifikant, geschweige denn dramatisch zu nennen sind. Bremische, Hamburgische oder Berliner Haushaltskonsolidierungspolitik sind sich ja in so vielen Bereichen verblüffend ähnlich. Sozialdemokraten und Gewerkschafter haben sich von den Konservativen zum Teil nur noch dadurch unterschieden, daß ihr schlechtes soziales Gewissen, ihre moralischen Skrupel sichtbar wurden, während Konservative es da doch eher mit dem Realitätssinn halten. Anstatt daß Sozialdemokraten und Gewerkschaften über die Struktur des Sozialstaats nachdenken, die Früchte ihrer Nachdenklichkeit auch in Handlungen umsetzen und einen qualitativen Umbau des Sozialstaats einschließlich der Selbsthilfe auch tatsächlich angehen, anstatt daß sie das etwas ernster nehmen, was von der CDU an Kritik des Sozialstaats hochgebracht wird, haben Sozialdemokraten und Gewerkschafter in der Regel nur mit der hilflosen Formel „der Sozialstaat darf nicht abgebaut werden“ reagiert.

Sie setzen der CDU oder den Konservativen insgesamt kein Konzept entgegen, obwohl sie wußten (zumindest am Bierisch), daß die betont inhumanen, teuren, ineffektiven Sozialstaatsleistungen insgesamt sehr wohl der Neuerung bedürfen. Ihre eigene Unfähigkeit, sich mit der konservativen Subsidiaritätspolitik und auch mit den Selbsthilfe-, Frauen und Alternativprojekten auseinanderzusetzen, führte manchen Gewerkschafter und Sozialdemokraten zu der denunziatorischen Formulierung, daß konservative sozialpolitische Ansätze und Selbsthilfe- und Alternativprojekte aus gleichem geistigen Holz geschnitzt seien.

Vor allem die Gewerkschaften haben (teilweise aus einer sehr verständlichen Verärgerung über die Leichtfertigkeit, mit der in Selbsthilfe- und Alternativprojekten mit Errungenschaften der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung umgegangen wird) die These von der merkwürdigen Koalition von den Grünen und Alternativen und den Konservativen mitproduziert. Daß sich inzwischen etwas in der SPD und in den Gewerkschaften bewegt, muß deutlich betont werden. Das, was die SPD-Fraktion

in Nordrhein-Westfalen plant, was zuweilen in Hamburg und Bremen passiert, scheint jedenfalls ein erstes Nachdenken zu signalisieren.

Die These von der Koalition der Sparkommissare, Grün-Alternativen und Frauenprojekte ist zu einem kleinen Teil aber auch den einzelnen Projekten und deren Auftreten in der Öffentlichkeit zuzuschreiben. Die Projekte haben ihre oft alternativen Formen von Leben, Wohnen und Arbeiten herausgestellt und viele Sympathien gefunden, aber die existenziellen Schwierigkeiten oft bewußt unter den Teppich gekehrt. Dadurch ist häufig der Eindruck entstanden, die jungen dynamischen Leute hätten ihr Schicksal sozusagen tatsächlich in die Hand genommen und alles laufe zwar knapp, aber ganz gut, und es werde sich schon einrichten. Einzelne Projekte z. B. in Berlin, die sich relativ gut selbst über Wasser halten konnten, wurden dann von anderen Projekten als Argument dafür benutzt, es in gleicher Weise machen zu können. Die UFA-Fabrik ist für mich hier nicht nur ein positives, sondern auch ein sehr negatives Beispiel. Schließlich ist die These der Koalition von Sparkommissaren und Alternativprojekten natürlich auch durch die Medien mitproduziert worden.

Wie sich Journalisten von Bäckereien mit Gehältern von Sozialhilfesätzen und von Ausbeutung der Frauenarbeit haben beeindrucken lassen, gehört wirklich zu den Skandalen dieser Republik.

Das Fazit: Die These von der merkwürdigen Koalition zwischen Sparkommissaren und Selbsthilfegruppen besteht in der programmatischen Suggestion der Konservativen. Ihre große öffentliche Wirkung hat sie nur dadurch erreichen können, daß Gewerkschaften und SPD als intervenierende politische Potentiale fast ganz ausgefallen sind und die an einzelnen Projekten Beteiligten meinten, sich entsprechend politisch einstellen zu müssen.

Die wirklich merkwürdige Koalition ist bei Licht besehen eigentlich eine ganz andere: Die gesellschaftlichen Großorganisationen, die Exekutive, die SPD, die Gewerkschaften und die CDU koalieren in den Selbsthilfefragen viel besser und nachhaltiger, als sie bei allem oft zur Schau getragenen Streit wahrhaben wollen. Ihre vorhandenen Macht- und Interessesstrukturen mit den jeweiligen Varianten der Subsidiarität oder der Ideen der kleinen sozialen Netze sind sehr zuverlässig auf die Eigeninteressen und darauf gerichtet, ein wirkliches, generelles gesellschaftliches Experimentierfeld für Selbsthilfefrageprojekte nicht zuzulassen. Die beschäftigungspolitische Debatte, die Debatte über

ABM und vieles andere zeigt Sozialdemokraten, Gewerkschafter, CDUler, FDPler mehr oder minder in einer Front. Und daß beschäftigungspolitische Initiativen in dieser Richtung tatsächlich in Gang gekommen sind, das kann man nur vordergründig behaupten. Einer der wenigen Träume, von denen man vielleicht noch reden konnte in der Verbindung von solchen Programmen, die ABM-Programme in Hamburg, sind inzwischen auch Programme, die viele Federn haben lassen müssen. Das 7,5-Mio.-DM-Programm in Berlin ist ein

Beispiel dafür, wie man Brosamen-Politik macht. Gerade angesichts der Tatsache, daß demnächst womöglich 2 Mrd. oder 3 Mrd. DM als steuerpolitische Komponente für Familien ausgegeben werden, eine Stiftung „Mutter und Kind“ ins Leben gerufen wird und für Frauenhäuser in dieser Republik kaum zusätzliche Finanzierung möglich ist, scheint mir das wahre Gesicht der Subsidiaritätspolitik ein ganz anderes zu sein, als oft gezeichnet.

Adalbert Evers: Einkommen, Erwerbs- arbeit, soziale Dienste

*Dr. Adalbert Evers, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
am Europäischen Zentrum in Wien.*

Es gibt die von Peter Grottian beschriebene „große Koalition“. Aber in den letzten Jahren ist doch eine erfreuliche Verunsicherung bei den Parteien zu beobachten. Das ist sehr wichtig, denn diese Zeit der Krise ist wie alle tiefergehenden Krisen eine Zeit der Verunsicherung nicht nur im sozialen Bereich, sondern auch der Verunsicherung von liebgewonnenen Glaubenssystemen. Daraus ergibt sich die Chance, daß plötzlich die Parteien interessiert sind, nicht nur dicke Fachgutachten technischer Art auf den Tisch zu bekommen, sondern sie wollen plötzlich inhaltlich etwas hören.

Bis vor kurzem gab es in den westeuropäischen Gesellschaften einen relativ linearen Prozeß. Er bestand auf der einen Seite in der Ausdehnung der Erwerbsarbeit und auf der anderen Seite wurde dies wieder kompensiert durch die Ausweitung von Systemen professionalisierter sozialer Dienste, die den Leuten für ihre knapp gewordene Zeit eine Lösung anboten, die Familienfunktionen zum Teil übernahmen etc. Dieser Prozeß der „Individualisierung“ hatte m.E. auch sehr viele emanzipative Seiten.

Gegenüber der Krise der Erwerbsarbeit gibt es vor allem zwei Haltungen: die eine will irgendwie durchmarschieren – für die stellt sich die alte Art von Arbeitsgesellschaft wieder her, und dann kann man das Problem „Selbsthilfe“ relativ sektoral und

isoliert diskutieren. Die andere Haltung, die hoffentlich um sich greift, ist die, sich zu fragen, ob es nicht ganz anders sein könnte, ob nicht langfristig mit dem sicherlich kommenden Wachstum und dem zu erwartenden Modernisierungsschub kein Wachstum des Angebots von Erwerbsarbeit verbunden sein wird. Dies wiederum würde dann auch den klassischen Zusammenhang von Organisation des Arbeitslebens und Organisation des Alltagslebens, sprich Eigentätigkeiten, durcheinanderbringen.

An und für sich könnte man das knapper Werden der Arbeit begrüßen. Und ich persönlich halte mich gern an Marx' emphatische Äußerungen. Aber im Grundriß der gesellschaftlichen Formen, in denen wir das erleben, wirkt sich dieser Prozeß katastrophal aus und hat auch schlimme Folgen für die Konjunktur der Selbsthilfe, die ich für wahrscheinlich halte:

Auf dem Arbeitsmarkt sinkt aus verschiedenen Gründen die Kraft des großen Gegenspielers des Kapitals, die Kraft der Gewerkschaften. Das, was sie zustandegebracht haben, relative Einheitlichkeit des Arbeitsmarktes – und die stellt sich nicht von selbst her, wie die USA zeigen – fällt auseinander. Oben gibt es diejenigen mit recht mobilen Jobs und relativ großen Dispositionsmöglichkeiten für die Art zu arbeiten und die Arbeitszeit. Im Mittelbereich sind die Arbeitsplätze noch einigermaßen sozialstaatlich gesichert. Aber am Fuß der Pyramide gibt es heute schon eine Zunahme von Formen der Erwerbsarbeit, die sozialstaatlich weniger gesichert sind und die oft dem einzelnen keinen und erst recht nicht mehr der Familie einen Vollunterhalt mehr geben können.

Diese Entwicklung im Bereich der Arbeit müs-

sen wir mit ins Auge fassen, wenn wir irgendetwas Substantielles sagen wollen über die Zukunft und die Bedeutung der Eigentätigkeiten. Denn parallel zu dieser Krise läuft ja im Bereich der Sozialversorgung noch eine weitere, die mit der ersten versetzt ist: Der Aufwand, mit dem man soziale Serviceleistungen und Dienstleistungen bereitstellen kann, wird eher geringer werden. Es ist weniger Geld da, die Effektivität wird auch nicht größer. Heute ist es die übliche Strategie, Leistungen zu verschlechtern und die Kosten der Leistungen heraufzusetzen. Dies alles belastet insbesondere die auf dem „mittleren Arbeitsmarkt“, die verstärkt auf der Jagd nach Arbeit sein werden und für die Arbeit zwar vielleicht nicht mehr identitätsbildend ist, aber deren Ressourcen durch den Kampf um Arbeit nach wie vor fast aufgebraucht werden. Für diese ist es natürlich enorm belastend, wenn sie nicht durch soziale Dienstleistungen entsprechend entlastet werden. Eher entlasten können sich - und da bekommt Selbsthilfe eine Chance, die eine leicht pervertierte Form anzunehmen droht - wahrscheinlich diejenigen im mobilen oberen Bereich. Für die liegt es nahe, sich in Selbsthilfe zu organisieren. Es wird um so näher liegen, wie sich die Durchschnittsqualität des einmal universalistischen Systems der sozialen Dienstleistungen verschlechtert. Das Ergebnis könnte Selbsthilfe in einer Form sein, in der die regulativen und die progressiven Elemente kaum auseinanderzuhalten sind, aber wo unter Status quo-Bedingungen eine Entwicklung droht, bei der die regulativen ständischen Formen die progressiven zu überwuchern drohen. Und „unten“ droht eine Form der aufgezwungenen Selbsthilfe, die so etwas ist wie die Notverwaltung der eigenen Armut. Man kann zum Teil die sozialen Dienste gar nicht mehr erreichen, man ist entsprechend geboren, man kann es sich nicht mehr leisten, d.h. man muß sich selbst organisieren. Aber bei den wenigen Ressourcen, die man hat, und der instabilen Situation auf dem Arbeitsmarkt sind das sehr notdürftige Formen. Formen, die bis in den Bereich der sog. Wirtschaftskriminalität (Schwarzarbeit etc.) fließende Übergänge haben, jedenfalls nicht unbedingt sehr emanzipative Formen.

Die zwei Veränderungen, die uns heute in aller Vorläufigkeit angeboten werden, bringen viele Probleme mit sich. Bei den Vorstellungen der SPD, die einem zu Ohr oder vor Augen kommen, ist z. T. sehr viel Sozialromantik dabei, vor allem im rückwärtsgewandten Sinn. Sie sind der verzweifelte

Versuch, die klassischen Strukturen der Erwerbsarbeit nach dem Motto zu halten, jetzt kürzen wir das Ganze um fünf Stunden, aber im Grunde verändert sich mit der Arbeit nichts, und die, die jetzt keine Arbeit haben, die bekommen dann nicht nur Arbeit dieses Typs, sind also sozialversichert, sondern denen versprechen wir obendrein noch sinnvolle Arbeit. Diejenigen, die heute in alternativen Projekten arbeiten, werden wohl nicht sehr glücklich sein, wenn sie demnächst nicht mehr so flexibel arbeiten können, zwar den sozialabgesicherten Job haben, aber auch mit allen Nachteilen wie z.B. den der fehlenden Zeitautonomie. Ich frage mich, ob das für die Struktur der sozialen Dienste eine Antwort ist, jedermann einen Voll-erwerbsarbeitsplatz weiter garantieren zu wollen.

Die Antwort der CDU demgegenüber - von Biedenkopf in seinem letzten Buch formuliert - geht m.E. als Vision eindeutig weiter. Als Vision stünde ich ihr näher, sie unterscheidet sich nämlich überhaupt nicht von anderen Visionen, wie sie z.B. von André Gorz im Rahmen der französischen und italienischen Debatte von linker Seite kommt. Dort geht es darum, ein neues Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit und Eigentätigkeit zu konstruieren. Eigenständigkeit soll aus dem Schatten der Erwerbsarbeit heraustreten, eine Aufwertung, die nicht nur symbolisch sein darf. Hier ist der entscheidende Punkt - und da drückt sich natürlich Blüm in seinem Buch elegant drum herum -, daß dies die Solidarität der Selbstbescheidung wäre. Denn wenn Blüm recht hat mit seiner Ansicht, daß es immer weniger Erwerbsarbeit gibt, dann teilen immer weniger Erwerbsarbeiter mit immer mehr Nichterwerbsarbeitern ihren Job und ihren Lohn. Das hieße wohl, die Solidarität der ersteren überstrapazieren. Die einzigen, die sich über eine solche Entwicklung freuen würden, wären die Unternehmer. Die Verteilungsfrage, die sich ja nach wie vor stellt und die im Zentrum der gegenwärtigen Krisenlösungen steht, die wird bei den CDU-Modellen tabuisiert. Hier finde ich tatsächlich eine Koalitionsmöglichkeit zwischen Konservativen vieler Lager und einer Bewegung, die als Projektbewegung reichlich in die Defensive gedrängt ist.

Wir können eine Diskussion über eine neue Form des Arbeitens nur führen, wenn wir gleichzeitig über soziale Grundsicherung sprechen. Eine Lockerung zwischen Einkommen und Erwerbsarbeit bietet sich hier an, die Frage nach Mindesteinkommen oder das, was in Amerika unter dem Begriff „negative income tax“ diskutiert wurde.

Wenn es nicht gelingt, die vorhandenen Formen der Eigenarbeit wieder einzubinden in die jetzt unbrauchbar gewordenen Institutionen, d. h. anzusetzen an der Nahtstelle zwischen Institutionen und Projekten und wenn diese weiter abseits von den Institutionen bleiben, dann bleiben sie tatsäch-

lich eine mehr oder minder politisch negative oder unpolitische Spielwiese. Wir müssen das Koproduktionsverhältnis zwischen Bürokratie, Technokratie und Eigenarbeit reorganisieren. Der „Marsch auf die Institutionen“ ist notwendig als Versuch, im Bereich der Dienste Veränderungen zu erreichen.

Erich Standfest: Gegen sozialen Dualismus

Dr. Erich Standfest, Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Beim Stichwort „Subsidiarität“ denke ich immer an Kurt Janz, der vor vielen Jahren gesagt hat: „Subsidiarität, das verwendet immer der Finanzminister dann, wenn seine Kassen leer sind“. Und ich meine, alles was nun um diesen Begriff herumgerankt wird, ist im wesentlichen Ideologie, sogar ideologischer Schwindel, weil man alles mögliche darunter verstecken kann.

Stehen die Gewerkschaften den Fragen alternativen Lebens und Arbeitens wirklich hilflos gegenüber? Man muß, denke ich, darüber diskutieren, in welche Richtung unsere Gesellschaft gehen sollte. Wollen wir eine Gesellschaft, die sich angesichts der bestehenden Schwierigkeiten in einen produktiven und in einen Sektor teilt, in dem (wie es auch in der Regierungserklärung von Helmut Kohl heißt) „Menschlichkeit hergestellt“ wird? Zu wessen Lasten ginge denn eine solche Zweiteilung der Gesellschaft? Die bisherigen Ideologien und die konkreten Maßnahmen weisen in eine eindeutige Richtung: Selbsthilfe wird gegenwärtig mehr zur Nothilfe. Die herrschende Politik nutzt die Veränderungen der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse dazu aus, um den Sozialstaat abzubauen, um einen immer größeren Bevölkerungsteil aus dem produktiven Sektor auszusortieren. Weil traditionelle Institutionen fehlen, teilweise „kleine Netzwerke“ wie Familie oder Nachbarschaft nicht mehr intakt sind, werden diese Leute auf sich selbst verwiesen. Selbsthilfe ist so nichts anderes als eine Form von Gegenwehr.

Weitere Opfer, die ausgegrenzt werden, sind die sozial Schwächeren der Gesellschaft, die im Er-

werbsprozeß nicht mehr gebraucht werden und die man sozusagen fürsorglich verwahrt. Sozialpolitik wird von sozialstaatlicher Förderung zu einem Instrument der sozialen Kontrolle verwandelt. Man braucht die Leute nicht mehr, man schiebt sie irgendwohin ab, man kürzt die Leistungen, und man versucht, durch Formen der sozialen Kontrolle Widerstandspotential möglichst erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Es werden Arbeitsplätze im sozialen Dienstleistungssektor vernichtet, Arbeitsplätze insbesondere, die Qualifikationsmöglichkeiten z. B. für Frauen boten. Wenn man sich den Gesundheitssektor, den Sektor der sozialen Dienstleistungen ansieht, so bemerkt man, daß dort bezahlte Arbeit durch unbezahlte ersetzt wird; alles unter dem Diktat von angeblich leeren Kassen. Ehrenamtliche Tätigkeit wird propagiert.

Die Voraussetzungen einer solchen Politik sind im wesentlichen, daß es zum Teil noch intakte Institutionen gibt. Der Ersatz von bezahlter durch unbezahlte Arbeit, insbesondere bei Frauen durch ehrenamtliche Tätigkeit, setzt voraus, daß die Ehe funktioniert und daß ein Risiko, das zunächst einmal vom Staat auszuhalten wäre, privatisiert wird. Das ist eine weitere Form von sozialer Regulierung, die ungeheuer repressiv ist und im Grund genommen dem Modernisierungsprozeß von Werthaltungen diametral entgegenläuft, wenn man berücksichtigt, daß in der Regel etwa ein Drittel aller Ehen geschieden wird. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Vorsicht der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten verständlich, und verständlich ist wohl auch, daß man zunächst einmal versucht, die Bildung eines solchen dualen Sektors und seine Institutionalisierung abzuwehren. Die Kehrseite dieser Strategie ist die Forderung, zuerst einmal den produktiven Sektor zu verändern.

Wenn Herr Dettling und andere wie Ralf Dahrendorf nun auf einmal den Begriff „Entfremdung“ bei Karl Marx klauen und ihn gegen ihn oder gegen

Aufwärts

durch den weltweiten
Genossenschaftsgedanken!



GROSSEINKAUFS-GESELLSCHAFT DEUTSCHER CONSUMVEREINE M.B. HAMBURG

die Arbeiterbewegung wenden, dann ist das nicht seriös. Plötzlich ist die Entfremdung nicht mehr das Ergebnis einer kapitalistischen Klassengesellschaft, sondern schlicht das Ergebnis von Industrialismus, so als ob sie nichts mit Herrschaft zu tun hätte und nichts mit der Dominanz privater Ökonomie. Bei diesem Kunstgriff scheint mir auch die so merkwürdige Koalition zwischen Sparkommissaren (oder Konservativen und Liberalen) und Teilen der Alternativen ganz ausgezeichnet zu funktionieren: Beide Gruppierungen abstrahieren vom Klassencharakter dieser Gesellschaft und schreiben dem Industriesystem alle möglichen Mängel zu. Damit kann man viel verschleiern.

Die Alternative zu einer Dualisierung der Gesellschaft wäre eine Veränderung im produktiven Sektor. Wenn man gegen die Entfremdung kämpfen will, dann hat man doch wohl mehr Menschlichkeit und mehr Selbstbestimmung im Auge. Warum macht man das nicht mit einer ähnlichen Energie wie jetzt im Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeiten bei den Parteien, z. B. bei der CDU oder bei den Alternativen im produktiven Sektor? Warum unterstützt man nicht die Forderungen der Gewerkschaften nach qualifizierter Mitbestimmung, nach Humanisierung des Arbeitslebens, nach verschärften Arbeitsschutzbestimmungen? Hier wäre ein zentraler Ansatzpunkt für weniger Entfremdung. So wie die Argumentation jetzt läuft, handelt es sich einfach um ein Ablenkungsmanöver, wenn man den produktiven Sektor beiseite läßt. Aber dort arbeiten immer noch 21 Mio. Menschen in abhängiger Arbeit.

Olaf Sund: Neues Feld entwickeln

Olaf Sund, früher Senator für Arbeit und Soziales in Berlin, jetzt Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen.

Es ist nicht schädlich, wenn man Leistungen in der Sozialpolitik billiger macht – vorausgesetzt ihre Qualität sinkt nicht. Man muß mit den begrenzten Ressourcen versuchen, ein Maximum und ein Optimum zu erreichen. Es wird darauf ankommen, Leistungen umzugestalten und sie mehr an verän-

Mir scheint die Alternative zum Engagement im alternativen Sektor im jetzigen „dualistischen Sinne“ nahe zu liegen: Die Alternative ist natürlich die Verkürzung der Wochenarbeitszeit (da kann man über die 35- oder auch über die 30-Stunden-Woche reden), wenn man Individualisierung als gesellschaftlichen Prozeß begreift. Die Menschen sind eben in stärkerem Maße von Erwerbstätigkeit abhängig. Sie müssen schlicht Geld verdienen, egal wie ihre Arbeitsplätze aussehen. Wenn das richtig ist, dann muß man versuchen, ihnen möglichst viele Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Wenn wir alle nur noch 30 Stunden arbeiten, dann können wir uns in der Tat intensiver darüber unterhalten, wie man auch aus dieser Perspektive die Eigenarbeit intensivieren kann.

Möglicherweise muß man die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht nur als ein arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitisches Instrument begreifen, sondern auch als eine Forderung, als eine Rebellion gegen die Lebensumstände unter den Systemrationalitäten, um es mit der Habermasschen Terminologie zu formulieren. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß eben mit qualitativen Argumenten verknüpft werden, Systemrationalitäten behindern Lebensformen, die wir eigentlich wollen. Hier scheint mir eine mögliche Verbindung zwischen traditionellen gewerkschaftlichen Forderungen und dem, was im alternativen, im Selbsthilfesektor formuliert worden ist, zu liegen. Selbsthilfe ist ja nicht nur Nothilfe, sondern auch mehr oder weniger die Nachfolgebewegung der Protestbewegungen in der Bundesrepublik.

derte Bedürfnisse anzupassen. Mancher Konservatismus in der Diskussion läuft einfach darauf hinaus, bestimmte Bereiche in Diskussionstabus einzuschließen. Man braucht nur an Bemühungen, die Rentenversicherung neu zu organisieren zu denken, wo bestimmte Prinzipienfragen gar nicht gestellt werden können, ohne daß der eine den anderen sofort denunziert. Schon von daher ist es häufig nicht möglich, Gegenpositionen zu entwickeln und sie rational zu diskutieren. Denn – und dies darf niemals vergessen werden – alle Sozialpolitik und alle Auseinandersetzungen um neue Gestaltung und neue Formen haben immer auch mit der Tatsache zu tun, daß Sozialpolitik ein Stück

Politik ist. Und Politik hat immer mit Interessen und Machtfragen zu tun. Manches Mal vollzieht sich die Diskussion so, als ob man hier nur mit Rationalität hantieren könnte. Dies ist nicht so.

Aber man macht es sich zu leicht, wenn man das Festhalten der Gewerkschaften an Strukturen der alten verfaßten Lohnarbeit zu standardisierten Bedingungen einfach als konservativ kritisiert und abtut: Unser ganzes Sozialsystem hängt daran: Arbeit, Arbeitseinkommen und Rente. Ich bedaure, daß „Flexibilisierung“ in diesem Zusammenhang zu einem Kampfbegriff stilisiert worden ist und nicht mehr in der Unbefangenheit diskutiert werden kann, wie das vielleicht vor einiger Zeit noch möglich gewesen wäre. Die Frage der Organisation der Arbeit, die Frage der Durchsetzung von Positionen über kollektiven Kampf kennzeichnet unser ganzes Arbeits-, Sozial- und Tarifrecht, und Flexibilisierung bedeutet eben erst einmal Individualisierung. Hier könnte man – ungewollt – eine ganze Gegenmachtstruktur ins Trudeln bringen. Es wäre eine verhängnisvolle Entwicklung, wenn man eine so wichtige Gegenmachtstruktur wie die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft schwächen würde, ohne etwas Vergleichbares an Gegenmachtstruktur an die Stelle setzen zu können.

Unter Subsidiarität sollte man zunächst einmal ein formales Organisationsprinzip sehen. Es ist das große Verdienst von Oswald von Nell-Breuning, deutlich gemacht zu haben, daß Subsidiarität nur einen Sinn macht in Verbindung mit dem Solidaritätsprinzip. Bei dieser produktiven Verbindung halte ich es nun allerdings nicht nur mit Oswald von Nell-Breuning, sondern auch mit Karl Marx: Die Form ist nichts, wenn sie nicht die Form ihres Inhalts ist. Es wird immer sehr darauf ankommen, daß man nicht mit dem hehren Geläut von Begriffen hantiert, sondern sich auf die jeweils konkreten Inhalte konzentriert, die unter den Prinzipien transportiert werden.

Sozialpolitik war immer eine Angriffswaffe gegen den Kapitalismus – und zugleich eine Verteidigungswaffe des Kapitalismus. Diese Doppelfunktion steckt immer drin. Eduard Heimann hat einmal gesagt, die Sachgüterordnung weiche zurück, soweit Sozialpolitik vordringe; also die soziale Idee im Kapitalismus gegen den Kapitalismus. Diese Doppelfunktion muß deutlich werden, wenn die Funktion von „Selbsthilfe“ in diesem Zusammenhang untersucht werden soll.

Selbsthilfe kann begriffen werden als eine wichtige, essentielle Bereicherung der Sozialpolitik, aber sie kann auch denaturieren zu einem Abbau in bestimmten Bereichen. „Fortschritt“ ist dann in Wirklichkeit ein Abbau von Leistungsstrukturen und Rechtsansprüchen. Die Einführung des individuellen Rechtsanspruchs auf Leistung hat damit zu tun, daß man Menschen unabhängig gemacht hat von gnädigem Wohlwollen, und ist schon von daher mehr als nur eine Episode.

Wir müssen davon ausgehen, daß Wachstum auf absehbare Zeit unsere Probleme nicht nennenswert lösen kann. Ich bin kein Gegner eines vernünftigen Wachstums, aber ich glaube nicht, daß wir ein Wachstum haben werden, das die beschäftigungswirksamen Wirkungen und Folgen von Produktivitätssteigerung überkompensieren wird. Selbst wenn wir günstige Arbeitszeitverkürzungen zustande bringen, wird eine große Zahl von Menschen übrig bleiben, die keine Arbeit haben. Es ist eine Lebenslüge zu glauben, wenn wir uns nur genug anstrengen, kämen alle wieder in Lohn und Brot. Dazu wird eine ganze Reihe von zusätzlichen und neuen Anstrengungen nötig sein.

Zwischen klassischer Sozialpolitik und klassischer Arbeitsmarktpolitik wird ein neues Feld entwickelt werden müssen. Arbeit ist ein zentraler Wert – Arbeit als Einkommen, Arbeit als Status, Arbeit als der Bereich der sozialen Kontakte. Man kann auf Dauer die Menschen, die keine Arbeit haben, nicht mit einer Prämie abfinden, sondern man muß sie über den Schlüsselbereich Arbeit am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen. Selbsthilfeansätze könnten hier eine ganze Reihe von Hinweisen geben, wie man ein Zwischenfeld zwischen der klassischen Arbeitsmarktpolitik und der klassischen Sozialpolitik entwickelt, wie man dies nicht als einen isolierten Bereich sich ausformen läßt, sondern ihn verzahnt mit dem ordentlich verfaßten Arbeitsmarkt und wie man Übergänge herstellt.

Wir haben soziale Dienste auf hohem Niveau arbeitsteilig entwickelt und spezialisiert. Aber für Millionen Menschen, die arbeitslos sind, taugen sie nur, wenn sie jeweils arbeitsteilig in dieser oder jener Angelegenheit dort Hilfe abrufen können. Aber im Grunde haben wir keine Organisation, die sich mit der Lebenssituation eines Arbeitslosen befaßt. Wir brauchen also eine neue Organisation von sozialen Diensten. Das kann ohne Umschichtung von Ressourcen nicht abgehen.

Freimut Duve: Selbsthilfe und Sozialstaat

Freimut Duve, SPD-MdB.

Als Sozialdemokrat habe ich die Bedeutung der politischen, der sozialen, aber auch der monetären Gegenmacht, die antidemokratischen und auch unsozialen Tendenzen des Kapitalismus studiert und erfahren. Der Konflikt zwischen Selbsthilfetendenzen auf der einen und Institutionalisierungstendenzen auf der anderen Seite ist so alt wie die Arbeiterbewegung, ist so alt wie die Demokratiebewegung, er hat die moderne Geschichte begleitet. Vereinfacht gesagt, wir können historisch konstatieren: Der Versuch, die Quadratur des Kreises zwischen Gleichheit und Freiheit, zwischen Institutionen und Individuum zu erreichen, hat sich in drei Richtungen entwickelt:

- In den Oststaaten, vor allem in der Sowjetunion, hat eine Überinstitutionalisierung des Gleichheitsgedankens zur Bildung einer neuen Klasse, derjenigen der Verwalter der Gleichheit geführt, also zu einer neuen Gleichheitselite. Und sie hat die Freiheit des Individuums auf ein Minimum reduziert. In solchen Gesellschaften sind Selbsthilfegruppen, die über den unmittelbaren lokalen Bereich hinausgehen, undenkbar, weil sie ihrer Natur nach immer eine potentielle Gefährdung der Zentralmacht und der Großinstitutionen darstellen. Zugleich scheint die familiäre und freundschaftliche Fähigkeit zur konkreten Solidarität stark ausgeprägt.
- In den Vereinigten Staaten ist der Widerspruch zwischen Zentrale und Bürger zugunsten der individuellen Selbsthilfe ausgetragen worden, wobei allerdings die großen Zentralmächte, etwa die der inneren Sicherheit, des Militärs, und anderer staatlicher Institutionen und vor allem die Zentralisierung von Großmedien nicht unterschätzt werden dürfen.
- Die Bundesrepublik ist hier ein bißchen das Weltkind in der Mitte mit einem festgefügt und wohlorganisierten Sozialstaat. Diesem stehen Selbsthilfegruppen und Initiativen gegenüber, die viele ihrer Impulse, viel ihrer Rhetorik und ihrer Hoffnungskraft von Selbsthilfegruppen der Vereinigten Staaten schöpfen und zugleich in einer ganz anderen Weise als in den Vereinigten Staaten Druck ausüben

und Veränderungen erzeugen auf die und in den Großorganisationen.

Die Vertreter der vielen Selbsthilfeorganisationen der letzten Jahre empfinden die anonymen Großbürokratien – häufig genug auch die politischen Parteien und die Gewerkschaften – als eine breite, den realen menschlichen Problemen entzogene Bürokratie, bei der es mehr um den Erhalt und das Fortbestehen der jeweiligen Großinstitutionen geht, als um die Sache derer, deretwegen man einmal angetreten war. Umgekehrt empfinden die Vertreter großer historischer Institutionen und Organisationen die Bewegungen, die Initiativen zur Selbsthilfe als eine Schwächung, als eine Aufweichung ihrer auf gesamtgesellschaftliche Veränderung zielende Arbeit. Es wäre sicher sinnvoll, die Gültigkeit dieser beiden Argumente zu untersuchen. Verdecken doch beide Seiten, daß die jeweils andere ein wesentlicher zentraler Ausdruck des eigenen Mangels, der eigenen Unzulänglichkeit, möglicherweise auch des eigenen, unüberwindbaren Konstruktionsfehlers ist.

Selbsthilfeorganisationen, die sich den großen politischen Fragen zuwenden, die nationale Großorganisationsformen anstreben, die sich den großen politischen Fragen stellen, die sich gar anschicken würden, Macht im Staat zur Absicherung ihrer Überzeugungen und Ziele zu organisieren, müßten die Fähigkeit, sich um die konkrete Sache des konkreten einzelnen zu kümmern, verlieren. Und umgekehrt: Große Organisationen leiden ihrer Natur nach unter den sozusagen institutionalisierten Grenzen der Menschlichkeit.

Natürlich sind alle großen Organisationen, die unsere Gesellschaft heute mitbestimmen, als Initiative, als Selbstinitiative einiger weniger entstanden, die eine Überzeugung, ein gemeinsames Problem, eine gemeinsame Hilflosigkeit gegenüber Mächtigen und Ohnmächtigen zusammenbrachte. Kirche, Staat, Militär, Gewerkschaften, die Institutionen des Sozialstaates, sie alle sind irgendwo historisch zurückzuführen auf Menschen, die sich selber gemeinsam helfen wollten. Diese „Institutionalisierung der Werte“ (Illich und andere versuchen es immer wieder zu beschreiben und präzise anzugeben) hat eine immanente Schwelle, von wo ab der eingeschlagene Weg, das propagierte Ziel, der versprochene Wert, sich in ihr Gegenteil verkehren, die Institution wird wichtiger als ihr Ziel. Konkrete Ausprägungen:

Die Bedingungen zur sogenannten Entsolidarisierung unserer Gesellschaft sind bei über 2 1/2 Millionen Arbeitslosen, deren Arbeitslosigkeit kaum noch konjunkturell und vornehmlich strukturell begründet wird, jedermann erkennbar. Einige Beispiele:

- Für *kinderlose Arbeitslose* sind durch die *Haushaltsentscheidungen '84 der Bundesregierung* Einkommensverminderungen von bis zu 7 1/2 % zu erwarten.
- Bei Bürgern, die im Anschluß an die *Berufsausbildung* arbeitslos werden, ist eine Minderung des verfügbaren Einkommens gegenüber dem Zustand vorher um 36 % zu erwarten.
- Bei der Kürzung des *Mutterschaftsgeldes* werden sich die Zahlungen an die betroffenen Frauen um 32 % verringern.

Diese Reihe könnte noch fortgesetzt werden. Wenn irgendeiner national organisierten, institutionalisierten Großgruppe solche Einkommensverluste durch eine einzelne Regierungsentscheidung zugefügt worden wären, dann hätte es mehr gegeben als nur die Sperrung von Landstraßen durch Lastwagen.

Die Tatsache, daß solche Einkommenseinbußen verfügt werden können, ohne daß es zu aufstandsähnlichen Situationen kommt, liegt in der Vereinzelung, liegt in der Duldungsnische, in die die Opfer einer Entsolidarisierungspolitik sich gepreßt sehen. Es wirkt zynisch, wenn wir den Menschen in diesen Duldungsnischen sagen: Bitte helft Euch jetzt nicht selbst, sondern beteiligt Euch an dem großen gemeinsamen Kampf gegen solches Unrecht, sorgt dafür, daß wir bei den nächsten Wahlen wieder eine andere Sozialpolitik betreiben können. Denn Eure Selbsthilfe schwächt das Engagement für die gesamtgesellschaftliche Gegenmacht. Es ist aber wohl noch zynischer, wenn gesagt wird: Wie wunderbar, daß Ihr Euch selbst helfen wollt. Dieser große bürokratische Sozialstaat ist so unbeweglich und kostet sehr viel, außerdem lähmt er die kreative Kraft, die in Euch steckt. Das wichtigste Argument aber, über das beide Seiten rasch hinweggehen, ist der Abbau von Rechtsansprüchen. Rechtsansprüche sind das Ergebnis eines Kampfes aus der Almosenmentalität in die Solidarität.

Man könnte aus einem anderen Bereich, wo der Schuldige nicht so unmittelbar auszumachen ist, etwa bei der Vereinzelung all jener, die Multiple Sklerose selbst oder in den Familien haben, die Gründe für Selbsthilfeimpulse woanders suchen,

aber die Vereinzelung, das Existieren in der Duldungsnische trifft für wohl alle Menschen zu, die sich zu Gruppen zusammenfinden, um etwas an ihrem ganz persönlichen Schicksal zu ändern.

Für die Entsolidarisierung und die Methoden, mit denen man sie gesellschaftsfähig macht, haben Ronald Reagan und Margret Thatcher die Rezepte gegeben: Wer den Menschen etwas aus der Tasche nimmt, muß für zweierlei sorgen:

1. dafür, daß ihre politische Assoziationsfähigkeit begrenzt bleibt und
2. daß im Austausch zur Leerung der Kassen den Menschen etwas Zusätzliches in die Köpfe gegeben wird: Entsolidarisierung ist nicht möglich, ohne eine aktive populistische Kultur- und Medienpolitik, die mit sehr zentralen Parolen, mit zentral geschürten Ängsten, vor allem von Mehrheiten gegen Minderheiten, gespeist wird.

Es hat keinen Sinn, die Schuld nur bei der bösen Regierung oder bei den Mächten des Kapitals zu suchen. Es hat aber ebensowenig Sinn, die globalen Entscheidungen von Wirtschaft und Staat zu verschweigen und sich ganz in die Ideologie- und Selbstkritik zu verlieren. Natürlich ist die „Neue Heimat“ und die Versuche, den ursprünglichen Gedanken des Genossenschaftswesens wieder zu beleben, nicht aus der Diskussion zu verbannen. Und hier hat die Arbeiterbewegung Selbstkritik zu leisten. Die „Neue Heimat“ ist in vielen Aspekten zu einer Tragödie für die Arbeiterbewegung geworden. So schwer es ist, sie zu entschuldigen, so unmöglich ist es, ihre Entwicklung zu entschuldigen – mit Rechtskartell oder Machenschaften des Kapitals.

Wer allzu ideologisch an die Diskussion um Selbsthilfeformen herangeht, wer Sparhaushalte und Stellenstreichungen koppelt mit der Finanzierung von Initiativen, der muß sagen, wie er verhindern will, daß andere kassieren, wenn die Förderung von Selbsthilfe einhergeht mit Einsparungen an den staatlichen Sozialaufgaben.

Wer für Selbsthilfe plädiert und dort auch etwas finanziert, zugleich aber die öffentlichen Haushalte so drangsaliert, daß Menschen aus ihnen entlassen werden, verschiebt nicht nur ein Problem, sondern er schafft erst jene *Neue sogenannte soziale Frage*, für deren Behebung er dann die Opfer für seine Politik selber verantwortlich machen möchte. Aber auch bei dieser Feststellung muß hinzugefügt werden, daß wir die sozialen und kulturellen, die emotionalen Wirkungen, die

von der Bildung einer Selbsthilfegruppe ausgehen können, durch die Aufdeckung des politischen Unrechts, das mit einer solchen Politik verknüpft ist, gar nicht berühren.

Es mag sein, daß sich der aus einem Großverband entlassene Mensch sich dort nicht wohlfühlt hatte und daß er nun in einer Selbsthilfegruppe, der er sich angeschlossen hat, eine solidarische Geborgenheit von einer Qualität entdeckt, die er in seinem früheren Leben nicht gespürt hat. Diese positive solidarische Geborgenheit rechtfertigt nicht die Politik, die zu seiner Entlassung geführt hat, und umgekehrt ist die Sehnsucht

Gisela Vollradt: Teil der Gegenwehr

Gisela Vollradt, Mitglied des „Arbeitskreises zur Finanzierung autonomer Frauen-, Alternativprojekte und Bürgerinitiativen“, Berlin.

Selbsthilfe und Alternativbewegung sind weit gefächerte und differenzierte Gebilde. In dem Frauenprojekt, in dem ich arbeite, verstehen wir uns keineswegs als eine Fluchtbewegung, als Leute, die den Marsch durch die Institutionen nicht antreten können oder sich davor drücken wollen, sondern wir verstehen uns als Teil einer offensiven Gegenwehr. Natürlich kann es sein (das Spektrum ist sehr breit), daß es Gruppen gibt, die weniger an den gesellschaftlichen Bezug ihrer Arbeit denken. Wenn sich z.B. Kranke in einer Gruppe zusammenschließen und in ihrer Situation versuchen, sich selbst zu helfen, entwickeln sie im allgemeinen keine gesellschaftsverändernden Perspektiven. Das ist wohl verständlich und der Ansatz ist trotzdem positiv. Aber die meisten Alternativ- und Frauenprojekte verstehen sich sehr wohl als Gegenwehr und als einen Versuch, zentrale Teile dieser Gesellschaft von unten her zu verändern.

Ein Märchen, das oft verbreitet wird und auch in dem Aufsatz von Marie-Luise Weinberger (NG 9/83) kolportiert wird, ist, daß das Besondere und womöglich noch das Positive an diesen Projekten sei, daß dort unentgeltlich gearbeitet werde. Dies ist absurd. Wir beziehen unser Wohlbefinden nicht daraus, daß wir unentgeltlich arbeiten. Wir haben sehr wohl allesamt den Anspruch, für unsere Arbeit Erwerbslohn zu bekommen, und ich denke,

nach solidarischer Geborgenheit nicht dadurch diskreditiert, daß sie unter Opfern von falscher Politik leichter entsteht als unter nicht drangsaliierten Bürgern, die wie selbstverständlich ihren Rechtsanspruch geltend machen. Eine Symbiose beider Tendenzen ist unumgänglich, sie ergibt sich auch aus den Problemen, in die die Menschen geraten. Wer allerdings Selbsthilfe als Chance zur Einsparung sieht, zerreißt genau jenes soziale Netz, in dessen Knoten und in dessen Gewebe sich die Chancen und Möglichkeiten von autonomen Selbsthilfegruppen erst bilden können.

eine soziale Sicherung für diesen Bereich wäre auch berechtigt. Das ehrenamtliche, unentgeltliche Arbeiten ist nicht unsere Perspektive und nicht darin liegt das Besondere oder das Gesellschaftsverändernde, im Gegenteil.

Die Gewerkschaften und die SPD haben gemeinsam eine genossenschaftliche Tradition. Und das Prinzip der Selbstbestimmung und Selbsthilfe ist ja eigentlich ein primär sozialistisches Prinzip. Das sollte nicht immer wieder ausgespielt werden gegen die Notwendigkeit kollektiven Handelns, um bestimmte Interessen durchzusetzen.

Wir verstehen uns selbst nicht als irgendwelche Randgruppen, die interessante soziale Experimente machen, von denen sich dann die Gewerkschaften und die SPD für den zentralen Sektor etwas Brauchbares heraussuchen, um damit vielleicht dem produktiven Sektor ein paar seiner Härten nehmen zu können. Was in den Projekten passiert, berührt etwas Zentrales in dieser Gesellschaft, und deswegen kann ich es nicht begreifen – angesichts ihrer Traditionen –, daß SPD und Gewerkschaften den genossenschaftlichen Gedanken bei diesen Projekten nicht sehen.

Ein Beispiel: Es ist schwer verständlich, wie z.B. der Berliner DGB-Vorsitzende fordern konnte, die wenigen Gelder, die als Brosamen von der CDU auf die Projekte verteilt wurden, den Projekten nicht zu geben, sondern damit ein Beschäftigungsprogramm zu finanzieren. Dabei sind doch gerade diese Projekte ein zentraler Bereich neuer Beschäftigungsplätze. Die Frage an SPD und Gewerkschaften lautet, warum sie sich nicht mit dem Gedanken befreunden können, auch öffentliche Gelder selbst verwalten zu lassen, sondern bislang immer nur einzelne Projekte herauszupicken.

Jonny Eisenberg: Über die Wirtschafts- ordnung diskutieren

Jonny Eisenberg, Vorstandsmitglied von „Netzwerk Selbsthilfe“ in Berlin.

Wenn man für die Selbsthilfe lediglich ein Reservoir finanzieller Mittel bereithält und sie der Sozialpolitik zuweist, dann hat dies nach meinen Erfahrungen im Rahmen von Netzwerkarbeit von vornherein den politischen Ansatz zu delegieren, also öffentliche Verantwortung zu privatisieren. Die Selbsthilfebewegung wollte aber von Anfang an eigentlich auch die kapitalistische Produktion und die damit verbundene Verfügungsgewalt über Produktionsmittel ändern. Die Selbsthilfegruppen sind angetreten, um die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu ändern.

Dies bringt die entsprechenden Probleme mit sich, etwa bei der Beschaffung von Kapital. Wenn beispielsweise Betriebe geschlossen werden, wie

kürzlich in Bremen, und sich dann Teile der Belegschaft zusammenfinden und versuchen, diesen Betrieb fortzuführen, haben sie große Schwierigkeiten, öffentliches oder privates Geld zu finden. Dann kommt immer schnell der Punkt, an dem sie vom potentiellen Geldgeber gefragt werden (auch vom staatlichen), was sie denn für wirtschaftliche Sicherheiten zu bieten hätten. Auch wenn sie zur Bank für Gemeinwirtschaft kommen, wird danach gefragt.

Das heißt, unsere Wirtschaftsordnung ist nicht dafür geeignet, einem entstehenden Kollektiv die Möglichkeit zu geben zu arbeiten. Diejenigen, die aus naheliegenden Gründen – der alte Betrieb ist ja mit seiner Produktion in Konkurs gegangen – versuchen, über einen reinen Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze hinauszugehen, andere Produkte herzustellen und anderes mehr, scheitern spätestens hier.

Nach den Erfahrungen bei der Gründung von Selbsthilfegruppen muß man auch über die Wirtschaftsordnung diskutieren, in deren Rahmen sie sich entwickeln sollen.

Ellis Huber: Selbstsuggestion

Ellis Huber, Gesundheitsstadtrat der Alternativen Liste in Berlin-Wilmersdorf.

Als Gesundheitsdezernent in Berlin-Wilmersdorf habe ich die einmalige Gelegenheit, die praktische Umsetzung der sogenannten Politik der „aktiven Subsidiarität“ in Berlin zu erleben: Das, was in Berlin unter den Schlagworten „Selbsthilfeförderung“, „Sozialstation“, „ehrenamtliche Dienste“, „ambulante Dienste“, „mehr ambulant als stationär“ gemacht wird, ist in ihren realen Relationen zu dem, was Sozialstaat und Gesundheitswesen kosten, ein suggestives Bild für die Öffentlichkeit. Wenn die gesamten Selbsthilfe- und ambulanten Dienstleistungsprogramme und Sozialstationsprogramme, die in Berlin neu errichtet worden sind, weit weniger kosten als die neukonzessionierten Krankenhausbetten des CDU-Abgeordneten Bahner, dann ist dies nicht nur Suggestion für die Öffentlichkeit, sondern auch eine Form von Selbstsuggestion der CDU-Gesundheits- und Sozialpolitiker.

Lange bevor über die Krise des Sozialstaates geredet wurde, gab es das Buch von Ivan Illich: „Die Nemesis der Medizin“. Es fällt auf, daß heutzutage über die Krise des medialen Versorgungssystems viel zu wenig geredet wird (und die 210 Mrd. Mark, die bundesweit für das medikale Versorgungssystem pro Jahr ausgegeben werden, sind ja mit der größte Batzen, der im sozialstaatlichen Netz zu Buche schlägt).

Die Gesamtausgaben für die Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland entsprechen exakt der Summe, die die gesetzlichen Krankenkassen für Arzneien aus Apotheken ausgeben. Seit Jahren wird in der Bundesrepublik insgesamt doppelt soviel Geld für Medikamente ausgegeben wie für die Sozialhilfe. Die Streichungen im Bereich der Sozialhilfe und der sozialen Dienstleistungen stehen den Vergeudungsraten im Bereich eines privat, „freigemeinnützig“ und „frei“ organisierten medialen Systems zur profitablen Ausbeutung sozialer Not- und Krisensituationen gegenüber. Das ist die eigentliche Krise. Mit der Vergeudungsrate allein im Arzneimittelsektor könnte man bundesweit gut und gern 100.000 BAT-IIa-Stellen finanzieren. Damit gäbe es keine „Ärzte-Schwemme“, keine „Psychologen-Schwemme“

und keine „Pädagogen-Schwemme“ mehr. Ein anderer Vergleich: Das gesamte, derzeit umstrittene, in seiner Weiterfinanzierung nicht gesicherte Modellprogramm der Psychiatrie entspricht in etwa den Kosten für das Schlafmittel „Lexothanil“.

Die Krise des medizinischen Versorgungssy-

stems, die eine inhaltliche Krise ist, sollte in der Sozialstaatskrisen-debatte ein zentraler Punkt sein. Das wird leider gemeinhin bei den Gesundheitspolitikern und Sozialpolitikern immer wieder vergessen, weil dieser Bereich zum größten Teil weit ab vom Staat organisiert ist.

Georg Vobruba: Problemlagen analysieren

Dr. Georg Vobruba, Sozialwissenschaftler aus Wien.

Es hat keinen Sinn, die beiden Chiffren „Staatshilfe“ und „Selbsthilfe“ wechselseitig einander auf den Kopf zu schlagen. Wichtiger und richtiger ist es, soziale Problemlagen zu analysieren und zu überlegen, wie man diese zwei sozialpolitischen Organisationsprinzipien miteinander verbindet. Und es ist sicher auch richtig, die Probleme der Sozialpolitik mit den Problemen des Arbeitsmarktes zu verknüpfen, denn auf der Basis von zwei- und dreihundert Millionen Arbeitslosen läßt sich eine vernünftige Sozialpolitik nicht mehr machen. Das System sozialer Sicherheit - maximiert wie es ist - zeigt eine parallele Anfälligkeit zur Krise des Arbeitsmarktes. Daraus muß man die Konsequenz zu ziehen versuchen, das System sozialer Sicher-

heit und das System gesellschaftlicher Arbeit gezielt zu entkoppeln. Das wiederum liefe auf die Forderung hinaus, eine negative Einkommenssteuer oder etwas Ähnliches durchzusetzen.

Erst auf dieser Grundlage wäre es sinnvoll, über jene Form von Arbeit, wie sie etwa Olaf Sund anspricht, zu diskutieren, die nicht mehr unmittelbare Werkfähigkeit sind. Dabei ist zu prüfen, welche einzelnen Schritte zu gehen sind, damit man sich nicht dem Vorwurf aussetzt, einerseits eine neue Arbeitspflicht einzuführen und andererseits einen Armutsbereich zu installieren, in dem die Leute sich damit beschäftigen, ihre Mittellosigkeit „solidarisch“ selbst zu verwalten.

Die Wertwandeldiskussion und ihre Ergebnisse, sofern es welche gibt, steht dem nicht entgegen. Denn wenn die Wertwandeldiskussion etwas gezeigt hat, dann das, daß es keinen Wertewandel gibt bei Wechselbeziehung zwischen sozialer und materieller Sicherheit.

Peter Conradi: Endlich umorientieren

Peter Conradi, SPD-MdB.

Wir, SPD und Gewerkschaften, können uns nicht beschweren, wenn jemand anderes das Wort „Entfremdung“ findet, es aufhebt und versucht, etwas damit zu machen. Wir haben diesen Begriff schließlich viele Jahre lang vergessen. Gibt es etwas Entfremdeteres als die Konsumgenossenschaften oder den genossenschaftlichen Wohnungsbau? Die

Frage ist, ob wir das endlich begreifen. Wenn wir es aber begreifen sollten, wie sähen dann die Antworten aus, die Gewerkschaften und SPD geben? Im Wohnungsbau, das wissen wir schon seit einiger Zeit, verläuft die Front nicht gegen die Union, sondern spitzt sich auf die Frage zu, ob wir in der Lage sind, Modelle zur Aufhebung der Entfremdung im Wohnungsbau zu schaffen oder ob wir weiter bei den unternehmerischen, kapitalistischen Wohnungsbaumodellen bleiben, die wir jahrelang gefördert haben. Wenn wir nicht endlich politisch aktiv werden und uns umorientieren, dann passiert uns hier dasselbe wie seinerzeit mit der Umweltfrage.

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verfünfligungsblatt der Zentral-Krankens- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Aigkeit“ Zuschriftkaffe

Das Blatt erscheint zum Stammabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 3.20 (ohne Verfehlung), bei Zusammenfassung unter Abrechnung 8.40	Bezugsstellen von Deutschen Bauarbeiterverbände Hamburg 21, Wallstr. 1	Schluss des Ablasses: Montag vormittags 10 Uhr. Verlags-Abzüge werden mit 20 % für die bezugsnehmenden Verlage oder deren Namen berechnet
---	---	---

Förderung der Sozialisierung durch Selbsthilfe der Arbeiter.

Konferenz der Leiter sozialer Baubetriebe.

Auf Wunsch der Organisations- und Leiter mehrerer sozialer Baubetriebe und in Uebereinstimmung mit den bekannten Bauarbeiter-Produktionsgenossenschaften berufen wir hiermit zum **7. Februar 1920 eine**

Konferenz der Leiter sozialer Baubetriebe

nach Hamburg ein.
Als Tagesordnung der Konferenz sehen wir vorläufig fest:

1. Bericht über den Stand der Sozialisierung. (Berichterstatler: H. Klinger, Hamburg.)
2. Bericht der Delegierten über die Erfahrungen der einzelnen Genossenschaften.
3. Gründung eines Verbandes sozialer Baubetriebe. (Referent: Stadtkassant Dr.-Ing. Martin Wagner, Berlin-Schöneberg.)
4. Die Finanzierung sozialer Baubetriebe. (Referent: Herr Spielke, kaufmännischer Leiter der „Bauhütte“, Berlin.)
5. Sonstiges.

Zur Teilnahme an der Konferenz sind die Leiter oder die sonstigen Delegierten aller bestehenden baugewerblichen Produktionsgenossenschaften und sonstigen sozialen Baubetriebe berechtigt, sofern sie sich durch ordnungsmäßig ausgestellte Mandate als Delegierte ausweisen können.

Die Kosten der Delegation haben die Genossenschaften und sonstigen sozialen Baubetriebe selbst zu tragen.

Die Konferenz, an der Zweck-Besprechung und zur Förderung der Sozialisierung auch der Zentral des Deutschen Bauarbeiterverbandes und andere Gäste teilnehmen werden, beginnt

Donnerstag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr,

und wird voranschließend 3 Tage in Anspruch nehmen. Das Tagungslokal erfahren die Delegierten beim Unterzeichnen.

Wir bitten, daß die Namen der gewählten Delegierten umgehend einzusenden und gleichzeitig mitzuteilen, ob die Vermittlung von Kosts gewünscht wird oder nicht.

Der Vorstand
des Deutschen Bauarbeiterverbandes,
Hamburg 25, Wallstr. 1.

Unregungen zum Nachdenken und zur Kritik.

Verbandskollegen!

Ihre Wille die Sozialisierung des Baugewerbes. Wozu einstimmig hat der Weimarer Verbandstag die schriftliche Verfassung und Kommunalisierung des Baugewerbes gefordert. Aber mit der Wichtigung dieser Forderung geht es nur langsam vorwärts. Der Widerstand gegen unsere Forderung ist überall groß; selbst in sozialistisch gekennnten und sozial denkenden Kreisen haben unsere Forderungen auf Verpöhlung nur wenig Anklang. Der Widerstand ist nicht nur auf kapitalistische Kreise, sondern auch auf sehr ernste sachliche Bedenken zurückzuführen. Man fürchtet vor der Kommunalisierung und Verstaatlichung des Baugewerbes einen wirtschaftlichen Rückfall und eine Vertiefung der ganzen Bauwirtschaft.

Was ist angefehlt dieser Dinge zu tun?
Wir müssen uns darüber klar sein, daß nach Lage der Verhältnisse eine Sozialisierung des Baugewerbes von „oben“, eine Sozialisierung mit Hilfe der Gesetzgebung vorläufig nicht zu erwarten ist.

Sollen wir nun mit der Sozialisierung warten, bis der Arbeiterklasse die politische Macht zukommt?

Das entspräche nicht der Forderung, die die organisierte deutsche Arbeiterschaft von jeher zur Durchsetzung ihrer Forderungen eingebracht hat. Die deutsche Arbeiterschaft hat zwar stets ihr Augenmerk auf das Endziel: die Befreiung der Arbeiterschaft auf der Lohnkassette, auf die Wahrung der Ausbeutung des Menschen durch Menschen, gerichtet. Aber sie hat auch stets ihre ganze Macht dazu verwendet, um dem Endziel durch praktische Organisationsarbeit Schritt für Schritt soweit als möglich näherzukommen.

Was muß die Arbeiterschaft auch auf dem Gebiete der Sozialisierung tun.

Ein großer Teil der baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter hat dies bereits eingeschaut, denn was ist die Bewegung zu verstehen, die ihrem Widerstand stand in der Gründung von Produktionsgenossenschaften und sonstigen sozialen Baubetrieben, die sich in allen Teilen des Reiches in steigendem Maße bemerkbar macht.

Die Bauarbeiter haben eingeschaut, daß sie selbst es sind, die die Sozialisierung vorbereiten und praktisch in Angriff nehmen müssen. Es wird auf diesem Gebiete sein, wie es auf dem Gebiete der Krankenversicherung und auf vielen andern Gebieten war:

Die Arbeiterschaft wird erst selber zeigen müssen, daß ihre Forderungen durchführbar sind. Sie wird erst selber die Grundlage für ein allgemeines gesetzliches Vorgehen schaffen müssen.

Was kann sie aber nach Lage der Verhältnisse heute tun, indem sie selbst sozialistische Baubetriebe ins Leben ruft. Haben sie das tut, haben sie zugleich Gelegenheit, sich zur Erfüllung aller Forderungen sozialer Baubetriebe und damit der Sozialisierung in voranschreitender Weise vorzubereiten.

Was diesen Grunde ist die Gründung von Bauarbeiter-Produktionsgenossenschaften, und anderen sozialen Baubetrieben besteht zu begründen. Mit Hilfe der Genossenschaften ist auch die Umgestaltung von Staats- und Gemeinbaubetrieben durch die Staaten und Gemeinden selbst auf Grund einer neuen Rechtsform in die Wege zu leiten.

Wir haben aber auch erfolgreichen Widerstand der Genossenschaften und sonstigen sozialen Baubetriebe entgegenstellen der verfehlten Ziel entgegen. Eine der größten dieser Schwierigkeiten ist **der Mangel an Betriebsmitteln.**

Ohne Betriebsmittel kann kein Baubetrieb selbständige Arbeiten ausführen; ohne Betriebsmittel sind die Genossenschaften und sozialen Baubetriebe den großen kapitalistischen Baubetrieben gegenüber konkurrenzunfähig. Die Bauarbeiter werden deshalb, wenn wir auf dem Gebiete der Sozialisierung vorwärts kommen wollen, nach Mitteln suchen müssen, um ihre sozialen Baubetriebe selbst mit zu finanzieren.

Wie andere Schwierigkeit bleibt die Beschaffung der Baustoffe.

Es besteht die Gefahr, daß die Betriebsunternehmer und ihre Verbände den jungen Baubetriebunternehmungen die Baustoffe abhandeln, um sie damit konkurrenzunfähig zu machen.

Mit diesen und anderen Fragen soll sich die Konferenz der Leiter sozialer Baubetriebe beschäftigen, die der Verbandsvorstand an der Spitze dieser Konferenz hat „Grundstein“ berufen. Es besteht die Gefahr, einen Verband sozialer Baubetriebe ins Leben zu rufen, um den jungen sozialistischen Baubetriebe ein eigenes selbständiges und eine feste Vertretung zu schaffen, die zugleich ein Vorgehensmodell gegen die Verbände der Unternehmer sein soll.

Auf der Konferenz wird erzwungen werden, mit welchen Mitteln die jungen Baubetriebunternehmungen ein Leben aufbauen und wie die Sozialisierung praktisch gefördert werden kann, wo wir in absehbarer Zeit zur Sozialisierung kommen.

Aber an der Klärung dieser Fragen mitzuwirken ist nicht nur Aufgabe einer kleinen Konferenz, sondern **die ganze deutsche Bauarbeiterklasse** wird sich mit diesen Fragen eingehend beschäftigen müssen, damit unser Verbandstag in nächster eine weitere Klärung dieser Fragen bringen kann.

Die Finanzierung sozialer Baubetriebe und damit die Finanzierung sozialer Baubetriebe durch die Genossenschaften ist ein verwickeltes Thema möglich. Zum Beispiel könnten die Bauarbeiterverbände die Finanzierung sozialer Baubetriebe selbst mit übernehmen, indem sie zu diesem Zweck einen bestimmten Beitrag einbringen.

Der Deutsche Bauarbeiterverband hat gegenwärtig allein weit über 400.000 Mitglieder und kommt in

Michael Opielka: Grundsätzlicher Unterschied

Michael Opielka, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der Grünen.

Es gibt einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Grünen und Konservativen, wobei ich zu den Konservativen sowohl die CDU wie auch den allergrößten Teil von SPD und Gewerkschaften rechne. Für die Grünen besteht die grundsätzliche Frage darin, welche Konsequenzen die Modernisierungspolitik für den Sozialstaat und für Sozialpolitik hat. Ob sie so betrieben werden wird, wie im Moment versprochen wird sie zu betreiben - sowohl von seiten der Sozialdemokratie wie auch von seiten der ganz praktischen Regierungspolitik und ihrer programmatischen und ihrer inhaltlichen Vorarbeiten. Hier findet keine Abkehr von der zerstörerischen Dynamik statt, die ständig Kompensationen produziert und notwendig macht, ja im Grunde als Tributleistung fordert.

Es gibt eine ganze Reihe von Problemen, die mit Sozialpolitik viel zu tun haben, z.B. die Frage der Wohnungsstruktur, die Frage der Verkehrsorganisation etc.; Dinge, die ungeheuer viel Geld verschlingen, das an anderer Stelle wieder fehlt.

Hier ergibt sich die Frage - und hier entsteht auch der politische Dissens -, wohin denn das „Schlachtschiff“ fahren soll. Dabei spielt es keine Rolle, ob wir nun in eine nachindustrielle Epoche kommen (was ich nicht glaube) oder nicht. Die Frage, die für die Sozialpolitik von gewaltiger Bedeutung ist, ist die, wohin die Reise gehen soll.

Manfred Keuter: Strukturveränderung des Sozialsystems

Manfred Keuter, Bezirksstadtrat für Gesundheit in Berlin-Steglitz.

Erst durch die zunehmende Arbeitslosigkeit und durch die Arbeitslosigkeit mit besonderer Qualität, etwa die hohe Akademikerarbeitslosigkeit gerade

Die Gefahr eines zukünftigen Dualismus, einer Zweiteilung der Gesellschaft sehe ich nicht, denn wir haben bereits mindestens eine Zweiteilung. Frauen sind beispielsweise in ihrer Mehrheit in ganz anderen ökonomischen Rollen tätig als Männer; wir haben bei uns bereits in großer Zahl diskriminierte Personengruppen, das haben Herr Dettling und seine Kollegen mit der Neuen Sozialen Frage formuliert. Wahrscheinlich aber nähern wir uns einer Kernteilung der Gesellschaft.

Wie reagieren nun die sozialen Bewegungen und ihre Institutionen auf diese anstehende Kernteilung, die nicht bloß eine Zweiteilung ist? Mir scheint gegenüber diesem Problem die Sozialdemokratie im Moment auf einem außerordentlich falschen Dampfer zu sein. Wenn sie sich zur geistigen Delektierung Vorträge zur allgemeinen Demokratisierung, zur Sozialökonomie und zur sozialökonomischen Selbstverwaltung anhört, dann hat dies wenig praktische politische Wirkungen. Kultur, politische Kultur, wird eben nicht ins soziale Leben und in wirtschaftliche Tätigkeiten hineingeholt. Man hört sich das gerne an, es klingt so wohltuend, auf der anderen Seite aber wird eine Strategie gefahren, nach der Selbsthilfeförderungsstrategien als Randstrategien begriffen werden. Die NRW-SPD ist ein exemplarisches Beispiel für diese Haltung. Die entsprechenden Programme sind keine Strategie zur Förderung von Selbstverwaltung, die interessiert überhaupt nicht. Es interessiert ausschließlich die Arbeitsmarktwirksamkeit.

Ich rede vom Begriff Selbsthilfe angesichts des Mißbrauchs, den dieser Begriff bei uns gefunden hat, deshalb außerordentlich ungern und lieber über zwei Begriffe, die damit zusammenhängen: Selbstbestimmung und Selbstverwaltung.

in Berufen, die im Sozialbereich angesiedelt sind, ist die Selbsthilfebewegung möglich geworden. Dadurch sind ein neues Angebot, aber vielleicht auch eine neue Nachfrage entstanden.

Das, was die CDU unter Selbsthilfe versteht, ist nichts anderes als die Verkleidung für ehrenamtliche Hilfe oder die Entlastung des Staates. Auf lange Sicht will die CDU das nicht, was bei den Beteiligten unter Selbsthilfe verstanden wird, und schon gar nicht will sie sie auch noch staatlich verankern. Selbsthilfe kann ein Mittel zur Überwin-

dung der Arbeitslosigkeit sein. Selbsthilfe ist auch ein Ansatz zur Strukturveränderung des Sozialsystems. Wenn man sich anschaut, was die 7,5 Millionen DM, die der Berliner Senat für den Bereich „Selbsthilfe“ bereitgestellt hat, bewirken, und wenn man weiß, wie hoch der Sozialetat in diesem Land ist, dann sind diese 7,5 Millionen nur ein Tropfen

Christian Wend: Bankrott der Politik

Christian Wend, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin, Mitglied „Netzwerk Selbsthilfe“.

Selbsthilfe ist ein Krisenphänomen und Selbsthilfe bedarf der Hilfe des formellen Systems. Selbsthilfe taucht immer dann auf, wenn das formelle System nicht mehr funktioniert oder

auf den heißen Stein. Daß sie überhaupt zur Verfügung gestellt wurden, hatte politische Gründe: wir hatten Wahlen und ein Problem, das die SPD in dieser Stadt nicht ausreichend gelöst hatte. Aber dennoch kann die Selbsthilfe ein Ansatz zu einem veränderten, regionalisierten Sozial- und Gesundheitsversorgungssystem sein.

wenn die Angebote und Einrichtungen des formellen Systems nicht akzeptiert werden. Ein quantitativer oder qualitativer Mangel des ersten Systems, des Hauptsystems, des formellen Systems führt zur Selbsthilfe. Die Art der jetzigen Finanzierung ist ein Abschied oder ein Bankrott der Politik. Wenn die Politik diesen Impuls endlich aufgreift, dann muß allerdings vor allem über möglichst viel Freiraum, über Selbstverwaltung und Selbstbestimmung im Bereich der sozialen Dienste und im Bereich des Arbeitslebens diskutiert werden.

Dietmar Freier: Angst vor Machtverlust

Dietmar Freier, Abteilungsleiter beim Senator für Gesundheit, Soziales und Familie in Berlin.

Beruflich habe ich u.a. mit den 7½ Mio. DM zu tun, die in Berlin für den Selbsthilfesektor bereitgestellt worden sind. Wenn Entfremdung in den Sozialhilfesystemen herrscht, dann ergibt sich die Frage, warum man es nicht anders macht. Mein Job bringt es mit sich, daß ich häufig mit Politikern und Verbandsvertretern über die Einschätzung ganz konkreter Projekte und Initiativen spreche. Oft ist da - eigentlich mehr hinter vorgehaltener

Hand - die Überlegung, die Sorte, die Angst zu spüren, daß man die Dinge nicht mehr in der Hand behalten könne.

Diejenigen, die heute im kleinen oder großen das Sagen haben, möchten ihren Einfluß auf formalem Wege geltend machen, um ihn zu sichern. Das kann im staatlichen Bereich gesetzlich oder in einem großen Verband mit Hilfe einer Satzung usw. geschehen und nicht durch Mitarbeit und Engagement, durch das Angebot besserer Lösungen, durch Überzeugung oder durch größere Glaubwürdigkeit. Es ist ein Problem für die etablierten Institutionen, daß sie die Basis und die Richtung ihres Einflusses grundlegend verändern müßten.

Thesen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu Selbsthilfevereinigungen im Gesundheitswesen

Der DPWV begrüßt die Initiative der Gesundheitsministerkonferenz, die Bedeutung und Vielfalt von Selbsthilfevereinigungen im Gesundheitswesen zu erörtern.

Als Dachverband vieler bedeutsamer Selbsthilfeszusammenschlüsse (Gruppen, Vereinigungen, Verbände) begrüßt der DPWV insbesondere, daß die Diskussion in erster Linie nicht unter der Perspektive der Kostenersparnis geführt wird, sondern in der Erkenntnis, daß Selbsthilfe ein wichtiger Bestandteil sozialer Arbeit ist und auch der Förderung bedarf.

Der DPWV stellt zu Selbsthilfevereinigungen speziell im Gesundheitswesen fest:

1. Selbsthilfevereinigungen in ihren unterschiedlichen Ausprägungen waren stets ein impulsgebender Bestandteil sozialer Arbeit. So war bereits vor zwei Jahrzehnten im Bereich von Behinderungen die Gründung vieler Gruppen und Verbände feststellbar, die zum großen Teil aus der Initiative betroffener Eltern entstanden.

Bei der jüngeren Entwicklung von Selbsthilfeinitiativen zeigt sich eine deutliche Zunahme verschiedener Patientengruppierungen, die oft von Ärzten initiiert und/oder gegründet worden sind. Dabei spielen Krebserkrankungen, Rheuma, Multiple Sklerose und Diabetes eine besondere Rolle.

2. Selbsthilfegruppierungen bilden sich häufig aus der Mangelsituation, daß das Gesundheitswesen auf den Übergang von der akuten, medizinischen Behandlungsphase zum alltäglichen Leben nur unzureichend vorbereitet und begleitet. Sie sind eine Antwort der Betroffenen auf unzulängliche Versorgung, bei der sich zahlreiche Patienten mit ihrer individuellen Problemlage von den Fachleuten allein gelassen fühlen.

In Zusammenarbeit mit Fachleuten und begünstigt durch persönliche Erfahrungen sind Selbsthilfevereinigungen auch an der Entwicklung und Anwendung technischer, hygienischer und prothetischer Hilfsmittel beteiligt.

3. Von wesentlicher Bedeutung für die Entstehung von Selbsthilfevereinigungen ist die Erkenntnis, daß neben der Bekämpfung der eigentlichen Erkrankung vor allem auch die damit verbundenen

seelischen Belastungen bewältigt werden müssen. In diesem Zusammenhang spielt das Moment der eigenen persönlichen Betroffenheit eine zentrale Rolle. Sie ermöglicht eine besonders intensive Identifikation mit den jeweiligen psychischen Problemen, ein besonderes Einfühlen und Vertrautsein mit dem Krankheitsbild und seinen seelischen Konsequenzen, eine stärkere Akzeptierung durch andere gleich oder ähnlich Betroffene.

4. Kennzeichnend für diese Selbsthilfevereinigungen ist auch das Engagement, über den Kreis der Gruppenmitglieder hinaus nichtorganisierten Schicksalsgefährten zu helfen.

Motivierend wirken dabei die positiven Erfahrungen von einzelnen Betroffenen, die diese Erfahrungen aus dem Gefühl der Solidarität mit Gleichbetroffenen weitergeben wollen.

Mitglieder von Selbsthilfeinitiativen nach Krebs zeigen beispielsweise allein schon durch ihr persönliches Vorbild, wie die mit einer Krebsdiagnose verbundenen Ängste und Bedrohungen überwunden werden können. Dadurch können auch bei anderen Patienten verschüttete Kräfte zur Selbsthilfe belebt werden.

Besuchsdienste vor und nach operativen Eingriffen sind demgemäß von großer Wichtigkeit. Dies erfordert eine intensive Zusammenarbeit der Selbsthilfevereinigungen mit Kliniken und behandelnden Ärzten. Für die Ärzteschaft kann Selbsthilfe ein wesentliches Potential erschließen, das in seiner besonderen Bedeutung wahrgenommen werden sollte, um neue Formen der Partnerschaft zwischen Betroffenen und Fachleuten zu finden.

5. Als Organisationsform haben die meisten Selbsthilfeinitiativen den „eingetragenen Verein“ gewählt, da diese Rechtsform einerseits den Handlungsrahmen angemessen sichert, andererseits flexible, der jeweiligen Situation angemessene Gestaltungsformen ermöglicht. Vielfach ist auch der Anschluß an größere Selbsthilfeverbände und auch an Dachverbände wie DPWV und meist gleichzeitig auch BAG „Hilfe für Behinderte“ verwirklicht worden.

Selbsthilfevereinigungen benötigen diese Strukturen, da sie den Erfahrungsaustausch, die Informationsvermittlung und Interessenvertretung fördern und zudem wesentliche Rahmenbedingungen ihrer Arbeit absichern.

6. Die dem Selbsthilfegedanken verpflichteten Betroffenen werden nicht nur mit menschlichen, sondern häufig mit rechtlichen und organisatorischen Problemen konfrontiert. Selbsthilfe erfordert

deshalb eine differenzierte fachliche Begleitung, die praxiserichte Problemlösungen anbieten kann.

Um auch die inhaltliche Konzeption und Zielsetzung von Selbsthilfe zu wahren und zu fördern, darf die fachliche Begleitung nicht durch Bevormundung den Grundgedanken der Beteiligung Betroffener zuschütten.

Für Mitarbeiter von Selbsthilfevereinigungen sollten daher spezifische Bildungsangebote bestehen, die konkrete, auf ihre Situation abgestimmte Fachinformationen vermitteln und von den Betroffenen ausdrücklich gewünscht werden.

Auch Fortbildungsangebote für Fachleute zur Befähigung zum Umgang mit Selbsthilfeinitiativen sind ebenso empfehlenswert wie noch zu konzipierende Fortbildungsbegegnungen von Betroffenen und Fachleuten.

7. Nach den Erfahrungen des DPWV sind Zuschüsse zu den Sachkosten (vor allem für Miets, Porto, Telefon, Bürogrundausstattung) für die Arbeit und eine gewisse Kontinuität von Selbsthilfevereinigungen besonders hilfreich.

Dieses Förderungsprinzip bietet den Mitgliedern der Gruppen durch die Gewähr, daß sie ihr soziales Engagement nicht auch noch selbst bezahlen müssen, eine wesentliche Rahmenbedingung für ihre Tätigkeit und ihre Entfaltungsmöglichkeiten. Da auch die finanziellen Abwicklungen in Selbsthilfegruppierungen meist von Laien übernommen

werden, sollte die Förderung von Sachkosten mit einem einfachen, unbürokratischen Antrags- und Abrechnungsverfahren verbunden werden, das dazu beiträgt, Selbsthilfe wirksam zu unterstützen und vor unbürokratischen Barrieren zu schützen.

Dazu können gemeinsam getragene Verwaltungsgemeinschaften sinnvoll sein, die aber von verschiedenen Selbsthilfevereinigungen ausdrücklich gewünscht sein müssen. Druck zur Zusammenfassung in bestimmten Zusammenschlüssen sollte nicht ausgeübt werden.

8. Bei der Diskussion über organisierte Selbsthilfe sollte beachtet werden, daß dieser Begriff verschiedenartige Ausrichtungen mit einem jeweils unterschiedlichen Eigenverständnis umfaßt.

Neben autonomen therapeutischen Kleingruppen weist dieses Spektrum Selbsthilfevereinigungen auf, deren Funktionsträger ausschließlich Betroffene sind (z.B. Deutsche ILCO), aber auch Zusammenschlüsse von Fachleuten und Betroffenen (z.B. Deutsche Rheuma-Liga, Deutsche Multiple Sklerose-Gesellschaft).

Eine Förderung der Selbsthilfe sollte deshalb nicht auf ein einziges inhaltliches und organisatorisches Konzept eingeengt werden, sondern der Vielfalt der Betroffenheit und ihrer Verarbeitung gerecht werden. Eine Einengung des Freierraums für Eigeninitiativen könnte auch die unentbehrlichen, ehrenamtlichen Helfer der Selbsthilfevereinigungen von einer notwendigen Mitwirkung abhalten.

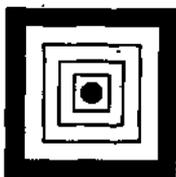


Diese Zeichnung hat Pablo Picasso
amnesty international gewidmet

amnesty international
hilft
helfen Sie
amnesty international

Spendenkonto:

Bank: BKD Duisburg BLZ: 350 601 90 Konto-Nr. 30 000
Postscheckamt Köln Konto-Nr. 224046-502 BLZ 370 100 50
Verwendungszweck (8111): - - - -



Rainer Diehl: Eine Rose für die Rationalisierung

„Jaurès, Marx und der Sozialismus heute“ lautete das Thema eines internationalen wissenschaftlichen Kolloquiums, das vom 19. bis 23. März 1984 im Schloß von Maffliers bei Paris stattfand. Der Veranstalter, das Sozialistische Institut für Studien und Forschungen (Institut Socialiste d'Etudes et de Recherches – I.S.E.R.), ist eine parteieigene Einrichtung der französischen Sozialisten.

Fast drei Jahre schon ist es her, daß der französische Staatspräsident François Mitterrand zu seinem Amtsantritt, unter den Augen der Welt, eine Rose am Grabe von Jean Jaurès im Panthéon, dem Tempel der französischen Nationalhelden, niederlegte. Der Todestag des Sozialistenführers, der am 31. Juli 1914, also im wahren Sinne des Wortes am Vorabend des Ersten Weltkrieges, dem Attentat eines nationalistischen Wirkkopfes zum Opfer gefallen war, jährt sich in diesem Jahr zum siebzigsten Male. Es war somit für die französischen Sozialisten eine gleichsam doppelte Verpflichtung, das Andenken ihres großen Vorkämpfers zu ehren. Aber sie taten es auf ihre Weise.

Bislang galt Jaurès den Franzosen in erster Linie als Politiker und als revolutionärer Demokrat, weniger als Theoretiker des Sozialismus. Und in der Tat gehört sein Eingreifen etwa in der Dreyfus-Affäre, in den Debatten über die Trennung von Kirche und Staat oder in den beiden Marokko-Krisen zu den großen Stunden der französischen Demokratie. Aber als sozialistischer Theoretiker wurde Jaurès erst auf dem Kolloquium des I.S.E.R. (wieder-)entdeckt bzw. rehabilitiert.

Dabei hat Jaurès, wie ein Blick auf seine Biographie zeigt, nicht nur eine solide philosophisch-wissenschaftliche Ausbildung an der Elitehoch-

schule ENS erhalten, er war auch selbst ein Philosoph von hohen Graden, der sich als Abgeordneter in die tagespolitischen Auseinandersetzungen stürzte und den die Erfahrungen, die er dort sammelte, zum entschiedenen Sozialisten werden ließen. So hat denn auch der Titel, den die Jaurès-Forscherin Annick Wajngart ihrem Referat gab („Jaurès: von der Philosophie zum Sozialismus“), einen durchaus doppelten Sinn: Er umschreibt nicht nur die persönliche und intellektuelle Entwicklung jenes erstaunlichen Mannes aus dem Pyrenäenstädtchen Castres, sondern auch die Verwurzelung seines sozialistischen Selbstverständnisses in der Philosophie.

Wer sich (wie wohl die meisten internationalen Teilnehmer des Kolloquiums) Jaurès unbefangen nähert, wird erstaunt feststellen, daß dessen Grundanschauungen und Analysen bis in frappierende Details hinein denen Eduard Bernsteins ähneln oder gar vollkommen mit diesen übereinstimmen. Aber anders als Bernstein war Jaurès kein Revisionist, denn er kam – obwohl Marx-Kenner – geistig keineswegs wie Bernstein von Marx her, sondern gelangte völlig eigenständig zu gleichen Ergebnissen und Schlußfolgerungen. Die Voraussetzungen des Jaurésschen Reformismus waren in Frankreich indes ungleich günstiger als in Deutschland. So fand Jaurès, wie die Politologin Nadia Jennawi-Le Yaouanc aus seinen Schriften herauskristallisierte, in der bestehenden demokratischen Republik, deren Polizei und Armee er gleichwohl als Unterdrückungsinstrumente betrachtete, hinreichende Möglichkeiten für die Arbeiterklasse vor, durch die Benutzung des allgemeinen Wahlrechts die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse auf friedlichem und gesetzlichem Wege zu verändern. Doch eine utopische Vision des sozialistischen Zukunftsstaates zu geben, weigerte er sich aus den gleichen wissenschaftlichen Gründen wie vor ihm Marx.

Daß übrigens bei einem politisch-wissenschaftlichen Seminar über die *Aktualität* von Jean Jaurès die Tatsache, daß der Politiker Jaurès einer der bedeutendsten europäischen Friedenskämpfer seiner Zeit war und sehr konkrete Vorstellungen über die Bedingungen einer internationalen Friedensordnung entwickelt hat, thematisch schlicht übergangen wurde, mag eine – nicht minder aktualitätsbedingte – französische Eigenart sein. Aber zu vergessen, warum Jaurès ermordet wurde, ist recht eigentlich ebenso unverzeih-

lich wie die hartnäckig verfälschende Übersetzung der deutschen „Friedensbewegung“ in „mouvement pacifiste“ („pazifistische Bewegung“) durch die französischen Massenmedien.

Ging es unter der Überschrift „Jaurès und der Sozialismus“ zunächst darum, den Nachweis zu führen, daß Jaurès nicht nur Demokrat, sondern auch Sozialist gewesen war, so konnte dem Titel des zweiten Veranstaltungsteils: „Marx und die Demokratie“ nur die entgegengesetzte Intention zugrundeliegen. Auf dem Erfahrungshintergrund zumindest der deutschen Marx-Forschung



Jean Jaurès

entbehrten die in Maffliers vorgetragene Marx-Interpretationen allerdings nicht einer gewissen Originalität. Philippe Dehan vom Office Universitaire des Recherches Socialistes verstieg sich zu der kühnen These, Marx stehe keineswegs in der geistigen Tradition Hegels, sondern in der Epikurs und der Sozialvertragstheorien der Aufklärung. Fast zu deutsch-französischer Verstimmung führte sogar seine Behauptung, Franco, Mussolini und der Nationalsozialismus hätten „sich direkt auf den Pangermanisten und Imperialisten Hegel berufen“ (wofür sich außer dem italieni-

schen Hegelianer und späteren Faschisten Giovanni Gentile wohl kein weiteres Beispiel finden dürfte!). Aber in dieser Hinsicht sind auch die französischen Sozialisten die Erben des traditionellen bürgerlichen Hegelbildes in Frankreich. Indes hat bereits 1892, also 31 Jahre vor Georg Lukács' „Geschichte und Klassenbewußtsein“, als erster ein Franzose in seiner Doktorarbeit die enge Verbindung von Marx und Hegel zutreffend analysiert. Er hieß – wie leicht wird so etwas verdrängt – Jean Jaurès ...

Doch trotz aller Hegelfeindlichkeit gelang es dem alten Linkssozialisten Victor Fay und Cesare Luporini, ZK-Mitglied der italienischen KP, die zutiefst demokratischen, antitotalitären, zum Teil sogar libertären Grundimpulse im Marxschen Werk aufzudecken. Der autoritäre Zentralismus in der Staats- und Parteitheorie und -praxis Lenins und Stalins wurde daher in andere Traditionslinien verwiesen, wechselweise in die Auguste Blanquis (Zwischenruf: „Das ist eine Beleidigung Blanquis!“) und in die Ferdinand Lassalles (!).

Waren somit einerseits Jaurès (auf Kosten der orthodoxen Marxisten Jules Guéde und Paul Lafargue) als Sozialist und andererseits Marx (auf Kosten Hegels, Lassalles und Blanquis) als Demokrat rehabilitiert, so konnte man zum dritten und letzten Teil des Kolloquiums schreiten: „Die Ansätze der Modernität“. Wenn es denn gestattet ist, kompliziertere Dinge durch Verkürzung auf ihren Begriff zu bringen, so ließe sich das Thema – deutsch-hegelianisch – auch so formulieren: „Die Versöhnung von Marx und Jaurès in der Regierungspraxis der französischen Sozialisten“.

Was aber verbirgt sich hinter dem schillernden Begriff der Modernität, der – wie zahlreiche Publikationen der jüngeren Zeit zeigen – eine offenbar magische Ausstrahlungskraft auf die Franzosen ausübt? „Man kann ‚la modernité‘“, so ein französischer Journalist, „auch so ins Deutsche übersetzen: Rationalisierung ...“

Und in der Tat: am selben Tag, als im Fernsehen die Verkabelung der französischen Republik verkündet wurde, erklärten Regierungssprecher Max Gallo, Industrie- und Forschungsminister Laurent Fabius und PS-Parteichef Lionel Jospin den versammelten Jaurès- und Marx-Forschern, wie Frankreich seine veralteten industriellen Strukturen zu modernisieren habe, um den Anschluß an die Entwicklung und den Einsatz der

neuen, modernen Technologien zu halten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs wiederherzustellen. Insbesondere Fabius hob hervor, die „antiunternehmerische Kultur“ der französischen Linken müsse überwunden werden und einem gewandelten, positiveren Verständnis der Rolle der Unternehmen weichen. Der Staat müsse „sich von den Aufgaben befreien, die nicht zu seinen Gebieten gehören, und sich auf die Gebiete konzentrieren, die ihn wirklich angehen“. Noch deutlicher wurde, in einem Beitrag zum Wertwandel der Arbeit, der Sozialwissenschaftler Jean Rony, der – ohne auf nennenswerten Widerspruch zu stoßen – konstatierte, die französische Linke bemühe sich gegenwärtig um eine „Ausöhnung der Linken mit den Unternehmern“, also nicht bloß mit der Unternehmenswelt. In Anlehnung an eine SPD-Wahlkampflosung von 1969 fiel dem Deutschen Horst Heimann dazu spontan der scherzhafte, aber nicht minder treffende Slogan ein: „Wir schaffen das moderne Frankreich!“

Und noch ein anderes Thema durchzog leitmotivisch die gesamte Veranstaltung: die Neubelebung des Individualismus in der politischen und industriellen Kultur Frankreichs. Unverkennbar war das Bemühen, die gegenwärtige ideologische Offensive der französischen Rechten gegen die angeblich kollektivistischen und nivellierenden Tendenzen der sozialistischen

Regierungspolitik zu konterkarieren. Auch darin waren sich Jospin, Fabius und Gallo einig, daß die Emanzipation des Individuums, seine Selbstverwirklichung und Selbstbefreiung, der tiefere, der eigentliche, der letzte Sinn des Sozialismus sei. In der Gegenwart wie in der Zukunft, resümierte Jospin, erfülle der Sozialismus den Auftrag, die individuellen wie die kollektiven Freiheiten der Menschen zu verteidigen.

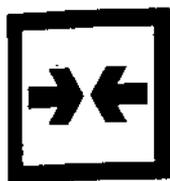
So fällt, nach den Worten von Renée Frégosi, der Organisatorin des Kolloquiums, die Verteidigung der Philosophie und des Humanismus heute zusammen mit dem Kampf, den die Linke zur Wiedergewinnung ihrer Werte zu führen habe, mit dem Kampf für eine antidogmatische, kritische, humanistische Philosophie in den Institutionen selbst.

Für eine solchermaßen „militante“, d. h. kämpferische Philosophie mögen der ethische Sozialismus eines Jaurès, der in den Grundwerten der Gerechtigkeit, der Gleichheit, der Freiheit und der Brüderlichkeit wurzelt, und der aus seiner dogmatischen und etatistischen Erstarrung und Verzerrung gelöste Sozialismus eines Marx eine honorige Grundlage abgeben. Aber diese Philosophie muß sich hüten, zur Magd einer lediglich sozial-aufgeklärten, im Kern aber technokratischen Politik der Anpassung an vermeintliche ökonomische Sachzwänge zu degenerieren.



Massenkundgebungen gegen den Weltkrieg i. Berlin

Der bekannte französische Sozialistenführer Jaurès × nach der Versammlung in der „Neuen Welt“.



Zeltenwende? Die Bundesrepublik Deutschland zwischen alter und alternativer Politik

von Kurt Sontheimer
Hoffmann und Campe Verlag,
Hamburg 1983, 272 S., DM 28,-

Im eigentlichen Sinn soll der Titel Ralf Dahrendorfs These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ in Frage stellen, doch meint er viel mehr die mit der Wahrnehmung einer heillosen globalen Krise lautgewordenen Mahnungen zur Umkehr. So ist denn auch das Vertrauen in die zukunftsgestaltende Kraft sozialdemokratischer Politik zum einen und die Sorge um die durch alternative Politik gefährdete Stabilität der bundesdeutschen Verhältnisse zum andern wesentlicher Beweggrund für dieses neue Buch Kurt Sontheimers. Als ein durch das Jahr 1933 traumatisierter Beobachter der Protestbewegungen unserer Zeit oszilliert er, wie er selbstkritisch anmerkt, „zwischen einer mehr warnenden und eher beschwichtigenden Attitüde hin und her“.

Gleichwohl handelt es sich um eine grundlegende Darstellung der geistigen Entwicklung der Bundesrepublik, konzentriert auf die ideologischen Strömungen und ihre Herausforderung der „alten“ Politik. Dabei rückt ins Licht, in welchem Maße linke Grenzüberschreitungen, wie das Phänomen der Totalkritik mit der ihr eigenen Fixierung auf einen auch bei weitgespannter Antizipation realistisch undenkbareren Gesellschaftszustand, eine Neigung nach rechts bewirken. Sontheimer konzediert, daß gesellschaftlicher Ver-

änderung nicht mit einer auf die Erhaltung des Status quo bedachten Theorie der Weg bereitet werden könne, doch bestreitet er die Notwendigkeit eines totalen Gegenbilds zur bestehenden Ordnung; dies um so entschiedener, als dessen Proklamation den Widerstand der Gegner einer Systemveränderung verstärkt und Reformen erschwert.

An Sontheimers Feststellung, daß die Orientierung an utopischen Zielsetzungen deren Anhänger unfähig mache, „im Rahmen der bestehenden Wirklichkeit nach politisch gangbaren Wegen der Veränderung zu suchen“, wäre – sowohl mit historischem wie mit aktuellem Bezug – die sozialpsychologische Überlegung anzuknüpfen, inwieweit nicht schon ein vorhandenes Unvermögen zu konstruktivem politischem Vorgehen die Negierung der Reformierbarkeit der bestehenden Gesellschaft und die Flucht in eine nicht realisierbare Zukunftsgesellschaft verursachen können, womit auch das ebenfalls von transformativer Arbeit entbindende Destruktionsprinzip eine Erklärung fände.

Indes ist die „eindrucksvolle Legitimierung einer neuen konservativen Regierung im März 1983 durch die Mehrheit der Bundesbürger“ sicherlich nicht nur zurückzuführen auf die von Sontheimer genannte innere Entzweigung der SPD. Vielmehr hat wohl die von ihm gewürdigte „alte“ Politik der „stetigen Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse der Bürger“ – sie entsprach genau der Grundannahme Adam Smiths und des ökonomischen Liberalismus, wonach jeder einzelne ununterbrochen nach Sättigung strebe – in den sozial aufgestiegenen, namentlich den zu Wohn- und Grundeigentum gelangten Bürgern jenen traditionellen Konservatismus konstituiert, der sich in bourgeoiser Animosität gegen die Sozialdemokratie äußert.

Irritierend ist, daß Kurt Sontheimer die Dimensionen des die heutige Gesellschaft konfrontierenden Bedrohungskomplexes nicht wahrhaben will. In den Warnungen vor einer in den Bereich des Möglichen getretenen ökologischen oder atomaren Katastrophe, in der Kritik an der kapitalistischen, die Unersättlichkeit der Bedürfnisse unterstellenden ruinösen Wegwerfproduktion sieht er ein Wiederaufleben des reaktionären Zivilisationspessimismus der Weimarer Republik und einen Rückfall in unpolitische romantische Geisteshaltungen. Mögen auch Endzeitstimmung und Untergangsprophetie modische Pose gewisser Kreise geworden sein, so kann man die Angst vor einer kaum je wieder zu reparierenden Beschädigung der Umwelt und den durch Luftverschmutzung hervorgerufenen Gesundheitsgefährdungen nicht als „Unbehagen an der Modernität“ deuten, als handle es sich durchweg um subjektive Empfindungen wohlstandsüberdrüssiger Zeitgenossen.

Daß Umkehrappelle die ganze Menschheitsgeschichte durchziehen, wie Sontheimer konstatiert, beweist nicht ihre Unangebrachtheit. Im Hinblick auf die Gegenwart läßt sich jedoch nicht leugnen, daß eine in aller Wirklichkeit zu gewärtigende Vernichtung der Lebensgrundlagen ein absolutes Novum in der Geschichte der Menschheit ist. Sontheimer bezweifelt die Seriosität einschlägiger Prognosen und verweist darauf, daß „Ökologie inzwischen zu einem Gegenstand der etablierten Politik geworden ist“, als sei dies schon gleichbedeutend mit einer definitiven Unterbindung der Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts und als stießen die erforderlichen Maßnahmen nicht auf die Resistenz der Industrie. Sontheimer reduziert das Gesamtproblem auf den Tatbestand der „ökologischen Knappheit“, der mit

einer von ihm nicht näher erläuterten Veränderung der Verhaltensgewohnheiten der Menschen begegnet werden müsse.

Die nicht unbedingt wirklichkeitsfremden, sondern durchaus bedenkenwerten Intentionen einer zu schaffenden alternativen Gesellschaftsform seiner Kollegen Iring Fetscher und Peter Cornelius Mayer-Tasch verwirft Sontheimer ebenfalls, weil auch sie, neben argumentativen Anfechtbarkeiten, Verheißungen enthalten, die seiner nüchternen Weltbetrachtung als illusionistisch erscheinen müssen. Dagegen bekundet er in seiner präzisen Beschreibung der „Bewegungen zu einer neuen Politik“ gegenüber der authentischen Alternativbewegung, also jenen Aussteigern, die alternative Lebensformen in kleinen Gruppen und selbstorganisierten Projekten praktizieren, Verständnis und Sympathie. Denn seine Forderung eines neuen Konsensus für die Industriegesellschaft, der dem Bewußtseinswandel Rechnung zu tragen habe, konkretisiert sich in der Empfehlung, Wertorientierungen der Alternativen „in das ohnehin etwas wacklig gewordene Wertgefüge der stabilerten Gruppen der demokratischen Industriegesellschaft“ einzufügen und die in der Alternativbewegung entwickelten Grundideen „bei Abschleifung ihres protestierenden und provozierenden Gehalts in die übrige Gesellschaft eindringen“ zu lassen, damit sie „im Rahmen des bestehenden Funktionalismus des Industriesystems assimiliert und absorbiert werden“.

Folgerichtig erinnert Sontheimer in diesem Zusammenhang an den alten Gemeinschafts- und Selbsthilfegedanken, den er für politisch gestaltungsfähig hält. Hierzu wäre zu bemerken: Als liberale und konservative Privilegierte in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Lösung der immer akuter gewordenen sozialen Frage beizutragen suchten, indem sie

Zusammenschlüsse von Gemeinschaften zur gegenseitigen Hilfe organisierten, leitete sie neben humanitären und sittlichen Motiven und der Erwartung, daß auf diese Weise die erstarkende Sozialdemokratie niederzuhalten sei, ohne Zweifel das Kalkül, es werde der Staat dann nicht veranlaßt sein, in das freie Wirtschaftsleben einzugreifen bzw. Subventionen zu gewähren, und damit das Laissez-faire-Prinzip an sich unangetastet bleibt.

Sontheimers Idee, den Gemeinschaftsgedanken, der seinerzeit im Genossenschaftswesen Realisierung fand, in die moderne Industriegesellschaft einzubringen, zielt also auch nicht darauf ab, auf solchem Wege eine neue, eine höhere Wirtschaftsweise möglich zu machen, in der, zumal aus ökologischen Gründen, das Erwerbsprinzip vom Bedarfsdeckungsprinzip abgelöst werden müßte. Er kritisiert vielmehr, daß sich die „Gesinnungspolitik im Vormarsch“ befinde. Während dieses Kapitel nicht zu überzeugen vermag, plausibel ist Sontheimers Auseinandersetzung mit dem Konzept einer „Europäisierung Europas“, obwohl gegen seine Einwände manches vorzubringen wäre. Zu widersprechen ist aber seiner, die reale Gefahr wiederum verkennenden Ansicht, daß das „massenhafte Engagement für den Frieden sich aus dem diffusen Gefühl der Unsicherheit und Unzufriedenheit“ nähre, das sich in der Bundesrepublik ausgebreitet habe.

Freya Eisner

Die Ära Nixon/Kissinger 1969–1974. Konservative Reform der Weltpolitik
von Christian Hacke
(= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 5), Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 1983, 319 S., DM 64,-

Die Nixon-Kissinger-Ära gilt heute in ihrer Außenpolitik vieler in Europa als Fortschritt. Um so erstaunlicher, daß die hier anzuzeigende Arbeit des an der Hamburger Bundeswehrhochschule lehrenden Christian Hacke die erste umfassende Arbeit zur amerikanischen Außenpolitik unter Präsident Nixon in deutscher Sprache ist.

Auf der Grundlage amerikanischer Literatur wie der Memoiren von Nixon und Kissinger entsteht ein Bild von amerikanischer Außenpolitik, das von Solidität und Virtuosität geprägt ist. Deutlich wird, daß im Vergleich zur heutigen Administration Nixon und Kissinger unter extrem günstigen Bedingungen Außenpolitik machen konnten: Grundsätzliche Übereinstimmung zwischen Außenminister und Präsident, ausformulierte Politikkonzepte, Machtkonzentration im Weißen Haus schafften Voraussetzungen für eine Diplomatie, die nur mit geringer Rücksicht auf Öffentlichkeit und Kongreß in Bewegung gesetzt wurde. Es schienen also optimale personelle und institutionelle Voraussetzungen für einen außenpolitischen Entwurf geschaffen worden, die in der amerikanischen Nachkriegsgeschichte „ohne Beispiel“ sind. Beispielgebend für die heutige Administration könnte vor allem das sein, was man Kohärenz und Berechenbarkeit nennt, insbesondere gegenüber der UdSSR. Kissinger formulierte drei Grundsätze, die das Verhalten der USA gegenüber der Sowjetunion bestimmen sollten: Korrektheit, Zurückhaltung und das Prinzip der Verknüpfung (linkage).

Hacke hat das Verhältnis der beiden Großmächte im fraglichen Zeitraum mit Hilfe dieser drei Kriterien untersucht. Untersucht werden auch die Politik der USA gegenüber der VR China, die Europapolitik der Nixon-Kissinger-Administration sowie die Nahost- und die Vietnampolitik von Nixon und Kissinger und die amerikanische Resonanz auf die bundesdeutsche Ostpolitik. Thematisiert wird auch „Watergate“, obgleich Hacke hier schreibt, daß der Einfluß von Watergate auf die Außenpolitik nicht präzise und empirisch nachzuzeichnen“ sei. Unverkennbar sei jedoch Nixons Autoritätsverfall.

Christian Hacke arbeitet mit dem Begriff „konservative Reform“. Gemeint ist damit, daß Nixon und Kissinger gleichzeitig zu bewahren und zu verändern versuchten. Sie verknüpfen virtuos Entspannungspolitik und Politik der Stärke (Festigkeit). Nixons Nachfolger, also auch der heutige Präsident Reagan, ersetzten – so Hacke – das ausgewogene außenpolitische Konzept von Entspannung und Politik der Stärke durch „rigiden Moralismus und kurzfristige Militarisierung. Die Kunst der Diplomatie und der kühle Blick für die Interessenstruktur blieben dabei auf der Strecke“.

Wilhelm Bruns

The Price of Power
von Seymour M. Hersh
Verlag Summit Books, New York
1983, 666 S.

Dieses Buch über „Kissinger in Nixons Weißem Haus“, betitelt „Der Preis der Macht“, hat in Amerika sofort nach Erscheinen großes Aufsehen erregt. Seymour Hersh, der Verfasser, ist ein sorgfältiger Journalist, Spezialist in dramatischer Aufdeckung frag-

würdiger politischer Vorgänge. Er machte sich einen Namen durch die Aufdeckung des Gemetzels von Mylai im Vietnamkrieg. Das vorliegende Werk hat einen ungleich breiteren Rahmen: es geht bis in viele Einzelheiten dem komplexen Prozeß nach, in dem die außenpolitischen Entscheidungen der USA unter Nixon getroffen, durchgeführt oder sabotiert wurden; und konkret der Rolle, die dabei Henry Kissinger, Nixons Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrats, spielte. Gewissenhaft vermerkt Hersh dabei seine Quellen: die Memoiren Nixons und Kissingers und offizielle Akten, ergänzt durch über tausend persönliche Interviews mit Beteiligten.

Der Nicht-Amerikaner wird sich bei der Lektüre zum vollen Verständnis den besonderen Aufbau des amerikanischen Staatsapparats vor Augen halten müssen: die Verteilung von Macht und Verantwortung auf die verschiedensten Institutionen, wie sie sich, von der Verfassung ausgehend, in einer sich wandelnden Umwelt mit veränderten Aufgaben herausgebildet haben:

- an der Spitze das Weiße Haus und die dem Präsidenten direkt unterstehenden Satelliten-Organen;
- das letzten Endes nur dem Präsidenten verantwortliche Kabinett;
- der Kongreß mit seiner schwachen, ideologisch nicht scharf getrennten Parteienstruktur;
- zuletzt die mit der Bildung der öffentlichen Meinung verbundenen Medien – Journalisten führender Zeitungen und des Fernsehens; Meinungsforscher.

Hersh beschäftigt sich beinahe ausschließlich mit den außenpolitischen Arbeitsmethoden der Nixon-Regierung: mit der Konkurrenz oder Zusammenarbeit einzelner Ämter, ihren höheren Stäben und den ihnen nahestehenden Journalisten und Politikern; mit

den dabei angewandten Intrigen und Belohnungen, Schmeicheleien und Verleumdungen. Er beschreibt das wechselseitige Mißtrauen, die interne Spionage, Abhörung von Telefongesprächen und ähnliche Überwachungsformen; oder umgekehrt die gezielte Ausstreuung wahrer und falscher Gerüchte mit Hilfe vertrauter Presseleute.

Das Buch beginnt mit der Darstellung von Kissingers zweideutiger Haltung in der Präsidentschaftskampagne von 1968 zwischen Johnson und Nixon, in der er die Basis für eine einflußreiche Funktion in der Außenpolitik zu legen suchte. Am Rande beteiligt an Präsident Johnsons geheimen Unterhandlungen mit Nordvietnam in Paris, bot er seine Dienste – je nach den hin und her schwankenden Wahlaussichten – den Kandidaten beider Parteien an. Er besiegelte seine Anstellung in der Nixon-Regierung dadurch, daß er dem Nixon-Lager im letzten Moment Informationen über Verhandlungen Johnsons mit Nordvietnam zuleitete, die es Nixon ermöglichten, durch geheime Verständigung Südvietnams den Beginn der offiziellen Friedensverhandlungen vor der Präsidentenwahl zu verhindern. Damit war sein Wahlsieg über Humphrey sichergestellt. Diese Dienstleistung trug Kissinger einen der wichtigsten Posten im Weißen Haus ein, die Leitung des Nationalen Sicherheitsrats.

Mehr noch als unter Nixons Vorgänger wurde bei den vom Nationalen Sicherheitsrat geführten Verhandlungen über Vietnam das Außenministerium unter William Rogers, einem Gentleman der nordöstlichen Aristokratie, weitgehend ausgeschaltet, desgleichen das Verteidigungsministerium unter Melvin Laird, einem kompetenten republikanischen Abgeordneten aus dem Mittelwesten. Eine wachsende Rolle spielte dabei die Benutzung von sogenannten

„Backchannels“, von Hintertreppen, über die zum Beispiel amerikanische und fremde Botschafter in wichtigen Angelegenheiten direkte Verbindung zu Sicherheitsrat und Weißem Haus unter Ausschaltung der zuständigen Ministerien pflegen konnten. So hatte Sowjetbotschafter Dobrynin jahrelang einen geheimen Zugang direkt zum Kissinger-Büro im Keller des Weißen Hauses. Die Proteste von Rogers und Laird blieben weitgehend unbeachtet; die amerikanischen Militärs hatten durch das jeweilige Haupt des Generalstabs sowie durch Oberst Haig, Kissingers rechter Hand, ihre eigene Verbindung zum Weißen Haus.

Die Hintertreppe war übrigens auch von Bedeutung bei den Verhandlungen mit Willy Brandt über die Ostpolitik. Kissinger begegnete ihr zunächst mit starkem Mißtrauen. Egon Bahr gelang es, durch Benutzung der Hintertreppe dieses Mißtrauen vor allem bei Nixon selbst zu überwinden; Kenneth Rush, damals US-Botschafter in Bonn, wurde ebenfalls zu geheimen Unterredungen außerhalb des Dienstweges nach Washington berufen. Das für den Abschluß der Berlin-Verträge mit der Sowjetunion entscheidende Zugeständnis eines Sowjetkonsulats in West-Berlin wurde von Nixon/Kissinger gegen Willen und ohne Wissen von Außenminister Rogers erteilt; dieser wurde nicht einmal zur Unterschreibung des Vertrages eingeladen. In seinen eigenen Memoiren stellt Kissinger die Dinge etwas anders dar: Brandts Ostpolitik sei von den USA „ohne Enthusiasmus, aber nicht ohne Vertrauen“ unterstützt worden. Die amerikanische Zustimmung zu Brandts Vertrag mit der Sowjetunion sei von den Russen durch Zugeständnisse im Berlin-Vertrag erkaufte worden.

Solche Akzentverschiebungen gehören zu den schwächeren Formen der Unterschiede zwischen Hershs und Kissingers Darstellun-

gen. Anderwärts sind sie größer; etwa bei der Vietnampolitik, die verständlicherweise in Hershs Darstellung den größten Raum einnimmt. Er berichtet über Kissingers ursprünglich offen ausgesprochene Skepsis in bezug auf Amerikas Siegeschancen im Vietnamkrieg. Dabei stützte sich Kissinger unter anderem auf Analysen des mit ihm damals noch befreundeten Harvardkollegen Daniel Ellsberg. Das hielt Kissinger freilich nicht davon ab, sich der an Siegeschancen festhaltenden Perspektive seines Chefs Nixon anzupassen. Dessen geheimer Plan, laut Hersh, griff zurück auf die Form, mit der Eisenhower den Koreakrieg beendet hatte: die versteckte Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen. Der Druck Chinas und Rußlands auf Nordvietnam werde nach Nixons Meinung auch den Vietnamkrieg beenden – wie zuvor der Koreakrieg durch Druck auf Nordkorea beendet wurde –, ohne daß es zum tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen kommen müsse. Wie damals genüge die Anwendung „wahnsinniger Methoden“, eine solche Drohung glaubwürdig zu machen. Als solche betrachtet Hersh die geheime Bombardierung von Kambodscha ab März 1969, deren Vorbereitung Nixons erste militärische Maßnahme nach seinem Amtsantritt war.

Das Bombardement von Kambodscha verfehlte seinen Zweck, sogar sein unmittelbares Ziel der Zerstörung des unterirdischen nordvietnamesischen Hauptquartiers. Die sogenannte Vietnamisierung des Kriegs, die zum allmählichen Rücktransport amerikanischer Truppen führte, entschärfte zwar die Opposition im amerikanischen Publikum und im Kongreß gegen den Krieg. Aber selbst der von Moskau und Peking ausgeübte vorsichtige Druck auf Hanoi hatte wenig Wirkung. Kissinger, wie immer gewandt und anpassungsfähig, schien intellektuell und moralisch wenig Schwierigkeiten zu ha-

ben, die nun von ihm erwarteten harten militärischen und politischen Maßnahmen zu planen, durchzusetzen und zu rechtfertigen. In dieser Atmosphäre wuchsen die Meinungsverschiedenheiten, das Mißtrauen und die Spannungen zwischen Akteuren und Büros; die Überwachung von Telefonen, die heimliche Ablichtung von Papieren. Kissinger selbst war der Nixon-Garde im Weißen Haus durch seine Herkunft fremd und fragwürdig; zwischen ihm und Nixon entstand ein von Mißtrauen durchsetztes Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit. Nixon wurde in wachsendem Maß nervös und besorgt um seine Wiederwahl im Jahr 1972. Diese Sorge spielte bei seinen Entscheidungen über die Fortführung des Kriegs und ihre Formen eine erhebliche Rolle.

Vom Herbst 1971 an vervielfachte sich diese Sorge infolge der Watergate-Affäre. Um so mehr war Nixon auf Kissingers Geschick in der Vorbereitung seiner Besuche in Peking und Moskau und die dort abzuschließenden Verträge angewiesen. Wenige Monate vor diesen Reisen war endlich der Kriegszustand in Vietnam im Januar 1972 offiziell beendet worden – im wesentlichen auf derselben Basis, die schon im Oktober 1971 in Paris ausgehandelt und dann von Thieu für Südvietnam abgelehnt worden war. Frieden, der Kissinger damals „vor der Tür“ zu stehen schien, war nun endlich gekommen, wenigstens für die USA. In Vietnam sollte er erst drei Jahre später nach dem Zusammenbruch des Saigon-Regimes eintreffen.

Nixon sollte der Preis der Macht und ihres Mißbrauchs teuer zu stehen kommen. Freilich waren es in erster Linie innenpolitische Missetaten, die ihn als ersten Präsidenten in der amerikanischen Geschichte zum Rücktritt zwangen. In der Außenpolitik wurde die unnötige Verlängerung der brutalen Intervention in Indochina durch die Anerkennung Rotchinas

und die Detente mit der Sowjetunion aufgewogen. Das aber hatte Nixon in erster Linie Kissinger zu verdanken. Dieser scheute zwar keineswegs – wie Hersh eifrig beschreibt – vor der Anwendung fragwürdiger Mittel zurück. Aber teilweise sind diese in der komplexen politischen Struktur der Vereinigten Staaten unvermeidbar, wenn man bestimmte Ziele erreichen will – besonders wenn man wie Kissinger durch eine bewegliche Intelligenz ausgezeichnet ist und gleichzeitig das Handicap einer nicht allgemein beliebten fremden Herkunft trägt. Ganz besonders in einer Regierung wie der Nixons, in der gegenseitige Intrige, Verheimlichung, Konspiration, Erpressung gang und gäbe waren. Insofern geht Hersh in seiner Überbetonung von Kissingers Manipulierungen, Vortäuschungen und Fehlurteilen etwas zu weit. Ein Teil dieser Methoden mochte in Kissingers Natur liegen; ein Teil wurde ihm aber zweifellos von der politischen Atmosphäre auferlegt, wollte er seine vielfach durchaus sinnvollen Ziele erreichen. Es ist vielleicht kein Zufall, daß Hersh über diese Ziele selbst wenig zu sagen hat. Aber im Ganzen genommen, bildet sein „Price of Power“ eine wertvolle Ergänzung der Memoiren von Kissinger und Nixon.

George G. Eckstein

Ausländer im Wohnbereich
von Cihan Arin (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit Karolus Heil
Dokumentation eines Seminars der Internationalen Bauausstellung Berlin, Express-Edition, Berlin 1983, 217 S., DM 19,80

Herkunftsbedingungen der türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik und ihr gewerkschaftliches Verhalten

von Andreas Geiger
Express-Edition, Berlin 1983,
229 S., DM 29,80

Beide Arbeiten beschäftigen sich mit den Problemen der Ausländer in der Bundesrepublik, sie haben ansonsten wenig miteinander zu tun.

Mit dem Thema „Ausländer im Wohnbereich“ hatte sich ein Seminar der Internationalen Bauausstellung Berlin beschäftigt. Fragt man, was die IBA damit zu tun hat, so scheint die Antwort auf der Hand zu liegen: Die IBA soll vorzeigenswerte Beispiele der Stadtentwicklung und Stadterneuerung präsentieren, zukunftsweisende Ansätze für die Verbesserung der Stadtqualität, der Bürgerbeteiligung und damit dann auch für die Beteiligung von ausländischen Bewohnern derjenigen Stadtquartiere, die saniert werden sollen. Nun ist es allerdings eine – seit dem Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes häufiger vertretene – Annahme, eine sozialstaatlich orientierte – oder wie neuerdings zu lesen ist: sozialverträgliche – Stadtplanung sei mit Hilfe des Instrumentariums des Städtebauförderungsgesetzes zu bewerkstelligen, eine Planung also, mit deren Hilfe die Situation von „Problemgruppen“ auch positiv beeinflusst werden könnte (um zu vermeiden, daß die Leute und deren Probleme wegsaniert werden). Karolus Heil beschäftigt sich mit einem Teil dieses Problems in seinem Beitrag „Ausländer im Wohnbereich“. Er meint zu Recht, eine aktiv gestaltende Sozialpolitik könne sich nicht damit bescheiden, passiv auf das Eintreten von für die zugewanderten ausländischen Arbeitskräfte außerordentlichen Situationen zu warten und die sich in der Zwischenzeit ergebenden Konflikte hinzunehmen; ihre Aufgabe sei es vielmehr, unter den derzeit gegebenen Bedingungen Lösungen zu suchen und aktiv zu vertreten. Nun ist – und auch das wird von Karolus Heil angesprochen – diese Politik mit Hilfe des vorhandenen rechtlichen Instrumentariums nicht

machbar und sie ist insbesondere nicht – und darauf möchte ich hinweisen – im Städtebaurecht instrumentiert. Die Sozialplanung des Städtebauförderungsgesetzes ist nur ein Instrument zur Vermeidung sozialer Negativfolgen. Wenn dem aber so ist, so kann eine aktiv gestaltende Sozialpolitik von den Bau- und Planungsdezernaten der Administration ebensowenig realisiert werden wie etwa von der IBA, so gut auch der Politikansatz gemeint ist, der im Vorwort zu dem vorliegenden Buch formuliert ist: Stadterneuerung als die Kunst, „dem Leben hier bessere Bedingungen zu schaffen“, geht mit diesem gesetzlichen Instrumentarium eben gerade nicht.

Der Weg, der hier beschritten und zum Teil in den vorliegenden Beiträgen auch dargestellt wird, in der Theorie die Dinge – übrigens zum Teil recht gut – aufzubereiten und die Informationen von dort aus an den Mann zu bringen, und zwar in den politischen Raum, funktioniert leider auch nicht, solange es nicht gelingt, die restriktiven rechtlichen Vorschriften entsprechend zu ändern. Die richtige Zielrichtung wäre also der Gesetzgeber oder besser: die Gesetzgeber.

Was sicherlich in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden sollte, ist die derzeitige Sozialdemontage, die Reduzierung sozialpolitisch intendierter Normen und die Schmälerung der finanziellen Mittel. In diese Richtung geht auch der Vorschlag eines der kommunalen Spitzenverbände, die Vorschriften des Städtebauförderungsgesetzes über die Sozialplanung zu streichen, weil „für die detaillierten gesetzlichen Bestimmungen über die gesonderte Aufstellung der Grundsätze für soziale Maßnahmen und des Sozialplans praktisch keine tragfähige Begründung“ spricht.

Das wäre ein Thema, das die Genossen vor Ort und in den Gremien etwas mehr interessieren

sollte und zu dem auch theoretische Hilfestellung hilfreich sein könnte.

Die „Herkunftsbedingungen der türkischen Arbeiter“ werden in der zweiten Edition des gleichen Verlages erforscht. Mit dieser Veröffentlichung ist es ähnlich wie mit einer unübersehbaren Fülle weiterer: Weil die Technik fortgeschritten ist, kommt nun wirklich alles auf den Markt, auch wenn es mit Ausnahme des Auftraggebers eines bestimmten Forschungsprojekts wahrscheinlich niemandem interessiert (der Auftraggeber wöllte, wie man bei genauerem Zusehen merkt, wissen, weswegen die türkischen Arbeitnehmer bei Ford in Köln im Jahre 1973 gestreikt hatten). Das Ärgerliche ist, daß der Titel zunächst eine generelle Untersuchung verspricht, die Einengung aber erst bei der Lektüre deutlich wird.

Walter Bückmann

Endstation. Über die Wiedergeburt der Nation. Pamphlete und Essays von Wolfgang Pohrt
Rotbuch Verlag, Berlin 1982, 144 S., DM 10,-

Als Buch erschienen sind inzwischen – mit anderen Pamphleten und Essays zur neuesten Lage der halbierten Nation – jene rigorosen Texte Wolfgang Pohrts, die die Alternativ- und die Friedensbewegung unter den Verdacht stellen, deutschbraune Erweckungsbewegungen zu sein, und die wegen dieser Ungeheuerlichkeit größeren Wirbel verursacht hatten. Die – meist kürzeren – Texte des Buches lassen sich als eine Art politischer Gelegenheitsphilosophie verstehen. Ihr Ton ist der bitterer Polemik, die zum Nachdenken provozieren will. Dieses Denken entzündet sich an den aktuellen Ereignissen, die als charakteristische Verdichtungen gegenwärtiger Tendenzen der bundesrepublikanischen

Gesellschaft beunruhigen. Und auf diese Gelegenheiten muß man weder warten noch lauern, sie sind allgegenwärtig und jedem, der sich nicht selbst dumm macht, vor Augen. Schrill schreibt Pohrt über Sinnsprüche deutscher Politiker, Ausländerhaß, sozialdemokratische Taktik, Springer und Rowohlts, über Verhältnisse in einem Deutschland, in dem „wider die Natur die Väter ihre Söhne überleben, weil die Greise sich ans Leben klammern, nicht weil sie es lieben, sondern weil sie wollen, daß alle anderen vor ihnen sterben“. Er versucht aufmerksam, politische Vorgänge anders als auf bereits installierten Schienen zu erwägen, notwendigerweise ungeschützt; aber ein Denken, das belzeiten eingreifen will, wagt sich auch ohne letzte Sicherheiten vor.

Pohrt attackiert das suspekte Aufquellen diffuser und sorglos unbegriffener Heimat- und Vaterlandsgefühle gerade bei denen, die vormals als Linke, Sozialisten, Sozialdemokraten anderes wollten. Aber nicht nur sie wiegen sich immer öfter in nationalem Stolz. In der gesamten Republik geschieht gegenwärtig so etwas wie die grandiose Wiedergewinnung der eigenen nationalen Vergangenheit, und gerade auch jener des Nationalsozialismus. Was am neuen deutschen Nationalismus – gerade wenn er von links vorgetragen wird – so fatal ist, ist, daß er nicht genuin, sondern von der Enttäuschung lebt, daß er der vorbogens Rest der zerschlagenen sozialistischen Illusionen und der gescheiterten Hoffnungen auf Abschaffung der kapitalistischen Verhältnisse ist. Das neue Vaterlandsgefühl als letzte Sinnbasion, „ideologische Endstation“.

Wieweit diese von Pohrt hervorgehobene Mentalität bereits eine parteipolitische Organisation gefunden hat oder noch finden wird, dies ist eine brisante offene Frage, um die es gleichwohl noch nicht geht. Aber es geht um die Kennt-

lichmachung von beunruhigenden Bodenströmungen, suspekten Mentalitäten und Stimmungen, einer allmählichen gefährlichen Formierung der Triebökonomie. Das Verdächtige, das Pohrt noch zwispältig wahrnehmbar an der Alternativ- und Friedensbewegung meint, ausmachen zu können, gibt es verändert auch in anderen Bereichen. Daß heute überall die Sehnsucht nach einer Erneuerung wächst, ist ernstzunehmen. Politisch wird die Wiedergeburt der Nation beschworen, therapeutisch praktiziert der Einzelne sein Rebirthing und kulturell begeistert sich der im Post-Histoire sich wählende Intellektuelle für die Renaissance.

Nichts ist entschieden gegenwärtig. Und darum verdient Pohrt, der „Ketzer“, attackiert zu werden. Schließlich schreibt er nicht, um recht zu behalten. Im Gegenteil.

Werner Reimann